

GRUR

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

GRUR

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

120. Jahrgang 2018



GRUR

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen
Rechtsschutz und Urheberrecht

120. Jahrgang 2018

Herausgeber: Joachim Bornkamm · Ansgar Ohly

Mitherausgeber: Josef Drexler · Reto Hilty

ISSN 0016-9420

IMPRESSUM

ISSN 0016-9420

GRUR

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

Schriftleitung (Verantwortlich für den Inhalt): Prof. Dr. Dr. h. c. Joachim Bornkamm, Vors. Richter am BGH a. D. (Joachim@Bornkamm.de); Prof. Dr. Ansgar Ohly, LL. M. (Cambridge) (ansgar.ohly@jura.uni-muenchen.de).

Verlagsredaktion: Rechtsanwältin Birgit Rhaese (Redaktionsleitung, verantwortlich für den Textteil); Rechtsanwältin Melanie Martin-Jebali (Schlussredaktion), Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-79, -33, Telefax: (0 69) 75 60 91-49. E-Mail: grur@beck-frankfurt.de; Internet: www.grur.beck.de

GRUR-Geschäftsstelle: Konrad-Adenauer-Ufer 11, 50668 Köln, Telefon (02 21) 6 50 65-150, E-Mail: office@grur.de; Internet: www.grur.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e. V. an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Die Vereinigung wird diese Nutzungsrechte durch den Verlag C. H. Beck ausüben. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-398, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX.

Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Erscheinungsweise: Monatlich.

Bezugspreise 2018: Jährlich € 615,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** für GRUR-Mitglieder: Jährlich € 409,- (inkl. MwSt.). Kombisparpakete und weitere Sparpreise für GRUR-Mitglieder werden auf Anfrage von der GRUR-Geschäftsstelle und vom Verlag mitgeteilt. Einzelheft: € 57,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Das Ausbleiben einzelner Hefte kann nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenserviceCenter: Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358, E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig eine Adressenänderung mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Ackermann, Markus , Schützt ein Wirkstoffpatent vor „Prodrugs“?	772	Kur, Annette , Die „Parfummarken“-Entscheidung des BGH. De-facto Abschaffung der deliktischen Zuständigkeit im Unionsmarkenrecht?	358
Ahrens, Hans-Jürgen , Influencer Marketing – Regulierungsrahmen und Konsequenzen seiner Anwendung (Teil 1)	1211	Kurtz, Constantin/Straub, Wolfgang , Die Bestimmung des FRAND-Lizenzsatzes für SEP	136
Baumann, Antje , Einschaltung von Schiedsgerichten zur Bestimmung der FRAND-Konditionen	145	Leistner, Matthias , Exzenterzähne 2.0. Zum weiteren Schicksal einer problematischen BGH-Rechtsprechung in ihrer praktischen Umsetzung durch die Tatsacheninstanz	697
Böhler, Christian , Die wesentliche Information in § 5a II UWG. Eine Gratwanderung zwischen unternehmerischer Freiheit und Verbraucherschutz	886	Lettmann, Sabine , Schleichwerbung durch Influencer Marketing – Das Erscheinungsbild der Influencer	1206
Büscher, Wolfgang , Aus der Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Lauterkeitsrecht seit Ende 2016	113	McGuire, Mary-Rose , Die FRAND-Erklärung. Anwendbares Recht, Rechtsnatur und Bindungswirkung am Beispiel eines ETSI-Standards	128
Büscher, Wolfgang , Neuere Entwicklungen im wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz	1	Meier-Beck, Peter , „Pemetrexed“: Grundstein einer einheitlichen europäischen Äquivalenzdoktrin?	241
Conrad, Albrecht/Schubert, Tobias , How to Do Things with Code. Zur Erklärung urheberrechtlicher Einwilligungen durch robots.txt	350	Meier-Beck, Peter , Die Rechtsprechung des BGH in Patentsachen im Jahr 2017	977
Degenhart, Christoph , Urhebervergütung und gerechter Ausgleich. Zur aktuellen Rechtsprechung des BGH	342	Meier-Beck, Peter , Kein Schutzzertifikat für Äquivalente? Oder: What is meant by „the product is protected by a basic patent in force“?	657
Dregelies, Max , Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Patent- und andere Immaterialgüterrechte	8	Meisterernst, Andreas , Möglichkeiten der Vermarktung von Botanicals aus Sicht des Lebensmittelrechts. Ein Beitrag zur Abgrenzung von Lebensmitteln und Arzneimitteln	482
Gerecke, Martin , Kennzeichnung von werblichen Beiträgen im Online-Marketing	153	Mohr, Michael Ernesto , Rechtsschutz vor Produktfälschungen unter dem Zeitdruck von Messelaufzeiten	1115
Gruber, Joachim , Ist die Streitwertbegünstigung mit dem Verfassungs- und dem Unionsrecht zu vereinbaren?	585	Müller, Karsten/Werner, Julia , „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“ – Das Zugangsrecht nach § 25 UrhG	1202
Guilliard, Simon , Die Tätigkeiten der öffentlichen Hand als geschäftliche Handlung im UWG	791	Nieder, Michael , SEP-Lizenzen – ein Fall für die Gesamtgläubigerschaft?	666
Hartwig, Henning , Die Rechtsprechung zum Designrecht in den Jahren 2016 und 2017	682	Ohly, Ansgar , Unmittelbare und mittelbare Verletzung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe nach dem „Córdoba“-Urteil des EuGH	996
Hetmank, Sven/Lauber-Rönsberg, Anne , Künstliche Intelligenz – Herausforderungen für das Immaterialgüterrecht	574	Osterrieth, Christian , Technischer Fortschritt – eine Herausforderung für das Patentrecht? Zum Gebot der Verhältnismäßigkeit beim patentrechtlichen Unterlassungsanspruch	985
Hilty, Reto M. , Kontrolle der digitalen Werknutzung zwischen Vertrag und Erschöpfung	865	Peifer, Karl-Nikolaus , Influencer Marketing – Rechtlicher Rahmen und Regulierungsbedürfnis (Teil 2)	1218
Hofmann, Franz , Kontrolle oder nachlaufender Rechtsschutz – wohin bewegt sich das Urheberrecht? Rechtsdurchsetzung in der EU zwischen Kompensation und Bestrafung	21	Podszun, Rupprecht/Busch, Christoph/Henning-Bodewig, Frauke , Die Durchsetzung des Verbraucherrechts: Das BKartA als UWG-Behörde? Ergebnisse des Professorengutachtens für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	1004
Hohn-Hein, Nicolas/Barth, Günter , Immaterialgüterrechte in der Welt von Blockchain und Smart Contract	1089	Pötzlberger, Florian , Pastiche 2.0: Remixing im Lichte des Unionsrechts. Zu § 24 UrhG und Art. 5 III Buchst. k InfoSoc-RL im Kontext der „Metall auf Metall“-Rechtsprechung	675
Kellenter, Wolfgang , Das Comeback der Äquivalenz. Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung zur Äquivalenz in Deutschland und im Vereinigten Königreich	247	Prado, Ojea Gabriel , Der derivative Informationsschutz nach § 9 S. 2 Nr. 3 PatG	1096
Kellenter, Wolfgang/Verhauwen, Axel , Systematik und Anwendung des kartellrechtlichen Zwangslizenzinwands nach „Huawei/ZTE“ und „Orange-Book“	761	Sack, Rolf , Negative Feststellungsklagen und Torpedos	893
Kindler, Peter , Der europäische Deliktgerichtsstand und die gewerblichen Schutzrechte. Art. 7 Nr. 2 Brüssel Ia-VO im Lichte der aktuellen Rechtsprechung	1107	Sattler, Andreas , In bad shape? – Der Schutz dreidimensionaler Registermarken	565
Kopacek, Ingrid/Morawek, Wolfgang , Aus der Rechtsprechung des BPatG im Jahr 2017. Teil II: Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht	553	Schaefer, Martin/Czychowski, Christian , Wer bestimmt, was FRAND ist? Ein Blick über den patentrechtlichen Tellerrand	582
Kortge, Regina/Mittenberger-Huber, Ariane , Aus der Rechtsprechung des BPatG im Jahr 2017. Teil I: Marken- und Designrecht	460		
Kühne, Armin , Verletzungshandlungen bei zweckgebundenem Stoffschutz	456		

Schäffner, Nina , Der Schutzbereich von Second Medical Use-Patenten II. Entwicklung im Lichte von „Lyrica“, „Pemetrexed“, „Östrogenblocker“ und „Verwendungspatent“/„Glasfaser II“	449	Starcke, Andreas , Das Recht zur Abbildung geschützter Designs	1102
Schnabel, Christoph , Aktuelle Rechtsprechung zum Schutz des Urheberrechts bei Informationszugangsansprüchen	780	Thalmann, Dominik , Die Gemeinfreiheit der Prominenz. Werbung mit Abbildern von Personen des öffentlichen Interesses im Spannungsfeld von Individual- und Allgemeininteressen	476
Schoene, Volker , Verletzungstatbestände bei geschützten geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen. Zugleich eine Besprechung von EuGH „Scotch Whisky Association/Klotz [Glen Buchenbach]“	784	Thiering, Frederik , Die Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Markenrecht seit dem Jahr 2016	30
Schwab, Brent , Rechtsprobleme einer Miterfindung nach dem Arbeitnehmererfindergesetz	670	Thiering, Frederik , Die Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Markenrecht seit dem Jahr 2017	1185
Sosnitza, Olaf , Lauterkeitsrecht gestern, heute und morgen	255	Tochtermann, Lea , Law to be applied to a European Patent after an opt out according to Art. 83 (3) UPCA	337
Spindler, Gerald , Fortentwicklung der Haftung für Internetanschlüsse. Auswirkungen der TMG-Reform und neue Rechtsprechung	16	von Ungern-Sternberg, Joachim , Die Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Urheberrecht und zu den verwandten Schutzrechten im Jahr 2017	225
Spindler, Gerald , Rechtsdurchsetzung von Persönlichkeitsrechten. Bußgelder gegen Provider als Enforcement?	365	Zech, Herbert , Anwendbarkeit des Übereinkommens über biologische Vielfalt und des Nagoya-Protokolls auf das humane Mikrobiom?	881

ZUR RECHTSPRECHUNG

Ahrens, Hans-Jürgen , Beseitigung kraft Unterlassungstitels: berechtigter Aufstand gegen den BGH? Zugleich Besprechung von BGH „Produkte zur Wundversorgung“	374	Knaak, Roland , Unionsmarkenschutz bei Koexistenz in Teilen der Union. Zugleich Besprechung zu EuGH „Ornua/T & S [KERRYGOLD]“	50
Beuthien, Volker , Statt Genugtuung für das Opfer Frohlocken des Täters? Zur rechtswidrigen Verwertung der Kohl-Protokolle	1021	Knaak, Roland/Kur, Annette , Markenentfernung als rechtsverletzende Benutzung? Besprechung von EuGH „Mitsubishi/Duma“	1120
Grabrucker, Marianne , Der EuGH schnürt am Paket zur Gewährleistungsmarke: Gedanken zur „Baumwollblüte“ in „Darjeeling“. Zugleich Besprechung von EuGH „The Tea Board/EUIPO [Darjeeling]“	53	Lubberger, Andreas , Zu Risiken und Nebenwirkungen kontaktieren Sie Ihren Anwalt oder Richter. Besprechung von BGH „Produkte zur Wundversorgung“	378
Graf Ballestrem, Johannes/Richly, Erik , Patentrecht – Abgrenzung von Wiederaufbereitung und Neuherstellung. Zugleich Besprechung von BGH „Trommeleinheit“	262	Nordemann, Jan Bernd , Die Haftung allgemeiner Zugangsprovider auf Website-Sperren. Der aktuelle Stand nach BGH „Dead Island“	1016
Hartwig, Henning , Vorbenutzung im Designrecht. Zugleich Besprechung von BGH „Bettgestell“	489	Ruess, Peter , Auf roten Sohlen – Formal Form oder Position. Zugleich Besprechung von EuGH „Louboutin/Van Haren“	898
Hau, Wolfgang , Klagemöglichkeiten juristischer Personen nach Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet. Zugleich Besprechung von EuGH „Bolagsupplysnin-gen“	163	Spindler, Gerald , Störerhaftung für Access-Provider reloaded	1012
Heinze, Christian , Zur Rechtshängigkeitssperre bei Klagen aus parallelen nationalen Marken und Unionsmarken. Zugleich Besprechung von EuGH „Merck KGaA/Merck & Co. Inc.“	160	Wagner, Kristina , Eine Frage der rechterhaltenden Benutzung und die Identität der Unterscheidungskraft der Marke. Zugleich Besprechung von BGH „Dorzo“	264

ANMERKUNGEN

Alexander, Christian , zu BGH vom 11.10.2017 – I ZR 78/16 – Tiegelgröße	436	Franz, Ulrich , zu BGH vom 20.2.2018 – VI ZR 30/17 – Ärztebewertung III	640
Druschel, Johannes/Schmitz, Philip/Engert/Philipp , zu EuGH vom 20.12.2017 – C-397/16, C-435/16 – Acacia/Audi ua und Acacia ua/Porsche	290	Funke, Thomas/Neubauer, Arne , zu EuGH vom 6.12.2017 – C-230/16 – Coty Germany/Parfümerie Akzente	215

Hackbarth, Ralf , zu EuGH vom 8.3.2018 – C-395/16 – DOCERAM/CeramTec [Zentrierstifte]	614	Raue, Benjamin , zu BGH vom 16.11.2017 – I ZR 161/16 – Knochenzement I	539
Hermanns, Clemens , zu OLG Düsseldorf vom 30.4.2018 – I-15 W 9/18 – Rasierklingeneinheiten	861	Ruess, Peter , zu EuGH vom 6.9.2018 – C-488/16 P – NEUSCHWANSTEIN	1150
Kianfar, Mina , zu EuGH vom 29.11.2017 – C-265/16 – VCAST/RTI	70	Schaub, Renate , zu EuGH vom 18.10.2018 – C-149/17 – Bastei Lübbe/Strotzer	1237
Kur, Annette , zu BGH vom 15.2.2018 – I ZR 138/16 – ORTLIEB	930	Schoene, Volker , zu EuGH vom 20.12.2017 – C-393/16 – CIVIC/Aldi [Champagner Sorbet]	331
Ohly, Ansgar , zu BGH vom 13.9.2018 – I ZR 140/15 – YouTube	1139	Schulze, Gernot , zu KG vom 18.6.2018 – 24 U 146/17 – Framingschutz	1058
Ohly, Ansgar , zu BGH vom 21.9.2017 – I ZR 11/16 – Vorschaubilder III	187		

MITTEILUNGEN

Nachruf auf Günther Wildanger (<i>Mes, Peter</i>)	59	Stellungnahme der GRUR zu dem EuGH-Vorlageverfahren „AMS Neve/Heritage Audio“ (C-172/18)	595
Tagungsbericht: Circle of European Trademark Judges 2017 (<i>Gietzelt, Manuel</i>)	60	Protokoll der Sitzung des GRUR-Fachausschusses für Wettbewerbs- und Markenrecht zum Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) am 25.4.2018 in Berlin (<i>Keller, Erhard</i>)	706
Circle of European Trade Mark Judges (CET-J). Conclusions of the Meeting in Leiden, 21–23 September 2017 (<i>Grabrucker, Marianne</i>)	167	Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der RL 2016/943/EU zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung	708
Stellungnahme der GRUR zur Verfassungsbeschwerde des Dr. Ingve Björn Stjerna gegen das Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19.2.2013 über ein Einheitliches Patentgericht in Verbindung mit dem Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	270	Stellungnahme des GRUR-Fachausschusses für Urheber- und Verlagsrecht zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie	713
Nachruf auf Dr. phil. Klaus Jasper Utermann (<i>Wirth, Wolf-Dieter</i>)	384	Stellungnahme der GRUR zum Weltweiten Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen im Rahmen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht („Judgment Convention“)	902
Zweite Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz als Gesetz zur Umsetzung der RL 2015/2436/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.12.2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedschaft über die Marken – Markenrechtsmodernisierungsgesetz (MaMoG) – Stand: 15.3.2017	385	Stellungnahme der GRUR zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der VO (EG) Nr. 469/2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel vom 28.5.2018 (COM [2018] 317 final)	1027
Ergebnisprotokoll der Mitgliederversammlung am 29.9.2017 in Hamburg	494	Tagungsbericht: Junge Wissenschaft – Kolloquium zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht (<i>Hennemann, Moritz</i>)	1028
Geschäftsbericht 2016/2017	495	Stellungnahme der GRUR zum Projekt einer Haager Judgment Convention – Entwurfsfassung Mai 2018	1227
Protokoll der Sitzung des GRUR-Fachausschusses für den Schutz von Pflanzenzüchtungen am 27.10.2017 in Bonn (<i>Bönsch, Alexandra</i>)	592		
Protokoll der Sitzung des GRUR-Fachausschusses für Wettbewerbs- und Markenrecht am 28.9.2017 in Hamburg (<i>Keller, Erhard</i>)	594		

REPORT

RECHTSPRECHUNG

PATENTRECHT

Voraussetzungen zur Erteilung eines ESZ

AEUV Art. 267 – **MSD/Comptroller**. (1) Art. 3 Buchst. b der VO (EG) Nr. 469/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6.5.2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel ist dahin auszulegen, dass eine vom Referenzmitgliedstaat gemäß Art. 28 IV der RL 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6.11.2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel in der hinsichtlich der Pharmakovigilanz durch die RL 2010/84/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.12.2010 geänderten Fassung vor Ablauf des Grundpatents im Sinne von Art. 1 Buchst. c VO Nr. 469/2009 herausgegebene Mitteilung über den Abschluss des Verfahrens nicht einer Genehmigung für das Inverkehrbringen im Sinne von Art. 3 Buchst. b dieser Verordnung gleichgestellt werden kann, so dass auf der Grundlage einer solchen Mitteilung kein ergänzendes Schutzzertifikat erlangt werden kann. (2) Art. 10 III VO Nr. 469/2009 ist dahin auszulegen, dass der Umstand, dass der betroffene Mitgliedstaat zum Zeitpunkt der Anmeldung eines ergänzenden Schutzzertifikats in diesem Mitgliedstaat keine Genehmigung für das Inverkehrbringen erteilt hatte, kein Mangel ist, der nach dieser Vorschrift geheilt werden kann.

EuGH (Siebte Kammer), Urte. v. 7.12.2017 – C-567/16 (Merck Sharp & Dohme Corporation/Comptroller General of Patents, Designs and Trade Marks) 388

Nachträgliche Korrektur des Ablaufdatums eines ESZ

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 469/2009 Art. 18; VO (EG) Nr. 1610/96 Art. 17 II – **Incyte Corporation/Amt**. (1) Art. 18 der VO (EG) Nr. 469/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6.5.2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel ist unter Berücksichtigung von Art. 17 II der VO (EG) Nr. 1610/96 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.7.1996 über die Schaffung eines ergänzenden Schutzzertifikats für Pflanzenschutzmittel dahin auszulegen, dass der Zeitpunkt der ersten Genehmigung für das Inverkehrbringen, wie er in einer Anmeldung eines ergänzenden Schutzzertifikats, auf deren Grundlage die für die Erteilung dieses Zertifikats zuständige Behörde dessen Laufzeit berechnet hat, angegeben ist, dann unrichtig ist, wenn er, wie im Ausgangsverfahren, eine Berechnungsmodalität für die Laufzeit dieses Zertifikats zur Folge hat, die mit den Vorgaben von Art. 13 I VO Nr. 469/2009, wie er in einem nachfolgenden Urteil des Gerichtshofs ausgelegt worden ist, nicht im Einklang steht. (2) Art. 18 VO Nr. 469/2009 ist unter Berücksichtigung des 17. Erwägungsgrundes und von Art. 17 II VO Nr. 1610/96 dahin auszulegen, dass der Inhaber eines ergänzenden Schutzzertifikats in einer Situation wie der in Nummer 1 des vorliegenden Tenors beschrieben auf der Grundlage von Art. 18 VO Nr. 469/2009 einen Rechtsbehelf einlegen kann, um die in dem Zertifikat angegebene Laufzeit berichtigen zu lassen, solange das Zertifikat nicht erloschen ist.

EuGH (Zweite Kammer), Urte. v. 20.12.2017 – C-492/16 (Incyte Corporation/Szellemi Tulajdon Nemzeti Hivatala [Nationales Amt für geistiges Eigentum, Ungarn]) 602

Geltung des Anmeldezeitpunkts des Grundpatents für Besonderen/Speziellen Mechanismus

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 469/2009 Art. 36 I; VO (EG) Nr. 1901/2006 – **Pfizer/Orifarm**. (1) Die in Anhang IV Nr. 2 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn,

der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, in Anhang V Nr. 1 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens und die Anpassungen der Verträge, auf denen die Europäische Union beruht, und in Anhang IV Nr. 1 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vorgesehenen Besonderen beziehungsweise Speziellen Mechanismen sind dahin auszulegen, dass sie es dem Inhaber eines in einem anderen Mitgliedstaat als den in diesen Beitrittsakten genannten neuen Mitgliedstaaten erteilten ergänzenden Schutzzertifikats gestatten, sich der Paralleleinfuhr eines Arzneimittels aus diesen neuen Mitgliedstaaten zu widersetzen, wenn die Rechtsordnungen dieser neuen Mitgliedstaaten die Möglichkeit der Erlangung eines entsprechenden Schutzes nicht zum Zeitpunkt der Anmeldung des Grundpatents, sondern zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Grundpatentanmeldung und/oder der Beantragung des Ergänzenden Schutzzertifikats im Einfuhrmitgliedstaat vorsahen, so dass es für den Inhaber unmöglich war, in den Ausfuhrstaaten ein Patent und ein entsprechendes Ergänzendes Schutzzertifikat zu erlangen. (2) Die in Anhang IV Nr. 2 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, in Anhang V Nr. 1 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens und die Anpassungen der Verträge, auf denen die Europäische Union beruht, und in Anhang IV Nr. 1 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vorgesehenen Besonderen bzw. Speziellen Mechanismen sind dahin auszulegen, dass sie auf die in Art. 36 I der VO (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Kinderarzneimittel und zur Änderung der VO (EWG) Nr. 1768/92, der RL 2001/20/EG und RL 2001/83/EG sowie der VO (EG) Nr. 726/2004 geregelte Verlängerung Anwendung finden.

EuGH (Zweite Kammer), Urte. v. 21.6.2018 – C-681/16 (Pfizer Ireland Pharmaceuticals, Operations Support Group/Orifarm GmbH) 904

Auslegung der Bestimmung über ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 469/2009 Art. 3 Buchst. a – **Teva UK ua/Gilead**. Art. 3 Buchst. a der VO (EG) Nr. 469/2009 ist dahin auszulegen ist, dass ein aus mehreren Wirkstoffen mit kombinierter Wirkung bestehendes Erzeugnis im Sinne dieser Bestimmung „durch ein in Kraft befindliches Grundpatent geschützt“ ist, wenn sich die Ansprüche des Grundpatents notwendigerweise und spezifisch auf die Kombination der Wirkstoffe, aus denen das Erzeugnis besteht, beziehen, auch wenn sie darin nicht ausdrücklich erwähnt wird. Dabei muss aus der Sicht des Fachmanns nach dem Stand der Technik bei der Einreichung oder am Prioritätstag des Grundpatents – die Kombination der Wirkstoffe im Licht der Beschreibung und der Zeichnungen des Patents notwendigerweise von der durch das Patent geschützten Erfindung erfasst sein und – jeder der Wirkstoffe im Licht aller durch das Patent offengelegten Angaben spezifisch identifizierbar sein.

EuGH (Große Kammer), Urte. v. 25.7.2018 – C-121/17 (Teva UK Ltd ua/Gilead Sciences Inc.) 908

Erteilung eines ergänzenden Schutzzertifikats bei nationaler Zulassung einer Medizinprodukt-Arzneimittel-Kombination

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 469/2009 Art. 2; RL 93/42/EWG Art. 1 IV – **Boston Scientific [Paclitaxel freisetzender Stent]**. Art. 2 der VO (EG) Nr. 469/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6.5.2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel ist dahin auszulegen, dass ein vorausgehendes Zulassungsverfahren gemäß der RL 93/42/EWG des Rates vom 14.6.1993 über Medizinprodukte in der durch die RL 2007/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5.9.2007 geänderten Fassung für ein Produkt, das als festen Bestandteil einen Stoff enthält, im Sinne von Art. 1 IV dieser Richtlinie in geänderter Fassung für die Zwecke der Anwendung dieser Verordnung einem Verfahren zur Genehmigung für das Inverkehrbringen dieses Stoffs gemäß der RL 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6.11.2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel in der durch die RL 2004/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31.3.2004 geänderten Fassung auch dann nicht gleichgestellt werden kann, wenn dieser Stoff gemäß Anh. I Abschn. 7.4 Abs. 1 und 2 der RL 93/42 in geänderter Fassung bewertet worden sein sollte.

EuGH (Neunte Kammer), Ur. v. 25.10.2018 – C-527/17 (Boston Scientific Ltd/Deutsches Patent- und Markenamt) 1232

Heranziehung einer bestimmten technischen Lösung durch Fachmann

EPÜ Art. 56 – **Spinfrequenz**. (1) Für die Beurteilung der Frage, ob sich dem Fachmann ein bestimmter Stand der Technik als möglicher Ausgangspunkt seiner Bemühungen anbot, ist die Einordnung eines bestimmten Ausgangspunkts als – aus der Sicht ex post – nächstkommender Stand der Technik weder ausreichend noch erforderlich (stRSpr, zuletzt BGH, GRUR 2017, 498 Rn. 28 – Gestrücktes Schuhoberteil). (2) Die Annahme, dass der Fachmann Anlass zur Heranziehung einer bestimmten technischen Lösung hatte, auch wenn ein konkretes Vorbild hierfür nicht aufgezeigt werden kann, setzt Feststellungen dazu voraus, dass diese Lösung als ein generelles, für eine Vielzahl von Anwendungsfällen in Betracht zu ziehendes Mittel ihrer Art nach zum allgemeinen Fachwissen gehörte, dass sich die Nutzung ihrer Funktionalität in dem zu beurteilenden Zusammenhang als objektiv zweckmäßig darstellt und dass keine besonderen Umstände vorliegen, die eine Anwendung aus fachlicher Sicht als nicht möglich, mit Schwierigkeiten verbunden oder sonst untunlich erscheinen lassen (Fortführung von BGH, GRUR 2014, 647 – Farbversorgungssystem).

BGH, Ur. v. 26.9.2017 – X ZR 109/15 (BPatG) 509

* Abgrenzung zwischen bestimmungsgemäßem Gebrauch und Neuherstellung

RL 2009/125/EG; PatG § 9 I 2 Nr. 1 – **Trommeleinheit**. (1) Aus einer freiwilligen Vereinbarung, in der sich Unternehmen gegenüber der Europäischen Kommission zur Einhaltung bestimmter Standards zum Zwecke des Umweltschutzes verpflichtet haben, um eine zwingende Regelung der Kommission gemäß Art. 15 RL 2009/125/EG zu vermeiden, ergeben sich grundsätzlich keine Rechte Dritter. (2) Für die Beurteilung der Frage, ob der Austausch von Teilen einer mit Zustimmung des Patentinhabers in Verkehr gebrachten Vorrichtung zum bestimmungsgemäßen Gebrauch gehört oder eine Neuherstellung darstellt, ist als maßgeblicher Bezugspunkt das geschützte Erzeugnis heranzuziehen. Dies gilt auch dann, wenn der Berechtigte ein Exemplar des geschützten Erzeugnisses (hier: eine Bildtrommeleinheit) als Bestandteil eines umfassenderen Gegenstands (hier: einer Prozesskartusche) in Verkehr gebracht hat. (3) Wenn ein Patentanspruch ein aus mehreren Teilen bestehendes Erzeugnis schützt, der Berechtigte jedoch nur Gegenstände in Verkehr bringt, die nochmals weitere Bestandteile umfassen und deshalb im Hinblick auf das geschützte Erzeugnis eine tatsächliche Verkehrsauffassung nicht festgestellt werden kann, ist für die Abgrenzung zwischen bestimmungsgemäßem Gebrauch und Neuherstellung allein darauf abzustellen, ob sich gerade in den ausgetauschten

Teilen die technischen Wirkungen der Erfindung widerspiegeln (Ergänzung zu BGH, GRUR 2012, 1118 – Palettenbehälter II).

BGH, Ur. v. 24.10.2017 – X ZR 55/16 (OLG Düsseldorf) 170

Kein Schutz bei Fehlen eines ursprünglich offenbarten Merkmals

IntPatÜbkG Art. II § 6 I 1 Nr. 3 – **Digitales Buch**. Der Umstand, dass alle in einer Anmeldung geschilderten Ausführungsbeispiele ein bestimmtes Merkmal aufweisen, steht der Beanspruchung von Schutz für Ausführungsformen ohne dieses Merkmal entgegen, wenn dem Inhalt der Anmeldung zu entnehmen ist, dass die im Anspruch vorgesehenen Mittel der Lösung eines Problems dienen, das das Vorhandensein des betreffenden Merkmals voraussetzt (Ergänzung zu BGHZ 200, 63 Rn. 31 = GRUR 2014, 542 – Kommunikationskanal).

BGH, Ur. v. 7.11.2017 – X ZR 63/15 (BPatG) 175

Zweckbestimmung der Definition des Fachmanns

EPÜ Art. 56; PatG § 4 – **Wärmeenergieverwaltung**. Die Definition des Fachmanns dient dazu, eine fiktive Person festzulegen, aus deren Sicht das Patent und der Stand der Technik zu würdigen sind. Sie kann deshalb nicht auf Erwägungen zur Auslegung des Patents oder zur erfinderischen Tätigkeit gestützt werden.

BGH, Ur. v. 9.1.2018 – X ZR 14/16 (BPatG) 390

Verfahren zum wasserdichten Imprägnieren von Leder

EPÜ Art. 69; PatG § 14 – **Wasserdichter Lederschuh**. (1) Ist nach dem unter Schutz gestellten Verfahren ein Halbzeug in bestimmter Weise zu bearbeiten (hier: eine Lederseite in bestimmter Weise auszurüsten), beschränkt der Zweck der Bearbeitung nur insoweit den Gegenstand des Verfahrens, als das bearbeitete Halbzeug geeignet sein muss, dem Zweck entsprechend weiterverarbeitet zu werden. (2) Stellt ein Sachanspruch das unter Verwendung des Halbzeugs hergestellte Fertigprodukt unter Schutz, erfasst er regelmäßig nur einen Gegenstand, bei dem das Halbzeug dem Zweck entsprechend weiterverarbeitet worden ist.

BGH, Ur. v. 30.1.2018 – X ZR 27/16 (BPatG) 395

Heranziehung eines zum allgemeinen Fachwissen zählenden Lösungsmittels

EPÜ Art. 56; PatG 4 – **Kinderbett**. Die generelle Eignung eines zum allgemeinen Fachwissen zählenden Lösungsmittels kann nur dann als Veranlassung zu ihrer Heranziehung genügen, wenn für den Fachmann ohne Weiteres erkennbar ist, dass eine technische Ausgangslage besteht, in der sich der Einsatz des betreffenden Lösungsmittels als objektiv zweckmäßig darstellt (im Anschluss an BGH, GRUR 2009, 743 – Airbag-Auslösesteuerung, und GRUR 2014, 647 – Farbversorgungssystem).

BGH, Ur. v. 27.3.2018 – X ZR 59/16 (BPatG) 716

Wirkung von Zweck- und Funktionsangaben in Sachanspruch

PatG § 14 – **Gurtstraffer**. (1) Eine in dem Sachanspruch eines Patents enthaltene Zweck- oder Funktionsangabe für die beanspruchte Vorrichtung bringt regelmäßig zum Ausdruck, dass die Vorrichtung für den genannten Zweck oder die genannte Funktion objektiv geeignet sein muss. Damit bleibt der Patentanspruch ein Sachanspruch, der sich auf eine Vorrichtung richtet, mit der die genannten Zwecke oder Funktionen realisiert werden können. (2) Zur Bejahung der Patentfähigkeit reicht es nicht aus, dass die vom Streitpatent vorgeschlagene technische Lösung aus Sicht des Stands der Technik mit Nachteilen oder ihre Realisierung mit Schwierigkeiten verbunden ist, wenn die vom Erfinder vorgeschlagene Lösung diese Nachteile oder Schwierigkeiten in Kauf nimmt (Bestätigung von BGHZ 133, 57 = GRUR 1996, 857 – Rauchgasklappe).

BGH, Ur. v. 24.4.2018 – X ZR 50/16 (BPatG) 1128

EuGH-Vorlage zur Erteilung eines ESZ bei nationaler Zulassung einer Medizinprodukt-Arzneimittel-Kombination

VO (EG) Nr. 469/2009 Art. 2; PatG § 16a – **Paclitaxel freisetzender Stent**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird gemäß Art. 267 AEUV folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt: Ist Art. 2 der VO (EG) Nr. 469/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6.5.2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel dahingehend auszulegen, dass eine Zulassung gemäß der RL 93/42/EWG für eine Medizinprodukt-Arzneimittel-Kombination im Sinne von Art. 1 IV RL 93/42/EWG für die Zwecke der Verordnung einer gültigen Genehmigung für das Inverkehrbringen gemäß der RL 2001/83/EG gleichzustellen ist, wenn der Arzneimittelbestandteil im Rahmen des Zulassungsverfahrens gemäß Anhang I Abschnitt 7.4 Absatz 1 RL 93/42/EWG bei einer Arzneimittelbehörde eines EU-Mitgliedstaats entsprechend der RL 2001/83/EG auf seine Qualität, Sicherheit und Nutzen überprüft wurde?

BPatG, Beschl. v. 18.7.2017 – 14 W (pat) 13/16 64

EuGH-Vorlage zu ergänzenden Schutzzertifikaten für Arzneimittel

VO (EG) Nr. 469/2009 Art. 3 Buchst. a; PatG § 16a I – **Sitagliptin III**. Dem EuGH werden gemäß Art. 267 AEUV folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: (1) Ist ein Erzeugnis nur dann gemäß Art. 3 Buchst. a VO (EG) Nr. 469/2009 durch ein in Kraft befindliches Grundpatent geschützt, wenn es zu dem durch die Patentansprüche definierten Schutzgegenstand gehört und dem Fachmann somit als konkrete Ausführungsform zur Verfügung gestellt wird? (2) Ist es dementsprechend für die Erfordernisse des Art. 3 Buchst. a VO (EG) Nr. 469/2009 nicht ausreichend, wenn das fragliche Erzeugnis zwar die in den Patentansprüchen enthaltene, allgemeine funktionelle Definition einer Wirkstoffklasse erfüllt, darüber hinaus aber nicht individualisiert als konkrete Ausführungsform der mit dem Grundpatent unter Schutz gestellten Lehre zu entnehmen ist? (3) Ist ein Erzeugnis bereits deshalb nicht durch Art. 3 Buchst. a VO (EG) Nr. 469/2009 durch ein in Kraft befindliches Grundpatent geschützt, wenn es zwar unter die in den Patentansprüchen enthaltene funktionelle Definition fällt, jedoch erst nach dem Anmeldezeitpunkt des Grundpatents aufgrund eigenständiger erfinderischer Tätigkeit entwickelt wurde?

BPatG, Beschl. v. 17.10.2017 – 14 W (pat) 12/17 281

Berechnung der Zwangslizenzgebühr

PatG § 24 VI – **Isentress II**. (1) Wird im Zwangslizenzverfahren im Wege der einstweiligen Verfügung nach § 85 PatG eine einstweilige Benutzungsgestattung erteilt und hierbei die Entscheidung über die Festsetzung der Lizenzgebühr und der Rechnungslegung dem Hauptsacheverfahren vorbehalten, so führt der im Laufe des Zwangslizenz-Hauptsacheverfahrens eintretende Widerruf des Patents im Umfang der noch ausstehenden Entscheidung über die Lizenzgebühr und die Rechnungslegung nicht zur Erledigung des Rechtsstreits. Für die ausstehende Entscheidung bleibt auch die Zuständigkeit des Bundespatentgerichts bestehen. (2) Hat der Antragsteller einer Zwangslizenz von einer ihm im einstweiligen Verfügungsverfahren erteilten einstweiligen Benutzungsgestattung Gebrauch gemacht, so hat er für die Dauer dieser (einstweiligen) Lizenzgewährung auch dann die gesetzlich bestimmte Vergütung zu entrichten, wenn das Patent im Laufe des Zwangslizenz-(Hauptsache-)Verfahrens, in dem die Entscheidung über die Höhe der Lizenzgebühr noch aussteht, widerrufen wird. (3) Da es sich bei der Bemessung der Lizenzgebühr für eine Zwangslizenz anbietet, sich an derjenigen Lizenzgebühr zu orientieren, die unter den Umständen des jeweiligen Einzelfalls in einem Lizenzvertrag vereinbart würde (vgl. BGH, GRUR 2017, 1017 Rn. 28 – Raltegravir), können bei einer solchen fiktiven Vereinbarung neben dem im jeweiligen Produktbereich üblichen Lizenzgebührenrahmen auch Umstände berücksichtigt werden wie ein im Einzelfall bestehendes besonderes Drohpotenzial des Patents, ebenso weitere Faktoren wie etwa der Beitrag des Wirkstoffpatents zur Entwicklung des von der Zwangslizenz erfassten pharmazeuti-

schen Wirkstoffs oder die Mitbenutzung eigener Schutzrechte des Lizenznehmers. Diese wirken sich – je nachdem – erhöhend oder erniedrigend auf die Lizenzgebührenhöhe aus. (4) Bei der im Rahmen der Bemessung der Lizenzhöhe unter Umständen vorzunehmenden Beurteilung des Beitrags, den das Patent zur Entwicklung des durch die Zwangslizenz erlaubten Vertriebs eines Arzneimittelwirkstoffs leistet, ist danach zu fragen, welche Weiterentwicklung ausgehend vom Offenbarungsgehalt des Patents (fiktiv) noch zu leisten ist, um zum lizenzierten Wirkstoff zu gelangen. Hierbei sind etwaiger weiterer Stand der Technik, ebenso wie etwaige Eigenentwicklungen des Lizenznehmers nicht zu berücksichtigen. (5) Zu den Faktoren, die sich bei einer Zwangslizenz erhöhend für die Lizenzgebühr auswirken, können etwa die fortbestehende Angreifbarkeit des Patents und die erwungene Hilfe für ein Konkurrenzunternehmen gehören, weniger hingegen der Entfall typischer Nebenpflichten in vertraglichen Lizenzvereinbarungen oder die in § 24 VI PatG vorgesehenen Möglichkeiten der Anpassung oder der Rücknahme oder Anpassung der Zwangslizenz. (6) Die Festsetzung der Höhe der Lizenzgebühr für eine Zwangslizenz kann im Wege der Schätzung (§ 287 I und II ZPO iVm § 99 I PatG) unter Berücksichtigung der zur Bemessung der Lizenzhöhe entwickelten Grundsätze und der von den Parteien dazu vorgetragenen Anhaltspunkte erfolgen.

BPatG, Urt. v. 21.11.2017 – 3 Li 1/16 (EP) 803

Ergänzendes Schutzzertifikat für durch Formulierungspatent geschützte Wirkstoffzusammensetzung

PatG § 16a I; VO (EG) Nr. 469/2009 Art. 1 Buchst. b u. c, 3 Buchst. c u. d – **Hexavalenter Impfstoff**. (1) Zur Frage der Erteilung eines ergänzenden Schutzzertifikats für eine durch ein Formulierungspatent geschützte Wirkstoffzusammensetzung. (2) Ein ergänzendes Schutzzertifikat kann auch erteilt werden, wenn es als Innovation eine Wirkstoffzusammensetzung schützt, deren Einzelwirkstoffe nicht zusammenwirken, sondern deren Vorteil in den verwendeten Hilfsstoffen besteht. (Leitsatz 2 von der Redaktion)

BPatG, Beschl. v. 23.1.2018 – 14 W (pat) 10/16 719

Sachlicher Umfang eines Vorbenutzungsrechts

PatG § 12 I – **Schutzverkleidung für funktechnische Anlagen**. (1) Veränderungen an einer vorbenutzten Ausführungsform, die sich innerhalb einer wortsinngemäßen Verwirklichung des Patentanspruchs bewegen, sind von einem Vorbenutzungsrecht umfasst, wenn die Abwandlung in Kenntnis der Ausführungsform und vor Offenbarung des Patents, dem gegenüber das Vorbenutzungsrecht geltend gemacht wird, für den Fachmann ohne schöpferische Tätigkeit auffindbar waren. (2) Es liegt bei einem Vorrichtungsanspruch eine unmittelbare Vorbenutzungshandlung vor und ist daher vom Vorbenutzungsrecht gedeckt, wenn der Vorbenutzer, der im Rahmen der Vorbenutzung sämtliche Bestandteile für eine Vorrichtung an einen Dritten lieferte, dazu übergeht, die Vorrichtung selbst herzustellen, sofern das vormalige Zusammenfügen beim Abnehmer zur geschützten Gesamtvorrichtung sicher vorhersehbar und einfach zu bewerkstelligen war. (3) Die Lieferung von Gegenständen an einen Dritten zur Durchführung eines patentgeschützten Verfahrens, dem gegenüber das Vorbenutzungsrecht geltend gemacht wird, ist grundsätzlich eine mittelbare Vorbenutzungshandlung. Der mittelbare Vorbenutzer darf regelmäßig nicht zu einer unmittelbaren Benutzung übergehen. Ausnahmsweise ist er zu einer unmittelbaren Benutzung befugt, wenn er vormalig sämtliche Bestandteile zur Ausführung des Verfahrens geliefert hat und die gelieferten Mittel technisch und wirtschaftlich sinnvoll überhaupt nur patentgemäß eingesetzt werden konnten. Liegen diese Voraussetzungen vor, darf der mittelbare Vorbenutzer sowohl seinen bisherigen Abnehmern als auch beliebigen Dritten das Mittel anbieten und sie beliefern, wobei sämtliche Abnehmer zur unmittelbaren Benutzung der Erfindung berechtigt sind. Darüber hinaus ist er unter diesen Voraussetzungen berechtigt, das patentgeschützte Verfahren selbst anzuwenden.

OLG Düsseldorf, Urt. v. 14.3.2018 – I-15 U 49/16 814

GEBRAUCHSMUSTERRECHT

Kein Gebrauchsmusterschutz für Verfahren

GebrMG §§ 2 Nr. 3, 8 I; GG Art. 14 I, 3 I – **Feldmausbekämpfung**. (1) Im Gebrauchsmustereintragungsverfahren hat die Gebrauchsmusterstelle zu prüfen, ob eines der in § 2 GebrMG aufgeführten Schutzhindernisse vorliegt. (2) Der Ausschluss von Gebrauchsmusterschutz für Verfahren steht in Einklang mit Art. 14 I und Art. 3 I GG.

BGH, Beschl. v. 27.3.2018 – X ZB 18/16 (BPatG) 605

ARBEITNEHMERERFINDUNGSRECHT

Keine wirksame Lizenzräumung durch einen von mehreren Miterfindern

BGB §§ 818, 823 I, 852 S. 1 u 2; PatG § 6; ArbNErfG § 22 S. 2; ZPO § 524 I 2 – **Flammpunktprüfungsvorrichtung**. (1) Die Einräumung einer Lizenz an einem Schutzrecht zugunsten eines Dritten stellt eine Maßnahme der Verwaltung dar, die nach § 744 I BGB Miterfindung nur gemeinschaftlich zusteht. (2) Die Geltung der Anschlussberufungsfrist des § 524 I 2 ZPO entfällt auch nicht aufgrund des Umstands, dass der Anlass für die Anschlussberufung erst nach Ablauf der Anschlussberufungsfrist entstanden ist. (Leitsätze der Redaktion)

OLG Düsseldorf, Urte. v. 26.7.2018 – I-15 U 2/17 1037

Anwendbare Vorschriften bei Arbeitnehmererfindung

Rom I-VO Art. 8 II 1; ArbNErfG §§ 5, 6 II 2, 8 I Nr. 3, 13 IV 2, 22 – **Rohrleitungsprüfung**. (1) Das anwendbare Recht wird für Fragen der Zuordnung einer Arbeitnehmererfindung zum Arbeitnehmer oder zum Arbeitgeber nach dem Arbeitsstatut und nicht nach dem Schutzlandprinzip bestimmt. (2) Das Recht an der Diensterfindung wird nach Art. 8 I Rom I-VO bestimmt. Die nach § 22 ArbNErfG zwingenden Regelungen des deutschen Arbeitnehmererfinderrechts sind Schutzvorschriften nach Art. 8 I 2 Rom I-VO. Nach Art. 8 II 1 Rom I-VO gilt das Recht des gewöhnlichen Arbeitsorts des Arbeitnehmers. Für das Recht auf das aus einer Diensterfindung abgeleitete europäische Patent gilt aufgrund Art. 60 I 2 EPÜ Entsprechendes. (3) Die Frage, nach welchem Recht sich die Vindikation des Schutzrechts richtet, das aus der Diensterfindung hervorgegangen ist, ist nach dem Schutzlandstatut zu beantworten. (4) Der Anspruch auf Vindikation der nationalen Teile eines europäischen Bündelpatents richtet sich gemäß Art. 60 I 2 EPÜ hinsichtlich aller seiner nationalen Teile einheitlich nach dem Recht des Beschäftigungsstaats, in dem der Arbeitnehmer überwiegend beschäftigt ist. (5) Behauptet der Arbeitgeber lediglich pauschal, es gebe weitere Miterfinder, bestreitet er eine vom grundsätzlich darlegungsbelasteten Arbeitnehmer substantiiert dargelegte Alleinerfinderschaft nicht erheblich. Der Arbeitgeber muss vielmehr konkret vortragen, welche anderen angeblichen Miterfinder welche konkreten Beiträge zur Erfindung geleistet haben und inwieweit diese im Schutzrecht Niederschlag gefunden haben, das vindiziert werden soll.

OLG Karlsruhe, Urte. v. 13.4.2018 – 6 U 161/16 1030

URHEBERRECHT

Unzulässiges Zurverfügungstellen von in „Cloud“ gespeicherten Kopien von Fernsehprogrammen

AEUV Art. 267; RL 2001/29/EG Art. 3 I, 5 II Buchst. b – **VCAST/RTI**. Die RL 2001/29/EG des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 22.5.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft, insbesondere ihr Art. 5 II Buchst. b, ist dahin auszulegen, dass sie einer nationalen Regelung entgegensteht, die es einem gewerblichen Unternehmen gestattet, für Private mit Hilfe eines Datenverarbeitungssystems eine Dienstleistung der Fernbildaufzeichnung von Privatkopien urheberrechtlich geschützter Werke in der „Cloud“ durch aktiven Eingriff seinerseits in die Aufzeichnung ohne Zustimmung des Rechtsinhabers zu erbringen.

EuGH (Dritte Kammer), Urte. v. 29.11.2017 – C-265/16 (VCAST Ltd./RTI SpA) 68

Seperates Hochladen einer Fotografie in Referat auf Website einer Schule als „öffentliche Wiedergabe“

AEUV Art. 267; RL 2001/29/EG Art. 3 I – **Land Nordrhein-Westfalen/Dirk Renckhoff [Cordoba]**. Der Begriff „öffentliche Wiedergabe“ im Sinne von Art. 3 I der RL 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.5.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft ist dahin auszulegen, dass er die Einstellung einer Fotografie auf eine Website erfasst, wenn die Fotografie zuvor ohne beschränkende Maßnahme, die ihr Herunterladen verhindert, und mit Zustimmung des Urheberrechtsinhabers auf einer anderen Website veröffentlicht worden ist.

EuGH (Zweite Kammer), Urte. v. 7.8.2018 – C-161/17 (Land Nordrhein-Westfalen/Dirk Renckhoff) 911

Keine Haftungsbefreiung für Familienmitglieder bei Filesharing

AEUV Art. 267; RL 2001/29/EG Art. 3 I, 8 I, II; RL 2004/48/EG Art. 3 II; GrCh Art. 7 – **Bastei Lübbe/Strotzer**. Art. 8 I und II der RL 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.5.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft in Verbindung mit ihrem Art. 3 I einerseits und Art. 3 II der RL 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.4.2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums andererseits sind dahin auszulegen, dass sie einer nationalen Rechtsvorschrift wie der im Ausgangsverfahren streitigen in der Auslegung durch das zuständige nationale Gericht entgegenstehen, wonach der Inhaber eines Internetanschlusses, über den Urheberrechtsverletzungen durch Filesharing begangen wurden, nicht haftbar gemacht werden kann, wenn er mindestens ein Familienmitglied benennt, dem der Zugriff auf diesen Anschluss möglich war, ohne nähere Einzelheiten zu Zeitpunkt und Art der Nutzung des Anschlusses durch dieses Familienmitglied mitzuteilen.

EuGH (Dritte Kammer), Urte. v. 18.10.2018 – C-149/17 (Bastei Lübbe GmbH & Co. KG/Michael Strotzer) 1234

Pauschale Beteiligung von Verlagen an den Einnahmen der VG Wort

GG Art. 3 I, 14 I, 101 I 2; AEUV Art. 267 III; RL 2001/29/EG Art. 5 II Buchst. a, b; UrhG §§ 54 I, 63a S. 2; BGB § 307 I 1 – **Verlegeranteil**. (1) Allein daraus, dass die Vergütungsansprüche der Urheber von einer Verwertungsgesellschaft (hier: VG Wort) wahrgenommen werden und dass diese bislang in ständiger Praxis die vertraglich eingeräumte Verlegerbeteiligung vornahm, kann nicht gefolgert werden, dass die alleinige Rechtsinhaberschaft der Urheber lediglich „formal“ bestehe. (2) Zu den von einem Verleger zu erfüllenden Anforderungen an eine substantiierte Begründung der Verletzung von Art. 14 I 1, 3 I sowie Art. 101 I 2 GG durch das Urteil des BGH, GRUR 2016, 596 – Verlegeranteil, durch das eine pauschale Beteiligung von Verlagen an den Einnahmen der VG Wort abgelehnt worden ist. (Leitsätze der Redaktion)

BVerfG (3. Kammer des Ersten Senats), Beschl. v. 18.4.2018 – 1 BvR 1213/16 829

Kein Beweisverwertungsverbot bei Auskunft zum Filesharing

EU-GrCh Art. 7, 17 II; RL 2004/48/EG Art. 8; GG Art. 2, 10 I, 14 I; UrhG § 101 III u. IX – **Benutzerkennung**. Fallen Netzbetreiber und Endkundenanbieter auseinander, so betrifft allein die vom Netzbetreiber erteilte Auskunft über die Zuordnung der dynamischen IP-Adresse zu einer für den Endkundenanbieter vergebenen Benutzerkennung und nicht die Auskunft des Endkundenanbieters über Namen und Anschrift des Inhabers des der Benutzerkennung zugeordneten Anschlusses die Verwendung von Verkehrsdaten im Sinne des § 101 IX UrhG.

BGH, **Urt. v 13.7.2017 – I ZR 193/16 (LG Frankenthal [Pfalz])** 189

Keine Urheberrechtsverletzung bei Bildersuche durch Suchmaschinen

UrhG § 15 II – **Vorschaubilder III**. Bietet der Betreiber einer Internetseite eine Suchfunktion in Form eines elektronischen Verweises (Links) auf eine Suchmaschine an, mit der Besucher seiner Internetseite durch die Eingabe von Suchbegriffen in eine Suchmaske von der Suchmaschine gespeicherte Vorschaubilder urheberrechtlich geschützter Fotografien anzeigen lassen können, stellt dies eine öffentliche Wiedergabe im Sinne von § 15 II UrhG dar, wenn die von der Suchmaschine gefundenen Fotografien ohne Erlaubnis des Rechtsinhabers im Internet eingestellt waren und der Anbieter der Suchfunktion vom Fehlen der Erlaubnis des Rechtsinhabers wusste oder vernünftigerweise wissen musste. Auch wenn der Anbieter der Suchfunktion mit Gewinnerzielungsabsicht handelt, besteht keine Vermutung, dass er vom Fehlen der Erlaubnis des Rechtsinhabers Kenntnis hatte.

BGH, **Urt. v 21.9.2017 – I ZR 11/16 (OLG Hamburg)** 178

Erstreckung des Leistungsschutzrechts des Filmherstellers auf Dateifragmente

ZPO §§ 4 I, 511 II Nr. 1; UrhG §§ 2 I Nr. 6, 19a, 85 I 2, 94 I 1, 97 II 1 – **Konferenz der Tiere**. Der Teilnehmer einer Internetaustauschbörse, der Dateifragmente in der Tauschbörse zum Herunterladen anbietet, die einem urheberrechtlich geschützten Werk zuzuordnen sind, das im zeitlichen Zusammenhang mit der beanstandeten Handlung in der Tauschbörse zum Herunterladen bereit gehalten wird, haftet regelmäßig als Mittäter einer gemeinschaftlich mit den anderen Nutzern der Internetaustauschbörse begangenen Verletzung des Rechts zur öffentlichen Zugänglichmachung des Werkes.

BGH, **Urt. v. 6.12.2017 – I ZR 186/16 (LG Frankenthal [Pfalz])** 400

Öffentliche Wiedergabe von Hörfunksendungen in Patientenzimmern eines Krankenhauses

BGB § 313; UrhG §§ 15 III, II 1 u. 2 Nr. 3, 20, 20b I 1, 78 I Nr. 2, II Nr. 1, 87 I Nr. 1 Fall 1 – **Krankenhausradio**. (1) Das Recht zur Kündigung eines urheberrechtlichen Lizenzvertrags wegen Störung der Geschäftsgrundlage gemäß § 313 BGB infolge der Änderung einer gefestigten höchstrichterlichen Rechtsprechung setzt voraus, dass diese Rechtsprechung nach der gemeinschaftlichen Vorstellung der Parteien auf den konkret in Rede stehenden Sachverhalt anwendbar ist. (2) Die Rechtsprechung zur Frage der öffentlichen Wiedergabe von Hörfunksendungen in Wartezimmern von Arztpraxen ist nicht auf die Frage der öffentlichen Wiedergabe von Hörfunksendungen in Patientenzimmern eines Krankenhauses anwendbar (Fortführung von BGH, GRUR 2016, 278 = WRP 2016, 218 – Hintergrundmusik in Zahnarztpraxen). (3) Der Betreiber eines Krankenhauses, der Patientenzimmer mit Radiogeräten ausstattet, mit denen Patienten ausgestrahlte Radiosendungen über eine krankenhauseigene Kabelanlage empfangen können, gibt die Radiosendungen im Sinne von § 15 III UrhG öffentlich wieder und verletzt daher die Rechte von Urhebern, ausübenden Künstlern und Sendeunternehmen zur öffentlichen Wiedergabe ihrer Werke oder Leistungen.

BGH, **Urt. v. 11.1.2018 – I ZR 85/17 (LG Bochum)** 608

Abmahnkosten gegen nicht verantwortlichen Anschlussinhaber als ersatzfähiger Schaden

UrhG §§ 19a, 69c Nr. 4, 97 II; UrhG aF § 97a – **Riptide**. Spricht der Rechtsinhaber im Falle der öffentlichen Zugänglichmachung eines urheberrechtlich geschützten Werkes über eine Internetaustauschbörse gegenüber dem für die Rechtsverletzung nicht verantwortlichen Anschlussinhaber eine Abmahnung aus, der daraufhin den Rechtsverletzer benennt, so umfasst der vom Rechtsverletzer zu leistende Schadensersatz die Kosten dieser Abmahnung.

BGH, **Versäumnisurt. v. 22.3.2018 – I ZR 265/16 (OLG Düsseldorf)** 914

*** Haftung des Anschlussinhabers für Urheberrechtsverletzungen über ungesichertes WLAN**

RL 2001/29/EG Art. 8 III; RL 2004/48/EG Art. 11 S. 3; TMG §§ 7 IV, 8 I 2 – **Dead Island**. (1) Der an die Stelle der bisherigen Störerhaftung des Zugangsvermittlers für von Dritten begangene Rechtsverletzungen getretene Sperranspruch nach § 7 IV TMG nF ist unionsrechtskonform dahingehend fortzubilden, dass er in analoger Anwendung gegen Betreiber drahtgebundener Internetzugänge geltend gemacht werden kann. (2) Kann der Sperranspruch nach § 7 IV TMG nF nicht nur gegen WLAN-Betreiber, sondern auch gegen Anbieter drahtgebundener Internetzugänge geltend gemacht werden, bestehen gegen die Anwendung des Ausschlusses von Unterlassungsansprüchen gemäß § 8 I 2 TMG nF keine durchgreifenden unionsrechtlichen Bedenken. (3) Wird in einem vor Inkrafttreten der §§ 7 IV, 8 I 2 TMG nF anhängig gemachten, nach dem Inkrafttreten dieser Vorschriften andauernden Rechtsstreit der Internetzugangsvermittler wegen Urheberrechtsverletzungen, die Dritte über den von ihm bereitgestellten Internetanschluss begangen haben, auf Unterlassung in Anspruch genommen, so ist dem Kläger Gelegenheit zu geben, seinen Klageantrag an die Erfordernisse eines möglichen Sperranspruchs nach § 7 IV TMG nF anzupassen. (4) Soweit für die Inanspruchnahme auf Abmahnkostenersatz auf die Rechtslage vor Inkrafttreten des § 8 I 2 TMG nF abzustellen ist, haftet der gewerbliche Betreiber eines Internetzugangs über WLAN für von Dritten begangene Urheberrechtsverletzungen mittels Filesharing erst nach Erhalt eines Hinweises darauf, dass über seinen Internetanschluss Urheberrechtsverletzungen im Wege des Filesharing begangen worden sind. Für die Annahme der Haftung ist nicht erforderlich, dass das vom Hinweis erfasste und das durch die erneute Verletzung betroffene Werk identisch sind.

BGH, **Urt. v. 26.7.2018 – I ZR 64/17 (OLG Düsseldorf)** 1044

EuGH-Vorlage zur Haftung einer Internetvideoplattform für Urheberrechtsverletzungen

RL 2001/29/EG Art. 3 I, 8 III; RL 2000/31/EG Art. 14 I, 15; RL 2004/48/EG Art. 11 S. 1, 13 – **YouTube**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union werden zur Auslegung von Art. 3 I und Art. 8 III der RL 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.5.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (ABl. 2001 L 167 v. 22.6.2001, 10), Art. 14 I der RL 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8.6.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“; ABl. 2000 L 178 v. 17.7.2000, 1) sowie Art. 11 S. 1 und Art. 13 der RL 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.4.2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (ABl. 2004 L 157 v. 30.4.2004, 45) folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: (1) Nimmt der Betreiber einer Internetvideoplattform, auf der Nutzer Videos mit urheberrechtlich geschützten Inhalten ohne Zustimmung der Rechtsinhaber öffentlich zugänglich machen, eine Handlung der Wiedergabe im Sinne von Art. 3 I der RL 2001/29/EG vor, wenn – er mit der Plattform Werbeeinnahmen erzielt, – der Vorgang des Hochladens automatisch und ohne vorherige Ansicht oder Kontrolle durch den Betreiber erfolgt, – der Betreiber nach den Nutzungsbedingungen für die

Dauer der Einstellung des Videos eine weltweite, nicht-exklusive und gebührenfreie Lizenz an den Videos erhält, – der Betreiber in den Nutzungsbedingungen und im Rahmen des Hochladevorgangs darauf hinweist, dass urheberrechtsverletzende Inhalte nicht eingestellt werden dürfen, – der Betreiber Hilfsmittel zur Verfügung stellt, mit deren Hilfe Rechtsinhaber auf die Sperrung rechtsverletzender Videos hinwirken können, – der Betreiber auf der Plattform eine Aufbereitung der Suchergebnisse in Form von Ranglisten und inhaltlichen Rubriken vornimmt und registrierten Nutzern eine an diesen bereits angesehenen Videos orientierte Übersicht mit empfohlenen Videos anzeigen lässt, sofern er keine konkrete Kenntnis von der Verfügbarkeit urheberrechtsverletzender Inhalte hat oder nach Erlangung der Kenntnis diese Inhalte unverzüglich löscht oder unverzüglich den Zugang zu ihnen sperrt? (2) Für den Fall, dass die Frage 1 verneint wird: Fällt die Tätigkeit des Betreibers einer Internetvideoplattform unter den in Frage 1 beschriebenen Umständen in den Anwendungsbereich von Art. 14 I der RL 2000/31/EG? (3) Für den Fall, dass die Frage 2 bejaht wird: Muss sich die tatsächliche Kenntnis von der rechtswidrigen Tätigkeit oder Information und das Bewusstsein der Tatsachen oder Umstände, aus denen die rechtswidrige Tätigkeit oder Information offensichtlich wird, nach Art. 14 I der RL 2000/31/EG auf konkrete rechtswidrige Tätigkeiten oder Informationen beziehen? (4) Weiter für den Fall, dass die Frage 2 bejaht wird: Ist es mit Art. 8 III der RL 2001/29/EG vereinbar, wenn der Rechtsinhaber gegen einen Diensteanbieter, dessen Dienst in der Speicherung von durch einen Nutzer eingegebenen Informationen besteht und von einem Nutzer zur Verletzung eines Urheberrechts oder verwandter Schutzrechte genutzt worden ist, eine gerichtliche Anordnung erst dann erlangen kann, wenn es nach einem Hinweis auf eine klare Rechtsverletzung erneut zu einer derartigen Rechtsverletzung gekommen ist? (5) Für den Fall, dass die Fragen 1 und 2 verneint werden: Ist der Betreiber einer Internetvideoplattform unter den in Frage 1 beschriebenen Umständen als Verletzer im Sinne von Art. 11 S. 1 und Art. 13 der RL 2004/48/EG anzusehen? (6) Für den Fall, dass die Frage 5 bejaht wird: Darf die Verpflichtung eines solchen Verletzers zur Leistung von Schadensersatz nach Art. 13 I der RL 2004/48/EG davon abhängig gemacht werden, dass der Verletzer sowohl in Bezug auf seine eigene Verletzungshandlung als auch in Bezug auf die Verletzungshandlung des Dritten vorsätzlich gehandelt hat und wusste oder vernünftigerweise hätte wissen müssen, dass Nutzer die Plattform für konkrete Rechtsverletzungen nutzen?

BGH, Beschl. v. 13.9.2018 – I ZR 140/15 (OLG Hamburg) 1132

EuGH-Vorlage zur Haftung eines Sharehosting-Dienstes für urheberrechtsverletzende Inhalte

RL 2001/29/EG Art. 3 I, 8 III; RL 2000/31/EG Art. 14 I, 15; RL 2004/48/EG Art. 11 S. 1, 13 – **uploaded**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union werden zur Auslegung von Art. 3 I und Art. 8 III der RL 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.5.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (ABl. 2001 L 167 v. 22.6.2001, 10), Art. 14 I der RL 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8.6.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“; ABl. 2000 L 178 v. 17.7.2000, 1) sowie Art. 11 S. 1 und Art. 13 der RL 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.4.2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (ABl. 2004 L 157 v. 30.4.2004, 45) folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: (1 a) Nimmt der Betreiber eines Sharehosting-Dienstes, über den Nutzer Dateien mit urheberrechtlich geschützten Inhalten ohne Zustimmung der Rechtsinhaber öffentlich zugänglich machen, eine Handlung der Wiedergabe im Sinne von Art. 3 I der RL 2001/29/EG vor, wenn – der Vorgang des Hochladens automatisch und ohne vorherige Ansicht oder Kontrolle durch den Betreiber erfolgt, – der Betreiber in den Nutzungsbedingungen darauf hinweist, dass urheberrechtsverletzende Inhalte nicht eingestellt werden dürfen, – er mit dem Betrieb des Dienstes Einnahmen erzielt, – der Dienst für legale Anwendungen genutzt wird, der Betreiber aber Kenntnis davon

hat, dass auch eine erhebliche Anzahl urheberrechtsverletzender Inhalte (mehr als 9500 Werke) verfügbar sind, – der Betreiber kein Inhaltsverzeichnis und keine Suchfunktion anbietet, die von ihm bereitgestellten unbeschränkten Download-Links aber von Dritten in Linksammlungen im Internet eingestellt werden, die Informationen zum Inhalt der Dateien enthalten und die Suche nach bestimmten Inhalten ermöglichen, – er durch die Gestaltung der von ihm nachfrageabhängig gezahlten Vergütung für Downloads einen Anreiz schafft, urheberrechtlich geschützte Inhalte hochzuladen, die anderweitig für Nutzer nur kostenpflichtig zu erlangen sind und – durch die Einräumung der Möglichkeit, Dateien anonym hochzuladen, die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, dass Nutzer für Urheberrechtsverletzungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden? (b) Ändert sich diese Beurteilung, wenn über den Sharehosting-Dienst in einem Umfang von 90–96 % der Gesamtnutzung urheberrechtsverletzende Angebote bereitgestellt werden? (2) Für den Fall, dass die Frage 1 verneint wird: Fällt die Tätigkeit des Betreibers eines Sharehosting-Dienstes unter den in Frage 1 beschriebenen Umständen in den Anwendungsbereich von Art. 14 I der RL 2000/31/EG? (3) Für den Fall, dass die Frage 2 bejaht wird: Muss sich die tatsächliche Kenntnis von der rechtswidrigen Tätigkeit oder Information und das Bewusstsein der Tatsachen oder Umstände, aus denen die rechtswidrige Tätigkeit oder Information offensichtlich wird, nach Art. 14 I der RL 2000/31/EG auf konkrete rechtswidrige Tätigkeiten oder Informationen beziehen? (4) Weiter für den Fall, dass die Frage 2 bejaht wird: Ist es mit Art. 8 III der RL 2001/29/EG vereinbar, wenn der Rechtsinhaber gegen einen Diensteanbieter, dessen Dienst in der Speicherung von durch einen Nutzer eingegebenen Informationen besteht und von einem Nutzer zur Verletzung eines Urheberrechts oder verwandter Schutzrechte genutzt worden ist, eine gerichtliche Anordnung erst dann erlangen kann, wenn es nach einem Hinweis auf eine klare Rechtsverletzung erneut zu einer derartigen Rechtsverletzung gekommen ist? (5) Für den Fall, dass die Fragen 1 und 2 verneint werden: Ist der Betreiber eines Sharehosting-Dienstes unter den in Frage 1 beschriebenen Umständen als Verletzer im Sinne von Art. 11 S. 1 und Art. 13 der RL 2004/48/EG anzusehen? (6) Für den Fall, dass die Frage 5 bejaht wird: Darf die Verpflichtung eines solchen Verletzers zur Leistung von Schadensersatz nach Art. 13 I der RL 2004/48/EG davon abhängig gemacht werden, dass der Verletzer sowohl in Bezug auf seine eigene Verletzungshandlung als auch in Bezug auf die Verletzungshandlung des Dritten vorsätzlich gehandelt hat und wusste oder vernünftigerweise hätte wissen müssen, dass Nutzer die Plattform für konkrete Rechtsverletzungen nutzen?

BGH, Beschl. v. 20.9.2018 – I ZR 53/17 (OLG München) 1239

Kein Zwang zum Framingschutz für digitale Bibliotheken

VGG § 34 I 1; UrhG §§ 15 II, 19a, 95a – **Framingschutz**. (1) Eine Verwertungsgesellschaft darf die Einräumung von Nutzungsrechten für digitale Bibliotheken nicht davon abhängig machen, dass die Bibliotheken durch technische Maßnahmen Framing und Embedding auf Drittseiten verhindern. (2) Auch der gesetzliche Schutz wirksamer technischer Maßnahmen nach § 95a UrhG ändert nichts daran, dass das „Framing“ von Webinhalten, die für alle Internetnutzer mit Erlaubnis des Berechtigten bereits frei zugänglich sind, diesen Inhalten kein neues Publikum eröffnet und daher keine urheberrechtlich relevante Nutzungshandlung darstellt. (3) § 95a UrhG schützt nur solche Schutzmaßnahmen, die unerlaubte Nutzungshandlungen verhindern oder einschränken sollen. (Leitsätze der Redaktion)

KG, Urt. v. 18.6.2018 – 24 U 146/17 1055

Unionsrechtskonformität der neuen TMG-Regelungen zur Nutzersperre

TMG §§ 7 IV 1, 8 – **Freies W-LAN**. Die gesetzliche Neuregelung der §§ 7 IV 1, 8 II 1 TMG sind mit Unionsrecht vereinbar. Die vom Gesetzgeber vorgesehene Maßnahme der Nutzersperre ist grundsätzlich tauglich, um den Zugang zu P2P-Netzwerken zu erschweren.

OLG München, Urt. v. 15.3.2018 – 6 U 1741/17 721

Störerhaftung des Access-Providers bei Urheberrechtsverletzungen

TMG §§ 2 Nr. 1, 7, 8; BGB § 1004 I – **Kinox.to**. (1) Der Access-Provider ist nicht verpflichtet, ohne Anlass aktiv nach urheberrechtsverletzenden Inhalten zu suchen. (2) Nach § 8 I 1 TMG kann ein Access-Provider jedoch bei Urheberrechtsverletzungen als Störer verpflichtet sein, den Zugang zu rechtsverletzenden Inhalten zu sperren. (Leitsätze der Redaktion)

OLG München, Urt. v. 14.6.2018 – 29 U 732/18 1050

DESIGNRECHT

Einordnung von Autofelgen als Bauelemente nach der „Reparaturklausel“ in der GGV

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 6/2002 Art. 110 I – **Acacia/Audi ua und Acacia ua/Porsche**. (1) Art. 110 I der VO (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12.12.2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster ist dahin auszulegen, dass die darin enthaltene so genannte „Reparaturklausel“ den Ausschluss des Schutzes als Gemeinschaftsgeschmacksmuster für ein Muster, das als Bauelement eines komplexen Erzeugnisses mit dem Ziel verwendet wird, die Reparatur dieses komplexen Erzeugnisses zu ermöglichen, um diesem wieder sein ursprüngliches Erscheinungsbild zu verleihen, nicht unter die Voraussetzung stellt, dass das geschützte Geschmacksmuster vom Erscheinungsbild des komplexen Erzeugnisses abhängig ist. (2) Art. 110 I VO Nr. 6/2002 ist dahin auszulegen, dass die darin enthaltene „Reparaturklausel“ den Ausschluss des Schutzes als Gemeinschaftsgeschmacksmuster für ein Muster, das als Bauelement eines komplexen Erzeugnisses mit dem Ziel verwendet wird, die Reparatur dieses komplexen Erzeugnisses zu ermöglichen, um diesem wieder sein ursprüngliches Erscheinungsbild zu verleihen, unter die Voraussetzung stellt, dass das Erscheinungsbild des Ersatzteils mit demjenigen optisch identisch ist, das ursprünglich in das komplexe Erzeugnis eingefügte Bauelement bei seinem Inverkehrbringen hatte. (3) Art. 110 I VO Nr. 6/2002 ist dahin auszulegen, dass der Hersteller oder Anbieter eines Bauelements eines komplexen Erzeugnisses, um sich auf die in dieser Vorschrift enthaltene „Reparaturklausel“ berufen zu können, einer Sorgfaltspflicht unterliegt, die sich auf die Einhaltung der in dieser Vorschrift geregelten Voraussetzungen durch die nachgelagerten Benutzer bezieht.

EuGH (Zweite Kammer), Urt. v. 20.12.2017 – C-397/16, C-435/16 (**Acacia SRL/Pneusgarda SRL, in Konkurs, Audi AG u. Acacia SRL, Ronaldo D’Amato/Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG**) 284

Voraussetzungen für ausschließliche technische Bedingtheit eines Designs

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 6/2002 Art. 8 I – **DOCERAM/CeramTec [Zentrierstifte]**. (1) Art. 8 I der VO (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12.12.2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster ist dahin auszulegen, dass für die Beurteilung, ob Erscheinungsmerkmale eines Erzeugnisses ausschließlich durch dessen technische Funktion bedingt sind, zu ermitteln ist, ob diese Funktion der einzige diese Merkmale bestimmende Faktor ist. Das Bestehen alternativer Geschmacksmuster ist insoweit nicht ausschlaggebend. (2) Art. 8 I VO Nr. 6/2002 ist dahin auszulegen, dass das nationale Gericht für die Beurteilung, ob die fraglichen Erscheinungsmerkmale eines Erzeugnisses im Sinne dieser Vorschrift ausschließlich durch dessen technische Funktion bedingt sind, alle objektiven maßgeblichen Umstände des Einzelfalls zu würdigen hat. Auf die Sicht eines „objektiven Beobachters“ kommt es insoweit nicht an.

EuGH (Zweite Kammer), Urt. v. 8.3.2018 – C-395/16 (**DOCE- RAM GmbH/CeramTec GmbH**) 612

Voraussetzungen eines Vorbenutzungsrechts

DesignG §§ 2 I, 13 II, 15, 41 I, 42 II 1, 46 I und III, 72 II – **Bettgestell**. (1) Als wirkliche und ernsthafte Anstalten, die ebenso wie die Benutzung eines Designs ein Vorbenutzungsrecht im Sinne von § 41 I DesignG begründen können, sind Vorbereitungshandlungen aller Art anzusehen, die auf die Benutzung des Designs gerichtet sind und den ernstlichen Willen sicher erkennen lassen, die Benutzung alsbald aufzunehmen. (2) Nur im Inland getroffene wirkliche und ernsthafte Anstalten zur Benutzung eines Designs können ein Vorbenutzungsrecht im Sinne von § 41 I DesignG begründen.

BGH, Urt. v. 29.6.2017 – I ZR 9/16 (OLG Düsseldorf) 72

Eingeschränkter Schutzzumfang eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters

VO (EG) Nr. 6/2002 Art. 10 II; BGB §§ 823, 826 – **Ballerina-schuh**. (1) Modelle, die über eine Internetseite dem allgemeinen Publikum zum Kauf angeboten werden, gehören zum vorbekannten Formenschatz, von dem der interessierte Benutzer Kenntnis nehmen kann, und sind bei der Prüfung des Schutzzumfangs eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters zu berücksichtigen. (2) Umstände, die den Schutzzumfang eines Geschmacksmusters zu schmälern geeignet sind, gehören grundsätzlich nicht zu den Tatsachen, die der klagende Schutzrechtsinhaber von sich aus offenbaren muss. Es obliegt vielmehr dem aus dem Geschmacksmuster in Anspruch genommenen Beklagten, hierzu vorzutragen. (3) Stellt derjenige, der unberechtigt wegen einer Schutzrechtsverletzung abgemahnt worden ist, infolge der Verwarnung den Vertrieb des beanstandeten Produkts ein, ist wegen des in der unberechtigten Schutzrechtsverwarnung liegenden Eingriffs in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb auch der Schaden ersatzfähig, der dem Verwarnten infolge der Vertriebseinstellung nach Erhebung einer Klage wegen der Schutzrechtsverletzung entsteht.

BGH, Urt. v. 11.1.2018 – I ZR 187/16 (OLG Düsseldorf) 832

Voraussetzungen für Vorliegen der „Reparaturklausel“ in der GGV

GGV Art. 110 I – **Kraftfahrzeugfelgen II**. (1) Die Schutzschranke gemäß Art. 110 I GGV ist grundsätzlich auf Felgen von Kraftfahrzeugen anwendbar, die farblich und in der Größe den Originalfelgen entsprechen, wenn die Verwendung der Felgen notwendig ist, um ein Kraftfahrzeug zu reparieren, das etwa aufgrund des Abhandenkommens der Originalfelgen oder deren Beschädigung schadhaft geworden ist. (2) Der Anbieter solcher Kraftfahrzeugfelgen kann sich auf die Schutzschranke gemäß Art. 110 I GGV nur dann mit Erfolg berufen, wenn er Sorgfaltspflichten erfüllt, die sich auf die Einhaltung der in Art. 110 I GGV geregelten Voraussetzungen durch die nachgelagerten Benutzer beziehen. (3) Danach obliegt es dem Hersteller und dem Anbieter, den nachgelagerten Benutzer mit einem klaren, gut sichtbaren Hinweis auf dem Erzeugnis, auf dessen Verpackung, in den Katalogen oder in den Verkaufsunterlagen darüber zu informieren, – dass in die betreffende Felge ein Geschmacksmuster aufgenommen ist, dessen Inhaber er nicht ist, und – dass diese Felge ausschließlich dazu bestimmt ist, mit dem Ziel verwendet zu werden, die Reparatur des Kraftfahrzeugs zu ermöglichen, um diesem wieder sein ursprüngliches Erscheinungsbild zu verleihen. Der Hinweis muss in den Sprachen gegeben werden, die in den Ländern allgemein verständlich sind, an deren Einwohner sich das Angebot bestimmungsgemäß richtet. (4) Der Hersteller und der Anbieter haben zudem mit geeigneten Mitteln, insbesondere vertraglicher Art, dafür zu sorgen, dass die nachgelagerten Benutzer die Felgen ausschließlich mit dem Ziel der Reparatur des Kraftfahrzeugs verwenden. (5) Weiß der Hersteller oder der Anbieter, dass der nachgelagerte Benutzer die Felgen nicht ausschließlich mit dem Ziel der Reparatur des Kraftfahrzeugs verwendet, oder müssen Hersteller oder Anbieter dies bei Würdigung aller maßgeblichen Umstände vernünftigerweise annehmen, muss ein Verkauf unterbleiben.

BGH, Urt. v. 26.7.2018 – I ZR 226/14 (OLG Stuttgart) 1246

Bestimmung des Schutzgegenstands bei unterschiedlichen Einzelabbildungen

DesignG § 1 Nr. 1 – **Sporthelm**. (1) Zur Frage, ob bei voneinander abweichenden Darstellungen eines Einzeldesigns nach Aufgabe des designrechtlichen Teilschutzes ein designfähiger Schutzgegenstand aus der „Schnittmenge“ der in den Darstellungen übereinstimmend wiedergegebenen Merkmale bestimmt werden kann (im Anschluss an BGH, GRUR 2012, 1139 – Weinkaraffe). (2) Bei Abweichungen der im Register hinterlegten Abbildungen kann – auch unter Berücksichtigung der Erzeugnisangabe – die Auslegung ergeben, dass der Schutzgegenstand durch die übereinstimmenden Merkmale der unterschiedlichen Abbildungen definiert wird. (Leitsatz 2 von der Redaktion)

BPatG, Beschl. v. 23.11.2017 – 30 W (pat) 802/15 725

Schutzgegenstand und einheitliche Erscheinungsform eines Designs

DesignG § 1 Nr. 1 – **Sportbrille**. (1) Bei einem Einzeldesign kann ein abstrakter Hell-/Dunkelkontrast ohne Festlegung auf konkrete Farbtöne ein hinreichend bestimmtes Merkmal des beanspruchten Gegenstands bilden. (2) Bei Abweichungen der im Register hinterlegten Abbildungen kann – auch unter Berücksichtigung der Erzeugnisangabe – die Auslegung ergeben, dass der Schutzgegenstand durch die übereinstimmenden Merkmale der unterschiedlichen Abbildungen definiert wird. (Leitsatz 2 von der Redaktion)

BPatG, Beschl. v. 23.11.2017 – 30 W (pat) 803/15 730

MARKENRECHT

Übertragung einer für Agenten des Markeninhabers eingetragenen Marke

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 16, 18 – **Benjumea Bravo de Laguna/Torras Ferrazzuolo**. Die Art. 16 und 18 der VO (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26.2.2009 über die [Unionsmarke] sind dahin auszulegen, dass sie der Anwendung einer nationalen Bestimmung wie der im Ausgangsverfahren in Rede stehenden, wonach eine Person, die durch die Eintragung einer unter Beeinträchtigung ihrer Rechte oder unter Verletzung einer gesetzlichen oder vertraglichen Pflicht angemeldeten Marke geschädigt wurde, die Übertragung der Inhaberschaft der Marke beanspruchen kann, auf eine Unionsmarke nicht entgegenstehen, sofern der betreffende Sachverhalt nicht unter Art. 18 der Verordnung fällt.

EuGH (Zehnte Kammer), Urt. v. 23.11.2017 – C-381/16 (Salvador Benjumea Bravo de Laguna/Esteban Torras Ferrazzuolo) 78

Erschöpfung des Markenrechts bei Förderung eines Gesamterscheinungsbilds für Flaschen

AEUV Art. 36, 267; RL 2008/95/EG Art. 7 I – **Schweppes/Red Paralela**. (1) Art. 7 I der RL 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken ist im Lichte von Art. 36 AEUV dahin auszulegen, dass er den Inhaber einer nationalen Marke daran hindert, sich der Einfuhr identischer, mit der gleichen Marke versehener Waren aus einem anderen Mitgliedstaat zu widersetzen, in dem diese Marke, die ursprünglich demselben Inhaber gehörte, nunmehr einem Dritten gehört, der sie durch Übertragung erworben hat, sofern nach dieser Übertragung – der Inhaber, allein oder durch Koordinierung seiner Markenstrategie mit dem Dritten, weiterhin aktiv und bewusst einen einheitlichen Gesamtauftritt oder ein einheitliches Gesamterscheinungsbild der Marke gefördert und damit bei den maßgeblichen Verkehrskreisen Verwirrung über die betriebliche Herkunft der mit dieser Marke versehenen Waren geschaffen oder sie verstärkt hat oder – zwischen dem

Inhaber und dem Dritten in dem Sinne wirtschaftliche Beziehungen bestehen, dass sie ihre Geschäftspolitiken koordinieren oder sich absprechen, um die Nutzung der Marke gemeinsam zu kontrollieren, so dass sie unmittelbar oder mittelbar bestimmen können, auf welchen Waren die Marke angebracht wird, und ihre Qualität kontrollieren können.

EuGH (Zweite Kammer), Urt. v. 20.12.2017 – C-291/16 (Schweppes SA/Red Paralela SL ua) 191

Nachträgliche Feststellung der Ungültigkeit von nationalen Marken

AEUV Art. 267; RL 2008/95/EG Art. 14; VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 34 II – **P & C Hamburg/P & C Düsseldorf [PUC]**. Art. 14 der RL 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken in Verbindung mit Art. 34 II der VO (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26.2.2009 über die [Unions]marke ist dahin auszulegen, dass er einer Auslegung des nationalen Rechts entgegensteht, nach der die Ungültigkeit oder der Verfall einer älteren nationalen Marke, deren Zeitrang für eine Unionsmarke in Anspruch genommen wird, nachträglich nur dann festgestellt werden kann, wenn die Voraussetzungen für die Ungültigkeit oder den Verfall nicht nur zum Zeitpunkt des Verzichts auf die ältere nationale Marke oder ihres Erlöschens, sondern auch zum Zeitpunkt der gerichtlichen Feststellungsentscheidung vorliegen.

EuGH (Zweite Kammer), Urt. v. 19.4.2018 – C-148/17 (Peek & Cloppenburg KG, Hamburg/Peek & Cloppenburg KG, Düsseldorf) 616

Markenerschöpfung durch Überkleben eines Medizinprodukts

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 13 II – **Junek Europ-Vertrieb/Lohmann & Rauscher International [Debrisoft]**. Art. 13 II der VO (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26.2.2009 über die [Unions]marke ist dahin auszulegen, dass sich der Inhaber einer Marke dem weiteren Vertrieb eines Medizinprodukts in seiner inneren und äußeren Originalverpackung durch einen Parallelimporteur nicht widersetzen kann, wenn vom Importeur ein zusätzlicher Aufkleber wie der im Ausgangsverfahren in Rede stehende angebracht wurde, der aufgrund seines Inhalts, seiner Funktion, seiner Größe, seiner Aufmachung und seiner Platzierung keine Gefahr für die Herkunftsgarantie des mit der Marke versehenen Medizinprodukts darstellt.

EuGH (Fünfte Kammer), Urt. v. 17.5.2018 – C-642/16 (Junek Europ-Vertrieb GmbH/Lohmann & Rauscher International GmbH & Co. KG) 736

Kein Eintragungshindernis für auf Schuhsohle aufgebrachte Farbe als Marke

AEUV Art. 267; RL 2008/95/EG Art. 2, 3 I Buchst. e iii – **Christian Louboutin/Van Haren**. Art. 3 I Buchst. e iii der RL 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken ist dahin auszulegen, dass ein Zeichen wie das im Ausgangsverfahren in Rede stehende, das aus einer auf der Sohle eines hochhackigen Schuhs aufgebrachten Farbe besteht, nicht ausschließlich aus der „Form“ im Sinne dieser Bestimmung besteht.

EuGH (Große Kammer), Urt. v. 12.6.2018 – C-163/16 (Christian Louboutin ua/Van Haren Schoenen BV) 842

Erforderliche Verkehrsdurchsetzung von dreidimensionalen Marken in der gesamten EU

AEUV Art. 252 II; VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 7 III – **Nestlé [KitKat 4 Finger]**. (1) Eine Marke, die keine originäre Unterscheidungskraft in allen Mitgliedstaaten hat, kann nur eingetragen werden, wenn nachgewiesen ist, dass sie durch Benutzung im gesamten Hoheitsgebiet der Union Unterscheidungskraft erlangt hat. Der Nachweis des Erwerbs von Unterschei-

dungskraft muss nicht für jeden Mitgliedstaat einzeln erbracht werden. (2) Es ist zwischen den zu beweisenden Tatsachen, nämlich dem Erwerb von Unterscheidungskraft infolge Benutzung und den zum Nachweis dieser Tatsachen geeigneten Beweismitteln zu unterscheiden. Es ist nämlich nicht auszuschließen, dass ein Beweismittel für mehrere Mitgliedstaaten Aussagekraft hat. (Leitsätze der Redaktion)

EuGH (Dritte Kammer), Urt. v. 25.7.2018 – C-84/17 P, C-85/17 P, C-95/17 P (Société des produits Nestlé SA/Mondelez UK Holdings & Services Ltd, vormals Cadbury Holdings Ltd [C-84/17 P], Mondelez UK Holdings & Services Ltd, vormals Cadbury Holdings Ltd/EUIPO [C-85/17 P] u. EUIPO/Mondelez UK Holdings & Services Ltd, vormals Cadbury Holdings Ltd [C-95/17 P]) 1141

Markenschutz für Schlossname als Fantasiebezeichnung für Sehenswürdigkeiten

VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 7 I Buchst. b und c, 52 I – **NEUSCHWANSTEIN**. (1) Das Wortzeichen „NEUSCHWANSTEIN“ bietet keinen Hinweis auf die geografische Herkunft der von ihr erfassten Waren und Dienstleistungen (Klassen 3, 8, 14–16, 18, 21, 25, 28, 30, 32–36, 38 und 44), da das Schloss Neuschwanstein als solches kein Ort der Herstellung von Waren oder Erbringung von Dienstleistungen ist. (2) Für die Beurteilung der Frage des beschreibenden Charakters des Zeichens ist unerheblich, dass die erfassten Waren als Souvenirartikel an einem bestimmten Ort, auf den sich die Bezeichnung „Neuschwanstein“ bezieht, verkauft werden. (3) Soweit ein Rechtsmittelführer mit seinem Vorbringen darauf abzielt, die vom Gericht vorgenommene Beweiswürdigung infrage zu stellen, ist dies als unzulässig zurückzuweisen. (4) Bei der Beurteilung der Bösgläubigkeit einer Markenmeldung ist nicht zwingend auf die zur Erreichung des Ziels, nämlich gegenüber einem Mitbewerber, der ein ähnliches Zeichen verwendet, unlauteren Wettbewerb zu betreiben, angewandten Mittel abzustellen. (Leitsätze der Redaktion)

EuGH (Fünfte Kammer), Urt. v. 6.9.2018 – C-488/16 P (Bundesverband Souvenir – Geschenke – Ehrenpreise e.V./Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum [EUIPO]) 1146

Keine willkürliche Nichtzurückverweisung durch BGH in markenrechtlichem Rechtsbeschwerdeverfahren

GG Art. 101 I; MarkenG § 89 – **Farbmarke Sparkassen-Rot**. (1) Eine Verletzung der Garantie des gesetzlichen Richters kommt in Betracht, wenn das Fachgericht maßgebliche Verfahrensnormen in objektiv willkürlicher Weise fehlerhaft angewandt hat. Hiervon kann nicht ausgegangen, wenn § 89 IV MarkenG aus Gründen der Prozessökonomie im Einklang mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der Effektivität des Rechtsschutzes dahingehend ausgelegt wird, dass unter bestimmten Umständen von einer Zurückverweisung abgesehen werden kann. (2) Die Würdigung eines demoskopischen Gutachtens bei der Klärung der Rechtsfrage, welche Anforderungen an den Nachweis der Verkehrsdurchsetzung gestellt werden und insbesondere welche Prozentsätze erforderlich sind, ist nicht willkürlich und verstößt daher nicht gegen die allein der Tatsacheninstanz zustehende Kompetenz. (Leitsätze der Redaktion)

BVerfG, Beschl. v. 6.12.2017 – 1 BvR 2160/16 403

Unterscheidungskraft einer fiktiven Romanfigur-Wortmarke für Beherbergungsdienstleistungen

MarkenG §§ 8 II Nr. 1, 50 I – **Pippi-Langstrumpf-Marke**. Der Wortmarke „Pippi Langstrumpf“ fehlt für die Dienstleistungen der Klasse 42 „Beherbergung von Gästen“ nicht jegliche Unterscheidungskraft. Etwaige inhaltliche Zuschreibungen, die der Verkehr von der Romanfigur auf unter ihrem Namen angebotene Beherbergungsdienstleistungen übertragen mag, begründen allenfalls einen beschreibenden Anklang der angegriffenen Marke, beseitigen jedoch nicht ihre Eignung, als Hinweis auf die betriebliche Herkunft der betroffenen Dienstleistung zu wirken.

BGH, Beschl. v. 5.10.2017 – I ZB 97/16 (BPatG) 301

Reichweite eines Unterlassungstitels

MarkenG § 14 V; VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9 I 2 Buchst. a; ZPO §§ 890, 935, 940 – **Produkte zur Wundversorgung**. (1) Die Verpflichtung zur Unterlassung einer Handlung, durch die ein fortdauernder Störungszustand geschaffen wurde, ist auch dann, wenn sie in einer einstweiligen Verfügung enthalten ist, mangels abweichender Anhaltspunkte dahin auszulegen, dass sie neben der Unterlassung derartiger Handlungen auch die Vornahme möglicher und zumutbarer Handlungen zur Beseitigung des Störungszustands umfasst. (2) Eine im Verfügungsverfahren grundsätzlich unzulässige Vorwegnahme der Hauptsache liegt regelmäßig dann nicht vor, wenn der Schuldner die von ihm vertriebenen Waren aufgrund der gegen ihn ergangenen einstweiligen Verfügung nicht bei seinen Abnehmern zurückzurufen, sondern diese lediglich aufzufordern hat, die erhaltenen Waren im Hinblick auf die einstweilige Verfügung vorläufig nicht weiterzuvertrieben.

BGH, Beschl. v. 11.10.2017 – I ZB 96/16 (OLG Frankfurt a. M.) 292

* Schutzfähigkeit der Quadratform einer verpackten Tafelschokolade

MarkenG § 3 II Nr. 1; ZPO § 263 – **Quadratische Tafelschokoladenverpackung**. (1) Der Löschantragsteller kann sein Löschantrag im Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt in entsprechender Anwendung von § 263 ZPO auf andere Schutzhindernisse erweitern. Im Beschwerdeverfahren vor dem Bundespatentgericht kann ein zulässiges Rechtsmittel unter den Voraussetzungen des § 263 ZPO mit einer Erweiterung des Löschantrags verbunden werden. (2) Die in der Marke gezeigten wesentlichen Merkmale der Form der Ware oder der ihr gleichgestellten Form der Verpackung sind im Sinne von § 3 II Nr. 1 MarkenG durch die Art der Ware selbst bedingt, wenn sie wesentliche Gebrauchseigenschaften aufweisen, die den gattungstypischen Funktionen der Ware innewohnen, nach denen der Verbraucher auch bei den Waren der Mitbewerber suchen könnte. Es ist nicht erforderlich, dass die in Rede stehende Form für die Funktion der betreffenden Ware unentbehrlich ist und dem Hersteller keinen Freiraum für einen wesentlichen persönlichen Beitrag lässt. (3) Ebenso wie bei dem Schutzhindernis des § 3 II Nr. 2 MarkenG sind für das in § 3 II Nr. 1 MarkenG geregelte Schutzhindernis ausschließlich Gebrauchseigenschaften von Bedeutung, die für den Verbraucher wesentlich sind. Wesentliche Erleichterungen bei der Verpackung, der Lagerung und dem Transport durch die in Rede stehende Form sind Vorteile bei der Herstellung und dem Vertrieb der Ware, sie kommen jedoch nicht dem Benutzer zugute. (4) Das Schutzhindernis des § 3 II Nr. 1 MarkenG greift nur ein, wenn die in der Form verkörperten Eigenschaften (hier: quadratische Form von Tafelschokolade) für den Gebrauch der jeweiligen Ware typisch sind und dem bestimmungsgemäßen Einsatz der Ware dienen (hier: Verzehr von Tafelschokolade). Vorteile, die nur in für die Verwendung unüblichen Konstellationen eintreten (hier: Mitführen von Tafelschokolade in einer Jackentasche zum Verzehr unterwegs), stellen keine wesentlichen Gebrauchseigenschaften dar und führen nicht dazu, dass das Schutzhindernis des § 3 II Nr. 1 MarkenG eingreift.

BGH, Beschl. v. 18.10.2017 – I ZB 105/16(BPatG) 404

Schutzfähigkeit wegen haptischen Sinneseindrucks eines wesentlichen Formmerkmals

MarkenG § 3 II Nr. 2; ZPO § 308 I – **Traubenzuckertäfelchen**. (1) Nur solche Formgestaltungen sind technisch bedingt und vom Markenschutz gemäß § 3 II Nr. 2 MarkenG ausgeschlossen, bei denen die von der Form erzeugte Wirkung technischer Natur ist. Vermittelt ein wesentliches Merkmal der Form allein geschmackliche, optische oder haptische Sinneseindrücke, liegen darin Wirkungen auf nichttechnischem Gebiet, so dass das Schutzhindernis nicht eingreift. (2) Im Lösungsverfahren bilden die drei in § 3 II MarkenG angeführten Schutzhindernisse keinen einheitlichen Streitgegenstand. Dem Bundespatentgericht ist es deshalb verwehrt, ein vom Löschantragsteller nicht geltend gemachtes Schutzhindernis von Amts wegen zu prüfen.

BGH, Beschl. v. 18.10.2017 – I ZB 3/17 (BPatG) 411

Missbrauch der Vertretungsmacht des GmbH-Geschäftsführers beim Insichgeschäft

BGB §§ 181, 166 I; GmbHG § 37 II – **media control**. Eine unter dem Gesichtspunkt des Missbrauchs der Vertretungsmacht anzunehmende Unwirksamkeit eines von einem einzelvertretungsberechtigten GmbH-Geschäftsführers vorgenommenen Insichgeschäfts gemäß § 181 BGB, das zur Erfüllung einer Verbindlichkeit der GmbH, jedoch unter Verstoß gegen im Innenverhältnis zur GmbH bestehende Beschränkungen erfolgt, setzt voraus, dass das Insichgeschäft für die vertretene GmbH nachteilig ist.

BGH, *Urt. v. 18.10.2017 – I ZR 6/16 (OLG Karlsruhe)* 297

Verwechslungsgefahr zwischen Wortmarken für Bohrwiderstandsmessgeräte

MarkenG § 14 II – **Resistograph**. Wird für eine primär auf das Ausland ausgerichtete Internetseite in zulässiger Weise ein Metatag gesetzt, der eine bessere Erreichbarkeit dieser Internetseite auch im Inland begründet, so kann das ein maßgeblicher Gesichtspunkt für die Annahme eines relevanten Inlandsbezugs einer Markenbenutzung nur sein, wenn es sich dabei um einen von dem Betreiber der Internetseite in zumutbarer Weise beeinflussbaren Umstand handelt.

BGH, *Urt. v. 9.11.2017 – I ZR 134/16 (OLG Karlsruhe)* 417

Bestimmung der internationalen Zuständigkeit bei rechtsverletzenden Warenverkäufen über Internetseite

VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 97 V – **Parfummarken**. (1) Bei der Bestimmung des für die internationale Zuständigkeit nach Art. 97 V VO (EG) Nr. 207/2009 maßgeblichen schadensbegründenden Ereignisses in Fällen, in denen demselben Beklagten in verschiedenen Mitgliedstaaten begangene Verletzungshandlungen in Form der „Benutzung“ im Sinne von Art. 9 I VO Nr. 207/2009 vorgeworfen werden, ist nicht auf jede einzelne Verletzungshandlung abzustellen, sondern es ist eine Gesamtwürdigung seines Verhaltens vorzunehmen, um den Ort zu bestimmen, an dem die ursprüngliche Verletzungshandlung, auf die das vorgeworfene Verhalten zurückgeht, begangen worden ist oder droht. (2) Bietet ein Wirtschaftsteilnehmer auf seiner Internetseite, die sich an Abnehmer in anderen Mitgliedstaaten richtet, unter Verletzung der Rechte aus einer Unionsmarke Waren zum Kauf an, die auf dem Bildschirm betrachtet und über die Internetseite bestellt werden können, ist der Ort des für die internationale Zuständigkeit maßgeblichen schadensbegründenden Ereignisses im Sinne von Art. 97 V VO (EG) Nr. 207/2009 der Ort, an dem der Prozess der Veröffentlichung des Angebots durch den Wirtschaftsteilnehmer auf seiner Internetseite in Gang gesetzt worden ist, und nicht der Ort, an dem die Internetseite abgerufen werden kann. Kommt der Kontakt zu Abnehmern in anderen Mitgliedstaaten dadurch zustande, dass der Händler Produkt- und Preislisten per E-Mail versendet, ist der Ort des schadensbegründenden Ereignisses der Ort, an dem die Versendung der E-Mail veranlasst wird.

BGH, *Urt. v. 9.11.2017 – I ZR 164/16 (OLG München)* 84

Geltung des Prioritätsgrundsatzes auch nach Neufassung des Art. 127 III UMV

VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9 I 2 Buchst. b, 97, 99; VO (EU) Nr. 2015/2424 Art. 1 Nrn. 11 u. 92; VO (EU) Nr. 2017/1001 Art. 9 II Buchst. b, 127 – **form-strip II**. (1) Die Neufassung des Art. 127 III UMV, die – anders als Art. 99 III Fall 2 GMV – nicht mehr die Einrede des Inhabers des älteren Rechts vorsieht, hat nichts daran geändert, dass ein älteres Recht der Inanspruchnahme aus der Unionsmarke im Wege der Einrede entgegengesetzt werden kann. Dies folgt aus der Neufassung des Art. 9 II UMV, die durch die ausdrückliche Erwähnung des Prioritätsprinzips klarstellt, dass der Markeninhaber (weiterhin) sein Recht aus der Unionsmarke nicht mit Erfolg gegen die Benutzung eines identischen oder ähnlichen Zeichens geltend machen kann, das Gegenstand eines älteren Rechts ist. (2) Der Prioritätsgrundsatz regelt, wie im Wortlaut des Art. 9 II UMV

zum Ausdruck kommt, das zeitliche Rangverhältnis von Rechten. Einer tatsächlichen Benutzungsform kann mangels Rechtscharakters kein Vorrang im Sinne des Art. 9 II UMV zukommen.

BGH, *Urt. v. 9.11.2017 – I ZR 110/16 (OLG München)* 516

Durchschnittliche Kennzeichnungskraft im Inland durch Registrierung einer schutzunfähigen Unionsmarke

VO (EG) Nr. 40/94 Art. 7 III; MarkenG § 9 I Nr. 2 – **OXFORD/Oxford Club**. (1) Eine originär schutzunfähige Unionsmarke, deren Eintragung im Register erfolgt ist, weil sie gemäß Art. 7 III VO (EG) Nr. 40/94 infolge Benutzung Unterscheidungskraft erlangt hat, verfügt im Inland grundsätzlich über durchschnittliche Kennzeichnungskraft, wenn im Eintragungsverfahren der Nachweis geführt worden ist, dass das Schutzhindernis im Inland überwunden worden ist. (2) Ist ein solcher Nachweis im Eintragungsverfahren nicht erfolgt, muss der Widerspruchsmarke, auch wenn sie originär schutzunfähig ist, im Inland Schutz zugebilligt werden. Macht der Widersprechende geltend, die Widerspruchsmarke verfüge mindestens über durchschnittliche Kennzeichnungskraft, muss er Umstände vortragen, die eine entsprechende Annahme rechtfertigen.

BGH, *Beschl. v. 9.11.2017 – I ZB 45/16 (BPatG)* 79

Einfuhr als strafbare Verletzung von Gemeinschaftsmarken

GG Art. 103 II; MarkenG §§ 14, 143a I; StGB § 2; VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9; VO (EU) Nr. 2017/1001 Art. 9 – **Mio Calvino**. (1) Unter den Benutzungsbegriff des § 143a I MarkenG kann auch die heimliche Einfuhr von Waren unter dem infrage stehenden (hier: durch Tarnaufkleber verdeckten) Zeichen fallen. (2) Zur Strafbarkeit der Verletzung einer Gemeinschaftsmarke nach Änderung der in § 143a I MarkenG zitierten EU-Verordnung. (Leitsätze der Redaktion)

BGH, *Beschl. v. 23.1.2018 – 5 StR 554/17 (LG Berlin)* 520

EuGH-Vorlage zur Frage des Anbietens von markenrechtsverletzender Ware durch Lagerhalter

VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9 II Buchst. b; VO (EU) Nr. 2017/1001 Art. 9 III Buchst. b – **Davidoff Hot Water III**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird zur Auslegung von Art. 9 II Buchst. b der VO (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26.2.2009 über die Gemeinschaftsmarke (ABl. 2009 L 78 v. 24.3.2009, 1) und Art. 9 III Buchst. b der VO (EU) Nr. 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.6.2017 über die Unionsmarke (ABl. 2017 L 154 v. 16.6.2017, 1) folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt: Besitzt eine Person, die für einen Dritten markenrechtsverletzende Waren lagert, ohne vom Rechtsverstoß Kenntnis zu haben, diese Ware zum Zwecke des Anbietens oder Inverkehrbringens, wenn nicht sie selbst, sondern allein der Dritte beabsichtigt, die Ware anzubieten oder in Verkehr zu bringen?

BGH, *Beschl. v. 26.7.2018 – I ZR 20/17 (OLG München)* 1059

Keine Verwechslungsgefahr zwischen Wort- und Wortkombinationsmarke für Gesundheitspflege

MarkenG § 9 I Nrn. 2 u. 3 – **KNEIPP**. (1) Der Grundsatz, dass eine von Haus aus kennzeichnungsschwache, jedoch infolge Benutzung durchschnittlich kennzeichnungskräftige ältere Marke im Falle ihrer Übernahme in eine jüngere Kombinationsmarke deren Gesamteindruck prägen kann, ist nicht anzuwenden, wenn der angesprochene Verkehr das übernommene Zeichen im Kontext der jüngeren Kombinationsmarke lediglich in beschreibendem Sinne und nicht als Hinweis auf den Inhaber der älteren Marke versteht (Fortführung von BGH, GRUR 2013, 833 – Culinaria/Villa Culinaria). (2) In diesem Fall scheidet auch eine Verwechslungsgefahr im weiteren Sinne und ein Bekanntheitsschutz aus.

BPatG, *Beschl. v. 23.3.2017 – 30 W (pat) 7/15* 529

Notwendige Warenverpackungsform mit technischer Funktion

MarkenG § 3 II Nr. 2; ZPO §§ 50, 54 – **Nespresso-Kaffeekapsel**. (1) Als Marke angemeldete oder eingetragene dreidimensionale Warenverpackungsformen sind im Anmeldeverfahren beziehungsweise Lösungsverfahren in gleicher Weise wie Warenformen auf Schutzhindernisse nach § 3 II MarkenG zu prüfen, wenn es sich um notwendige Verpackungsformen handelt (EuGH, GRUR 2004, 428 Rn. 32 u. 33 – Henkel). Dabei ist bei der Prüfung nicht entscheidungserheblich, ob es sich bei der Verpackung um im Großhandel übliche Großgebilde, um im Einzelhandel verwendete Verkaufsverpackungen oder aber um Portionsverpackungen handelt, die regelmäßig nur in einer größeren Umverpackung im Handel erhältlich sind. Außerdem steht der Bejahung des Schutzhindernisses nach § 3 II Nr. 2 MarkenG nicht entgegen, wenn die Portionsverpackung neben der bloßen Portionierung noch weitere (produktbezogene technische) Funktionen erfüllt, wie hier die Funktion, in einer Kaffeekapselmaschine mit dafür speziell angepassten Merkmalen der Kapsel verwendet zu werden. (2) Die angegriffene dreidimensionale Gestaltung, die als IR-Marke seit dem Jahr 2003 unter anderem für „Kaffee, Kaffeeextrakte und kaffeebasierte Zubereitungen, Kaffeersatz und künstliche Kaffeeextrakte“ auch in Deutschland geschützt ist, stimmt in ihren wesentlichen Merkmalen mit den äußeren Merkmalen des Patentgegenstands der deutschen Patentschrift DE 27 52 733 (Patenterteilungsbeschluss vom 4.9.1981) überein. Diese wesentlichen Merkmale erfüllen alleamt eine technische Funktion im Sinne des § 3 II Nr. 2 MarkenG dahingehend, in einer Kaffeekapselmaschine in vorteilhafter Weise verwendet zu werden, was in der Patentschrift im Einzelnen beschrieben wird. (3) Ob die wesentlichen Formmerkmale einer Gestaltung zur Erreichung einer technischen Wirkung im Sinne des § 3 II Nr. 2 MarkenG erforderlich sind, kann in der Regel nicht isoliert allein anhand der geschützten Form beurteilt werden, sondern nur dann, wenn auf den bestimmungsgemäßen Gebrauch der entsprechenden Gestaltung (im Zusammenhang mit den beanspruchten bzw. geschützten Waren) abgestellt wird.

BPatG, Beschl. v. 17.11.2017 – 25 W (pat) 112/14 522

EuGH-Vorlage zur Frage der missbräuchlichen Nutzung eines Testsiegels

VO (EG) Nr. 40/94 Art. 9; VO (EU) 2017/1001 Art. 9; RL 2008/95/EG Art. 5 – **ÖKO-TEST-Label**. Das OLG Düsseldorf legt dem Gerichtshof der Europäischen Union folgende Fragen zur Auslegung von Art. 9 der VO (EG) des Rates vom 26.2.2009 über die Gemeinschaftsmarke (ABl. EG Nr. L 78, 1; zukünftig: GMV), Art. 9 der VO (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.6.2017 über die Unionsmarke (ABl. EU L 154, 1; zukünftig UMV) sowie von Art. 5 der RL 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (ABl. EG Nr. L 299, 25; zukünftig: MRRL) zur Vorabentscheidung vor: (1) Stellt es eine rechtsverletzende Benutzung einer Individualmarke im Sinne der Art. 9 I 2 Buchst. b GMV/Art. 9 II Buchst. b UMV oder Art. 5 I 2 Buchst. a MRRL dar, wenn – die Individualmarke auf einer Ware angebracht ist, für die die Individualmarke nicht geschützt ist, – die Anbringung der Individualmarke durch einen Dritten vom Verkehr als so genanntes Testsiegel verstanden wird, also in dem Sinne, dass die Ware von einem nicht unter Kontrolle des Markeninhabers stehenden Dritten hergestellt und in den Verkehr gebracht wurde, der Markeninhaber diese Ware aber auf bestimmte Eigenschaften hin getestet und aufgrund dessen mit einem bestimmten, in dem Testsiegel vermerkten Ergebnis bewertet hat, – und die Individualmarke unter anderem für „Verbraucherinformation und -beratung bei der Auswahl von Waren und Dienstleistungen, insbesondere unter Verwendung von Test- und Untersuchungsergebnissen sowie mittels Qualitätsurteilen“ eingetragen ist? (2) Sollte der Gerichtshof die Frage zu Nummer 1 verneinen: Stellt es eine rechtsverletzende Benutzung im Sinne des Art. 9 I 2 Buchst. c GMV und des Art. 5 II MRRL dar, wenn – die Individualmarke nur als – unter Nummer 1 beschriebenes – Testsiegel bekannt ist und – die Individualmarke vom Dritten als Testsiegel verwendet wird?

OLG Düsseldorf, Beschl. v. 30.11.2017 – I-20 U 152/16 617

Erschöpfung bei parallelimportierten Medizinprodukten mit PZN-Aufklebern

UMV Art. 9 II Buchst. a, 15 I; MarkenG §§ 14 II Nr. 1, V, 24 – **Urgo Tül**. Soweit sich im Falle des Imports von Arzneimitteln oder Medizinprodukten der Markeninhaber nach der Entscheidung „Debrisoft“ des Gerichtshofs der Europäischen Union (GRUR 2018, 736) der Anbringung eines Aufklebers mit der eigenen PZN des Importeurs generell, das heißt ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer „Zwangslage“ hierzu, nicht widersetzen kann, hängt auch die Frage, ob bei dieser Gelegenheit vorgenommene weitere Eingriffe in die Packung einer Berufung des Importeurs auf die eingetretene Erschöpfung entgegenstehen, nicht davon ab, ob für die Anbringung des PZN-Aufklebers eine „Zwangslage“ besteht.

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 19.7.2018 – 6 U 54/17 1151

KENNZEICHENRECHT

Abschließende Schutzregelung der Verordnung von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben

VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 8 IV, 53 I Buchst. c u. II Buchst. d; – **PORT CHARLOTTE**. (1) Die VO (EG) Nr. 1234/2007 für Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben regelt einheitlich und abschließend deren Schutz. Einschlägige nationale Rechtsvorschriften, die der Eintragung einer solchen Ursprungsbezeichnung zugrunde lagen, finden keine Anwendung. Dies gilt auch für Art. 8 IV VO (EG) Nr. 207/2009. (2) Die Einbeziehung einer geschützten Ursprungsbezeichnung wie „Port“ in einer Marke (hier: PORT CHARLOTTE) nutzt das Ansehen der Ursprungsbezeichnung nicht aus, wenn sie die maßgeblichen Verkehrskreise nicht dazu verleitet, zwischen der Marke und der Ursprungsbezeichnung eine Verbindung herzustellen. (Leitsätze der Redaktion)

EuGH (Zweite Kammer), Urt. v. 14.9.2017 – C-56/16 P (Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum [EUIPO]/Instituto dos Vinhos do Douro e do Porto, IP) 89

Anforderungen an unzulässige „Anspielung“ auf geografische Angabe

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 110/2008 Art. 16 Buchst. a bis c, Anh. III – **Scotch Whiskey Association/Klotz [Glen Buchenbach]**. (1) Art. 16 Buchst. a der VO (EG) Nr. 110/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.1.2008 zur Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Etikettierung von Spirituosen sowie zum Schutz geografischer Angaben für Spirituosen und zur Aufhebung der VO (EWG) Nr. 1576/89 ist dahin auszulegen, dass eine „indirekte gewerbliche Verwendung“ einer eingetragenen geografischen Angabe nur dann vorliegt, wenn der streitige Bestandteil in einer Form verwendet wird, die mit dieser Angabe identisch oder ihr klanglich und/oder visuell ähnlich ist. Somit genügt es nicht, dass der streitige Bestandteil bei den angesprochenen Verkehrskreisen eine irgendwie geartete Assoziation mit der eingetragenen geografischen Angabe oder dem zugehörigen geografischen Gebiet wecken kann. (2) Art. 16 Buchst. b VO (EG) Nr. 110/2008 ist dahin auszulegen, dass das vorliegende Gericht bei der Feststellung, ob eine „Anspielung“ auf eine eingetragene geografische Angabe vorliegt, zu beurteilen hat, ob der normal informierte, angemessen aufmerksame und verständige europäische Durchschnittsverbraucher durch die streitige Bezeichnung veranlasst wird, einen unmittelbaren gedanklichen Bezug zu der Ware, die die geschützte geografische Angabe trägt, herzustellen. Im Rahmen dieser Beurteilung hat es, mangels einer klanglichen und/oder visuellen Ähnlichkeit der streitigen Bezeichnung mit der geschützten geografischen Angabe oder eines teilweisen Einschlusses dieser Angabe in der Bezeichnung, gegebenenfalls die inhaltliche Nähe der Bezeichnung zu der Angabe zu berücksichtigen. Art. 16 Buchst. b VO (EG) Nr. 110/2008 ist dahin auszulegen, dass bei der Feststellung, ob eine Anspielung auf eine

eingetragene geografische Angabe vorliegt, das Umfeld des streitigen Bestandteils und insbesondere der Umstand, dass er von einer Angabe über den wahren Ursprung des betreffenden Erzeugnisses begleitet wird, nicht zu berücksichtigen sind. (3) Art. 16 Buchst. c VO (EG) Nr. 110/2008 ist dahin auszulegen, dass bei der Feststellung, ob eine nach dieser Bestimmung unzulässige „falsche oder irreführende Angabe“ vorliegt, das Umfeld, in dem der streitige Bestandteil verwendet wird, nicht zu berücksichtigen ist.

EuGH (Fünfte Kammer), Urte. v. 7.6.2018 – C-44/17 (Scotch Whisky Association/Michael Klotz) 843

EuGH-Vorlage zur Erstreckung einer Gesamtbezeichnung als g.g.A. auf einzelne nichtgeografische Begriffe

VO (EG) Nr. 583/2009 Art. 1; VO (EU) Nr. 1151/2012 Art. 13 I; MarkenG § 135 I – **Deutscher Balsamico**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird zur Auslegung von Art. 1 der VO (EG) Nr. 583/2009 der Kommission vom 3.7.2009 zur Eintragung einer Bezeichnung in das Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben (Aceto Balsamico di Modena [g.g.A.], ABl. 2009 L 175 v. 4.7.2009, 7) folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt: Erstreckt sich der Schutz der Gesamtbezeichnung „Aceto Balsamico di Modena“ auf die Verwendung der einzelnen nichtgeografischen Begriffe der zusammengesetzten Bezeichnung („Aceto“, „Balsamico“, „Aceto Balsamico“)?

BGH, Beschl. v. 12.4.2018 – I ZR 253/16 (OLG Karlsruhe) 848

MARKEN- UND KENNZEICHENRECHT

Paralleleinfuhr von in das Zolllagerverfahren überführte Gabelstapler

AEUV Art. 252 II, 267; RL 2008/95/EG Art. 5 I; VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9 – **Mitsubishi ua/Duma ua**. Art. 5 der RL 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken und Art. 9 der VO (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26.2.2009 über die Unionsmarke sind dahin auszulegen, dass sich der Inhaber einer Marke dem widersetzen kann, dass ein Dritter – wie im Ausgangsverfahren – ohne seine Zustimmung auf in das Zolllagerverfahren überführte Waren im Hinblick auf ihre Einfuhr in den oder ihr Inverkehrbringen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), wo sie noch nie vertrieben wurden, alle mit dieser Marke identischen Zeichen entfernt und andere Zeichen anbringt.

EuGH (Zweite Kammer), Urte. v. 25.7.2018 – C-129/17 (Mitsubishi Shoji Kaisha Ltd ua/Duma Forklifts NV ua) 917

Effektive Rechtsdurchsetzung geistigen Eigentums durch Verwertungsgesellschaften

AEUV Art. 267; RL 2004/48/EG Art. 4; RL 2000/31/EG Art. 12–14 – **SNB-REACT/Deepak Mehta**. (1) Art. 4 Buchst. c der RL 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.4.2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums ist dahin auszulegen, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, einer Verwertungsgesellschaft wie der im Ausgangsverfahren in Rede stehenden, die die Rechte von Markeninhabern wahrnimmt, die Befugnis einzuräumen, die in dieser Richtlinie vorgesehenen Rechtsbehelfe zur Verteidigung der Rechte der Markeninhaber im eigenen Namen einzulegen und zur Durchsetzung dieser Rechte im eigenen Namen Klage vor den Gerichten zu erheben, sofern sie nach nationalem Recht als Person gilt, die ein unmittelbares Interesse an der Verteidigung solcher Rechte hat, und zu diesem Zweck Klage erheben kann, was vom vorlegenden Gericht zu prüfen ist. (2) Die Art. 12 bis 14 der RL 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8.6.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Ge-

schäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) sind dahin auszulegen, dass die darin vorgesehenen Beschränkungen der Verantwortlichkeit auf den Anbieter eines Dienstes der Vermietung und Registrierung von IP-Adressen, der es ermöglicht, Internet-Domain-Namen anonym zu verwenden – wie er im Ausgangsverfahren in Rede steht –, anwendbar sind, sofern dieser Dienst unter eine der in diesen Artikeln genannten Kategorien von Diensten fällt und alle entsprechenden Voraussetzungen erfüllt, da die Tätigkeit des Anbieters rein technischer, automatischer und passiver Art ist, was bedeutet, dass er weder Kenntnis noch Kontrolle über die von seinen Kunden weitergeleitete oder gespeicherte Information besitzt und keine aktive Rolle spielt, indem er es diesen ermöglicht, ihre Tätigkeit des Online-Verkaufs zu optimieren, was vom vorlegenden Gericht zu prüfen ist.

EuGH (Dritte Kammer), Urte. v. 7.8.2018 – C-521/17 (Coöperatieve Vereniging SNB-REACT U. A./Deepak Mehta) 921

Verwendung von Marken innerhalb einer in Internethandelsplattform eingebetteten Suchfunktion

§ 14 II Nr. 1 MarkenG – **ORTLIEB**. (1) Derjenige, der eine Internetseite technisch betreibt und für die dort vorgehaltene seiteninterne Suchmaschine verantwortlich ist, benutzt Marken als Schlüsselwörter im Rahmen seiner eigenen kommerziellen Kommunikation, wenn er die Auswahl der in einer Trefferliste angezeigten Suchergebnisse aufgrund einer automatisierten Auswertung des Kundenverhaltens veranlasst und die Anbieter der in den Ergebnislisten angezeigten Waren auf den Inhalt der Trefferliste keinen Einfluss nehmen können. (2) Kann ein normal informierter und angemessen aufmerksamer Internetnutzer bei einer Trefferliste, die von einer seiteninternen Suchmaschine nach Eingabe eines mit einer Marke identischen Zeichens als Suchwort erzeugt wird, nicht oder nur schwer erkennen, ob die dort beworbenen Waren oder Dienstleistungen vom Inhaber der Marke oder von einem mit ihm wirtschaftlich verbundenen Unternehmen oder vielmehr von einem Dritten stammen, ist die herkunftshinweisende Funktion der Marke beeinträchtigt.

BGH, Urte. v. 15.2.2018 – I ZR 138/16 (OLG München) 924

Verwendung von Unternehmenskennzeichen innerhalb einer in Internethandelsplattform eingebetteten Suchfunktion

§ 15 II und IV MarkenG – **goFit**. (1) Einem Firmenbestandteil kann nicht bereits deshalb der Schutz als Firmenschlagwort versagt werden, weil er kennzeichnungsschwach ist. Entscheidend ist, ob er im Vergleich zu den übrigen Firmenbestandteilen geeignet ist, sich als Teil des Unternehmenskennzeichens im Verkehr als schlagwortartiger Hinweis auf das Unternehmen durchzusetzen. (2) Der Betreiber einer plattforminternen Suchmaschine, die nach Eingabe eines mit einem Unternehmenskennzeichen ähnlichen oder identischen Suchworts automatisch Vorschläge zu einer Suchwortergänzung anzeigt, die auf einer Auswertung früherer Suchanfragen basieren, benutzt das Zeichen selbst (Anschluss an BGHZ 197, 213 Rn. 17 = GRUR 2013, 751 – „Autocomplete“-Funktion). (3) Die Verwendung eines Unternehmenskennzeichens als Schlüsselwort für die Anzeige automatischer Suchwortergänzungen erfolgt nicht unbefugt, wenn dadurch den Internetnutzern lediglich eine Alternative zu den Waren oder Dienstleistungen dieses Unternehmens vorgeschlagen werden soll und die Funktion des Unternehmenskennzeichens nicht beeinträchtigt wird, als Hinweis auf das Unternehmen zu dienen.

BGH, Urte. v. 15.2.2018 – I ZR 201/16 (OLG Köln) 935

EuGH-Vorlage zur Frage der Verwendungsform einer Marke

RL 2008/95/EG Art. 3 I Buchst. b – **#darferdas?**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird zur Auslegung von Art. 3 I Buchst. b der RL 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (Abl. 2008 L 299 v. 8.11.2008, 25) folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt: Hat ein Zeichen Unterscheidungskraft, wenn es prak-

tisch bedeutsame und naheliegende Möglichkeiten gibt, es für die Waren oder Dienstleistungen als Herkunftshinweis zu verwenden, auch wenn es sich dabei nicht um die wahrscheinlichste Form der Verwendung des Zeichens handelt?

BGH, Beschl. v. 21.6.2018 – I ZB 61/17 (BPatG) 932

WETTBEWERBSRECHT

Missbrauch von Stornierungsgebühren seitens eines Luftfahrtunternehmens

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 1008/2008 Art. 22 I, 23 I 3 – **Air Berlin/Bundesverband [Flugpreise]**. (1) Art. 23 I 3 der VO (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.9.2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft ist dahin auszulegen, dass Luftfahrtunternehmen die von den Kunden für die Steuern, die Flughafengebühren und die sonstigen Gebühren, Zuschläge und Entgelte im Sinne von Art. 23 I 3 Buchst. b bis d dieser Verordnung geschuldeten Beträge bei der Veröffentlichung ihrer Flugpreise gesondert ausweisen müssen und sie daher nicht – auch nicht teilweise – in den Flugpreis gemäß Art. 23 I 3 Buchst. a der Verordnung einbeziehen dürfen. (2) Art. 22 I VO (EG) Nr. 1008/2008 ist dahin auszulegen, dass er dem nicht entgegensteht, dass die Anwendung einer nationalen Regelung zur Umsetzung der RL 93/13/EWG des Rates vom 5.4.1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen zur Nichtigerklärung einer Klausel in Allgemeinen Geschäftsbedingungen führen kann, nach der von Kunden, die einen Flug nicht angetreten oder storniert haben, gesonderte pauschalierte Bearbeitungsentgelte erhoben werden können.

EuGH (Vierte Kammer), **Urt. v. 6.7.2017 – C-290/16 (Air Berlin plc & Co. Luftverkehrs KG/Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.)** 305

Unvereinbarkeit eines verbraucherschützenden Verbots des Verlustkaufs mit UGP-Richtlinie

AEUV Art. 267; RL 2005/29/EG Art. 3 I, 4 5 – **Europamur/Regionalverwaltung**. Die RL 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt und zur Änderung der RL 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der VO (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken) ist dahin auszulegen, dass sie einer nationalen Rechtsvorschrift wie der im Ausgangsverfahren fraglichen entgegensteht, die ein allgemeines Verbot enthält, Waren mit Verlust zum Kauf anzubieten oder zu verkaufen, und für dieses Verbot Ausnahmetatbestände vorsieht, die auf Kriterien beruhen, die in dieser Richtlinie nicht vorgesehen sind.

EuGH (Fünfte Kammer), **Urt. v. 19.10.2017 – C-295/16 (Europamur Alimentación SA/Dirección General de Comercio y Protección del Consumidor de la Comunidad Autónoma de la Región de Murcia)** 303

Verbindung einer Verkehrsdienstleistung mit einem Vermittlungsdienst

AEUV Art. 56, 58 I, 267; RL 2006/123/EG Art. 2 II; RL 98/34/EG Art. 1 Nr. 2; RL 2000/31/EG Art. 2 Buchst. a – **Elite Taxi/Uber Systems Spain**. Art. 56 in Verbindung mit Art. 58 I AEUV sowie Art. 2 II Buchst. d der RL 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt und Art. 1 Nr. 2 der RL 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.6.1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste

der Informationsgesellschaft in der Fassung der RL 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.7.1998, auf den Art. 2 Buchst. a der RL 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8.6.2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) verweist, sind dahin auszulegen, dass ein Vermittlungsdienst wie der im Ausgangsverfahren in Rede stehende, der es mittels einer Smartphone-Applikation ermöglichen soll, gegen Entgelt eine Verbindung zwischen nicht berufsmäßigen Fahrern, die das eigene Fahrzeug benutzen und Personen herzustellen, die eine Fahrt im innerstädtischen Bereich unternehmen möchten, als mit einer Verkehrsdienstleistung untrennbar verbunden anzusehen und daher als Verkehrsdienstleistung im Sinne von Art. 58 I AEUV einzustufen ist. Eine solche Dienstleistung ist daher vom Anwendungsbereich des Art. 56 AEUV, der RL 2006/123/EG und der RL 2000/31/EG auszuschließen.

EuGH (Große Kammer), **Urt. v. 20.12.2017 – C-434/15 (Asociación Profesional Elite Taxi/Uber Systems Spain SL)** 308

Auslegung des Begriffs „audiovisueller Mediendienst“ bei Pkw-Werbevideos

AEUV Art. 267; RL 2010/13/EU Art. 1 I Buchst. a – **Peugeot Deutschland/Deutsche Umwelthilfe [YouTube-Werbekanal]**. Art. 1 I Buchst. a der RL 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10.3.2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) ist dahin auszulegen, dass die Definition des Begriffs „audiovisueller Mediendienst“ weder einen Videokanal wie den im Ausgangsverfahren in Rede stehenden, auf dem die Internetnutzer kurze Werbevideos für Modelle neuer Personenkraftwagen abrufen können, noch eines dieser Videos für sich genommen erfasst.

EuGH (Neunte Kammer), **Urt. v. 21.2.2018 – C-132/17 (Peugeot Deutschland GmbH/Deutsche Umwelthilfe e. V.)** 621

Ahndung rechtswidriger Ausübung von Beförderungstätigkeiten ohne Mitteilung an Kommission

AEUV Art. 267; RL 98/34 Art. 1, 8 I; RL 2006/123/EG Art. 2 II Buchst. d – **Uber France**. Art. 1 der RL 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.6.1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft in der durch die RL 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.7.1998 geänderten Fassung und Art. 2 II Buchst. d der RL 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt sind dahin auszulegen, dass eine nationale Regelung, mit der die Organisation eines Systems der Zusammenführung von Kunden und Personen, die ohne eine entsprechende Genehmigung entgeltlich Leistungen der Beförderung von Personen in Fahrzeugen mit weniger als zehn Sitzplätzen erbringen, strafrechtlich geahndet wird, eine „Verkehrsdienstleistung“ betrifft, soweit sie auf einen Vermittlungsdienst Anwendung findet, der mittels einer Smartphone-Applikation erbracht wird und integraler Bestandteil einer hauptsächlich aus einer Verkehrsdienstleistung bestehenden Gesamtdienstleistung ist. Ein solcher Dienst ist vom Anwendungsbereich dieser Richtlinien ausgenommen.

EuGH (Große Kammer), **Urt. v. 10.4.2018 – C-320/16 (Uber France SAS)** 739

Anforderungen an Etikettierung oder Kennzeichnung von Textilerzeugnissen

Art. 267 AEUV; VO (EU) Nr. 1007/2011 Art. 7 I, 9 I – **Verein für lauterer Wettbewerb/Princesport**. (1) Art. 4 und 14 I UAbs. 1 VO (EU) Nr. 1007/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.9.2011 über die Bezeichnungen von Textilerzeugnissen und die damit zusammenhängende Etikettierung

und Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen und zur Aufhebung der RL 73/44/EWG des Rates und der RL 96/73/EG und 2008/121/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Verbindung mit dem zehnten Erwägungsgrund dieser Verordnung sind dahin auszulegen, dass sie eine allgemeine Verpflichtung begründen, sämtliche Textilerzeugnisse, auch Textilerzeugnisse im Sinne von Art. 7 dieser Verordnung, zur Angabe ihrer Faserzusammensetzung zu etikettieren oder zu kennzeichnen. (2) Art. 7 I VO Nr. 1007/2011 ist dahin auszulegen, dass er nicht zur Verwendung eines der drei in dieser Bestimmung genannten Zusätze „100 %“, „rein“ oder „ganz“ auf dem Etikett oder der Kennzeichnung eines reinen Textilerzeugnisses verpflichtet. Werden diese Zusätze verwendet, kann dies in kombinierter Form geschehen. (3) Art. 9 I VO Nr. 1007/2011 ist dahin auszulegen, dass die Verpflichtung, auf dem Etikett oder der Kennzeichnung die Bezeichnung und den Gewichtsanteil aller in dem fraglichen Textilerzeugnis enthaltenen Fasern anzugeben, für ein reines Textilerzeugnis nicht gilt.

EuGH (Fünfte Kammer), Urt. v. 5.7.2018 – C-339/17 (Verein für lauterer Wettbewerb e. V./Princesport GmbH) 1061

Keine irreführende Unterlassung bei fehlenden Informationen über Testbedingungen auf Produktetikett

AEUV Art. 267; RL 2005/29/EG Art. 2 Buchst. d, 3 IV, 7; RL 2010/30/EU Art. 1 I, 4, 10 IV Buchst. d und g; Delegierte VO (EU) Nr. 665/2013 Anh. II – **Dyson/BSH**. (1) Art. 7 RL 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt und zur Änderung der RL 84/450/EWG des Rates, der RL 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der VO (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates ist dahin auszulegen, dass es keine „irreführende Unterlassung“ im Sinne dieser Vorschrift darstellt, wenn dem Verbraucher die Informationen über die Testbedingungen, die zu der auf dem Etikett über die Energieklasse der Staubsauger nach den Vorgaben in Anhang II der Delegierten VO (EU) Nr. 665/2013 der Kommission vom 3.5.2013 zur Ergänzung der RL 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern angegebenen Energieeinstufung geführt haben, vorenthalten werden. (2) Die Delegierte VO Nr. 665/2013 iVm Art. 3 I Buchst. b RL 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.5.2010 über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen ist dahin auszulegen, dass sie dem entgegensteht, dass an anderer Stelle als auf dem Etikett über die Energieklasse der Staubsauger nach den Vorgaben in Anhang II der Delegierten VO (EU) Nr. 665/2013 Etiketten oder Symbole angebracht werden, die auf die Informationen auf dem Energieetikett verweisen, wenn diese Anbringung beim Endverbraucher zu Irreführung oder Unklarheit hinsichtlich des Energieverbrauchs des fraglichen im Einzelhandel vertriebenen Staubsaugers während seines Gebrauchs führen kann; dies unter Berücksichtigung aller einschlägigen Gesichtspunkte aus Sicht des normal informierten und angemessen aufmerksamen und kritischen Durchschnittsverbrauchers unter Berücksichtigung sozialer, kultureller und sprachlicher Faktoren zu prüfen, ist Sache des vorliegenden Gerichts.

EuGH (Vierte Kammer), Urt. v. 25.7.2018 – C-632/16 (Dyson Ltd u. Dyson BV/BSH Home Appliances NV) 940

Einordnung eines Messestands unter den Begriff „Geschäftsräume“

AEUV Art. 267; RL 2011/83/EU Art. 2 Nr. 9 – **Verbraucherzentrale/Unimatic [Grüne Woche II]**. Art. 2 Nr. 9 der RL 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.10.2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der RL 93/13/EWG des Rates und der RL 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der RL 85/577/EWG des Rates und der RL 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ist dahin auszulegen, dass ein Messestand eines Unternehmers wie der im Ausgangsverfah-

ren in Rede stehende, an dem der Unternehmer seine Tätigkeiten an wenigen Tagen im Jahr ausübt, unter den Begriff „Geschäftsräume“ im Sinne dieser Bestimmung fällt, wenn in Anbetracht aller tatsächlichen Umstände rund um diese Tätigkeiten und insbesondere des Erscheinungsbilds des Messestands sowie der vor Ort auf der Messe selbst verbreiteten Informationen ein normal informierter, angemessen aufmerksamer und verständiger Verbraucher vernünftigerweise damit rechnen konnte, dass der betreffende Unternehmer dort seine Tätigkeiten ausübt und ihn anspricht, um einen Vertrag zu schließen, was vom nationalen Gericht zu prüfen ist.

EuGH (Achte Kammer), Urt. v. 7.8.2018 – C-485/17 (Verbraucherzentrale Berlin e. V./Unimatic Vertriebs GmbH) 943

Aggressive Geschäftspraktiken durch Vermarktung von kostenpflichtig vorinstallierten SIM-Karten

AEUV Art. 267; RL 2005/29/EG Art. 3 IV, 8, 9, Anh. I Nr. 29 – **AGCM/Wind u. Vodafone**. (1) Der Begriff „unbestellte Waren oder Dienstleistungen“ im Sinne von Anhang I Nr. 29 der RL 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt und zur Änderung der RL 84/450/EWG des Rates, der RL 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der VO (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (RL über unlautere Geschäftspraktiken) ist vorbehaltlich der vom vorliegenden Gericht vorzunehmenden Prüfungen dahin auszulegen, dass er ein Verhalten wie das in den Ausgangsverfahren fragliche umfasst, das darin besteht, dass ein Telekommunikationsanbieter SIM-Karten („Subscriber Identity Module“, Teilnehmer-Identifikationsmodul) vermarktet, auf denen bestimmte Dienste – wie Internetzugangs- und Mailbox-Dienste – vorinstalliert und -aktiviert sind, ohne dass der Verbraucher zuvor angemessen darüber aufgeklärt wurde, dass diese Dienste vorinstalliert und -aktiviert sind oder welche Kosten hierfür anfallen. (2) Art. 3 IV der RL 2005/29 ist dahin auszulegen, dass er einer nationalen Regelung nicht entgegensteht, wonach ein Verhalten wie das in den Ausgangsverfahren fragliche, das im Sinne von Anhang I Nr. 29 der RL 2005/29 die Lieferung einer unbestellten Ware oder Dienstleistung darstellt, nach den Bestimmungen der Richtlinie zu beurteilen ist, so dass nach den Regelungen der RL 2005/29 die nationale Regulierungsbehörde im Sinne der RL 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7.3.2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) in der Fassung der RL 2009/140/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.11.2009 für die Sanktionierung eines solchen Verhaltens nicht zuständig ist.

EuGH (Zweite Kammer), Urt. v. 13.9.2018 – C-54/17, C-55/17 (Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato/Wind Tre SpA, vormals Wind Telecomunicazioni SpA [C-54/17] u. Vodafone Italia SpA, vormals Vodafone Omnitel NV [C-55/17])

1156

Anforderungen an den Begriff des „Gewerbetreibenden“ beim Internet-Handel

AEUV Art. 267; RL 2005/29/EG Art. 2 Buchst. b und d; RL 2011/83/EU Art. 2 Nr. 2 – **Kfv/Kamenova**. Art. 2 Buchst. b und d der RL 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der RL 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der VO (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (RL über unlautere Geschäftspraktiken) und Art. 2 Nr. 2 der RL 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.10.2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der RL 93/13/EWG des Rates und der RL 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der RL 85/577/EWG des Rates und der RL 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sind dahin auszulegen, dass eine natürliche Person wie die Beklagte des Ausgangsverfahrens,

die gleichzeitig eine Reihe von Anzeigen, in denen neue und gebrauchte Waren zum Verkauf angeboten werden, auf einer Website veröffentlicht, nur dann als „Gewerbetreibender“ bzw. „Unternehmer“ einzustufen ist und eine solche Tätigkeit nur dann eine „Geschäftspraxis“ darstellt, wenn diese Person im Rahmen ihrer gewerblichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit handelt; dies anhand aller relevanten Umstände des Einzelfalls zu prüfen, ist Sache des vorliegenden Gerichts.

EuGH (Fünfte Kammer), Ur. v. 4.10.2018 – C-105/17 (Komisia za zashtita na potrebitelite [Kommission für Verbraucherschutz, Bulgarien]/Evelina Kamenova) 1154

Zulässige Übertragung von Bestattungen durch Gemeinde auf Eigenbetrieb

UWG § 2 I Nr. 1; BestattG BW § 31 II – **Eigenbetrieb Friedhöfe**. Eine Gemeinde nimmt keine geschäftliche Handlung im Sinne von § 2 I Nr. 1 UWG vor, wenn sie mit Bestattungen, die gemäß § 31 II Fall 2 BestattG-BW behördlich zu veranlassen sind, weil die bestattungspflichtigen Angehörigen nicht oder nicht rechtzeitig für die Bestattung sorgen, ausschließlich ihren Eigenbetrieb Friedhöfe betraut.

BGH, Ur. v. 27.7.2017 – I ZR 162/15 (OLG Karlsruhe) 196

Irreführender Preisnachlass in Anzeigenwerbung

UWG § 5a II – **19 % MwSt. GESCHENKT**. (1) Bei der Prüfung, ob Informationen vorenthalten werden, kommt es auf Maßnahmen, die der Gewerbetreibende getroffen hat, um den Verbrauchern die Informationen anderweitig zur Verfügung zu stellen, nur an, wenn das für die Werbung benutzte Kommunikationsmedium räumliche oder zeitliche Beschränkungen für die erforderlichen Angaben aufweist. (2) Die Bedingungen der Inanspruchnahme von Preisnachlässen sind auch im nichtelektronischen Geschäftsverkehr wesentliche Informationen im Sinne des § 5a II UWG. (3) Bei einer auf ein Warensortiment bezogenen Preiswerbung sind die Angaben zu den von der Aktion ausgeschlossenen Waren und Lieferanten schon in dem für die Werbung benutzten Kommunikationsmittel selbst zu machen, sofern räumliche oder zeitliche Beschränkungen dieses Kommunikationsmediums nicht entgegenstehen.

BGH, Ur. v. 27.7.2017 – I ZR 153/16 (OLG Bamberg) 199

Irreführende Blickfangangabe bei wirtschaftlich bedeutsamem Erwerbsvorgang

ZPO § 253 II Nr. 2; UWG § 5 I 1 u. 2 Nr. 1 – **Festzins Plus**. Der durch eine irreführende Blickfangangabe verursachte Irrtum wird auch bei wirtschaftlich bedeutsamen Erwerbsvorgängen regelmäßig nicht durch einen Hinweis am Ende eines nachfolgenden umfangreichen und unübersichtlichen Texts ausgeräumt, dessen inhaltlicher Bezug zum Blickfang nicht klargestellt wird.

BGH, Versäumnisur. v. 21.9.2017 – I ZR 53/16 (OLG München) 320

EuGH-Vorlage zu Anforderungen an Einwilligung bei Cookie-Setzungen

RL 2002/58/EG Art. 5 III und 2 Buchst. f; RL 2009/136/EG Art. 2 Nr. 5; RL 95/46/EG Art. 2 Buchst. h; VO (EU) 2016/679 Art. 6 I Buchst. a; UKLAG § 1; BGB § 307; TMG §§ 12 I, 13 I, 15 III – **Cookie-Einwilligung**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union werden zur Auslegung der Art. 5 III und Art. 2 Buchst. f der RL 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.7.2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation, ABl. 2002 L 201 v. 31.7.2002, 37) in der durch Art. 2 Nr. 5 der RL 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.11.2009 zur Änderung der RL 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, der RL 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kom-

munikation und der VO (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (ABl. 2009 L 337 v. 18.12.2009, 11) geänderten Fassung in Verbindung mit Art. 2 Buchst. h der RL 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.10.1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. 1995 L 281 v. 23.11.1995, 31) sowie des Art. 6 I Buchst. a der VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der RL 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, ABl. Nr. L 119 v. 4.5.2016, 1) folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: (1 a) Handelt es sich um eine wirksame Einwilligung im Sinne des Art. 5 III und des Art. 2 Buchst. f RL 2002/58/EG in Verbindung mit Art. 2 Buchst. h RL 95/46/EG, wenn die Speicherung von Informationen oder der Zugriff auf Informationen, die bereits im Endgerät des Nutzers gespeichert sind, durch ein voreingestelltes Ankreuzkästchen erlaubt wird, das der Nutzer zur Verweigerung seiner Einwilligung abwählen muss? (b) Macht es bei der Anwendung des Art. 5 III und des Art. 2 Buchst. f RL 2002/58/EG in Verbindung mit Art. 2 Buchst. h RL 95/46/EG einen Unterschied, ob es sich bei den gespeicherten oder abgerufenen Informationen um personenbezogene Daten handelt? (c) Liegt unter den in Vorlagefrage 1 a genannten Umständen eine wirksame Einwilligung im Sinne des Art. 6 I Buchst. a VO (EU) 2016/679 vor? (2) Welche Informationen hat der Diensteanbieter im Rahmen der nach Art. 5 III RL 2002/58/EG vorzunehmenden klaren und umfassenden Information dem Nutzer zu erteilen? Zählen hierzu auch die Funktionsdauer der Cookies und die Frage, ob Dritte auf die Cookies Zugriff erhalten?

BGH, Beschl. v. 5.10.2017 – I ZR 7/16 (OLG Frankfurt a. M.) 96

EuGH-Vorlage zu möglichen Kommunikationsmitteln bei Abschluss von Fernabsatzverträgen

RL 2011/83/EU Art. 6 I Buchst. c; EGBGB Art. 246a §§ 1 I 1 Nr. 2, 4 I, III; BGB § 312d I 1 – **Rückrufsystem**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union werden zur Auslegung von Art. 6 I Buchst. c der RL 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher (ABl. 2011 L 304, 64) folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: (1) Können die Mitgliedstaaten eine Bestimmung vorsehen, die – wie die Bestimmung des Art. 246a § 1 I 1 Nr. 2 EGBGB – den Unternehmer verpflichtet, dem Verbraucher im Rahmen des Abschlusses von Fernabsatzverträgen vor Abgabe von dessen Vertragserklärung [nicht nur gegebenenfalls, sondern] stets seine Telefonnummer zur Verfügung zu stellen? (2) Bedeutet die in [der deutschen Sprachfassung des] Art. 6 I Buchst. c RL 2011/83/EU verwendete Wendung „gegebenenfalls“, dass ein Unternehmer nur über in seinem Unternehmen bereits tatsächlich vorhandene Kommunikationsmittel informieren muss, er also nicht gehalten ist, einen Telefon- oder Telefaxanschluss bzw. ein E-Mail-Konto neu einzurichten, wenn er sich entschließt, in seinem Unternehmen auch Fernabsatzverträge abzuschließen? (3) Falls die Frage 2 bejaht wird: Bedeutet die in [der deutschen Sprachfassung des] Art. 6 I Buchst. c RL 2011/83/EU angeführte Wendung „gegebenenfalls“, dass nur solche Kommunikationsmittel bereits in einem Unternehmen vorhanden sind, die vom Unternehmer tatsächlich jedenfalls auch für den Kontakt zu Verbrauchern im Rahmen des Abschlusses von Fernabsatzverträgen eingesetzt werden, oder sind auch solche Kommunikationsmittel im Unternehmen vorhanden, die vom Unternehmer bislang ausschließlich zu anderen Zwecken, wie etwa der Kommunikation mit Gewerbetreibenden oder Behörden, genutzt werden? (4) Ist die in Art. 6 I Buchst. c RL 2011/83/EU erfolgte Aufzählung der Kommunikationsmittel Telefon, Telefax und E-Mail abschließend, oder kann der Unternehmer auch andere, dort nicht genannte Kommunikationsmittel – wie etwa ein Internet-Chat oder ein telefonisches Rückrufsystem – einsetzen, sofern dadurch eine schnelle Kontaktaufnahme und eine effiziente Kommunikation sichergestellt ist? (5) Kommt es bei der Anwendung des Transparenzgebots des Art. 6 I RL 2011/83/EU, nach dem der Unternehmer den Verbraucher in klarer und verständlicher Weise über die in Art. 6 I Buchst. c RL 2011/83/EU

genannten Kommunikationsmittel informieren muss, darauf an, dass die Information schnell und effizient erteilt wird?

BGH, Beschl. v. 5.10.2017 – I ZR 163/16 (OLG Köln) 100

Anforderungen an Bestimmung des Klagegrunds bei Unterlassungsantrag

UWG §§ 3 I, 5 I 2 Nr. 1; ZPO § 308 I – **Betriebspsychologe**. Ein Gericht entscheidet unter Verstoß gegen § 308 I ZPO über etwas anderes, als beantragt ist, wenn es seinem Urteilsanspruch über einen Unterlassungsantrag einen anderen Klagegrund zugrunde legt als denjenigen, mit dem der Kläger seinen Antrag begründet hat. Das ist der Fall, wenn der Kläger seinen Klageantrag darauf stützt, dass die Beklagte in ihrer Werbung gegenüber potenziellen Teilnehmern ihrer Weiterbildungskurse den Eindruck erweckt, die Absolventen der Kurse dürften die angegebene Berufsbezeichnung auch ohne Psychologiestudium führen, und das Gericht die Verurteilung daraus ableitet, dass Kursteilnehmer die Berufsbezeichnung in einer Art verwenden, die geeignet ist, ihre Patienten irrezuführen.

BGH, Ur. v. 5.10.2017 – I ZR 184/16 (OLG Schleswig) 203

Energieverbrauchsangaben in Immobilienanzeigen von Maklern als wesentliche Informationen

UWG §§ 3a, 5a II u. IV; EnEV § 16a; RL 2010/31/EU Art. 12 – **Energieausweis**. Ein Immobilienmakler ist gemäß § 5a II und IV UWG verpflichtet, in einer Immobilienanzeige den Energieverbrauch des Gebäudes anzugeben, wenn ein Energieausweis vorliegt. Dazu muss die Anzeige die in § 16 I 1 Nrn. 1 bis 5 EnEV angeführten Angaben enthalten.

BGH, Ur. v. 5.10.2017 – I ZR 232/16 (OLG Hamm) 438

Anforderungen für Annahme einer „Mogelpackung“

UWG §§ 3 I, 5 I 2 Nr. 1; ZPO § 308 I; EichG § 7 II; MessEG § 43 II; VO (EG) Nr. 1223/2009 Art. 20 – **Tiegelgröße**. (1) Ein Gericht entscheidet unter Verstoß gegen die im Zivilprozess geltende Dispositionsmaxime, wenn es seinem Urteilsanspruch über einen auf Irreführung gestützten Unterlassungsantrag einen Irreführungsaspekt zugrunde legt, den der Kläger nicht schlüssig vorgetragen hat (Fortführung von BGH, GRUR 2017, 295 – Entertain). (2) Die Annahme einer Täuschung über die Füllmenge des Produkts durch die Gestaltung der Größe der Umverpackung („Mogelpackung“) hängt davon ab, ob der Verkehr nach den Umständen des Einzelfalls im Hinblick auf das konkret in Rede stehende Produkt die Vorstellung hat, dass die Größe der Verpackung in einem angemessenen Verhältnis zur Menge des darin enthaltenen Produkts steht. (3) Für die Fragen, welchen Grad seiner Aufmerksamkeit der Verbraucher einem Produkt entgegenbringt und ob er nicht nur die Schauseite der Aufmachung, sondern ebenfalls die an anderer Stelle angebrachten näheren Angaben wahrnehmen wird, ist von Bedeutung, ob er seine Kaufentscheidung regelmäßig auch von der Zusammensetzung abhängig machen wird. Davon ist für eine Creme für die Gesichtspflege regelmäßig auszugehen.

BGH, Ur. v. 11.10.2017 – I ZR 78/16 (OLG Hamburg) 431

Mitbewerberbehinderung durch Erwirkung unberechtigter Rufnummernportierung

UWG § 4 Nr. 4 – **Portierungsauftrag**. Ein Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen handelt gemäß § 4 Nr. 4 UWG unlauter, wenn er zu seinen Gunsten von Kunden eines Wettbewerbers erteilte, vor Ausführung widerrufenen Portierungsaufträge in Kenntnis des Widerrufs erneut systematisch und planmäßig dem Wettbewerber zuleitet, so dass der unzutreffende Eindruck entsteht, die Kunden hätten sich zum wiederholten Male zu seinen Gunsten entschieden.

BGH, Ur. v. 11.10.2017 – I ZR 210/16 (OLG Düsseldorf) 317

Anforderungen an für Verbraucher wesentliche Informationen in Angebot

UWG § 5a II 1 u. III Nr. 2 – **Krafftfahrzeugwerbung**. (1) Ein Angebot im Sinne von § 5a III UWG setzt nicht voraus, dass bereits alle wesentlichen Merkmale des Produkts in einem dem verwendeten Kommunikationsmittel angemessenen Umfang angegeben werden. (2) Wenn der Geschäftsbetrieb des Unternehmers keinen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, muss der Unternehmer bei einem Angebot im Sinne von § 5a III UWG seinen Vornamen und seinen Zunamen sowie seine Anschrift angeben. (3) Wenn der Geschäftsbetrieb des Unternehmers einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, muss von Einzelkaufleuten bei einem Angebot im Sinne von § 5a III UWG die Firma mit der Rechtsformbezeichnung „eingetragener Kaufmann“ oder einer allgemein verständlichen Abkürzung dieser Bezeichnung angegeben werden. (4) Wenn nichts Gegenteiliges vorgetragen ist, ist nach der Lebenserfahrung davon auszugehen, dass der Verbraucher bei einem Angebot im Sinne von § 5a III UWG die Information über die Identität des potenziellen Geschäftspartners für eine informierte geschäftliche Entscheidung benötigt.

BGH, Ur. v. 18.10.2017 – I ZR 84/16 (OLG Düsseldorf) 324

Reichweite des Unterlassungsanspruchs wegen Verbots der Fruchtzüchtung aus Verletzung von Betriebsgeheimnissen

UWG §§ 3 I, 3a, 17 II; ZPO § 308 I – **Knochenzement I**. (1) Ein auf § 3a UWG in Verbindung mit § 17 UWG gestützter Unterlassungsanspruch unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Fruchtzüchtung aus einer vorangegangenen Verletzung von Betriebsgeheimnissen erfasst nicht den Vertrieb und die Bewerbung von Produkten, die zwar Nachfolgeprodukte von unter Verletzung von Betriebsgeheimnissen hergestellter Produkte sind, selbst aber nicht unter Verletzung von Betriebsgeheimnissen hergestellt werden. (2) Die Ausnutzung der Auswirkungen eines vorangegangenen wettbewerbswidrigen Verhaltens ist nicht per se, sondern nur dann nach der wettbewerbsrechtlichen Generalklausel gemäß § 3 I UWG unzulässig, wenn sie unmittelbar mit dem vorangegangenen Wettbewerbsverstoß zusammenhängt und ihrerseits die Voraussetzungen einer unlauteren geschäftlichen Handlung im Sinne von § 3 I UWG erfüllt. (3) Ein auf Naturalrestitution gerichteter Schadensersatzanspruch wegen Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen kann allenfalls darauf gerichtet sein, dem Schädiger die Benutzung des unbefugt erlangten oder verwerteten Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses zu verbieten.

BGH, Ur. v. 16.11.2017 – I ZR 161/16 (OLG Frankfurt a. M.) 535

Unzulässige Werbung mit durch Verletzung von Betriebsgeheimnissen erlangter Marktführerschaft

UWG §§ 3 I, 3a, 17 II, 5 I, 5a I – **Knochenzement II**. (1) Mit der Behauptung einer Spitzenstellung verbindet der Verkehr regelmäßig die Erwartung, dass der Anbieter in der Lage ist, nach den maßgeblichen Kriterien von Qualität, Service und Preis für den Käufer besonders attraktive Produkte anzubieten. Dass das Unternehmen eine in der Werbung herausgestellte Spitzenstellung nicht (allein) durch eigene Leistung bei der Entwicklung oder dem Vertrieb eines besonders wettbewerbsfähigen Produkts, sondern unter Verletzung von Betriebsgeheimnissen eines Wettbewerbers erreicht hat, stellt der Verkehr erfahrungsgemäß nicht in Rechnung. (2) Bewirbt der Anbieter ein neues Produkt unter Hinweis auf die in der Vergangenheit mit einem anderen Produkt erworbene Marktführerschaft, ist das Verschweigen dieses Umstands deshalb im Regelfall geeignet, eine unrichtige Vorstellung über die Leistungsfähigkeit des Anbieters hervorzurufen und damit die Entschließung des Publikums über den Erwerb des erworbenen Nachfolgeprodukts im Sinne von § 5a I UWG in unlauterer Weise zu beeinflussen.

BGH, Ur. v. 16.11.2017 – I ZR 160/16 (OLG Frankfurt a. M.) 541

Darlegungs- und Beweislastverteilung beim wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz

UWG § 4 Nr. 3 – **Handfugengpistole**. (1) Der Kläger, der für ein Produkt wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz in Anspruch nimmt, muss zu dem Produkt und dessen Merkmalen, die seine wettbewerbsrechtliche Eigenart begründen, konkret vortragen. Hierfür kann er sich Abbildungen bedienen, soweit diese die in Rede stehende Ware und deren Merkmale deutlich erkennen lassen. Im Regelfall wird der Kläger gehalten sein, dem Gericht das Schutz beanspruchende Produkt vorzulegen. (2) Hat der Kläger nachgewiesen, dass die Merkmale seines Produkts grundsätzlich geeignet sind, eine wettbewerbsrechtliche Eigenart zu begründen, ist der Beklagte für seine Behauptung darlegungs- und beweispflichtig, der Annahme wettbewerbsrechtlicher Eigenart stehe der nicht nur geringfügige Vertrieb des Produkts unter fremder Kennzeichnung entgegen. Soweit der Beklagte zum Umfang der Fremdkennzeichnung nicht aus eigener Anschauung vortragen kann, obliegt dem Kläger eine sekundäre Darlegungslast. (3) Steht fest, dass das Produkt, für das der Kläger Schutz beansprucht, in nicht nur geringfügigem Umfang unter fremder Kennzeichnung vertrieben worden ist, ist der Kläger für seine Behauptung darlegungs- und beweispflichtig, bei der Fremdkennzeichnung handele es sich nicht um eine Herstellermarke, sondern um eine für die wettbewerbsrechtliche Eigenart unschädliche Handelsmarke.

BGH, *Urt. v. 16.11.2017 – I ZR 91/16 (OLG Düsseldorf)* 311

Beseitigungsanspruch von Verbraucherverbänden gegen Verwender unwirksamer AGB

UKlaG §§ 1, 2 I, 3 I 1 Nr. 1, 5; UWG §§ 3 I, 3a, 8 I 1, 12 I 2 – **Klauselersetzung**. (1) Die Bestimmung des § 1 UKlaG gewährt den gemäß § 3 I UKlaG anspruchsberechtigten Stellen gegen den Verwender von gemäß §§ 307 bis 309 BGB unwirksamen Allgemeinen Geschäftsbedingungen keinen Beseitigungsanspruch. Da die Vorschriften über die Kontrolle unwirksamer Allgemeiner Geschäftsbedingungen gemäß § 1 UKlaG und des Lauterkeitsrechts nebeneinander anwendbar sind, kann sich ein Beseitigungsanspruch für eine Verbraucherzentrale als qualifizierte Einrichtung im Sinne von § 8 III Nr. 3 UWG jedoch aus § 3a UWG in Verbindung mit § 8 I 1 UWG ergeben. (2) Da der Beseitigungsanspruch die Abwehr einer bereits eingetretenen, aber fortwirkenden Beeinträchtigung zum Gegenstand hat, führt der Wegfall des Störungszustands zum Erlöschen des Anspruchs. Fällt der Störungszustand während des Prozesses in den Tatsacheninstanzen weg, weil beispielsweise der Beklagte von sich aus hinreichende Beseitigungshandlungen vornimmt, wird der auf Beseitigung gerichtete Antrag unbegründet, auch wenn der Kläger die Verfahrensdauer nicht zu vertreten hat. (3) Qualifizierten Einrichtungen gemäß § 3 I 1 Nr. 1 UKlaG steht gemäß § 5 UKlaG in Verbindung mit § 12 I 2 UWG ein Anspruch auf Ersatz der für eine Abmahnung erforderlichen Aufwendungen zu. Erforderlich sind die Abmahnkosten, die tatsächlich entstanden sind und nach Lage des Falls aus der Perspektive des Abmahnenden objektiv notwendig waren. Kosten für die Einschaltung eines Anwalts sind bei einer qualifizierten Einrichtung nur ausnahmsweise bei besonderer rechtlicher oder tatsächlicher Schwierigkeit, aufgrund derer der Verband mit seiner Ausstattung und Erfahrung nicht in der Lage war, das Geschehen korrekt zu bewerten, erstattungsfähig.

BGH, *Urt. v. 14.12.2017 – I ZR 184/15 (OLG Stuttgart)* 423

Wirksame Verbrauchereinwilligung in Kontaktaufnahme zu Werbezwecken

BGB § 307 II Nr. 1 u. III 1; UWG § 7 II Nrn. 2 u. 3; UKlaG § 1 – **mehrere Werbekanäle**. Es widerspricht den Voraussetzungen des § 7 II Nrn. 2 und 3 UWG nicht, wenn sich die in Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltene Einwilligung eines Verbrauchers in die Kontaktaufnahme zu Werbezwecken auf mehrere Werbekanäle bezieht. Eine eigene Einwilligungserklärung für jeden Werbekanal ist nicht erforderlich.

BGH, *Urt. v. 1.2.2018 – III ZR 196/17 (OLG Köln)* 545

Vorliegen einer Überraschungsentscheidung

ZPO §§ 139, 286; UWG § 4 Nr. 3 – **Gewohnt gute Qualität**. (1) Ein Rechtsmittelführer, der die Verletzung einer gerichtlichen Hinweispflicht gemäß § 139 ZPO geltend macht, muss darlegen, wie er auf einen entsprechenden Hinweis reagiert, insbesondere was er hierauf im Einzelnen vorgetragen hätte und wie er weiter vorgegangen wäre. Er ist dabei grundsätzlich nicht gehindert, sein bisheriges Vorbringen zu ändern und insbesondere zu präzisieren, zu ergänzen oder zu berichtigen. Eine durch Änderungen etwa entstehende Widersprüchlichkeit in seinem Vortrag ist allein im Rahmen der Beweiswürdigung zu berücksichtigen. (2) Eine „gute und professionelle Beratung“ und ein „Service in gewohnt guter Qualität“ sind keine besonderen Merkmale einer Dienstleistung und daher nicht geeignet, die wettbewerbsrechtliche Eigenart einer Dienstleistung zu begründen.

BGH, *Urt. v. 15.2.2018 – I ZR 243/16 (OLG Naumburg)* 740

Zulässige kritische Äußerungen einer Handwerksinnung zur Leistungsabrechnung

GG Art. 5 I 1, 19 III; UWG §§ 3 I, 4 Nr. 1, 8 I u. III Nr. 1, 12 I 2; UWG aF § 4 Nr. 7 – **Verkürzter Versorgungsweg II**. (1) Eine Handwerksinnung kann sich als Körperschaft des öffentlichen Rechts auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit aus Art. 5 I 1 GG berufen, soweit sie nicht in ihrer Funktion als Teil der öffentlichen Verwaltung, sondern als Vertreterin der berufsständischen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder betroffen ist. (2) Als Körperschaft des öffentlichen Rechts muss eine Handwerksinnung bei kritischen Äußerungen das Gebot der Sachlichkeit und Neutralität sowohl in inhaltlicher Hinsicht als auch bei den gewählten Formulierungen wahren. Nimmt sie allerdings berufsständische und wirtschaftliche Interessen ihrer Mitglieder wahr, geht damit eine Lockerung des Sachlichkeitsgebots einher.

BGH, *Urt. v. 1.3.2018 – I ZR 264/16 (OLG Hamm)* 622

Anforderungen für den Schutz als Betriebsgeheimnis nach UWG

UWG §§ 3 I, 3a, 17 II Nr. 2; ZPO § 253 II Nr. 2 – **Hohlfasermembranspinnanlage II**. (1) Ein auf Unterlassung des Herstellens, Anbietens und Inverkehrbringens einer technischen Anlage gerichteter Klageantrag, der auf das Verbot der unbefugten Verwertung von Betriebsgeheimnissen gemäß § 17 II Nr. 2 UWG gestützt ist, ist hinreichend bestimmt, wenn sich das vom Kläger begehrte Verbot gegen eine konkrete Verletzungsform richtet, auch wenn er keine verbale Beschreibung der Umstände enthält, aus denen der Kläger eine Rechtsverletzung herleitet. (2) Die konkreten Maße und Anordnungen von Düsenkörper und Düsenblöcken einer Hohlfasermembranspinnanlage, die in Konstruktionsplänen und im Endprodukt selbst verkörpert sind, kommen als Betriebsgeheimnis im Sinne von § 17 UWG in Betracht. (3) Für den Schutz als Betriebsgeheimnis kommt es darauf an, ob die maßgebliche Tatsache, mag sie auch zum Stand der Technik gehören, nur mit einem großen Zeit- oder Kostenaufwand ausfindig, zugänglich und dem Unternehmer damit nutzbar gemacht werden kann. Danach können Konstruktionspläne, in denen Maße und Anordnungen technischer Bauteile einer Maschine verkörpert sind und deren Erstellung einen erheblichen Aufwand erfordert, als Betriebsgeheimnis geschützt sein. (4) Liegen einem ausgeschiedenen Mitarbeiter während der Beschäftigungszeit angefertigte schriftliche Unterlagen – beispielsweise in Form privater Aufzeichnungen oder in Form einer auf dem privaten Computer abgesicherten Datei – vor und entnimmt er ihnen ein Betriebsgeheimnis seines früheren Arbeitgebers, verschafft er sich damit dieses Geheimnis auch dann unbefugt im Sinne von § 17 II Nr. 2 UWG, wenn er aufgrund seiner Ausbildung und Erfahrung in der Lage ist, das als Verletzung des Betriebsgeheimnisses beanstandete Verhalten ohne Nutzung dieser Unterlagen vorzunehmen.

BGH, *Urt. v. 22.3.2018 – I ZR 118/16 (OLG Koblenz)* 1161

Keine aggressive geschäftliche Handlung durch Schreiben eines Inkassounternehmens

UWG § 4a I 2 Nr. 3 und S. 3 – **Zahlungsaufforderung**. Das Schreiben eines Inkassounternehmens, das eine Zahlungsaufforderung sowie die Androhung gerichtlicher Schritte und anschließender Vollstreckungsmaßnahmen enthält und nicht verschleiert, dass der Schuldner in einem Gerichtsverfahren geltend machen kann, den beanspruchten Geldbetrag nicht zu schulden, stellt keine wettbewerbswidrige aggressive geschäftliche Handlung dar (Abgrenzung zu BGH, GRUR 2015, 1134 Rn. 25 = WRP 2015, 1341 – Schufa-Hinweis).

BGH, **Urt. v. 22.3.2018 – I ZR 25/17 (OLG Zweibrücken)** 1063

Kein Verstoß gegen Tarifpflicht bei Rabattaktion eines Taxivermittlers

UWG §§ 3a, 4 Nr. 4; PBefG §§ 6, 39 III, 51 V – **Bonusaktion für Taxi App**. (1) Die Regelungen der §§ 51 V, 39 III PBefG zur Tarifpflicht im Taxiverkehr sind Marktverhaltensregelungen im Sinne von § 3a UWG. (2) Taxiunternehmen verstoßen durch die Beteiligung an Werbeaktionen des Betreibers einer Taxi-Bestell-App, bei denen dieser den Fahrgästen einen Teil (hier: die Hälfte) des Fahrpreises erstattet, nicht gegen die Tarifpflicht gemäß §§ 51 V, 39 III PBefG, sofern sie jeweils den vollen Fahrpreis erhalten. Es kommt nicht darauf an, ob der Fahrgast die Fahrt aus eigenen Mitteln oder aus Mitteln unabhängiger Dritter finanziert. (3) Es stellt keine nach § 6 PBefG unzulässige Umgehung der Tarifpflicht im Taxiverkehr dar, wenn der Betreiber der Taxi-Bestell-App im Rahmen derartiger Werbeaktionen eine angemessene Vermittlungsprovision von dem die Fahrt ausführenden Taxiunternehmen erhält.

BGH, **Urt. v. 29.3.2018 – I ZR 34/17 (OLG Frankfurt a. M.)** 946

Falsche Namensnennung eines für den Unternehmer anrufenden Mitarbeiters

§ 312a I BGB; UWG §§ 3, 3a, 5 I 1 und 2 Nr. 3 – **Namensangabe**. Bei einer telefonischen Kontaktaufnahme mit dem Verbraucher im Sinne von § 312a I BGB muss nur die Identität des Unternehmers sowie der geschäftliche Zweck offengelegt werden, nicht aber die Identität eines für den Unternehmer anrufenden Mitarbeiters, der selbst nicht Unternehmer ist.

BGH, **Urt. v. 19.4.2018 – I ZR 244/16 (OLG Bamberg)** 950

* Keine aggressive geschäftliche Handlung durch Werbeblocker mit Whitelisting-Funktion

GG Art. 2 I, 5 I 2, 12 I; UWG §§ 2 I Nrn. 1 und 3, 3 I, 4 Nr. 4, 4a I und II, 8 III Nr. 1 – **Werbeblocker II**. (1) Das Angebot einer Software, die Internetnutzern ermöglicht, beim Abruf mit Werbung finanzierter Internetangebote die Anzeige von Werbung zu unterdrücken, ist keine unlautere zielgerichtete Behinderung im Sinne des § 4 Nr. 4 UWG. Dies gilt auch, wenn das Programm die Freischaltung bestimmter Werbung solcher Werbetreibender vorsieht, die dem Anbieter des Programms hierfür ein Entgelt entrichten. (2) Das Angebot einer Werbeblocker-Software stellt auch keine aggressive geschäftliche Handlung im Sinne des § 4a I UWG gegenüber den Unternehmen dar, die an der Schaltung von Werbung interessiert sind.

BGH, **Urt. v. 19.4.2018 – I ZR 154/16 (OLG Köln)** 1251

Irreführung über Zugehörigkeit einer Produktkategorie als wesentliches Merkmal einer Ware

UWG § 5 I 1 und 2 Nr. 1 – **Vollsynthetisches Motorenöl**. (1) Eine Irreführung über wesentliche Merkmale einer Ware im Sinne von § 5 I 1 und 2 Nr. 1 UWG liegt nicht nur vor, wenn einer Ware konkrete, im Einzelnen benannte Eigenschaften zugewiesen werden, die sie tatsächlich nicht aufweist. Zu den wesentlichen Merkmalen einer Ware kann auch die Zugehörigkeit zu einer Produktkategorie (hier: vollsynthetische Motorenöle) gehören, die sich nach der Verkehrsauffassung von anderen

Kategorien unterscheidet. Darin kann eine Angabe über die Art der Ware gemäß § 5 I 1, 2 Nr. 1 UWG liegen. (2) Eine Irreführung kann dabei auch durch Angaben erfolgen, die über die Eigenschaften einer Ware oder Leistung unmittelbar nichts aussagen, von denen der Verkehr aber annimmt, dass sie nur verwendet werden, wenn bestimmte Beschaffenheitsmerkmale vorhanden sind, die für die Wertschätzung durch den Verbraucher von Bedeutung sind. Ob die kaufrelevante Wertschätzung, die der nach diesen Grundsätzen gebildeten Produktkategorie vom Verkehr entgegengebracht wird, im Hinblick auf konkrete objektive Eigenschaften zu Recht besteht oder auf der subjektiven Einschätzung beruht, mit dem Kauf einer infolge des aufwendigeren Herstellungsprozesses teureren Ware erwerbe man ein exklusiveres Produkt oder tue sich sonst „etwas Gutes“, ist ohne Belang.

BGH, **Urt. v. 21.6.2018 – I ZR 157/16 (OLG Köln)** 1263

EuGH-Vorlage zur Frage der elektronisch weiterverarbeitbaren Bereitstellung von Kfz-Teile-Daten für unabhängige Marktteilnehmer

VO (EG) Nr. 715/2007 Art. 6 I 1; VO (EG) Nr. 692/2008 Nr. 2.1 IV des Anhangs XIV; VO (EU) Nr. 566/2011 – **Ersatzteilinformation**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union werden zur Auslegung von Art. 6 I 1 VO (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.6.2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (5 Euro und 6 Euro) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. 2007 L 171 v. 29.6.2007, 1) folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: (1) Hat der Hersteller die nach Art. 6 I 1 VO (EG) Nr. 715/2007 unabhängigen Marktteilnehmern zu gewährenden Informationen in elektronisch weiterzuverarbeitender Form bereitzustellen? (2) Liegt eine nach Art. 6 I 1 VO (EG) Nr. 715/2007 verbotene Diskriminierung unabhängiger Marktteilnehmer vor, wenn ein Hersteller durch Einschaltung eines Informationsdienstleisters einen weiteren Informationskanal für den Vertrieb von Original-Ersatzteilen durch autorisierte Händler und Reparaturbetriebe eröffnet?

BGH, **Beschl. v. 21.6.2018 – I ZR 40/17 (OLG Frankfurt a. M.)** 955

Kfz-Werbung auf nicht audiovisuellem Mediendienst ohne erforderliche Pflichtangaben nach Pkw-EnVKV

UWG § 3a; Pkw-EnVKV § 5 I und II 1 Hs. 2; RL 2010/13/EU Art. 1 I Buchst. a i und ii – **YouTube-Werbekanal II**. Weder ein bei dem Internetdienst YouTube zu Werbezwecken betriebener Videokanal noch ein dort abrufbares Werbevideo stellt einen audiovisuellen Mediendienst im Sinne von Art. 1 I Buchst. a der RL 2010/13/EU dar. Wird mit einem auf diesem Werbekanal abrufbaren Video für neue Personenkraftwagen geworben, sind deshalb Angaben über den offiziellen Kraftstoffverbrauch und die offiziellen spezifischen CO₂-Emissionen der beworbenen Modelle zu machen.

BGH, **Urt. v. 13.9.2018 – I ZR 117/15 (OLG Köln)** 1258

Rechtsmissbrauch durch von Prozessfinanzierer finanzierte Gewinnabschöpfungsklage trotz Zustimmung des Bundesamts

UWG §§ 8 III Nr. 3, 10; BGB § 242 – **Prozessfinanzierer**. Die Gewinnabschöpfungsklage eines Verbraucherverbands, die von einem gewerblichen Prozessfinanzierer finanziert wird, dem eine Vergütung in Form eines Anteils am abgeschöpften Gewinn zugesagt wird, widerspricht dem Verbot unzulässiger Rechtsausübung aus § 242 BGB und ist unzulässig.

BGH, **Urt. v. 13.9.2018 – I ZR 26/17 (OLG Düsseldorf)** 1166

Verstoß gegen das Nichtrauchergesetz des Saarlands

UWG §§ 3 I, 3a, 8 II, III Nr. 2; N RauchSchG SL §§ 2 I Nr. 7, II, 5 I, II – **Rauchverbot in Gaststätten**. Bei den Vorschriften der §§ 2 I Nr. 7, II, 5 I und II des Gesetzes zum Schutz vor den

Gefahren des Passivrauchens (Nichtraucherschutzgesetz – N RAuchSchG SL) handelt es sich um Marktverhaltensregeln im Sinne von § 3a UWG.

OLG Saarbrücken, Urt. v. 7.3.2018 – 1 U 17/17 742

Berechnung der Höhe des Gewinnabschöpfungsanspruchs

UWG § 10 – **Nichtnutzungsgebühr.** (1) Nach § 10 UWG sind nur diejenigen Gewinne abschöpfbar, die gerade durch die vor-sätzliche Verletzungshandlung verursacht worden sind. (2) Wenn ein Unternehmen von seinen Kunden aufgrund einer un-wirksamen Geschäftsbedingung (hier: Berechnung einer Nicht-nutzungsgebühr) Kosten einzieht, obwohl es feststellen musste, dass ein Rechtsanspruch nicht bestand, so sind ihm keine gegen-zurechnenden Kosten entstanden. Absetzbar sind daher ledig-lich die auf die Gewinne gezahlten Steuern. (Leitsätze der Re-daktion)

OLG Schleswig, Urt. v. 7.6.2018 – 2 U 5/17 1071

Werbung mit Testergebnissen der Stiftung Warentest im Rah-men eines Nassrasierer-Tests

UWG § 5 – **Verblindung von Warentests.** (1) Der durchschnitt-liche Verbraucher geht grundsätzlich davon aus, dass ein Wa-rentest von dem Prüfinstitut mit dem Bemühen um Objektivität sachkundig und neutral zustande gekommen ist. (2) Diesen Anforderungen kann das Testinstitut (hier: die Stiftung Warentest) insbesondere dann genügen, wenn es vor der Durchfüh-rung des Warentests hinreichend Gelegenheit zu Beratungen über die Prüfungsmethoden in einem Fachbeirat sowie zu Stel-lungnahmen zu dem den beteiligten Herstellern vorab übersand-ten Prüfprogramm gegeben hat. (Leitsätze der Redaktion)

OLG Stuttgart, Urt. v. 5.4.2018 – 2 U 99/17 1066

LEBENSMITTELRECHT

Kennzeichnung von Lebensmitteln mit Zutaten von g. U. und g. g. A.

AEUV Art. 267; VO (EG) Nr. 1234/2007 Art. 118m II Buchst. a ii, b u. c; VO (EU) Nr. 1308/2013 Art. 103 II Buchst. a ii, b u. c – **CIVIC/Aldi [Champagner Sorbet].** (1) Art. 118m II Buchst. a ii der VO (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22.10.2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sonder-vorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (VO über die einheitliche GMO) in der durch die VO (EG) Nr. 491/2009 des Rates vom 25.5.2009 geänderten Fassung und Art. 103 II Buchst. a ii der VO (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Er-zzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007/EG des Rates sind dahin auszulegen, dass sie auch den Fall erfassen, in dem eine geschützte Ursprungsbezeichnung wie „Champagne“ als Teil der Bezeichnung verwendet wird, unter der ein Lebensmittel wie „Champagner Sorbet“ verkauft wird, das nicht der Produktspezifikation der geschützten Ur-sprungsbezeichnung entspricht, aber eine dieser Produktspezifi-kation entsprechende Zutat enthält. (2) Art. 118m II Buchst. a ii der VO (EG) Nr. 1234/2007 in der durch die VO (EG) Nr. 491/2009 geänderten Fassung und Art. 103 II Buchst. a ii VO (EU) Nr. 1308/2013 sind dahin auszulegen, dass die Ver-wendung einer geschützten Ursprungsbezeichnung als Teil der Bezeichnung, unter der ein Lebensmittel wie „Champagner Sorbet“ verkauft wird, das nicht der Produktspezifikation der ge-schützten Ursprungsbezeichnung entspricht, aber eine dieser Produktspezifikation entsprechende Zutat enthält, eine Ausnut-zung des Ansehens einer geschützten Ursprungsbezeichnung im Sinne dieser Bestimmungen darstellt, wenn das Lebensmittel nicht als wesentliche Eigenschaft einen Geschmack aufweist,

der hauptsächlich durch das Vorhandensein dieser Zutat in seiner Zusammensetzung hervorgerufen wird. (3) Art. 118m II Buchst. b der VO (EG) Nr. 1234/2007 in der durch die VO (EG) Nr. 491/2009 geänderten Fassung und Art. 103 II Buchst. b VO (EU) Nr. 1308/2013 sind dahin auszulegen, dass die Ver-wendung einer geschützten Ursprungsbezeichnung als Teil der Bezeichnung, unter der ein Lebensmittel wie „Champagner Sorbet“ verkauft wird, das nicht der Produktspezifikation der ge-schützten Ursprungsbezeichnung entspricht, aber eine dieser Produktspezifikation entsprechende Zutat enthält, keine wider-rechtliche Aneignung, Nachahmung oder Anspielung im Sinne der genannten Bestimmungen darstellt. (4) Art. 118m II Buchst. c der VO (EG) Nr. 1234/2007 in der durch die VO (EG) Nr. 491/2009 geänderten Fassung und Art. 103 II Buchst. c VO (EU) Nr. 1308/2013 sind dahin auszulegen, dass sie sowohl auf falsche oder irreführende Angaben anwendbar sind, die geeignet sind, einen falschen Eindruck hinsichtlich des Ursprungs des betreffenden Erzeugnisses zu erwecken, als auch auf falsche oder irreführende Angaben, die sich auf die Natur oder die wesentlichen Eigenschaften des Erzeugnisses beziehen.

EuGH (Zweite Kammer), Urt. v. 20.12.2017 – C-393/16 (Comité Interprofessionnel du Vin de Champagne/Aldi Süd Dienstleis-tungs-GmbH & Co. OHG) 327

EuGH-Vorlage zur Ursprungsangabe von Lebensmitteln

VO (EG) Nr. 1234/2007 Art. 113a I; VO (EU) Nr. 1308/2013 Art. 76 I; VO (EWG) Nr. 2913/92 Art. 23; VO (EU) Nr. 952/2013 Art. 60 I; RL 2000/13/EG Art. 2 I Buchst. a i; VO (EU) Nr. 1169/2011 Art. 7 I Buchst. a; UWG § 3a; LFGB § 11 I Nr. 1 – **Kulturchampignons.** Dem Gerichtshof der Europäi-schen Union werden zur Auslegung von Art. 113a I der VO (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22.10.2007 über eine ge-meinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervor-schriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (VO über die einheitliche GMO; ABl. 2007 L 299 v. 16.11.2007, 1) und Art. 76 I der VO (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013 über eine gemein-same Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (ABl. 2013 L 347 v. 20.12.2013, 671), von Art. 23 der VO (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12.10.1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. 1992 L 302 v. 19.10.1992, 1) und Art. 60 I der VO (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9.10.2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. 2013 L 269 v. 10.10.2013, 1) sowie von Art. 2 I Buchst. a i der RL 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.3.2000 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Etikettierung und Aufmachung von Lebensmitteln so-wie die Werbung hierfür (ABl. 2000 L 109 v. 6.5.2000, 29) und von Art. 7 I Buchst. a der VO (EU) Nr. 1169/2011 des Europäi-schen Parlaments und des Rates vom 25.10.2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (ABl. 2011 L 304 v. 22.11.2011, 18) folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: (1) Ist für die Bestimmung des Begriffs des Ursprungs-lands gem. Art. 113a I VO (EG) Nr. 1234/2007 und Art. 76 I VO (EU) Nr. 1308/2013 auf die Begriffsbestimmungen in Art. 23 ff. Zollkodex und Art. 60 Unionszollkodex abzustellen? (2) Haben Kulturchampignons, die im Inland geerntet werden, gem. Art. 23 VO (EWG) Nr. 2913/92 und Art. 60 I VO (EU) Nr. 952/2013 einen inländischen Ursprung, wenn wesentliche Produktionsschritte in anderen Mitgliedstaaten der Europäi-schen Union erfolgt und die Kulturchampignons erst drei oder weniger Tage vor der ersten Ernte ins Inland verbracht worden sind? (3) Ist das Irreführungsverbot des Art. 2 I Buchst. a i RL 2000/13/EG und des Art. 7 I Buchst. a VO (EU) Nr. 1169/2011 auf die nach Art. 113a I VO (EG) Nr. 1234/2007 und Art. 76 I VO (EU) Nr. 1308/2013 vorgeschriebene Ursprungsangabe an-zuwenden? (4) Dürfen der nach Art. 113a I VO (EG) Nr. 1234/2007 und Art. 76 I VO (EU) Nr. 1308/2013 vor-geschriebenen Ursprungsangabe aufklärende Zusätze hinzuge-fügt werden, um einer nach Art. 2 I Buchst. a i RL 2000/13/EG sowie Art. 7 I Buchst. a VO (EU) Nr. 1169/2011 verbotenen Irreführung entgegenzuwirken?

BGH, Beschl. v. 21.9.2017 – I ZR 74/16 (OLG Stuttgart) 104

Anwendbarkeit der Übergangsregelung der Health-Claim-VO auf Bach-Blüten-Produkte

VO (EG) Nr. 1924/2006 Art. 28 II – **RESCUE-Produkte II**. Der Anwendung der Übergangsregelung des Art. 28 II Hs. 1 VO (EG) Nr. 1924/2006 auf ein vor dem 1.1.2005 als Arzneimittel und nachfolgend als Lebensmittel vertriebenes Produkt stehen Änderungen seiner Aufmachung nicht und Änderungen seiner Darreichungsform nur dann entgegen, wenn sie zu einer Änderung seiner materiellen Eigenschaften geführt haben.

BGH, *Urt. v. 21.9.2017 – I ZR 29/13 (OLG München)* 206

Kein „direkter“ Verkauf an Endverbraucher

UWG § 3a; VO (EG) Nr. 834/2007 Art. 28 II; Öko-Landbaugesetz § 3 II – **Bio-Gewürze II**. Eine direkte Abgabe von Erzeugnissen im Sinne von Art. 1 II VO (EG) Nr. 834/2007 durch Unternehmer an Endverbraucher oder -nutzer im Sinne von § 3 II Öko-Landbaugesetz setzt voraus, dass die Abgabe unter gleichzeitiger Anwesenheit des Unternehmers oder seines Verkaufspersonals und des Endverbrauchers oder -nutzers erfolgt.

BGH, *Urt. v. 29.3.2018 – I ZR 243/14 (OLG Frankfurt a. M.)* 745

Unzulässige gesundheitsbezogene Werbung für alkoholisches Getränk

VO (EG) Nr. 1924/2006 Art. 2 II Nr. 5, 4 III UAbs. 1 – **Bekömmliches Bier**. (1) Das in Art. 4 III UAbs. 1 der VO (EG) Nr. 1924/2006 vorgesehene Verbot gesundheitsbezogener Angaben für alkoholische Getränke mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1,2 Volumenprozent ist nicht auf Angaben auf Behältnissen beschränkt, in denen diese Getränke vertrieben werden, sondern gilt auch für gesundheitsbezogene Angaben in der Werbung für dergleichen Getränke. (2) Der Begriff „gesundheitsbezogene Angabe“ im Sinne von Art. 2 II Nr. 5 der VO (EG) Nr. 1924/2006 erfasst jeden Zusammenhang, der eine Verbesserung des Gesundheitszustands dank des Verzehrs des Lebensmittels impliziert. Eine gesundheitsbezogene Angabe liegt außerdem dann vor, wenn mit der Angabe zum Ausdruck gebracht wird, der dauerhafte Verzehr eines Lebensmittels sei der Gesundheit nicht abträglich. (3) Wird in der Werbung Bier mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1,2 Volumenprozent als „bekömmlich“ bezeichnet und versteht der angesprochene Verkehrr diesen Begriff im konkreten Zusammenhang als „gut oder leicht verdaulich“, liegt darin eine unzulässige gesundheitsbezogene Angabe.

BGH, *Urt. v. 17.5.2018 – I ZR 252/16 (OLG Stuttgart)* 1266

EuGH-Vorlage zur Frage des „Beifügens“ von Verweisen auf gesundheitsbezogene Angaben

VO (EG) Nr. 1924/2006 Art. 5 I Buchst. a, 6 I, 10 III – **B-Vitamine**. Dem Gerichtshof der Europäischen Union werden zur Auslegung der Art. 10 III, 5 I Buchst. a und 6 I VO (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.12.2006 über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel (Abl. 2006 L 404 v. 30.12.2006, 9) in der zuletzt durch die VO (EU) Nr. 1047/2012 der Kommission vom 8.11.2012 (Abl. 2012 L 310 v. 9.11.2012, 36) geänderten Fassung folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: (1) Sind einem Verweis auf allgemeine, nichtspezifische gesundheitsbezogene Vorteile spezielle gesundheitsbezogene Angaben gemäß einer der Listen nach Art. 13 oder Art. 14 VO (EG) Nr. 1924/2006 bereits dann „beigefügt“ im Sinne von Art. 10 III dieser Verordnung, wenn sich der Verweis auf der Vorderseite und die zugelassenen Angaben auf der Rückseite einer Umverpackung befinden und nach der Verkehrsauffassung die Angaben zwar inhaltlich eindeutig auf den Verweis bezogen sind, der Verweis aber keinen eindeutigen Hinweis wie etwa einen Sternchenhinweis auf die rückseitigen Angaben enthält? (2) Müssen auch bei Verweisen auf allgemeine, nichtspezifische Vorteile im Sinne des Art. 10 III VO (EG) Nr. 1924/2006 Nachweise im Sinne von Art. 5 I Buchst. a und Art. 6 I dieser Verordnung vorliegen?

BGH, *Beschl. v. 12.7.2018 – I ZR 162/16 (OLG Düsseldorf)* 959

ARZNEIMITTEL- UND HEILMITTELWERBERECHT

Zulässige Werbung mit ärztlicher Empfehlung für bioresorbierbaren Stent

UWG §§ 3 II, 3a, 8 I und III Nr. 2; HWG § 1 I Nrn. 1a und 2, 11 I 1 Nr. 2 und 2; MPG § 3 Nr. 1 Buchst. a – **Gefäßgerüst**. (1) Ein Gefäßgerüst (Stent), dessen Hauptwirkung auf physikalischem Wege erreicht wird, ist auch dann kein Arzneimittel, sondern ein Medizinprodukt, wenn zur Vorbeugung eines übermäßigen Gewebewachstums ein Wirkstoff ausgebracht wird und das Gefäßgerüst bioresorbierbar ist, also nach einiger Zeit im Körper zerfällt. (2) Die beschränkte Anwendbarkeit der Werbeverbote des § 11 I 1 HWG auf Medizinprodukte gem. § 11 I 2 HWG gilt sowohl für gegenständliche als auch für stoffliche Medizinprodukte.

BGH, *Urt. v. 1.2.2018 – I ZR 82/17 (OLG Frankfurt a. M.)* 627

ARZNEIMITTELRECHT

Software zur Vereinfachung verschreibungspflichtiger Arzneimittel als Medizinprodukt

AEUV Art. 267; RL 93/42/EWG Art. 1 I, II Buchst. a – **Snitem ua/Premierminister, Frankreich**. Art. 1 I und 1 II Buchst. a der RL 93/42/EWG des Rates vom 14.6.1993 über Medizinprodukte in der durch die RL 2007/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5.9.2007 geänderten Fassung ist dahin auszulegen, dass Software, bei der eine der Funktionalitäten es ermöglicht, Patientendaten zu nutzen, um unter anderem Kontraindikationen, Wechselwirkungen von Medikamenten und Überdosierungen festzustellen, in Bezug auf diese Funktionalität ein Medizinprodukt im Sinne dieser Bestimmungen darstellt, auch wenn diese Software nicht unmittelbar im oder am menschlichen Körper wirkt.

EuGH (Vierte Kammer), *Urt. v. 7.12.2017 – C-329/16 (Syndicat national de l'industrie des technologies médicales [Snitem] u. Philips France/Premier ministre u. Ministre des Affaires sociales et de la Santé)* 333

Prüfung der Unterlagenschutzfrist des Referenzarzneimittels im dezentralisierten Genehmigungsverfahren

AEUV Art. 267; RL 2001/83/EG Art. 10, 28, 29; GrCh Art. 47 – **Astellas Pharma/Helm**. (1) Art. 28 und Art. 29 I der RL 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6.11.2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel in der durch die RL 2012/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.10.2012 geänderten Fassung sind dahin auszulegen, dass im Rahmen eines dezentralisierten Verfahrens für die Genehmigung für das Inverkehrbringen eines Generikums die zuständige Behörde eines von diesem Verfahren betroffenen Mitgliedstaats bei dem Erlass ihrer Entscheidung gemäß Art. 28 V dieser Richtlinie über das Inverkehrbringen dieses Generikums in diesem Mitgliedstaat nicht selbst den Zeitpunkt des Beginns der Unterlagenschutzfrist des Referenzarzneimittels festlegen darf. (2) Art. 10 RL 2001/83 in der durch die RL 2012/26 geänderten Fassung in Verbindung mit Art. 47 GrCh ist dahin auszulegen, dass ein Gericht eines von einem dezentralisierten Verfahren für die Genehmigung für das Inverkehrbringen betroffenen Mitgliedstaats, das mit einem Rechtsbehelf des Inhabers der Genehmigung für das Inverkehrbringen des Referenzarzneimittels gegen die Entscheidung der zuständigen Behörde dieses Mitgliedstaats über die Genehmigung für das Inverkehrbringen eines Generikums in diesem Mitgliedstaat befasst ist, befugt ist, die Festlegung des Zeitpunkts des Beginns der Unterlagenschutzfrist des Referenzarzneimittels zu prüfen. Dieses Gericht ist hingegen nicht be-

fugt festzustellen, ob die in einem anderen Mitgliedstaat erteilte Erstgenehmigung für das Inverkehrbringen des Referenzarzneimittels mit dieser Richtlinie vereinbar war.

EuGH (Zweite Kammer), Ur. v. 14.3.2018 – C-557/16 (Astellas Pharma GmbH/Helm AG ua) 747

Lieferung von Applikationsarzneimitteln an Ärzte durch in der EU ansässige Versandapotheke

AMG §§ 43 I, 73 I, 78 I; AMPPreisV §§ 1, 3; ApoG § 11; BOÄ Nordrhein § 31 II; EuGH-VerfO Art. 94 Buchst. a – **Applikationsarzneimittel**. (1) In einem Vorabentscheidungsverfahren gemäß Art. 267 III AEUV ist es Sache des vorlegenden Gerichts, den Sachverhalt festzustellen und dem Gerichtshof der Europäischen Union zur rechtlichen Beurteilung zu unterbreiten. Handelt es sich bei dem Ausgangsverfahren um einen Zivilprozess, trifft das vorlegende Gericht seine Feststellungen nach den Regeln der ZPO auf der Grundlage des Sachvortrags der Parteien. (2) Ärzte, die Applikationsarzneimittel beschaffen und in ihrer Praxis am Patienten anwenden, verstoßen nicht gegen das in § 43 I AMG geregelte Verbot, apothekenpflichtige Arzneimittel für den Endverbrauch außerhalb von Apotheken in den Verkehr zu bringen. (3) Einer Apotheke eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, die nach § 73 I 1 Nr. 1a AMG Arzneimittel im Wege des Versandhandels an Endverbraucher in Deutschland liefern darf, ist es gestattet, Applikationsarzneimittel an den anwendenden Arzt zu liefern. (4) Das Verbot des § 11 I 1 ApoG erfasst Rechtsgeschäfte und Absprachen zwischen Apotheken und Ärzten, die Applikationsarzneimittel zum Gegenstand haben. (5) Dem Verbot des § 11 I 1 ApoG unterliegen nur Inhaber einer Erlaubnis nach dem Apothekengesetz, nicht dagegen Apotheken eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, die über eine Erlaubnis nach ihrem nationalen Recht verfügen.

BGH, Ur. v. 26.4.2018 – I ZR 121/17 (OLG Düsseldorf) 1271

Zugabe von Gutscheinen beim Verkauf rezeptpflichtiger Arzneimittel

UWG § 3a; AMG § 78 II u. III; AMPPreisV § 3; HWG § 7 – **Brötchen-Gutschein**. (1) Mit der gesetzlichen Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel ist es nicht vereinbar, wenn eine Apotheke bei Abgabe eines solchen Arzneimittels einen bei einer Bäckerei einzulösenden Einkaufsgutschein (hier: über „zwei Wasserweck oder ein Ofenkrusti“) gewährt. (2) Auch nach der Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union über die Unvereinbarkeit der Arzneimittelpreisbindung mit dem Unionsrecht (GRUR 2016, 1312 – Deutsche Parkinson Vereinigung) ist das sich aus Leitsatz 1 ergebende Verbot verfassungsrechtlich – unter dem Gesichtspunkt der „Inländerdiskriminierung“ – erst dann bedenklich, wenn der sich daraus möglicherweise ergebende erhöhte Marktanteil ausländischer Versandapotheken im Bereich verschreibungspflichtiger Arzneimittel zu einer ernsthaften Existenzbedrohung der inländischen Präsenzapotheken führt.

OLG Frankfurt a. M., Ur. v. 2.11.2017 – 6 U 164/16 208

KARTELLRECHT

Zuässiges Verbot der Einschaltung von nicht autorisierten Drittunternehmen im Internet

AEUV Art. 101 I, 267; VO (EU) Nr. 330/2010 Art. 4 Buchst. b, c – **Coty Germany/Parfümerie Akzente**. (1) Art. 101 I AEUV ist dahin auszulegen, dass ein selektives Vertriebssystem für Luxuswaren, das primär der Sicherstellung des Luxusimages dieser Waren dient, mit der genannten Bestimmung vereinbar ist, sofern die Auswahl der Wiederverkäufer anhand objektiver Gesichtspunkte qualitativer Art erfolgt, die einheitlich für alle in Betracht kommenden Wiederverkäufer festgelegt und ohne Diskriminierung angewendet werden, und die festgelegten Kriterien nicht über das erforderliche Maß hinausgehen. (2) Art. 101 I

AEUV ist dahin auszulegen, dass er einer Vertragsklausel wie der im Ausgangsverfahren streitigen nicht entgegensteht, die autorisierten Händlern eines selektiven Vertriebssystems für Luxuswaren, das im Wesentlichen darauf gerichtet ist, das Luxusimage dieser Waren sicherzustellen, verbietet, beim Verkauf der Vertragswaren im Internet nach außen erkennbar Drittplattformen einzuschalten, wenn diese Klausel das Luxusimage dieser Waren sicherstellen soll, einheitlich festgelegt und ohne Diskriminierung angewandt wird sowie in angemessenem Verhältnis zum angestrebten Ziel steht, was das vorlegende Gericht zu prüfen hat. (3) Art. 4 der VO (EU) Nr. 330/2010 der Kommission vom 20.4.2010 über die Anwendung von Art. 101 III AEUV auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen ist dahin auszulegen, dass unter Umständen wie denen des Ausgangsverfahrens ein den auf der Einzelhandelsstufe tätigen Mitgliedern eines selektiven Vertriebssystems für Luxuswaren auferlegtes Verbot, bei Internetverkäufen nach außen erkennbar Drittunternehmen einzuschalten, weder eine Beschränkung der Kundengruppe im Sinne von Art. 4 Buchst. b VO Nr. 330/2010 noch eine Beschränkung des passiven Verkaufs an Endverbraucher im Sinne von Art. 4 Buchst. c der Verordnung darstellt.

EuGH (Erste Kammer), Ur. v. 6.12.2017 – C-230/16 (Coty Germany GmbH/Parfümerie Akzente GmbH) 211

Spitzenstellungsabhängigkeit durch hohe Distributionsrate

GWB § 20 I 1 – **Rimowa**. (1) Steht eine sortimentsbedingte Abhängigkeit in Rede, kommt es für die Frage, wann ein Unternehmen als kleines oder mittleres Unternehmen anzusehen ist, regelmäßig entscheidend auf einen Vergleich der Größe des bedingten Unternehmens mit seinen Wettbewerbern an (Bestätigung von BGH, GRUR Int 1993, 768 = WuW/E BGH 2875 – Herstellerleasing). (2) Entschließt sich ein Anbieter zu einem bestimmten Zeitpunkt dazu, den Vertrieb seiner Waren auf ein qualitatives selektives Vertriebssystem umzustellen, spricht es regelmäßig für das Vorliegen einer Spitzenstellungsabhängigkeit, wenn sich für den Zeitraum zuvor eine hohe Distributionsrate feststellen lässt (Fortführung von BGH, GRUR 2000, 1108 – Designer-Polstermöbel).

BGH, Ur. v. 12.12.2017 – KZR 50/15 (OLG München) 441

Schiedsstellenanrufung auch bei auf Kartellrecht gestützten Einwendungen gegen Vergütungsforderungen

GWB 2013 § 33 II Nr. 1; WahrnG §§ 14 I Nr. 1 Buchst. b, 16 I; VGG § 128 – **PC mit Festplatte III**. (1) Das Rechtsschutzbedürfnis für die Klage eines Verbands nach § 33 II Nr. 1 GWB 2013 kann grundsätzlich nicht mit der Begründung verneint werden, dass gleiche Ansprüche auch durch ein von dem behaupteten Kartellrechtsverstoß betroffenes Unternehmen oder einen anderen Verband geltend gemacht werden oder geltend gemacht werden könnten. (2) Eine Klage, die sich gegen die Forderung urheberrechtlicher Vergütung nach § 54 UrhG aF richtet, unterfällt dem Erfordernis der Anrufung der Schiedsstelle nach § 16 I in Verbindung mit § 14 I Nr. 1 Buchst. b WahrnG auch dann, wenn sie von einem Verband erhoben wird und die Einwendungen gegen die Vergütungsforderung auf Bestimmungen des Kartellrechts gestützt werden. (3) Das Erfordernis einer Anrufung der Schiedsstelle vor Erhebung einer Klage in Streitfällen nach § 92 I Nr. 2 VGG steht in Einklang mit der RL 2014/26/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.2.2014 über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Rechte an Musikwerken für die Online-Nutzung im Binnenmarkt.

BGH, Ur. v. 9.10.2018 – KZR 47/15 (OLG München) 1277

Zulässigkeit eines pauschalen Internet-Plattformverbots im selektiven Vertrieb

AEUV Art. 101; VertikalGVO Art. 3, 4; GWB §§ 1, 19, 20 – **Luxusparfüm im Internet II**. Ein im Rahmen eines qualitativen selektiven Vertriebssystems enthaltenes Verbot, bei Vertrieb der

Vertragsprodukte im Internet nach außen erkennbar Dritte (Verkaufsplattformen) einzuschalten, stellt keine Kernbeschränkung im Sinne des Art. 4 Buchst. b und c der VO Nr. 330/2010 (VertikalGVO) dar, wenn der Hersteller gleichzeitig die Nutzung von Suchmaschinen/Preisvergleichsseiten zulässt.

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 12.7.2018 – 11 U 96/14 (Kart) 1171

Beschränkung des Plattformvertriebs bei selektivem Vertriebssystem für Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika

AEUV Art. 101 I u. III; VO (EU) Nr. 330/2010 Art. 1 Buchst. e, 2 I, 4 Buchst. c; GWB §§ 1, 19, 20 – **Aloe2GO**. (1) Die Einrichtung eines diskriminierungsfrei angewendeten qualitativen selektiven Vertriebssystems für den Vertrieb von Nahrungsergänzungsmitteln und Kosmetika verstößt auch dann, wenn es sich bei den vertriebenen Waren nicht um technisch hochwertige Waren und/oder Luxusgüter handelt, nicht gegen Art. 101 I AEUV oder § 1 GWB, wenn die vertriebenen Waren von hoher Qualität sind und der Vertrieb auf begleitende Beratungs- und Betreuungsleistungen für den Kunden ausgerichtet ist, mit denen unter anderem das Ziel verfolgt wird, dem Kunden ein in der Summe anspruchsvolles, qualitativ hochwertiges und höherpreisiges Endprodukt zu verdeutlichen und ein besonderes Produktimage aufzubauen oder zu erhalten. (2) Auch für den Vertrieb von Nahrungsergänzungsmitteln und Kosmetika kann es innerhalb eines selektiven Vertriebssystems zulässig sein, den Vertriebspartnern durch entsprechende Unternehmensrichtlinien den Vertrieb dieser Waren über eine bestimmte Online-Verkaufsplattform zu untersagen, um so das Produktimage und die dazu beitragende Praxis einer kundenbindenden Beratung zu wahren sowie in der Vergangenheit festgestellten und konsequent verfolgten produkt- und imageschädigenden Geschäftspraktiken einzelner Vertriebspartner vorzubeugen.

OLG Hamburg, Urt. v. 22.3.2018 – 3 U 250/16 750

VERTRAGSRECHT

Einordnung eines Vertrags über Platzierung von Werbemaßnahmen als Werkvertrag

BGB §§ 631 I, 781 – **elektronische Werbeanzeige**. (1) Die Prozesserkklärung eines Beklagten ist eher nicht als Anerkenntnis des Klageanspruchs auszugehen, wenn sie Klageabweisung beantragt und im Rahmen der Begründung ausführt, sie fühle sich vom Kläger getäuscht. (2) Ein Vertrag über die Platzierung einer Werbeanzeige unter einer bestimmten Domain im Internet ist rechtlich als Werkvertrag zu qualifizieren. (3) Vertragliche Regelungen, wie die Werbewirksamkeit der in Auftrag gegebenen Werbeanzeige im konkreten Fall erreicht werden kann, gehören grundsätzlich nicht zum wesentlichen Inhalt eines auf die Platzierung einer elektronischen Werbeanzeige gerichteten Vertrags. Ihr Fehlen führt daher nicht dazu, dass ein solcher Vertrag als unwirksam anzusehen wäre. (Leitsätze der Redaktion)

BGH, Urt. v. 22.3.2018 – VII ZR 72/17 (LG Bad Kreuznach) 755

PERSÖNLICHKEITS- UND MEDIENRECHT

Ungerechtfertigte Verpflichtung zum Abdruck einer Gegendarstellung und Pressefreiheit

GG Art. 5 I 2; RhPflMG § 11 I 1 – **Sterbedrama**. (1) Wird auf dem Titelblatt einer Zeitung eine inhaltlich offene Frage aufgeworfen, so kann nicht allein aufgrund des Eindrucks, dass für

die Frage irgendein Anlass bestehen müsse, von einer gegendarstellungsfähigen Tatsachenbehauptung ausgegangen werden. Fragen, die auf die Ermittlung von Wahrheit oder Unwahrheit gerichtet und offen für verschiedene Antworten sind, können keinen Gegendarstellungsanspruch auslösen. (2) Besteht ein Schutzbedürfnis hinsichtlich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gegen nicht gegendarstellungsfähige Aufmacherfragen, kann dem durch andere presserechtliche Institute, insbesondere die Unterlassungsklage und gegebenenfalls auch durch die Anerkennung einer Entschädigung, Rechnung getragen werden. (Leitsätze der Redaktion)

BVerfG (3. Kammer des Ersten Senats), Beschl. v. 7.2.2018 – 1 BvR 442/15 631

Kunstfreiheit und Persönlichkeitsschutz bei Zurschaustellung einer Straßenfotografie

GG Art. 1 I, 2 I, 5 III 1; KUG §§ 22 S. 1, 23 I Nr. 4, II; BGB §§ 12, 823 I, 1004 I 2 – **Neue Sicht auf Charlottenburg**. (1) Dass eine Straßenfotografie ein unverfälschtes Abbild der Realität darstellt, steht ihrer Eigenschaft als Kunstwerk nicht entgegen. Es ist gerade Ziel der Straßenfotografie, die Realität unverfälscht abzubilden, wobei das spezifisch Künstlerische in der bewussten Auswahl des Realitätsausschnitts und der Gestaltung mit fotografischen Mitteln zum Ausdruck kommt. (2) Mit der Kunstfreiheit ist es nicht vereinbar, den Wirkbereich von Straßenfotografien von vornherein auf Galerien, Museen oder ähnlich räumlich begrenzte Ausstellungsorte zu begrenzen. Allerdings kann bei der Abwägung zwischen Kunstfreiheit und allgemeinem Persönlichkeitsrecht die Art der Präsentation einer Straßenfotografie (hier: hervorgehobene Präsentation auf einer großformatigen Stelltafel an einer verkehrsreichen Straße in Berlin) zu einem zentralen Punkt der Abwägung gemacht werden. (Leitsätze der Redaktion)

BVerfG (3. Kammer des Ersten Senats), Beschl. v. 8.2.2018 – 1 BvR 2112/15 633

Anforderungen an einen „Nachtrag“ zu rechtmäßiger Verdachtsberichterstattung

GG Art. 5 I; EMRK Art. 10 I; BGB §§ 823 I, II, 1004; StGB § 186 – **Nachtragserklärung**. Die Verpflichtung einer Zeitschrift zum Abdruck neu bekanntwerdender Umstände zu einem ursprünglich sachgerechten Bericht über den Verdacht von Straftaten ist etwas anderes als die Verpflichtung zu einer Richtigstellung und unterliegt wegen des konstituierenden Charakters der Pressefreiheit für die freiheitliche demokratische Grundordnung besonderen Anforderungen. Eine Pflicht zum Abdruck einer solchen „nachträglichen Mitteilung“ („Nachtrag“) kommt zwar in Betracht, wenn der Betroffene nachweist, dass ein gegen ihn betriebenes Strafverfahren eingestellt wurde. Sie muss aber inhaltlich darauf beschränkt sein, in knapper Form das Ergebnis der Ermittlungen mitzuteilen, und darf dem Presseorgan nicht abverlangen, eine eigene Stellungnahme abzugeben. Sofern in der Mitteilung weitere Personen erwähnt werden, sind auch deren Rechte zu wahren. (Leitsatz der Redaktion)

BVerfG (3. Kammer des Ersten Senats), Beschl. v. 2.5.2018 – 1 BvR 666/17 963

* Speicherung und Übermittlung personenbezogener Daten im Rahmen einer Arztsuche

BDSG §§ 4 I, 35 II 2 Nr. 1, 29 I 1 Nr. 1; BGB §§ 823 II, 1004 analog; GG Art. 1 I, 2 I, 5 I 1; EMRK Art. 8 I, 10 – **Ärztebewertung III**. Zur Zulässigkeit der Erhebung, Speicherung und Übermittlung von personenbezogenen Daten im Rahmen eines Arztsuche- und Arztbewertungsportals im Internet (www.jameda.de), wenn der Portalbetreiber seine Stellung als „neutraler“ Informationsmittler verlässt.

BGH, Urt. v. 20.2.2018 – VI ZR 30/17 (OLG Köln) 636

*** Umfang der Prüfungspflicht des Betreibers einer Internet-Suchmaschine bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen**

BGB §§ 823 II, 1004 I; BDSG §§ 4 I, 29 I 1 Nr. 1, II – **Internetforum**. Zur Prüfungspflicht des Betreibers einer Internet-Suchmaschine bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen.

BGH, **Urt. v. 27.2.2018 – VI ZR 489/16 (OLG Köln)** 642

Verbreitung ungenehmigter Filmaufnahmen

GG Art. 2 I, 5 I, 12; BGB §§ 823, 824; EMRK Art. 8 I, 10 I – **Filmaufnahmen aus Bio-Hühnerställen**. (1) Maßgeblich für die Ermittlung des Informationsgehalts einer Filmberichterstattung ist der Sinn, den sie nach dem Verständnis eines unvoreingenommenen und verständigen Durchschnittsrezipienten hat. Dabei ist unter Berücksichtigung der Eigengesetzlichkeiten des Übermittlungsmediums auf den Gesamtgehalt der Berichterstattung abzustellen. Das Bild darf in seiner Bedeutung für eine Erweiterung des Aussagegehalts über das gesprochene Wort hinaus nicht überinterpretiert werden. Für eine texterweiternde oder -einengende Sinngebung bedarf es einer deutlich in diese Richtung weisenden besonderen Heraushebung des Bildes als eigenständigen Informationsträgers. (2) Die Verbreitung nicht genehmigter Filmaufnahmen über Betriebsinterna, zu denen auch die Produktionsbedingungen gehören, stellt grundsätzlich einen betriebsbezogenen Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb dar. (3) Die Veröffentlichung rechtswidrig beschaffter oder erlangter Informationen ist vom Schutz der Meinungsfreiheit umfasst. (4) Werden rechtswidrig erlangte Informationen zum Zwecke der Berichterstattung verwertet, kommt es bei der Abwägung des von der Presse verfolgten Informationsinteresses der Öffentlichkeit und ihres Rechts auf Meinungsfreiheit mit den Interessen des Betroffenen maßgeblich auf den Zweck der beanstandeten Äußerung und auf das Mittel an, mit dem der Zweck verfolgt wird. (5) Zur Abwägung in einer Fallgestaltung, in der sich der Publizierende die Informationen nicht selbst durch vorsätzlichen Rechtsbruch verschafft hat, um sie anschließend zu verwerten, sondern aus dem erkannten Rechtsbruch lediglich Nutzen gezogen hat.

BGH, **Urt. v. 10.4.2018 – VI ZR 396/16 (OLG Hamburg)** 648

Abweichender Persönlichkeitsrechtsschutz zwischen Bild- und Wortberichterstattung

GG Art. 1 I, 2 I, 5 I, 6 I, II; BGB §§ 823 I u. II, 1004 I 2; KUG §§ 22, 23 – **Tochter von Prinzessin Madeleine**. (1) Der Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gegen eine Presseberichterstattung reicht hinsichtlich der Veröffentlichung von Bildern einerseits und der Wortberichterstattung andererseits unterschiedlich weit (Senat, BGHZ 187, 200 = GRUR 2011, 261 – Party-Prinzessin). (2) Zur Beeinträchtigung des Schutzes der spezifisch elterlichen Hinwendung zum Kind durch Bildberichterstattung einerseits und Wortberichterstattung andererseits.

BGH, **Urt. v. 29.5.2018 – VI ZR 56/17 (OLG Hamburg)** 964

Reichweite zulässiger Berichterstattung nach Selbstbegebung

BGB §§ 823 I, 1004 I 2; GG Art. 1 I, 2 I, 5 I – **Begegnung mit dem verlorenen Bruder**. (1) Der Schutz der Privatsphäre vor öffentlicher Kenntnisnahme kann dort entfallen oder zumindest im Rahmen der Abwägung zurücktreten, wo sich der Betroffene selbst damit einverstanden gezeigt hat, dass bestimmte, gewöhnlich als privat geltende Angelegenheiten öffentlich gemacht werden; die Erwartung, dass die Umwelt die Angelegenheiten oder Verhaltensweisen in einem Bereich mit Rückzugsfunktion nur begrenzt oder nicht zur Kenntnis nimmt, muss situationsübergreifend und konsistent zum Ausdruck gebracht werden (stRspr, vgl. nur Senat, GRUR 2012, 425 = NJW 2012, 771 [772] – Babyklappen). (2) Die Selbstbegebung gibt nicht stets thematisch und inhaltlich die exakte Grenze vor, in deren Rahmen sich die hinzunehmende Veröffentlichung bewegen muss. Diese ist vielmehr im Rahmen einer Güterabwägung im Einzelfall zu bestimmen.

BGH, **Urt. v. 12.6.2018 – VI ZR 284/17 (OLG Köln)** 1077

Keine Vollstreckbarerklärung einer ausländischen Entscheidung wegen Verstoß gegen Meinungsfreiheit

VO (EG) Nr. 44/2001 Art. 34 Nr. 1; GG Art. 5 I – **Deutsche Vernichtungslager in Polen**. Die Vollstreckung eines Urteils, welches der verurteilten Fernsehanstalt aufgibt, eine nach Ansicht des Gerichts des Urteilsstaats in einer Äußerung enthaltene Geschichtsverfälschung zu bedauern und sich für eine nach Ansicht des Gerichts des Urteilsstaats hierin zu sehende Persönlichkeitsrechtsverletzung zu entschuldigen, verstößt offenkundig gegen das Grundrecht auf negative Meinungsfreiheit und gegen den deutschen ordre public.

BGH, **Beschl. v. 19.7.2018 – IX ZB 10/18 (OLG Koblenz)** 1074

Besichtigungsanspruch eines Films vor dessen Veröffentlichung

BGB § 809; UrhG § 101a I; ZPO §§ 543 I Nr. 1, 544 IV 2 – **My Lai**. § 809 BGB dient nicht dem Zweck, einem in einem Dokumentarfilm Mitwirkenden die Ansicht vor Veröffentlichung zu ermöglichen, damit dieser mögliche Verletzungen seines Persönlichkeitsrechts ermitteln kann. (Leitsatz der Redaktion)

BGH, **Urt. v. 20.7.2018 – V ZR 130/17 (OLG Köln)** 1280

Veröffentlichung des Bildes eines Gewerkschaftsführers zu Werbezwecken

KUG §§ 22, 23; BGB §§ 12, 823, 1004 – **Gewerkschaftsführer**. (1) Die vom Bundesgerichtshof in der „Lafontaine“-Entscheidung aufgestellten Grundsätze zur Zulässigkeit einer Bildveröffentlichung im Rahmen von Werbeanzeigen finden nicht nur auf Politiker Anwendung. Entscheidend ist vielmehr, ob in satirischer Absicht ein Ereignis der Zeitgeschichte aufgegriffen wird, mit dem der Abgebildete verbunden wird. (2) Bezieht sich die Abbildung auf den Vorsitzenden einer Gewerkschaft, kann dieser sich hiergegen nicht unter Bezug auf die Koalitionsfreiheit zur Wehr setzen.

OLG Dresden, **Urt. v. 21.8.2018 – 4 U 1822/17** 1288

Zulässige Verlinkung zu Presseartikel mit Gesundheitsdaten

DS-GVO Art. 2 I, 3 I, 6 I 1 Buchst. f, 9 I, 17; EMRK Art. 8 I, 10 I; EU-GrCh Art. 7, 8, 11; GG Art 1 I, 2 I, 5 I – **Erkrankung des Geschäftsführers**. (1) Das Begehren auf Unterlassung, beanstandete Inhalte auf bestimmte Internetseiten durch Anzeige in den Suchergebnissen einer Suchmaschine mit entsprechender Verlinkung auffindbar zu machen, wird von der Rechtsfolge des Art. 17 DS-GVO erfasst. (2) Über die Rechtmäßigkeit der Verlinkung von Inhalten mit Gesundheitsdaten im Sinne des Art. 9 I DS-GVO ist nach Art. 17 I Buchst. d DS-GVO in Verbindung mit Art. 17 III Buchst. a DS-GVO im Wege einer Abwägung der widerstreitenden Interessen zu entscheiden, wobei sich die Abwägung an Art. 6 I 1 Buchst. f DS-GVO orientieren kann. (3) Die von dem Gerichtshof der Europäischen Union in seinem Urteil vom 13.5.2014 (GRUR 2014, 895 – Google Spain) zu einem „Recht auf Vergessenwerden“ festgelegten Abwägungskriterien sind im Rahmen des Art. 17 I Buchst. a Buchst. d in Verbindung mit Art. 17 III Buchst. a, 6 I 1 Buchst. f DS-GVO nicht schematisch anzuwenden, sondern es ist den jeweiligen Besonderheiten des Einzelfalls Rechnung zu tragen.

OLG Frankfurt a.M., **Urt. v. 6.9.2018 – 16 U 193/17 (nicht rechtskräftig)** 1283

Keine Vererblichkeit des Geldentschädigungsanspruchs bei Persönlichkeitsrechtsverletzung

BGB §§ 823 I, 1922; GG Art. 1 I, 2 I, 14 I – **Kohl-Protokolle**. (1) Der Geldentschädigungsanspruch für Persönlichkeitsrechts-

verletzungen ist nicht vererblich, da der im Vordergrund stehende Genugtuungsgedanke nach dem Tod des Erblassers an Bedeutung verliert und sich diese im Vordergrund stehende Funktion des Entschädigungsanspruchs faktisch erledigt. Dies gilt auch, wenn der Erblasser erst im Laufe des Rechtsstreits in zweiter Instanz verstirbt. (2) Soweit vom Grundsatz der Unvererblichkeit des Geldentschädigungsanspruchs unter besonderen Umständen Ausnahmen zugelassen werden, können weder die historische Dimension des Einzelfalls noch das hohe Alter des Verletzten oder die grobe Verfälschung dessen Lebensbilds hierfür eine Grundlage bieten. (Leitsätze der Redaktion)

OLG Köln, Urt. v. 29.5.2018 – 15 U 64/17

1081

PERSÖNLICHKEITSRECHT

Klage von Online-Firmen auf Schadensersatz im Schadensland

VO (EU) Nr. 1215/2012 Art. 7 Nr. 2 – **Bolagsupplysningen ua/Svensk Handel**. (1) Art. 7 Nr. 2 der VO (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ist dahin auszulegen, dass eine juristische Person, deren Persönlichkeitsrechte durch die Veröffentlichung unrichtiger Angaben über sie im Internet und durch das Unterlassen der Entfernung sie betreffender Kommentare verletzt worden sein sollen, Klage auf Richtigstellung der Angaben, auf Verpflichtung zur Entfernung der Kommentare und auf Ersatz des gesamten entstandenen Schadens bei den Gerichten des Mitgliedstaats erheben kann, in dem sich der Mittelpunkt ihrer Interessen befindet. Übt die betreffende juristische Person den größten Teil ihrer Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat als dem ihres satzungsmäßigen Sitzes aus, kann sie den mutmaßlichen Urheber der Verletzung unter Anknüpfung an den Ort der Verwirklichung des Schadenserfolgs in diesem anderen Mitgliedstaat verklagen. (2) Art. 7 Nr. 2 VO (EU) Nr. 1215/2012 ist dahin auszulegen, dass eine Person, deren Persönlichkeitsrechte durch die Veröffentlichung unrichtiger Angaben über sie im Internet und durch das Unterlassen der Entfernung sie betreffender Kommentare verletzt worden sein sollen, nicht vor den Gerichten jedes Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet die im Internet veröffentlichten Informationen zugänglich sind oder waren, eine Klage auf Richtigstellung der Angaben und Entfernung der Kommentare erheben kann.

EuGH (Große Kammer), Urt. v. 17.10.2017 – C-194/16 (Bolagsupplysningen OÜ ua/Svensk Handel AB)

108

Anspruch auf Gegendarstellung trotz unterlassener Stellungnahme vor Berichterstattung

GG Art. 5 I; HbgPresseG § 11 – **Schleichwerbung**. (1) Der Anspruch auf Abdruck einer Gegendarstellung besteht auch dann, wenn die betroffene Person zuvor keine Stellungnahme zu einer geplanten Berichterstattung abgegeben hat, obwohl die Redaktion ihr eine solche Möglichkeit eingeräumt hat. Die – im Einzelfall nicht zu begründende – Verweigerung einer Vorab-Erklärung ist grundsätzlich keine Obliegenheitsverletzung, welche einen Gegendarstellungsanspruch entfallen ließe. (2) Die Annahme, dass auch die Abgabe einer geforderten Vorab-Stellungnahme bei gleichzeitigem Verbot von deren Berücksichtigung in der geplanten Berichterstattung nicht zu einem Fortfall des Gegendarstellungsanspruchs wegen Rechtsmissbrauchs führt, begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. (3) Die Einräumung eines Gegendarstellungsrechts erfordert nicht stets eine einzelfallbezogene Abwägung der kollidierenden Grundrechte. Dem Spannungsverhältnis zwischen der Pressefreiheit aus Art. 5 I GG und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 I in Verbindung mit Art. 1 I GG ist vielmehr grundsätzlich bereits durch die Regelungen der Bundesländer und im Rundfunkstaatsvertrag zum Gegendarstellungsanspruch Rechnung getragen worden. Besonderen Konstellationen kann

im Einzelfall über das Erfordernis des „berechtigten Interesses“ Rechnung getragen werden. (Leitsätze der Redaktion)

BVerfG (3. Kammer des Ersten Senats), Beschl. v. 9.4.2018 – 1 BvR 840/15

851

Zulässige Bildveröffentlichung des früheren Bundespräsidenten

KUG §§ 22, 23; BGB §§ 823 I, 1004 I – **Christian Wulff im Supermarkt**. Zur Zulässigkeit einer ohne Einwilligung erfolgten Veröffentlichung von Fotos, die ein ehemaliges Staatsoberhaupt nach einem Großeinkauf auf dem Parkplatz eines Supermarkts zeigen.

BGH, Urt. v. 6.2.2018 – VI ZR 76/17 (OLG Köln)

549

Erforderliche Verbreitung von Lichtbildern mit Personenbildnissen zu Zwecken der Rechtsverteidigung

BGB §§ 1004, 823 II; KUG § 22 – **Kindeswohlgefährdung**. Die Grundsätze über das fehlende Rechtsschutzbedürfnis von gesonderten Ehrenschutzklagen gegen Parteivorbringen in zivilgerichtlichen Verfahren können für Abwehrensprüche gegen die Vorlage von Personen zeigenden Lichtbildern zur Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung im Ansatz entsprechend herangezogen werden. Dabei ist der besonderen Bedeutung des Rechts am eigenen Bild als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts Rechnung zu tragen und für Bilder aus dem Bereich der Privatsphäre ein besonders enger sachlicher Bezug zum Ausgangsverfahren zu fordern. Über etwaige Beweisverwertungsverbote ist grundsätzlich im Ausgangsverfahren zu entscheiden (Weiterführung von Senat, NJW 2008, 996).

BGH, Urt. v. 27.2.2018 – VI ZR 86/16 (OLG Düsseldorf)

757

* Eingriff in Persönlichkeitsrecht durch Direktmailing

BGB §§ 823 I, 1004 analog; GG Art. 1 I, 2 I; EMRK Art. 8 I – **Kundenzufriedenheitsbefragung**. (1) Die Verwendung von elektronischer Post für die Zwecke der Werbung ohne Einwilligung des Empfängers stellt grundsätzlich einen Eingriff in seine geschützte Privatsphäre und damit in sein allgemeines Persönlichkeitsrecht dar. (2) Eine Kundenzufriedenheitsbefragung in einer E-Mail fällt auch dann unter den Begriff der (Direkt-) Werbung, wenn mit der E-Mail die Übersendung einer Rechnung für ein zuvor gekauftes Produkt erfolgt. (3) Dem Verwenden einer E-Mail-Adresse zu Werbezwecken nach Abschluss einer Verkaufstransaktion ist es zumutbar, bevor er auf diese Art mit Werbung in die Privatsphäre des Empfängers eindringt, diesem – wie es die Vorschrift des § 7 III UWG verlangt – die Möglichkeit zu geben, der Verwendung seiner E-Mail-Adresse zum Zwecke der Werbung zu widersprechen. Ansonsten ist der Eingriff grundsätzlich rechtswidrig.

BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 225/17 (LG Braunschweig)

1178

BERUFSRECHT

Auftreten unter der Bezeichnung Notariat

BNotO §§ 2 S. 2, 29 I – **„Notariat & Kanzlei“**. (1) Ein Notar ist nicht berechtigt, anstatt der gesetzlich bestimmten Amtsbezeichnung („Notar“) eine andere Bezeichnung („Notariat“) zu verwenden. (2) Zur amtswidrigen Werbung durch reklamehafte Hinweise und wertende Selbstdarstellungen.

BGH, Beschl. v. 23.4.2018 – NotZ (Bfmg) 6/17 (OLG Celle)

1082

VERFAHRENSRECHT

Verletzung prozessualer Waffengleichheit in Pressesachen

GG Art. 3 I, 20 III, 103 I; EMRK Art. 6 I; ZPO §§ 139, 707, 924 III 2, 937 II, 945a, 945b – **Die F.-Tonbänder**. (1) Die Verletzung prozessualer Rechte unter Berufung auf die prozessuale Waffengleichheit kann im Wege einer auf Feststellung gerichteten Verfassungsbeschwerde geltend gemacht werden, wenn ein hinreichend gewichtiges Feststellungsinteresse besteht. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn eine Wiederholung der angegriffenen Maßnahme zu befürchten ist. (2) Der Grundsatz der prozessualen Waffengleichheit verpflichtet den Richter, die Gleichstellung der Parteien durch eine objektive, faire Verhandlungsführung, durch unvoreingenommene Bereitschaft zur Verwertung und Bewertung des gegenseitigen Vorbringens, durch unparteiische Rechtsanwendung und durch korrekte Erfüllung seiner sonstigen prozessualen Obliegenheiten gegenüber den Prozessbeteiligten zu wahren. (3) Von der Erforderlichkeit einer Überraschung oder Überrumpelung des Gegners kann bei der Geltendmachung von Unterlassungsansprüchen im Presse- und Äußerungsrecht nicht als Regel ausgegangen werden. Jedenfalls in den Fällen, in denen es um eine bereits veröffentlichte Äußerung geht, besteht regelmäßig kein Grund, von einer Anhörung und Äußerungsmöglichkeit eines Antraggegners vor dem Erlass einer einstweiligen Verfügung abzusehen. (4) Dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der prozessualen Waffengleichheit genügen die Erwiderungsmöglichkeiten auf eine vorprozessuale Abmahnung nur dann, wenn der Verfügungsantrag im Anschluss an die Abmahnung unverzüglich nach Ablauf einer angemessenen Frist für die begehrte Unterlassungserklärung bei Gericht eingereicht wird, die abgemahnte Äußerung sowie die Begründung für die begehrte Unterlassung mit dem bei Gericht geltend gemachten Unterlassungsbegehren identisch sind und der Antragsteller ein etwaiges Zurückweisungsschreiben des Antraggegners zusammen mit seiner Antragschrift bei Gericht eingereicht hat. (5) Es ist verfassungsrechtlich geboten, den jeweiligen Gegner vor Erlass einer Entscheidung in den gleichen Kenntnisstand zu versetzen wie den Antragsteller, indem auch ihm richterliche Hinweise nach § 139 ZPO zeitnah mitgeteilt werden. Dies gilt insbesondere, wenn es bei Rechtsauskünften in Hinweisform darum geht, einen Antrag gleichsam nachzubessern oder eine Einschätzung zu den Erfolgsaussichten abzugeben. Soweit Hinweise erteilt werden, ist der Gegenseite dies auch im Falle der Ablehnung eines Antrags unverzüglich mitzuteilen. (Leitsätze der Redaktion)

BVerfG (3. Kammer des Ersten Senats), Beschl. v. 30.9.2018 – 1 BvR 1783/17 1288

Prozessuale Waffengleichheit bei Geltendmachung eines Gegendarstellungsanspruchs

GG Art. 3 I, 5 I, 20 III, 103 I; EMRK Art. 6 I; HmbPG § 11 II – **Steuersparmodell eines Fernsehmoderators**. (1) Die Verletzung prozessualer Rechte unter Berufung auf die prozessuale Waffengleichheit kann im Wege einer auf Feststellung gerichteten Verfassungsbeschwerde geltend gemacht werden, wenn ein hinreichend gewichtiges Feststellungsinteresse besteht. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn eine Wiederholung der angegriffenen Maßnahme zu befürchten ist. (2) Der Grundsatz der prozessualen Waffengleichheit verpflichtet den Richter, die Gleichstellung der Parteien durch eine objektive, faire Verhandlungsführung, durch unvoreingenommene Bereitschaft zur Verwertung und Bewertung des gegenseitigen Vorbringens, durch unparteiische Rechtsanwendung und durch korrekte Erfüllung seiner sonstigen prozessualen Obliegenheiten gegenüber den Prozessbeteiligten zu wahren. (3) Von der Erforderlichkeit einer Überraschung des Gegners kann bei der Geltendmachung von Ansprüchen im Presse- und Äußerungsrecht jedenfalls nicht als Regel ausgegangen werden. Noch weniger gilt dies im Gegendarstellungsrecht. Ein schutzwürdiges Interesse daran, dass die Geltendmachung des Gegendarstellungsanspruchs als solche dem Schuldner verborgen bleibt, scheidet von vornherein aus. (4) Dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der prozessualen

Waffengleichheit genügen die vorprozessualen Erwiderungsmöglichkeiten auf das Verlangen des Abdrucks einer Gegendarstellung nur dann, wenn sowohl das Abdruckverlangen als auch die Begründung für die begehrte Gegendarstellung identisch sind und der Antragsteller ein etwaiges Zurückweisungsschreiben des Antraggegners zusammen mit seiner Antragschrift bei Gericht eingereicht hat. Ist dies gewährleistet, kann und muss das Gericht die Argumente beider Seiten in seine Entscheidungsfindung einbeziehen und auf dieser Grundlage entscheiden. (5) Es ist verfassungsrechtlich geboten, den jeweiligen Gegner vor Erlass einer Entscheidung in den gleichen Kenntnisstand zu versetzen wie den Antragsteller, indem auch ihm richterliche Hinweise nach § 139 ZPO zeitnah mitgeteilt werden. Dies gilt insbesondere, wenn es bei Rechtsauskünften in Hinweisform darum geht, einen Antrag gleichsam nachzubessern oder eine Einschätzung zu den Erfolgsaussichten abzugeben. Soweit Hinweise erteilt werden, ist der Gegenseite dies auch im Falle der Ablehnung eines Antrags unverzüglich mitzuteilen. (Leitsätze der Redaktion)

BVerfG (3. Kammer des Ersten Senats), Beschl. v. 30.9.2018 – 1 BvR 2421/17 1291

Gewährung von Schriftsatznachlass bei gerichtlichem Hinweis in mündlicher Verhandlung

MarkenG § 83 III Nr. 3 – **PLOMBIR**. Zur Wahrung des rechtlichen Gehörs muss das Bundespatentgericht eine Schriftsatzfrist gewähren oder die mündliche Verhandlung auch ohne Antrag auf Schriftsatznachlass vertagen, wenn eine Partei zu einem in der mündlichen Verhandlung erteilten Hinweis des Gerichts nicht abschließend Stellung nehmen kann.

BGH, Beschl. v. 6.7.2017 – I ZB 59/16 (BPatG) 111

Erfüllungseinwand bei Vollstreckungsabwehrklage

ZPO §§ 322 I, 767, 887, 888 – **Rechtskraft des Zwangsmittelbeschlusses**. (1) Die für die Rechtskraft von Urteilen geltenden Bestimmungen der §§ 322 bis 327 ZPO sind grundsätzlich auf mit dem Ablauf der Rechtsbehelfsfrist oder mangels eines statthaften Rechtsbehelfs formell rechtskräftige Beschlüsse nach § 888 ZPO entsprechend anwendbar, soweit diese auch inhaltlich eine der Rechtskraft fähige Entscheidung enthalten. (2) Bei einem Zwangsmittelbeschluss wegen der Nichtvornahme einer dem Schuldner auferlegten unvertretbaren Handlung ist die Nichterfüllung des gerichtlich angeordneten Gebots Vorfrage für die Anordnung des Zwangsmittels und nimmt als solche nicht an der Rechtskraft des Zwangsmittelbeschlusses teil. (3) Das für die Feststellungsklage nach § 256 I ZPO erforderliche Feststellungsinteresse besteht auch dann, wenn ein Vollstreckungstitel zwar vorliegt, die Beteiligten aber über die Reichweite der Urteilsformel streiten. (4) Der Umstand, dass über die Auslegung eines Vollstreckungstitels bereits in einem Vollstreckungsverfahren entschieden worden ist, steht dem Interesse an der abschließenden Klärung des insoweit bestehenden Streits in einem ordentlichen Verfahren nicht entgegen.

BGH, Ur. v. 13.7.2017 – I ZR 64/16 (OLG Schleswig) 219

Berechtigte Einsprechende im Einspruchsverfahren

PatG § 59 II 1 – **Ratschenschlüssel**. Dem Einspruchsverfahren kann als Einsprechender auch derjenige Dritte beitreten, gegen den der Patentinhaber wegen Verletzung des Patents den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt hat.

BGH, Beschl. v. 29.8.2017 – X ZB 3/15 (BPatG) 216

Herausgabevollstreckung bei Daten und Sachverständigenbeilegung

ZPO § 883 I – **Projektunterlagen**. (1) Noch nicht auf einem geeigneten Datenträger verkörperte Daten können nicht Gegenstand einer Herausgabevollstreckung nach § 883 I ZPO sein. (2) Die Unterstützung des Gerichtsvollziehers durch einen von

ihm auf Kosten des Schuldners beauftragten Sachverständigen kann bei Herausgabeteiln zulässig und geboten sein, wenn andernfalls die Vollstreckung unmöglich ist oder unzumutbar erschwert wird. Das kann bei der Herausgabevollstreckung einer größeren Zahl von Gegenständen der Fall sein, bei der keine Einigkeit zwischen Gläubiger und Schuldner über die herauszugebenden Gegenstände besteht. (3) Wird ein Vollstreckungsauftrag durch eine dem Gerichtsvollzieher unverständliche fremdsprachige Unterlage konkretisiert, hat er dem Gläubiger Gelegenheit zu geben, innerhalb angemessener Frist eine Übersetzung beizubringen. Geht die Übersetzung nicht fristgemäß ein, kann sie der Gerichtsvollzieher auf Kosten des Gläubigers selbst anfertigen lassen, wenn der Gläubiger den Vollstreckungsauftrag nicht zuvor zurückgenommen hat. Darauf ist der Gläubiger mit der Aufforderung zur Übersetzung hinzuweisen.

BGH, Beschl. v. 21.9.2017 – I ZB 8/17 (LG Saarbrücken) 222

Auswirkungen der Erledigungserklärung im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde

UMV Art. 55 II; ZPO §§ 91a I, 544 – **Aquaflam**. (1) Erklärt der Kläger in einem durch den Beklagten eingeleiteten Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt und stimmt der Beklagte der Erledigungserklärung nicht zu, ist zunächst zu prüfen, ob die Nichtzulassungsbeschwerde zulässig und begründet gewesen wäre. Erst wenn diese Frage vom Revisionsgericht bejaht wird, ist in einem zweiten Schritt zu untersuchen, ob die Klageforderung bis zum erledigenden Ereignis bestanden hat, die Revision also zurückzuweisen gewesen wäre. Ergibt die Prüfung auf der ersten Stufe, dass kein Zulassungsgrund vorliegt, ist die Nichtzulassungsbeschwerde zurückzuweisen. Auf die Frage der Erledigung der Hauptsache kommt es in diesem Fall nicht mehr an. (2) Die (übereinstimmende) Erledigung der Hauptsache kann noch in der Rechtsmittelinstanz, auch noch während des Verfahrens über eine Nichtzulassungsbeschwerde, erklärt werden. Bei der gemäß § 91a ZPO vorzunehmenden Ermessensentscheidung ist der mutmaßliche Ausgang des Beschwerde- und gegebenenfalls des Revisionsverfahrens zu berücksichtigen. Eine für den Kläger günstige Entscheidung über die Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen der Tatsacheninstanzen kommt nur in Betracht, wenn nach dem Sach- und Streitstand bei Eintritt des erledigenden Ereignisses seine Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision Erfolg gehabt und die Durchführung der Revision zu einer Verurteilung der Beklagten geführt hätte. Hätte dagegen die Nichtzulassungsbeschwerde keinen Erfolg gehabt, weil kein Zulassungsgrund vorliegt, sind dem Beschwerdeführer gemäß § 91a ZPO die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen; auf die Erfolgsaussichten der Revision kommt es dann nicht mehr an.

BGH, Beschl. v. 15.12.2017 – I ZR 258/14 (OLG Nürnberg) 335

Kein der Akteneinsicht entgegenstehendes schutzwürdiges Geheimhaltungsinteresse des Privatgutachters

PatG §§ 31, 99 III – **Akteneinsicht XXIII**. (1) Der Widerspruch einer Partei kann nur dann dazu führen, dass der Antragsteller ein berechtigtes Interesse an der Einsicht in die Akten eines Patentnichtigkeitsverfahrens darzulegen hat, wenn die widersprechende Partei ein eigenes Interesse aufzeigt, das der Einsichtnahme entgegenstehen kann. (2) Das Interesse eines Privatgutachters daran, dass sein Name und der Umstand, dass er im Auftrag einer bestimmten Partei tätig geworden ist, nicht bekannt werden, hat in der Regel hinter dem in § 98 III und § 31 PatG grundsätzlich für jedermann vorgesehenen Recht auf Akteneinsicht zurückzutreten.

BGH, Beschl. v. 14.2.2018 – X ZR 110/17 (BPatG) 444

Keine Verfahrensaussetzung bis zur Zustellung der Streitverkündigungen in Asien

GG Art. 2 I, 20 III, 103 I; ZPO § 148 – **Schutzhülle für Tablet-Computer**. (1) Die Aussetzung eines Rechtsstreits bis zur Zustellung einer in diesem Rechtsstreit eingereichten Streitverkün-

dungsschrift kommt weder in direkter noch in analoger Anwendung von § 148 ZPO in Betracht. (2) Trifft das Gericht eine Entscheidung, bevor eine in dem Rechtsstreit eingereichte Streitverkündungsschrift zugestellt worden ist, wird dadurch weder das Recht der streitverkündenden Partei auf ein faires Verfahren und auf wirkungsvollen Rechtsschutz noch ihr Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt.

BGH, Beschl. v. 22.3.2018 – I ZR 76/17 (OLG Düsseldorf) 853

Verweisung an zuständiges Rechtsmittelgericht nach Konzentrationsregelung

ZPO § 281; ZuVOJu BW § 13 I Nr. 1 – **Pizzafoto**. Besteht für eine Rechtsmittelzuständigkeit eine landesgesetzliche Konzentration nach § 105 UrhG für Urheberrechtsstreitsachen und erteilt das erstinstanzliche Gericht eine unzutreffende Belehrung über das für das Rechtsmittelverfahren zuständige Gericht, kann die Partei bei dem in der Rechtsmittelbelehrung angeführten Gericht fristwährend Rechtsmittel einlegen, auch wenn dessen Zuständigkeit für das Rechtsmittelverfahren tatsächlich nicht gegeben ist. Das funktional unzuständige Gericht hat die Sache entsprechend § 281 ZPO an das nach der Konzentrationsregelung zuständige Rechtsmittelgericht zu verweisen (Fortführung von BGH, GRUR 2016, 636 – Gestörter Musikvertrieb).

BGH, Beschl. v. 7.6.2018 – I ZB 48/17 (LG Freiburg i. Br.) 1294

Ladungsfähige Anschrift bei juristischer Person des Privatrechts

ZPO § 253 II Nr. 1 – **Anschrift des Klägers**. Bei juristischen Personen des Privatrechts genügt als ladungsfähige Anschrift die Angabe der im Handelsregister eingetragenen Geschäftsanschrift, sofern dort gemäß § 170 II ZPO Zustellungen an das Organ als gesetzlichen Vertreter der juristischen Person oder den rechtsgeschäftlich bestellten Vertreter im Sinne von § 171 ZPO bewirkt werden können.

BGH, Urt. v. 28.6.2018 – I ZR 257/16 (OLG Köln) 1181

Reichweite der Unterlassungspflicht einer Rundfunkanstalt

ZPO § 890 – **„Wirbel um Bauschutt“**. Eine Rundfunkanstalt, die es zu unterlassen hat, bestimmte in einem Fernsehbeitrag enthaltene Äußerungen zu verbreiten oder verbreiten zu lassen, genügt ihrer Unterlassungspflicht, wenn sie den Fernsehbeitrag aus ihrer Mediathek entfernt und durch Einwirkung auf gängige Suchmaschinen dafür Sorge trägt, dass der Beitrag nicht weiter aus dem Cache der Suchmaschinen abgerufen werden kann. Ihre Unterlassungspflicht ist hingegen nicht verletzt, wenn der Beitrag weiter im Internet abrufbar ist, weil ein Dritter, dessen Handeln der Rundfunkanstalt nicht wirtschaftlich zugutekommt, den Beitrag selbstständig in einem Internetvideportal veröffentlicht hat.

BGH, Beschl. v. 12.7.2018 – I ZB 86/17 (OLG Celle) 1183

Durchsetzung des Auskunftsanspruchs auch nach Ablauf des Patents

ZPO § 719 II; PatG § 140b I, III Nr. 1, IV – **Werkzeuggriff**. Ist der Schuldner zur Auskunft über den Vertriebsweg bestimmter Erzeugnisse und deren gewerbliche Abnehmer verurteilt, weil die Erzeugnisse patentverletzend sind und die Inanspruchnahme des Schuldners auch nicht unverhältnismäßig ist, steht einer Einstellung der Zwangsvollstreckung wegen eines dem Schuldner durch die Abnehmerauskunft drohenden nicht zu ersetzenden Nachteils regelmäßig ein überwiegendes Interesse des Gläubigers an der Durchsetzung des Auskunftsanspruchs entgegen. Dies gilt auch dann, wenn das Patent bei Durchsetzung des Auskunftsanspruchs bereits abgelaufen ist.

BGH, Beschl. v. 25.9.2018 – X ZR 76/18 (OLG Karlsruhe) 1295

Kein vom Unterlassungsgebot umfasster Rückrufanspruch im Eilverfahren

PatG §§ 139 I, 140a III, 140b VII; ZPO § 890 – **Rasierklingen-einheiten**. (1) Das Unterlassungsgebot gemäß § 139 I PatG umfasst regelmäßig nicht die Pflicht des Schuldners, rechtlich und tatsächlich selbstständige Abnehmer aufzufordern, den Vertrieb der vor Erlass der einstweiligen Verfügung an diese ausgelieferten angegriffenen Ausführungsformen vorübergehend einzustellen und diesen anzubieten, die patentverletzenden Produkte zurückzunehmen, sofern für sie eine vorübergehende Einstellung des Vertriebs nicht in Betracht kommt. (2) Entschieden sich ein Gläubiger, im Erkenntnisverfahren keinen Anspruch auf Rückruf nach § 140a III PatG geltend zu machen, ist weder ein sachlicher Grund noch eine Notwendigkeit zu erkennen, über den Umweg des Unterlassungsanspruchs nach § 139 I PatG im Vollstreckungsverfahren gleichwohl doch noch einen Anspruch auf Rückruf anzuerkennen und diesen in den Unterlassungstitel hineinzulesen. (Leitsatz 2 von der Redaktion)

OLG Düsseldorf, Beschl. v. 30.4.2018 – I-15 W 9/18 855

Folgenbeseitigungsverpflichtung des Unterlassungsschuldners

ZPO § 890 – **kennzeichnungsfrei**. (1) Der Schuldner eines auf das Verbot einer Werbeaussage gerichteten Unterlassungstitels ist über die Entfernung der Aussage in seinem Werbeauftritt hinaus gehalten, die Werbeadressaten über das ergangene Verbot zu informieren, wenn – vergleichbar mit den Voraussetzungen für einen materiell-rechtlichen Widerrufsanspruch – nach den Gesamtumständen davon ausgegangen werden kann, dass die Aussage auch nach ihrer Entfernung aus dem Werbeauftritt im Gedächtnis Dritter geistig fortlebt; dies ist etwa dann der Fall, wenn die Werbeaussage über längere Zeit verwendet wurde und ein zentrales Verkaufsargument für das beworbene Produkt war (im Streitfall bejaht). (2) Liegt in dem in Leitsatz 1 genannten Fall eine Zuwiderhandlung vor, ist das Verschulden gering, wenn zum Zeitpunkt dieser Zuwiderhandlung eine rechtliche Unsicherheit über den Umfang der sich aus dem Unterlassungstitel ergebenden Verpflichtungen bestand.

OLG Frankfurt a. M., Beschl. v. 1.8.2018 – 6 W 53/18 1085

Kernbereich eines Unterlassungstitels

ZPO § 890 – **Adblock-Plus Ordnungsgeld**. Wird dem Schuldner verboten, ein Werbeblocker-Programm für das Internet zu vertreiben (Adblock-Plus), bei dem die Werbung nur nach den vom Beklagten vorgegebenen Kriterien und gegen Zahlung eines Entgelts der Klägerin nicht unterdrückt wird, so verlässt der Schuldner den Kernbereich des Verbots, wenn er gegenüber der Gläubigerin kein Entgelt für das Whitelisting (mehr) fordert. (Leitsatz der Redaktion)

OLG Köln, Beschl. v. 21.12.2017 – 6 W 28/17 863

Vollziehung einer einstweiligen Verfügung an den zustellungsbevollmächtigten Verfahrensbevollmächtigten

ZPO §§ 166, 172, 174, 189, 191, 195, 317, 925, 929 – **Vollziehung im Verhandlungstermin**. (1) Die Zustellung der beglaubigten Abschrift einer Beschlussverfügung an den Antragsgegner ist zur Wahrung der Vollziehungsfrist ausreichend; die Übermittlung einer Ausfertigung ist dagegen im Hinblick auf die Neuregelung des § 317 II ZPO nicht erforderlich. (2) Die unterbliebene Übermittlung der Beschlussverfügung an den zustellungsbevollmächtigten Antragsgegnervertreter kann nicht gemäß § 189 ZPO dadurch geheilt werden, dass ihm der Antragsgegner per E-Mail eine elektronische Kopie des Dokuments zusendet. (3) War der Antragsgegnervertreter bereits in Besitz einer solchen Kopie und hat er sich im Rahmen seiner Widerspruchsbegründung bereits inhaltlich damit auseinandersetzt, so ist eine Übergabe der beglaubigten Abschrift im Verhandlungstermin zur Wahrung der Vollziehungsfrist auch dann ausreichend, wenn der Antragsgegnervertreter das Dokument nach Unterzeichnung eines dort aufgetragenen Empfangsbekanntnisses nicht behält, sondern zu den Gerichtsakten reicht. (Leitsätze der Redaktion)

OLG München, Urt. v. 14.9.2017 – 6 U 1864/17 444

Erfüllung der FRAND-Obliegenheiten erst im Verletzungsprozess

PatG §§ 9 S. 2 Nr. 1, 30 II 2, 139 II; AEUV Art. 102 – **Funkstation**. (1) In Anwendung des vom Unionsgerichtshof in der Rechtssache „Huawei/ZTE“ entwickelten, FRAND-Lizenzbedingungen gewährleistenden Konzepts treffen den SEP-Patentinhaber maßgeblich Informationsobliegenheiten. Insoweit ist bei Unterbreitung des Lizenzvertragsangebots der Angebotsempfänger in die Lage zu versetzen, anhand objektiver Kriterien nachzuvollziehen, warum dieses Angebot – bei objektiver Betrachtung aus der Perspektive des Patentinhabers – FRAND-Kriterien entspricht. Hierfür sind insbesondere die Lizenzgebühren anzugeben und die Art und Weise ihrer Berechnung transparent zu machen (Transparenzgebot). (2) Eine dem Transparenzgebot genügende Erläuterung der Lizenzvertragsbedingungen muss gegebenenfalls – bei einer entsprechenden Sachlage – intersubjektiv nachvollziehbar aufzeigen, dass die geforderte Lizenzgebührenhöhe FRAND unter dem Gesichtspunkt „non discriminatory“ ist. Hierfür sind vom SEP-Patentinhaber jedenfalls belastbare Angaben zu den konkreten anderweitig gewährten Lizenzbedingungen gegenüber Dritten und den Sachgründen einer etwaigen Ungleichbehandlung der Lizenznehmer/Lizenzsucher zu machen. (3) Zur Nachholung vorprozessual nicht erfüllter (Informations-)Obliegenheiten des SEP-Patentinhabers im Verletzungsrechtsstreit. (4) Der Urteilstenor zur Feststellung der Schadensersatzverpflichtung unterliegt auch bei geführtem FRAND-Zwangslizenzeinwand grundsätzlich keiner Beschränkung. (5) Eine inhaltliche Beschränkung des Auskunfts-/Rechnungslegungstenors ist auch bei geführtem FRAND-Zwangslizenzeinwand im Grundsatz nicht veranlasst. Da regelmäßig die relevanten Umstände der Lizenzierung zu FRAND-Bedingungen hochstreitig sind, kann die Erforderlichkeit von Gewinnangaben zur Beurteilung der FRAND-Grenzen und damit auch zur Vorbereitung eines Schadensersatzhöheprozesses nach der Methode der Lizenzanalogie nicht ohne Weiteres von vornherein verneint werden.

LG Mannheim, Urt. v. 10.11.2017 – 7 O 28/16 864

VERFAHRENS- UND KOSTENRECHT

Gegenstandswert der anwaltlichen Tätigkeit im patentrechtlichen Rechtsbeschwerdeverfahren

RVG §§ 23 II 1, III 2, 33 I – **Ratschenschlüssel II**. Der Wert des Gegenstands der anwaltlichen Tätigkeit im patentrechtlichen Rechtsbeschwerdeverfahren ist unter Berücksichtigung des Interesses des Beschwerdeführers nach billigem Ermessen nach den für die Wertbestimmung in Patentnichtigkeitssachen maßgeblichen Grundsätzen zu bestimmen, wenn genügend tatsächliche Anhaltspunkte für eine Schätzung des gemeinen Werts des Patents vorliegen. Andernfalls ist der Wert im Verfahren der Anmelderbeschwerde regelmäßig mit 50.000 Euro zu bemessen; im Einspruchsverfahren ist dem höheren Allgemeininteresse in der Regel durch einen Aufschlag in Höhe von 25.000 Euro je Einsprechendem Rechnung zu tragen.

BGH, Beschl. v. 27.3.2018 – X ZB 3/15 (BPatG) 654

Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren

ZPO §§ 3, 522 II 1 u. III, 544 V 2, 717 III, 719 II 1 u. 2, III; EGZPO § 26 Nr. 8 – **Posterversandkosten**. (1) Der Wert der nach § 544 ZPO in Verbindung mit § 26 Nr. 8 EGZPO maßgeblichen Beschwer des Unterlassungsschuldners entspricht zwar nicht zwangsläufig, aber doch regelmäßig dem nach dem Interesse der klagenden Partei an dieser Verurteilung zu bemessenden Streitwert. (2) Die Interessen des Schuldners werden nach der in § 719 II 1 ZPO getroffenen gesetzlichen Wertentscheidung grundsätzlich hintangestellt, da seine Rechte durch ein in zwei Tatsacheninstanzen geführtes Erkenntnisverfahren hinreichend gewahrt erscheinen. § 717 III ZPO kann zwar im

Einzelfall ein Grund sein, die Zwangsvollstreckung einstweilen einzustellen. Dafür muss der Unterlassungsschuldner jedoch glaubhaft machen, dass der geltend gemachte Nachteil erhebliche, über das übliche Maß hinausgehende Einbußen mit sich bringen wird. (Leitsätze der Redaktion)

BGH, Beschl. v. 29.3.2018 – I ZR 11/18 (OLG Dresden) 655

Erstattungsfähigkeit tatsächlich angefallener Reisekosten bis zur höchstmöglichen Entfernung im Gerichtsbezirk

§ 91 II 1 ZPO – **Auswärtiger Rechtsanwalt IX.** Ist die Hinzuziehung eines auswärtigen Rechtsanwalts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung nicht notwendig im Sinne von § 91 II 1 Hs. 2 ZPO, führt dies lediglich dazu, dass die Mehrkosten, die gegenüber der Beauftragung von bezirksansässigen Prozessbevollmächtigten entstanden sind, nicht zu erstatten sind. Tatsächlich angefallene Reisekosten des auswärtigen Rechtsanwalts sind deshalb insoweit erstattungsfähig, als sie auch dann entstanden wären, wenn die obsiegende Partei einen Rechtsanwalt mit Niederlassung am weitest entfernt gelegenen Ort innerhalb des Gerichtsbezirks beauftragt hätte.

BGH, Beschl. v. 9.5.2018 – I ZB 62/17 (OLG Frankfurt a. M.) 969

Keine Angabe einer ladungsfähigen Anschrift als Voraussetzung für zulässige Berufung

§ 520 II Nr. 2 ZPO – **Matratzenwerbung.** Das Festhalten an einer im Urteil erster Instanz zurückgewiesenen Rechtsansicht führt auch dann nicht zur Unzulässigkeit der Berufung, wenn in der Berufungsbegründung lediglich bereits in erster Instanz vorgetragene rechtliche Argumente wiederholt werden (Abgrenzung zu BGH, NJW 1995, 1560, juris-Rn. 8; NJW 2013, 174 Rn. 10)

BGH, Beschl. v. 7.6.2018 – I ZB 57/17 (OLG Köln) 971

Gläubigerdisposition im Vollstreckungsverfahren

§ 890 II ZPO – **Ordnungsmittelandrohung durch Schuldner.** Den Antrag auf Androhung von Ordnungsmitteln nach § 890 II ZPO kann allein der Gläubiger stellen.

BGH, Beschl. v. 7.6.2018 – I ZB 117/17 (LG Berlin) 973

Verletzung rechtlichen Gehörs durch Schiedsgericht

ZPO § 1059 IV – **Softwaremodul.** (1) § 1059 IV ZPO gilt im Verfahren auf Vollstreckbarerklärung entsprechend, wenn der

Antrag auf Vollstreckbarerklärung unter Aufhebung des Schiedsspruchs abzulehnen ist, weil einer der in § 1059 II ZPO bezeichneten Aufhebungsgründe vorliegt. (2) Das Antragserfordernis des § 1059 IV ZPO gilt auch bei einer entsprechenden Anwendung dieser Vorschrift im Verfahren auf Vollstreckbarerklärung.

BGH, Beschl. v. 7.6.2018 – I ZB 70/17 (OLG Köln) 974

Vollstreckung aus einer Unterlassungsverpflichtung

ZPO § 890; PBefG §§ 42, 49 I – **Anruf-Linientaxi.** (1) Im Zwangsvollstreckungsverfahren ist der Gläubiger durch die Verhängung von Ordnungsmitteln auch dann beschwert, wenn er zwar keine – vom Gericht unterschrittenen – Mindestangaben zur Höhe der Ordnungsmittel gemacht hat, sich jedoch aus der Begründung des Ordnungsmittelbeschlusses ergibt, dass der Gläubiger sein Rechtsschutzziel nicht vollständig erreicht hat; dies ist insbesondere der Fall, wenn der Vollstreckungsantrag auf mehrere angebliche Verstöße gestützt war und das Gericht in einem dieser gerügten Verstöße keine Zuwiderhandlung gegen den Titel gesehen hat. (2) Die sich aus einem Unterlassungstitel ergebende Pflicht, zur Beseitigung eines fortwirkenden Störungszustandes im Rahmen des Zumutbaren auf Dritte einzuwirken (vgl. BGH, GRUR 2017, 208 – Rückruf von RESCUE-Produkten), besteht nur insoweit, als der Schuldner Kenntnis von dem von ihm veranlassten Störungszustand hat und mit einem titelverletzenden Verhalten des Dritten ernstlich rechnen muss (im Streitfall verneint).

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 22.11.2017 – 6 W 93/17 656

Reichweite eines Unterlassungstitels

ZPO § 890 I 1 – **Quarantäne-Buchung II.** (1) Ist der Schuldner einer Unterlassungsverfügung nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (GRUR 2018, 292 – Produkte zur Wundversorgung) gehalten, seine Abnehmer aufzufordern, bereits ausgelieferte Produkte vorläufig nicht weiter zu vertreiben, kommt der Schuldner den sich daraus ergebenden Verpflichtungen nicht nach, wenn er lediglich darauf hinweist, dass das Produkt derzeit nicht vertrieben wird. (2) Liegt in dem in Leitsatz 1 genannten Fall eine Zuwiderhandlung vor, ist dem Schuldner ein Verschulden auch dann anzulasten, wenn die gebotenen Maßnahmen bereits vor der genannten Entscheidung des Bundesgerichtshofs hätten getroffen werden müssen; der Grad des Verschuldens ist jedoch gering.

OLG Frankfurt a. M., Beschl. v. 30.7.2018 – 6 W 74/16 976

BUCHBESPRECHUNGEN

- Cepl, Philipp Moritz (Hrsg.)/Ulrike Voß (Hrsg.): **Prozesskommentar zum Gewerblichen Rechtsschutz. ZPO mit spezieller Berücksichtigung des Marken-, Patent-, Gebrauchsmuster-, Design-, Urheber- und Lauterkeitsrechts sowie des UKlaG, 2. erw. Aufl.** C.H.Beck, München 2018. XLI, 1564 S., geb. Euro 249,- Euro, ISBN 978-3-406-71029-2.
Rechtsanwalt Dr. Erhard Keller, Düsseldorf 1230
- Dreier, Thomas/Schulze, Gernot: **Urheberrechtsgesetz. Verwertungsgesellschaftengesetz, Kunsturhebergesetz. Kommentar, 6. Aufl.** C.H.Beck, München 2018. XXX, 2622 S., geb. 179,- Euro, ISBN 978-3-406-71266-1.
Rechtsanwalt Prof. Dr. Michael Loschelder, Köln 1229
- Elmenhorst, Lucas (Hrsg.)/Wiese, Volker (Hrsg.): **Kulturgutschutzgesetz. Kommentar.** C.H.BECK, München 2018. XXIV, 552 S., geb. 139,- Euro, ISBN 978-3-406-70769-8.
Prof. Dr. Haimo Schack, Kiel 600
- Götz von Olenhusen, Albrecht (Hrsg.)/Gergen, Thomas (Hrsg.): **Kreativität und Charakter – Festschrift für Martin Vogel zum siebzigsten Geburtstag. Recht, Geschichte und Kultur in schöpferischen Prozessen (Studien zum Gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht, Bd. 138).** Dr. Kovač, Hamburg 2017, 502 S., kart. 129,80 Euro, ISBN: 978-3-8300-9409-8.
Prof. Dr. Helmut Haberstumpf, Vors. Richter am LG a. D., Nürnberg 280
- Haedicke, Maximilian: **Patentrecht (Heymanns Einführungen zum gewerblichen Rechtsschutz), 4. Aufl.** Carl Heymanns, Köln 2018. XXIV, 314 S., kart. 62,- Euro, ISBN 978-3-452-29127-1.
Prof. Dr. Franz Hofmann, LL. M. (Cambridge), Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1127
- Hasselblatt, Gordian (Hrsg.): **Münchener Anwalts-Handbuch Gewerblicher Rechtsschutz, 5. überarb. Aufl.** C.H.BECK, München 2017. XLIX, 1992 S., geb. 269,- Euro, ISBN 978-3-406-70071-2.
Rechtsanwalt Prof. Dr. Wolfgang Berlit, Hamburg 169
- Henn, Günter/Pahlow, Louis (Hrsg.): **Patentvertragsrecht. Grundprinzipien, Vertragsformen, Rechtsgestaltung (Wirtschaftsrecht), 6. neu bearb. Aufl.** C.F. Müller, Heidelberg 2017. XXXI, 474 S., geb. 109,99 Euro, ISBN 978-3-8114-3758-6.
Prof. Dr. jur. Christoph Ann, LL. M. (Duke Univ.), Technische Universität München 63
- Hildebrandt, Ulrich: **Marken und andere Kennzeichen. Handbuch für die Praxis, 4. Aufl.** Carl Heymanns, Köln 2017. XXXIV, 901 S., geb. 158,- Euro, ISBN: 978-3-452-28902-5.
Dr. Senta Bingener, Regierungsdirektorin, München 802
- Kersting, Christian (Hrsg.)/Podszun, Rupprecht (Hrsg.): **Die 9. GWB-Novelle.** C.H.Beck, München 2017. XXXIV, 494 S., geb. 89,- Euro, ISBN 978-3-406-71080-3.
Prof. Dr. Christian Alexander, Friedrich-Schiller-Universität Jena 508
- Langen, Eugen (Hrsg.)/Bunte, Hermann-Josef (Hrsg.): **Kartellrecht Bd. 1: Deutsches Kartellrecht, Bd. 2: Europäisches Kartellrecht. Kommentar, 13. Aufl.** Luchterhand, Köln 2018. 4582 S., geb. 449,- Euro, ISBN 978-3-472-08963-6.
Rechtsanwalt Prof. Dr. Andreas Weitbrecht, LL. M. (Berkeley), Bonn/Trier 1029
- Richter, Heiko: **Informationsweiterverwendungsgesetz: IWG. Kommentar.** C.H.Beck, München 2018. XXIV, 380 S., geb. 89,- Euro, ISBN: 978-3-406-70017-0.
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. Eike Ullmann, Karlsruhe 715
- Schwab, Brent: **Arbeitnehmererfindungsrecht. Handkommentar, 4. Aufl.** Nomos, Baden Baden 2018. 291 S., kart. 69,- Euro, ISBN: 978-3-8487-3975-2.
Prof. Dr. Burkhard Boemke, Universität Leipzig 387
- Ströbele, Paul/Hacker, Franz/Thiering, Frederik: **Markengesetz. Kommentar, 12. Aufl.** Carl Heymanns, Köln 2018. 3588 S., geb. 258,- Euro, ISBN 978-3-452-28553-9.
Rechtsanwalt Prof. Dr. Michael Loschelder, Köln 714
- Wanckel, Endress: **Foto- und Bildrecht, 5. Aufl.** C.H.Beck, München 2017. XIX, 514 S., kart. 65,- Euro, ISBN: 978-3-406-712227-7.
Rechtsanwalt Michael Fricke, Hamburg 601

SACHREGISTER

für die Zeitschriften GRUR und GRUR-RR

Zahlen *ohne* Zusatz verweisen auf die Seitenzahl in GRUR, Zahlen *mit* dem vorangestellten Zusatz RR verweisen auf die Seitenzahl in GRUR-RR.

Der Zusatz E macht einen Entscheidungsabdruck in GRUR kenntlich, die Abkürzung A weist auf einen Aufsatz hin, ZR auf einen Beitrag zur Rechtsprechung, (Ls.) auf eine nur im Leitsatz abgedruckte Entscheidung, (MT) auf Mitteilungen, (R) auf einen Report und (BB) auf eine Buchbesprechung.

#darferdas? 932 E, 1188 A

0 Kontraindikation RR 31

1 (Brillen)Glas geschenkt RR 50, RR 51

1 € Gutschein RR 308

3 Jahre Garantie RR 352

3dln.am 376 ZR

4finance 114 A

4pfoten-Mobile RR 493, RR 494

19 % MwSt. GESCHENKT 124 A, 125 A, 199 E

20 Minuten Köln 257 A, 259 A, 261 A, 699 A

24 Karat vergoldet RR 55

25,ter Geburtstagsrabatt RR 299

30 % Rabatt auf „fast` Alles RR 367

150 % Zinsbonus 257 A

A

abc-law.de RR 501

Abdichtsystem 45 A, 983 A

ABDRUSCHIN IM LICHT DER WAHRHEIT 474 A

Abgasskandal RR 488

Abgewohntes Hotel RR 53

Abmahnung RR 72, RR 262

Abmahnkosten gegen nicht verantwortlichen Anschlussinhaber als ersatzfähiger Schaden 914 E

Aufsichtspflicht bei Filesharing durch minderjährige Kinder RR 505

Gesetzesinitiativen gegen missbräuchliche DSGVO-Abmahnungen 1025 R

Umsatzsteuerpflicht bei Erstattung von Abmahnkosten RR 371

Abmahnungsfrist RR 259

Abrechnungssoftware für Zahnärzte 796 A, 797 A

Abschleppkosten-Inkasso 794 A

Acacia/Audi ua und Acacia ua/Porsche 284 E, 691 A

Academic Conditions RR 265

„Acryl` und „Cotton` als Textilkennzeichnung RR 51, RR 57

Actavis 661 A, 664 A

ADAC 1216 A

Adblock-Plus Ordnungsgeld 863 E

Äquipotenzbehauptung RR 50

Äquivalenz

Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung zur Äquivalenz in Deutschland und im Vereinigten Königreich 247 A

Ärztbewertung I 365 A, 372 A

Ärztbewertung II 365 A, 1214 A

Ärztbewertung III 636 E

Äußerung

Zulässige kritische Äußerungen einer Handwerksinnung zur Leistungsabrechnung 622 E

afdmenden.de RR 501

Afghanistan Papiere 225 A, 226 A, 234 A, 343 A, 344 A

Afterlife 16 A, 17 A, 237 A, 238 A, 1014 ZR

AGB

Misbrauch von Stornierungsgebühr seitens eines Luftfahrtunternehmens 305 E

AGCM/Wind u. Vodafone 1156 E

Aggressive geschäftliche Handlung RR 197, RR 200

Aggressive Geschäftspraktiken durch Vemarktung von kostenpflichtig vorinstallierten SIM-Karten 1156 E

Keine aggressive geschäftliche Handlung durch Schreiben eines Inkassounternehmens 1063 E

Keine aggressive geschäftliche Handlung durch Werbeblocker mit Whitelisting-Funktion 1251 E

AIDA Kussmund 226 A, 227 A, 234 A, 235 A, 236 A

Air Berlin/Bundesverband 120 A, 121 A, 305 E

AKI 5 A

AKM 229 A, 232 A, 233 A, 234 A, 999 A

Akteneinsicht

Kein der Akteneinsicht entgegenstehendes schutzwürdiges Geheimhaltungsinteresse des Privatgutachters 444 E

Akteneinsicht im FRAND-Verfahren RR 399, RR 402

Akteneinsicht XXIII 444 E

aktiver Arzneistoff RR 218

Aktivierung von Office-Software RR 271

Aktivlegitimation

Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 393

Akzo Nobel 127 A

Aleo2GO 750 E

Alfred Strigl 462 A

Alleininhaberschaft (Marke) RR 189

Allgemeine Geschäftsbedingungen RR 23

Alone in the Dark 1014 ZR, RR 184

ALPINE PRO 37 A

ALTER CHANNEL 155 A, 1216 A

Altix 992 A

Altölentsorgung RR 52

Amazon 235 A, 343 A, 345 A, 347 A, 348 A

Aminosäureproduzierendes Bakterium RR 394, RR 403

Amtliche Werke RR 178

An Tagen wie diesen RR 180

Anbieten interaktiver Hilfe 1100 A

Anbieten (Markenrecht)

- EuGH-Vorlage zur Frage des Anbietens von markenrechtsverletzender Ware durch Lagerhalter 1059 E
- Anerkenntnis** RR 171
- Angabe zur Montorleistung** RR 392
- Anhängerkupplung** RR 402
- Ankopplungssystem** 984 A
- Anmeldezeitpunkt (Patent)**
Geltung des Abmeldezeitpunkts des Grundpatents für Besonderen/Speziellen Mechanismus 904 E
- Anruf-Linientaxi** 656 (Ls.), RR 223
- Anschrift des Klägers** 1181 E
- Anspruch auf Drittauskunft** RR 186
- Antennenanordnung** 560 A
- Antennengemeinschaft** RR 181
- Antiblockiersystem** 575 A
- Antifolat** 242 A
- Antivirusmittel** 451 A, 457 A
- Anwaltsabmahnung II** 122 A, 127 A
- Anwaltskosten** RR 72
- Anwaltskosten im Gestattungsverfahren** 45 A, 240 A
- Anwerben von Studienteilnehmern** RR 214
- Apis-Hristovich** 579 A
- Apotheke mit Video-Chat** RR 128
- App** RR 115
- App-Zentrum** RR 115
- Appetitzügler** 1099 A, 1101 A
- Apple and Pear Australia** 160 ZR
- Applikationsarzneimittel** 1271 E
- Aquaflam** 335 E, 1200 A, 1201 A
- Arbeitnehmererfindung**
Anwendbare Vorschriften bei Arbeitnehmererfindung 1030 E
Keine wirksame Lizenzräumung durch einen von mehreren Miterfindern 1037 E
Rechtsprobleme einer Miterfindung nach dem Arbeitnehmererfindungsgesetz 670 A
Risikoabschlag bei Bemessung der Arbeitnehmererfindungsvergütung RR 137
- Architektenleistungen** RR 203
- Arcuate** 162 ZR
- ARD-Buffer** 114 A, 122 A, 127 A
- Armbanduhr** 683 A, 684 A, 687 A, 688 A, 689 A, 690 A, 693 A, 694 A, 695 A, RR 322
- Arsenal FC** 1122 ZR
- ARTEGA** RR 493, RR 494, RR 497
- Artikel auf Internetportal** 126 A
- Artikel auf Internetportal „recht & billig“** 11 A
- Arzneimittel** 451 A, RR 34, RR 36, RR 212, RR 308
Angaben zur Therapiesicherheit eines Arzneimittels RR 479
Auslegung der Bestimmung über ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel 908 E
Bewerbung eines homöopathischen Arzneimittels mit seit langem bekannten Wirkstoff als neues Produkt RR 372
EuGH-Vorlage zu ergänzenden Schutzzertifikaten für Arzneimittel 281 E
Kostenlose Abgabe eines Produktkoffers mit Arzneimitteln an Apotheker RR 377
Lieferung von Applikationsarzneimitteln an Ärzte durch in der EU ansässige Versandapotheke 1271 E
Möglichkeiten der Vermarktung von Botanicals aus Sicht des Lebensmittelrechts 482 A
- Nachweis der Wirksamkeit eines Arzneimittels durch wissenschaftliche Studie RR 436
- Software zur Vereinfachung verschreibungspflichtiger Arzneimittel als Medizinprodukt 333 E
- Werblicher Überschuss von Angaben auf Umverpackung von Arzneimitteln RR 374
- Zugabe von Gutscheinen beim Verkauf rezeptpflichtiger Arzneimittel 208 E
- Arzneimittelgebrauchsmuster** 451 A, 456 A, 457 A
- Astellas Pharma/Helm** 747 E
- Atemgasdrucksteuerung** 673 A
- Athlete Wheels** RR 16
- „auch bei Asthma“** RR 34
- Audiosignalcodierung** 450 A, 451 A, 453 A
- Audiovisueller Mediendienst**
Auslegung des Begriffs „audiovisueller Mediendienst“ bei Pkw-Werbvideos 621 E
Breiter gefasste Werberegulierung aus Brüssel 1125 R
auf fett getrimmt 675 A
- Aufenthalt im Schloss** 1217 A
- Aufschaltung des WLAN-Routers** RR 200
- Aufsichtspflicht**
– bei Filesharing durch minderjährige Kinder RR 505
- Auftrag komplett** 889 A
- Aufzeichnungspflicht** 122 A
- Aufzeichnungsträger** 1100 A
- August Storck** 32 A
- Aus Akten werden Fakten** 30 A
- Ausführungsform**
Kein Schutzzertifikat für Äquivalente? 657 A
- Auskunft** RR 222
- Auskunftsanspruch**
Durchsetzung des Auskunftsanspruchs auch nach Ablauf des Patents 1295 E
- Auslobung**
– der handwerklichen Herstellung von Lebensmitteln aus Produktionsbetrieb RR 163
- Ausrüstungssatz** RR 404
- Ausschreibung** RR 203
- Außendienstmitarbeiter** 260 A
- Außenseiteranspruch** 260 A, 261 A
- austauschbare Rasierklingeneinheit** RR 404
- Austro Mechana** 235 A
- Ausübende Künstler** RR 178
- Auswärtiger Rechtsanwalt IX** 969 E
- Auto-Analyzer** 792 A
- Auto'94** 1212 A
- „Autocomplete“-Funktion** 28 A
- Autofelgen**
Einordnung von Autofelgen als Bauelemente nach der „Reparaturklausel“ in der GGV 284 E
- Automatenaufsteller** 261 A
- Automobil-Onlinebörse** 7 A, 579 A
- Axa Belgium** 896 A

B

- B-Vitamine** 959 E
- Bach-Blüten-Produkte**

- Anwendbarkeit der Übergangsregelung der Health-Claim-VO auf Bach-Blüten-Produkte 206 E
- Badelatsche** RR 524
- Bäckerhefe** 8 A
- BAKTAT** RR 73
- Balance Board** 47 A
- Ball** 683 A, 685 A, 692 A
- Ballerinaschuh** 832 E, RR 322, RR 323, RR 324
- Ballermann Party** RR 490, RR 494, RR 496
- bambinoLÜK** 46 A
- Bang & Olufsen** 566 A
- Bankeinzug Luxemburg** RR 249
- Bankkonto mit Rechtsservice** RR 50, RR 54
- Bastei Lübbe/Strotzer** 1234 E
- Baucherwärmer** 48 A
- Bauernhofolympiade** RR 242
- Baumann II** 2 A
- Baumwollblüte** 53 ZR
- Bauteilverbindungsvorrichtung** RR 394
- Be Happy** RR 246
- BE HAPPY** RR 489
- Bearshare** 16 A, 17 A, 1014 ZR
- Befestigungsvorrichtung** 774 A
- Befestigungsvorrichtung II** 246 A
- Beförderung**
Genehmigungspflicht für Beförderung von Patienten mit multi-resistenten Keimen RR 471
- Begegnung mit dem verlorenen Bruder** 1077 E
- Begrenzungsanschlag** 249 A
- Behandlungsmethode**
Wissenschaftliche Absicherung von Werbeaussagen für neuartige Behandlungsmethoden RR 483
- Behinderung (gezielte)** RR 302
- Bekleidungssektor** RR 102
- Bekömmliches Bier** 1266 E, RR 52
- Belästigung in Fahrzeugschlange** RR 53
- Bella la Vita** RR 494, RR 503, RR 504
- Benetton** 571 A
- Benetton-Werbung I** 480 A
- Benjumea Bravo de Laguna/Torras Ferrazzuolo** 78 E, 1197 A
- Benutzerkennung** 240 A
- Benutzerkennzeichnung** 189 E
- Benutzung** RR 70
Eine Frage der rechtserhaltenden Benutzung und die Identität der Unterscheidungskraft der Marke 264 ZR
Markenentfernung als rechtsverletzende Benutzung? 1120 ZR
Markenmäßige Benutzung eines Kennzeichens im Bekleidungssektor RR 409
Markenmäßige Benutzung eines selbstständigen Zweitkennzeichens im Bekleidungssektor RR 339
Privilligierte Markennutzung für Zubehör rechtmäßig in Verkehr gelangter Waren von Drittanbietern RR 450
Rechtswidrige Nutzung von Videosequenzen in TV-Sendung RR 326
Voraussetzungen eines Vorbenutzungsrechts 72 E
- Benutzung der patentgemäßen Lehre**
Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 394
- Benzolsulfonylharnstoff** 451 A
- Beratervertrag** RR 405
- Bericht**
DPMA schließt Lücke zum medienbruchfreien Angebot 166
Schutz der Privatsphäre von Domaininhabern unter Geltung der DS. GVO 166
- Berichterstattung über trauernden Entertainer** 1021 ZR, 1023 ZR
- Berichterstattung**
Abweichender Persönlichkeitsrechtsschutz zwischen Wort- und Bildberichterstattung 964 E
Anspruch auf Gegendarstellung trotz unterlassener Stellungnahme vor Berichterstattung 851 E
Reichweite zulässiger Berichterstattung nach Selbstbegebung 1077 E
Zulässige Bildveröffentlichung des früheren Bundespräsidenten 549 E
- Berichterstattung über Tagesereignisse** RR 62
- berlin.com** RR 501
- Berlin.de** 796 A
- Berliner Eisbein** 895 A, 897 A
- Berufsrecht**
Auftreten unter der Bezeichnung Notariat 1082 E
- Beschäftigungsverbot**
– für unlauter abgeworbene Arbeitnehmer RR 477
- Beschichtungsverfahren** 670 A, 674 A
- Beschichtungsverfahren** 671 A
- Beschluss-Zustellung** 559 A
- Beseitigung** RR 23, RR 34, RR 36, RR 163
Beseitigungsanspruch von Verbraucherverbänden gegen Verwender unwirksamer AGB 423 E
Haftung eines Reisebüros für unzureichende Preisangaben in Reiseprospekt RR 351
Verstoß gegen Nichtrauchergesetz des Saarlandes 742 E
Zulässige Werbung mit ärztlicher Empfehlung für bioresorbierbaren Stent 627 E
- Besichtigungsanspruch**
– eines Films vor dessen Veröffentlichung 1280 E
- Bestell-Button** RR 52
- Bestellvertrag** 355 A
- Bester Internet-Provider** RR 95
- Bestwater** 353 A
- BestWater** 1002 A
- Beta** 893 A
- Beteiligung** RR 225
- Betriebsgeheimnis**
Anforderungen für den Schutz als Betriebsgeheimnis nach UWG 1161 E
Reichweite des Unterlassungsanspruchs wegen Verbots der Fruchtziehung aus Verletzung von Betriebsgeheimnissen 535 E
Unzulässige Werbung mit durch Verletzung von Betriebsgeheimnissen erlangter Marktführerschaft 541 E
- Betriebskrankenkasse II** 792 A
- Betriebspsychologe** 126 A, 128 A, 203 E
- Bettgestell** 72 E, 490 A, 491 A, 492 A, 493 A, 683 A, 691 A
Vorbenutzung im Designrecht 489 A
- Bettwaren „Made in Germany“** RR 387
- Beweiserhebung**
Kein Beweiserhebungsverbot bei Auskunft zum Filesharing 189 E
- Beweislast (Spam-Mails)** RR 304
- Beweismittel im Nichtigkeitsverfahren** RR 283
- Bezirkszeitung** 1215 A
- BGW** 462 A
- BHB Pferdewetten** 578 A

- Bibelreproduktion RR 178
- Biegevorrichtung 490 A
- Bienenhonig 259 A
- Bier 360 A, RR 43
- Bierklärmittel 456 A
- BigXtra 31 A
- Bildergalerie RR 51
- Bildmarke RR 236
- Bildveröffentlichung**
Zulässige Bildveröffentlichung des früheren Bundespräsidenten 549 E
- Bio-Gewürze II 745 E
- Bio-Tabletten 1215 A
- Biomineralwasser 3 A, 5 A
- Bioresorbierbares Gefäßgerüst RR 50
- BIOS 487 A
- BioWeb-Formstreifen 1193 A
- Birkenstocksohle-Oberflächenmuster 1189 A, RR 507
- Birki RR 502, RR 512
- Bitte bewerten Sie uns RR 56
- BKK Mobil Oil 793 A
- Black Squad RR 491, RR 492, RR 501, RR 504
- Blasenentzündungen RR 385
- Blasenkatheter-Set RR 400, RR 403, RR 404
- Blaue Raubkatze 1199 A
- Blickfangangaben**
Irreführende Blickfangangaben bei wirtschaftlich bedeutsamem Erwerbsvorgang 320 E
- Blickfangwerbung**
Blickfangmäßig beworbene Rabattaktion für Möbelkategorien RR 367
- „Blitzschnell ist der Stand leer“ 1115 A
- Blockchain**
Immaterialgüterrechte in der Welt von Blockchain und Smart Contract 1089 A
- Blockeis I 792 A
- Blog-Eintrag 19 A, 366 A, 370 A, RR 184
- Blühende Landschaften 1105 A
- blupalu RR 492, RR 495, RR 496
- Blutdruckmessungen 792 A, 793 A
- Blut/Gehirnschranke 1098 A
- BMW 47 A, 692 A, 693 A, 893 A
- BNIC 785 A, 786 A, 787 A, 788 A
- Bob Dylan II 477 A
- Bodendübel 3 A, 7 A, 30 A, 122 A, 123 A, 697 A
Neuere Entwicklungen im wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz 1 A
- Bodenrichtwertsammlung RR 236
- Boehringer Ingelheim/Swingward 1195 A
- Boehringer Ingelheim/Swingward II 1195 A
- Bohlen 477 A, 480 A, 482 A
- Bolagsupplysningen 108 E, 163 ZR, 164 ZR, 1108 A, 1110 A, 1111 A
- Bonusaktion für Taxi App 946 E
- Borrelioseassay 980 A
- Bosco 474 A
- Boston Scientific 1232 E
- Botanicals**
Möglichkeiten der Vermarktung von Botanicals aus Sicht des Lebensmittelrechts 482 A
- Botulinumtoxin RR 36
- Bounty 1192 A
- Brandbeu von der IFA 892 A
- Brandconcern 41 A
- Bratgeschirr 775 A
- Breitbandkabel 236 A
- BretarisGenuair 40 A, 45 A, 49 A, 127 A
- Brillenselbstabgabestelle 797 A
- British Horseracing Board 579 A
- Brötchen-Gutschein 208 E
- Brückentag RR 259
- Brüstle 896 A
- Brustvergrößerung RR 217
- BSA 24 A
- BTK 767 A
- Buchbesprechung**
Arbeitnehmererfindungsrecht. Handkommentar, 4. Aufl. 387
Die 9. GWB-Novelle 508
Foto- und Bildrecht, 5. Aufl. 601
Informationsweiterverwendungsgesetz: IWG. Kommentar 715
Kreativität und Charakter – Festschrift für Martin Vogel zum siebzigsten Geburtstag. Recht, Geschichte und Kultur in schöpferischen Prozessen (Studien zum gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht, Bd. 138) 280
Kulturrechtsgesetz. Kommentar 600
Marken und andere Kennzeichen. Handbuch für die Praxis, 4. Aufl. 802
Markengesetz. Kommentar, 12. Aufl. 714
Münchener Anwalts-Handbuch Gewerblicher Rechtsschutz, 5. überarb. Aufl. 169
Patentvertragsrecht. Grundprinzipien, Vertragsformen, Rechtsgestaltung (Wirtschaftsrecht), 6. neu bearb. Aufl. 63
Prozesskommentar zum Gewerblichen Rechtsschutz, ZPO mit spezieller Berücksichtigung des Marken-, Patent-, Gebrauchsmuster-, Design-, Urheber- und Lauterkeitsrechts sowie des UKlaG, 2. erw. Aufl. 1230 BB
Urheberrechtsgesetz. Verwertungsgesellschaftengesetz, Kunst-urhebergesetz. Kommentar, 6. Aufl. 1229 BB
- Buchklub-Vorspannangebot** 259 A
- Büchereinachlass 799 A
- bundesligakarten.de 260 A
- Bußgeld**
Rechtsdurchsetzung von Persönlichkeitsrechten 365 A

C

- CACTUS OF PEACE 41 A, 43 A
- Cafet 474 A
- Cafissimo MINI RR 490, RR 495, RR 496
- Calcium im Mineralwasser 118 A, RR 51
- Cam-Carpet 1097 A, 1098 A
- Cambridge Institute 1113 A
- Card-Sharing-Server RR 182
- Caroline von Hannover 477 A
- Caroline von Monaco 367 A, 1023 ZR
- Caroline von Monaco II 476 A, 477 A, 479 A
- Carrera RR 68
- Cartoon auf Homepage RR 185
- Cash Drive-Modell RR 422
- Catarina Valente 992 A

CDSU RR 500, RR 504
 Celine 1121 ZR
 CellePhone RR 492, RR 493, RR 494
 Champagner Sorbet 327 E, 785 A, 786 A, 787 A, 788 A, 789 A, 1198 A
 Chanel 682 A, 683 A
 ChariTea RR 53
 Chartered Institute of Patent Attorneys 41 A
 Checkbox-Mechanismus RR 56
 Chemische Fabrik Keussler 487 A, 488 A
 CHEMPOIL 37 A
 Chiemsee 53 ZR, 464 A
 Chiemseer RR 324
 Chlormethylierung 673 A
 Chris Revue 477 A
 Christian Louboutin/Van Haren 842 E, 1188 A
 Christian Wulff im Supermarkt 549 E
 Chronopost 50 ZR
 CHS Tour Services 890 A
 CIP Klausel RR 240, RR 496
 Cistus Incanus 451 A
 CIVIC/Aldi 327 E, 1198 A
 Clean Label RR 54
 Clever + Partnerprogramm RR 50
 Cloud
 Unzulässiges Zurverfügungstellen von in „Cloud“ gespeicherten Kopien von Fernsehprogrammen 68 E
 CNN International 233 A
 CoA RR 182, RR 183
 Codierte Daten 136 A, 666 A
 combit 44 A, 50 ZR, 161 ZR
 combit Software 44 A, 50 ZR
 compressor technologie 37 A
 Computernetzwerk Information 554 A
 Computerprogramm RR 3, RR 106, RR 181
 Computerspiel RR 185, 240 A
 Concurrence 164 ZR
 constantly challenging yourself RR 155
 CONVERSE I 231 A
 Cookie-Einwilligung 96 E
 Copolyester 673 A, 674 A
 Copolyester II 674 A
 Copydan 345 A, 347 A, 348 A
 Cordoba 226 A, 230 A, 232 A, 911 E, 996 A, 997 A, 998 A, 999 A, 1000 A, 1003 A
 Corioliskraft 562 A
 COSIMO RR 493, RR 494, RR 499, RR 503
 Coty 211 E, 359 A, 361 A, 362 A, 363 A, 364 A, 1109 A, 1200 A
 Couchtisch 1116 A
 Craniosakrale Osteopathie RR 483
 Creativ Commons-Lizenz RR 184
 Crimpwerkzeug IV 243 A, 664 A
 Cryptosporidium 977 A
 CT-Paradies 126 A, 374 ZR, 379 ZR
 Custodiol I 248 A, RR 394
 Custodiol II 248 A
 Cybersky 11 A, 1014 ZR

D

Dachbahnen-Produktion RR 402
 Daimler 126 A
 Darlegungslast (Marke) RR 194
 Damen Hose MO RR 409
 Damenhose MO RR 492, RR 493
 Dampfreinigungsgeräte 375 ZR
 Darjeeling 37 A, 38 A, 53 ZR
 Der EuGH schnürt Paket zur Gewährleistungsmarke: Gedanken zur „Baumwollblüte“ in „Darjeeling“ 53 ZR
 Das beste Netz RR 75
 Das Boot III RR 225
 Datenbank RR 236
 Datenrouting-Verfahren 765 A
 Datenschutz
 EuGH-Vorlage zu Anforderungen an Einwilligung bei Cookie-Setzung 96 E
 Gesetzesinitiativen gegen missbräuchliche DSGVO-Abmahnungen 1025 R
 Datenspeicherung
 Speicherung und Übermittlung personenbezogener Daten im Rahmen einer Arztsuche 636 E
 Datenverarbeitungssystem
 Unzulässiges Zurverfügungstellen von in „Cloud“ gespeicherten Kopien von Fernsehprogrammen 68 E
 Datenzugriff RR 115
 Davidoff Hot Water III 1059 E, 1196 A, RR 492, RR 504
 Davitas 118 A
 DAX 3 A, 4 A, 5 A
 DBO RR 495, RR 498, RR 503
 Dead Island 1012 ZR, 1013 ZR, 1014 ZR, 1016 ZR, 1017 ZR, 1018 ZR, 1020 ZR, 1044 E
 Debrisoft 40 A, 736 E, 1195 A
 Decondierungsanordnung RR 397
 Deichmann 1188 A
 Dekodiervorrichtung 769 A
 Dekor Sonoma Eiche RR 159
 Deliktgerichtsstand
 Der europäische Deliktgerichtsstand und die gewerblichen Schutzrechte 1107 A
 deluxe 31 A
 Demonstrationsschrank 581 A
 DEPERADOS 786 A
 Der blaue Engel 479 A
 Der neue SLK 119 A
 Der strauchelnde Liebling 477 A, 479 A
 Deroo Blanquart/Sony 890 A
 Derrick 236 A
 Design RR 143
 Aus der Rechtsprechung des BPatG im Jahr 2017 460 A
 Bestimmung des Schutzgegenstands bei unterschiedlichen Einzelabbildungen 725 E
 Beurteilung der Gestaltungsfreiheit zur Bestimmung der Eigenart und des Schutzzumfangs eines Designs oder Gemeinschaftsgeschmacksmusters RR 441
 Das Recht zur Abbildung geschützter Designs 1102 A
 Die Rechtsprechung zum Designrecht in den Jahren 2016 und 2017 682 A

- Eingeschränkter Schutzzumfang eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters 832 E
- Einordnung von Autofelgen als Bauelemente nach der „Reparaturklausel“ in der GGV 284 E
- Schutzgegenstand und einheitliche Erscheinungsform eines Designs 725 E
- Schutzgegenstand und Schutzzumfang eines Designs RR 321
- Schutzzumfang eines eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters RR 331
- Voraussetzungen eines Vorbenutzungsrechts 72 E
- Voraussetzungen für ausschließliche technische Bedingtheit eines Designs 612 E
- Voraussetzungen für Vorliegen der „Reparaturklausel“ in der GGV 1246 E
- Vorbenutzung im Designrecht 489 A
- Designpreis** RR 120
- Detox** 118 A
- Deutsche Parkinson Vereinigung** 120 A, RR 50
- Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e. V.**
- Beständeübersicht zum 31. 12. 2016 507 MT
- Geschäftsbericht 2016/2017 495 MT
- Stellungnahme der GRUR zum Projekt einer Haager Judgment Convention – Entwurfsfassung Mai 2018 1227 MT
- Stellungnahme der GRUR zum Weltweiten Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen im Rahmen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht („Judgment Convention“) 902 MT
- Protokoll der Sitzung des GRUR-Fachausschusses für den Schutz von Pflanzenzüchtungen am 27. 10. 2017 in Bonn 590 MT
- Protokoll der Sitzung des GRUR-Fachausschusses für Wettbewerbs- und Markenrecht zum Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) am 25. 4. 2018 in Berlin 705 MT
- Stellungnahme der GRUR zu dem EuGH-Vorlageverfahren „AMS Neve/Heritage Audio“ (C-172/18) 595 MT
- Stellungnahme der GRUR zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der VO (EG) Nr. 469/2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel vom 28. 5. 2018 1027 MT
- Stellungnahme der GRUR zur Verfassungsbeschwerde des Dr. Ingve Börn Stjerna gegen das Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19. 2. 2013 über ein Einheitliches Patentgericht 269 MT
- Stellungnahme des GRUR-Fachausschusses für Urheber- und Verlagsrecht zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie 713 MT
- Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der RL 2016/943/EU zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung 708 MT
- Deutsche Vernichtungslager in Polen** 1074 E
- Deutscher Balsamico** 848 E, 1198 A
- Dextro Energy** 117 A
- Dezentralisiertes Genehmigungsverfahren**
- Prüfung der Unterlagenschutzfrist des Referenzarzneimittels im dezentralisierten Genehmigungsverfahren 747 E
- DHL** 161 ZR
- DHL Express France** 52 ZR
- Dia-Rähmchen V** 777 A
- Diageo Brands** 1020 ZR
- Diagnose-Zentrum** 258 A
- Dialysekonzentrat** RR 319
- DiBa** RR 497, RR 498
- Die Besten II** 1214 A
- Die F.-Tonbänder** 1288 E
- Die Höhner** 226 A, 240 A, RR 61, RR 179, RR 180
- Die Päpstin** RR 185
- Die Realität II** 231 A, 1002 A
- Die Realität III** 231 A
- Die Vision** 463 A
- Digitales Buch** 175 E, 979 A
- Digitales Druckzentrum** 344 A
- Digitalisierung**
- Kontrolle der digitalen Werknutzung zwischen Vertrag und Erschöpfung 865 A
- Diglycidverbindung** 243 A, 247 A, 249 A, 664 A, 776 A
- Dimensione ua/Knoll** 1112 A
- DIN-Normen** RR 58, RR 178
- Dipeptidyl-Peptidase-Inhibitoren** 564 A, 663 A
- Directmedia Publishing** 579 A
- Direktmailing**
- Eingriff in Persönlichkeitsrecht 1178 E
- Dirlada** 581 A
- Disclaimer/PPG und Disclaimer/GENETIC SYSTEMS** 980 A
- DOCERAM** 265 ZR, 612 E, 896 A
- Domain-Pfändung** 1091 A
- Domainadresse** RR 70
- Donner** 362 A
- Doppelte Tarifgebühr** 26 A
- Doppelvertretung** 563 A, RR 272
- Dorzo** 42 A, 264 ZR, 265 ZR, 266 ZR, 267 ZR, 1201 A
- Doulier und Doke** 999 A
- DPMA**
- schließt Lücke zum medienbruchfreien Angebot 166 BB
- Nutzerforum des DPMA und Präsentation des WIPO Global Innovation Index 382 R
- Drehschwingungstilger** 670 A, 671 A
- Dreidimensionale Marke**
- Erforderliche Verkehrsdurchsetzung von dreidimensionalen Marken in der gesamten EU 1141 E
- Dringlichkeit** RR 95, RR 251
- Dringlichkeitsverlust** RR 27
- Drittanbieter**
- Privilegierte Markennutzung für Zubehör rechtmäßig in Verkehr gelangter Waren von Drittanbietern RR 450
- Drouot** 162 ZR
- Drucker und Plotter** 346 A, 349 A, 357 A
- Drucker und Plotter II, PC II** 344 A
- Druckmaschinen-Temperierungssystem I** 984 A
- DS-GVO**
- Schutz der Privatsphäre von Domaininhabern unter Geltung der DS. GVO 166 BB
- DSL StarS** RR 55
- Due Diligence** RR 27
- Dünnbramme II** 1117 A
- DüsseldorferCongress** 1188 A
- Duijnstee** 1113 A
- Durchgriffsanspruch** 578 A
- Duschabflussrinne** 684 A, 686 A, 687 A, 691 A, RR 322, RR 323, RR 441
- Schutzgegenstand und Schutzzumfang eines Designs RR 321
- Dynamische Dokumentengenerierung** 575 A, 1090 A
- Dyson/BSH** 940 E

E

- E-Mail-Header RR 304
- E-Mail-Rundschreiben zur Hotelbewertung RR 56
- E-Mail-Werbung
E-Mail-Versendung an kostenlos registrierte Partnerschaftsbör-
senmitglieder RR 369
- East Side Gallery 225 A, 227 A, 235 A, 236 A
- Easy Sanitary Solutions 682 A
- Ebay
Anwendbarkeit der PAngV für Minigaleriebild bei einem auf
Ebay eingestellten Verkaufsangebot RR 526
- EBD Evangelische Bank Deutschland 462 A
- eBook-AGB 868 A, 876 A, 877 A
- Ecclesia-Versicherungsdienst 795 A
- Ecosoil 134 A
- eDate Advertising u. Martinez 163 ZR, 366 A, 1110 A, 1111 A,
1112 A
- Editorial II 1214 A
- EGEDA 343 A, 345 A, 347 A, 348 A
- Ehefrau im Bauamt RR 53
- Ehrenkodex RR 54
- Eigenbetrieb Friedhöfe 113 A, 114 A, 127 A, 196 E
- Eigentumsübertragung RR 240
- Eignungsaussage RR 34
- Eignungsscheck RR 305
- Eilverfahren
Kein vom Unterlassungsgebot umfasster Rückrufanspruch im Eil-
verfahren 855 E
- Einbindung rechtswidrig zugänglich gemachter Lichtbilder RR 97
- Einfuhr
Paralleleinfuhr von in das Zolllagerverfahren überführte Gabel-
stapler 917 E
- Einkaufsgutschein 259 A
- Einkaufswagenchip 682 A, 685 A, 687 A, 693 A
- Einräumung von Nutzungsrechten
Urheberrechtsstreit nur bei Notwendigkeit spezialisierten Sach-
verständes RR 405
- Einspruchsverfahren
Berechtigtes Einsprechen im Einspruchsverfahren 216 E
- Eintragungshindernis
Kein Eintragungshindernis für auf Schuhsohle aufgebrauchte
Farbe als Marke 842 E
- Einwendungen
Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent-
und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 397
- Einwilligung
Voreinstellungen der Nutzerkonten eines sozialen Netzwerks
RR 372
Wirksame Verbrauchereinstellung in Kontaktaufnahme zur
Werbezwecken 545 E
How to Do Things with Code 350 A
- Eis am Stiel RR 489, RR 490, RR 497
- Eisenpräparat RR 486
- Elektroarbeiten 792 A
- elektronische Werbeanzeige 755 E
- Elektronischer Pressespiegel 22 A
- Eli Lilly v. Actavis Switzerland 241 A, 254 A, 556 A, 662 A
- Eli Lilly/HGS 662 A, 665 A
- Eligard 40 A
- Elite Taxi 122 A, 308 E
- Elsevier
– kappt Zugang zahlungsunwilliger Forschungseinrichtungen
901 R
- Elternbriefe 798 A
- Elvis Presley RR 183
- Emil-Grünbär-Club 1212 A
- Energieausweis 438 E
- Energieeffizienzklasse II 119 A
- Energieträger in Immobilienanzeige RR 52, RR 55
- Energieverbrauchskennzeichnung 119 A
- Energieverbrauchskennzeichnung im Internet 119 A
- Enforcement
Rechtsdurchsetzung von Persönlichkeitsrechten 365 A
- Enkelgesellschaft 47 A
- Entertain 128 A
- Entfernung der Herstellernummer 260 A, 261 A
- Entstellung des Werkes RR 61
- Erfindung
Rechtsprobleme einer Miterfindung nach dem Arbeitnehmererfin-
dungsgesetz 670 A
- Erfrischungsgetränk RR 400
- Erfundenes Exklusivinterview 1024 ZR
- Erklärvideo RR 501
- Erkrankung des Geschäftsführers 1283 E
- Erledigungserklärung
Auswirkungen der Erledigungserklärung im Verfahren der Nicht-
zulassungsbeschwerde 335 E
- Ernährung der Collagenstränge RR 166
- Ernst Kneidinger 682 A, 683 A, 684 A, 685 A
- Eröffnungswerbung 259 A
- Error Fares RR 302
- Ersatz-Taxi RR 199
- Ersatzteilgeschäft
Privilegierte Markennutzung für Zubehör rechtmäßig in Verkehr
gelangter Waren von Drittanbietern RR 450
- Ersatzteilinformation 955 E
- Erschöpfung RR 240
– bei parallelimportierten Medizinprodukten mit PZN-Aufkle-
bern 1151 E
– des Markenrechts bei Förderung eines Gesamterscheinungsbilds
für Flaschen 191 E
Fehlende Erschöpfung bei Vertrieb von Luxuswaren über Online-
plattform und SB-Kaufhaus RR 335
Kontrolle der digitalen Werknutzung zwischen Vertrag und Er-
schöpfung 865 A
- Erstcoloration 260 A
- Erzwingung von Unterlassung und Duldung
Reichweite eines gerichtlichen Verbots der Suchwortverwendung
für Google-Anzeigen RR 390
- Erzwingung von Unterlassungen und Duldung RR 46
- Escitalopram 564 A
- ESN RR 501
- ESZ
Nachträgliche Korrektur des Ablaufdatums eines ESZ 602 E
Voraussetzungen zur Erteilung eines ESZ 388 E
- Etikettierung
Anforderungen an Etikettierung oder Kennzeichnung von Textil-
erzeugnissen 1061 E
- eTPU 697 A

ETSI-Standard

Die FRAND Erklärung – Anwendbares Recht, Rechtsnatur und Bindungswirkung am Beispiel eines ETSI-Standards 128 A

EuGH-Vorlage

- zu Anforderungen an Einwilligung bei Cookie-Setzung 96 E
- zu ergänzenden Schutzzertifikaten für Arzneimittel 281 E
- zu möglichen Kommunikationsmitteln bei Abschluss von Fernabsatzverträgen 100 E
- zu Ursprungsangabe von Lebensmitteln 104 E
- zur Erstreckung einer Gesamtbezeichnung als g. g. A. auf einzelne nicht geografische Begriffe 848 E
- zur Erteilung eines ESZ bei nationaler Zulassung einer Medizinprodukt-Arzneimittel-Kombination 64 E
- zur Frage der elektronisch weiterverarbeitbaren Bereitstellung von Kfz-Teile-Daten für unabhängige Marktteilnehmer 955 E
- zur Frage der missbräuchlichen Nutzung eines Testsiegels 617 E
- zur Frage der Verwendungsform einer Marke 932 E
- zur Frage des Anbietens von markenrechtsverletzender Ware durch Lagerhalter 1059 E
- zur Frage des „Beifügens“ von Verweisen auf gesundheitsbezogene Angaben 959 E
- zur Haftung einer Internetvideoplattform für Urheberrechtsverletzungen 1132 E
- zur Haftung eines Sharehosting-Dienstes für urheberrechtsverletzende Inhalte 1239 E

EUIPO

Audiovisueller Jahresrückblick 2017 online 801 R

Euphrat RR 154

Europamur/Regionalverwaltung 303 E

Everytime we touch 16 A, 17 A, 237 A

EWG-Baumusterprüfung 796 A

Ex-RAF Terroristin 374 ZR, 375 ZR, 379 ZR

ex-works RR 496

EXIF-Daten RR 182, RR 183

externe Festplatten 235 A, 241 A, 342 A, 343 A, 345 A, 346 A, 347 A, 348 A

Extra Heft RR 520

Extraportion Vitami C RR 86

Exzenterzähne 1 A, 2 A, 697 A, 698 A, 699 A

Exzenterzähne 2.0 697 A

Exzenterzähne II 700 A, 701 A, 702 A

Exzenterzähne III 702 A, 703 A

F**Facebook**

Nutzung eines Facebook-Bildes für Internet-Pranger RR 528

Öffentliche Zugänglichmachung in geschlossener Facebook-Gruppe RR 406

Facebook-Post RR 171

Facebook-Posting für Pkw RR 52, RR 55

Fachanwalt im Marken-, Wettbewerbs- und Urheberrecht RR 263

Fachanwaltstitel RR 263

Fachinformation RR 212

Fachkreiswerbung RR 31

Fachmann

Heranziehung einer bestimmten technischen Lösung durch Fachmann 509 E

Heranziehung eines zum allgemeinen Fachwissen zählenden Lösungsmittels 716 E

Zweckbestimmung der Definition des Fachmanns 390 E

Fachpublikation RR 105

Fack Ju Göthe RR 146

Fahrrad-Lastenanhänger RR 55

Falsche Suchrubrik RR 5

Faltenglätter 1215 A

Farbe

Kein Eintragungshindernis für auf Schuhsohle aufgebrachte Farbe als Marke 842 E

Farbmarke Sparkassen-Rot 403 E, 1199 A

Farbversorgungssystem 978 A

Heranziehung einer bestimmten technischen Lösung durch Fachmann 509 E

Farmitalia 658 A, 659 A

Fash 2000 RR 3

Fassadenarbeiten 1202 A

Federschirmleuchte 700 A

Fehlangaben im Impressum RR 52, RR 55

Fehlvorstellung

Irreführungsvorwurf im Hinblick auf Herkunft eines Bieres RR 381

Feld und Wald II 257 A

Feldmausbekämpfung 605 E

Felsquellwasser RR 497

Fermur-Teil 2 A, 698 A, 699 A

Fernabsatzvertrag

EuGH-Vorlage zu möglichen Kommunikationsmitteln bei Abschluss von Fernabsatzverträgen 100 E

Fernbedienung für Videospielkonsole 47 A, 691 A, 692 A, 693 A, 1102 A, 1105 A, 1106 A

Fernsehansagerin 1024 ZR

Fernsehköchin 480 A

Fernsehprogramm

Unzulässiges Zurverfügungstellen von in „Cloud“ gespeicherten Kopien von Fernsehprogrammen 68 E

Fernwärmeversorgung RR 113

Ferreira 346 A, 349 A

Ferring 39 A

Fertigkapseln RR 297

Festnetztarif RR 24

Festplatte 343 A

Festschrift

Kreativität und Charakter – Festschrift für Martin Vogel zum siebenzigsten Geburtstag. Recht, Geschichte und Kultur in schöpferischen Prozessen (Studien zum gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht, Bd. 138) 280 BB

Festsetzung bei Sparkasse-Rot 48 A

Feststellungsklage RR 18

Negative Feststellungsklagen und Torpedos 893 A

Festzins Plus 320 E

Feuer, Eis & Dynamit I 1212 A

Feuerstättenbescheid RR 50

Figaros Hochzeit 5 A, 259 A

File-Hosting-Dienst 11 A

Filesharing RR 185, RR 186, RR 505

Gesamtwirkung von Erfüllungsleistungen durch Mittäter RR 444

Kein Beweiserhebungsverbot bei Auskunft zum Filesharing 189 E

Keine Haftungsbefreiung für Familienmitglieder bei Filesharing 1234 E

Umfang der Darlegungslast bei Nutzung des Internetanschlusses durch eine Vielzahl Dritter RR 507

Film-Werbeveranstaltung 258 A

Filmaufnahmen aus Bio-Hühnerstall 648 E

Filmproduktion RR 225

Filmspieler 874 A

Filmtitel RR 146

filtpoker.net 1216 A

Fimenschlagwort

Geringe Kennzeichnungskraft eines Firmenschlagworts für Regelungstechnik RR 411

Firmenrufnummer 795 A

Fischbissanzeiger 978 A

fishtailparka 15 A

FITNESS 1199 A, RR 283

Fixtures-Fußballspielpläne I 578 A

Fixtures-Fußballspielpläne II 578 A

Flammpunktprüfungsvorrichtung 1037 E

Flappe 1213 A, 1214 A, 1217 A

Flaschendispenster 490 A

Flootek 893 A

FLT3-Gentest 1098 A

Flügelradzähler 981 A

Flüssigkeitsprüheinrichtung RR 394

Flughafen-Taxihalteplatz RR 51, RR 57

Flugpreisangabe 121 A

Flugpreise 305 E

Flugticket RR 302

Flugvermittlung im Internet 7 A

Fluidspeicher RR 404

Förderrinne 264 ZR, 981 A

Folien Fischer 893 A

Football Association Premier League 24 A, 234 A

for you 461 A

Ford/Wheeltrims 1103 A

Form eines Lautsprechers 566 A

form-strip II 516 E, 1193 A, 1194 A

Formel 1 Feuerzeug RR 194, RR 497, RR 498

Formmerkmal

Schutzfähigkeit wegen haptischen Sinneseindrucks eines wesentlichen Formmerkmals 411 E

Formsand II 983 A

Formstein 987 A

formunwirksamer Lizenzvertrag 762 A, 992 A

Forum-Beitrag RR 168

Fotoabzüge RR 73

Framingschutz 1055 E

FRAND 582 A, RR 397

Die Bestimmung des FRAND-Lizenzsatzes für SEP 136 A

Die FRAND Erklärung – Anwendbares Recht, Rechtsnatur und Bindungswirkung am Beispiel eines ETSI-Standards 128 A

Einschaltung von Schiedsgerichten zur Bestimmung der FRAND-Konditionen 145 A

SEP-Lizenzen – ein Fall für die Gesamtgläubigerschaft 666 A

Systematik und Anwendung des kartellrechtlichen Zwangslizenz-einwands nach „Huawei/ZTE“ und „Orange Book“ 761 A

Wer bestimmt, was FRAND ist? 582 A

FRAND-Erklärung 129 A

FRAND-Obliegenheiten RR 273

Frankiermaschine RR 27

Freies W-LAN 721 E, 1012 ZR

Freifunker RR 507

Freiheit (unternehmerische)

Die wesentliche Information in § 5a II UWG 886 A

Freiherr von Göhler 474 A

Freistaat Bayern 578 A

Fremdvermarktung

Werbung mit Abbildungen von Personen des öffentlichen Interesses im Spannungsfeld von Individual- und Allgemeininteresse 476 A

Frequenzwechsel RR 133

Freunde werben Freunde 115 A, 120 A

Fronthaube 899 ZR

Fruchtsaftbären RR 176

Fünf-Streifen-Schuh 473 A, 1198 A

Fun-Fabrik 1214 A

Fundstellenangabe RR 120

Funkkommunikationssystem 669 A, 766 A

Funkstation 766 A, 767 A, 769 A, 864 (Ls.), RR 273, RR 397, RR 398, RR 399

Erfüllung der FRAND-Obliegenheiten erst im Verletzungsverfahren 864 (Ls.)

Funkuhr II 983 A

Fußnotentext RR 24

G

Gabelstapler I 568 A

Gamet 683 A, 684 A, 686 A

Garant RR 6

Garantie

Informationspflichten bei Garantieangaben RR 352

Gartenliege 701 A

Gasser 894 A

GAT 338 A, 1113 A

Gauff RR 492, RR 500

Gebrauchsgegenstand RR 248

Gebrauchsmuster

Kein Gebrauchsmusterschutz für Verfahren 605 E

Gebühren für Teilanmeldung I 557 A

Gebühren für Teilanmeldung II 557 A

Gebührenfreiheit

Irreführende Werbung für Gebührenfreiheit eines Girokontos RR 434

Gebührenindizien für Missbrauch RR 5

Geburtstagszug 1102 A

Gedächtnisprobleme RR 167

Gefälschte Goldbarren RR 496, RR 504

Gefäßgerüst 627 E

Gegendarstellung

Anspruch auf Gegendarstellung trotz unterlassener Stellungnahme vor Berichterstattung 851 E

Ungerechtfertigte Verpflichtung zum Abdruck einer Gegendarstellung und Pressefreiheit 631 E

Gegenstandswert

– der anwaltlichen Tätigkeit im patentrechtlichen Rechtsbeschwerdeverfahren 654 E

Gehäusekonstruktion 673 A

Geheimhaltung

Kein der Akteneinsicht entgegenstehendes schutzwürdiges Geheimhaltungsinteresse des Privatgutachters 444 E

Geheimnisverrat

Reichweite des Unterlassungsanspruchs wegen Verbots der Fruchtzüchtung aus Verletzung von Betriebsgeheimnissen 535 E

Unzulässige Werbung mit durch Verletzung von Betriebsgeheimnissen erlangter Marktführerschaft 541 E

Geistiges Eigentum

Effektive Rechtsdurchsetzung geistigen Eigentums durch Verwertungsgesellschaften 921 E

Kooperation mit China zum Schutz geistigen Eigentums 268 R

Gelbe Wörterbücher 1192 A**Gelbe-Seiten** 572 A**Gelbes Dreieck** RR 489, RR 491, RR 493, RR 495, RR 496, RR 504**gelbevideos** RR 502**GEMA** RR 184**Gemeinderatsbeschluss** 794 A**Gemeinkostenanteil** 27 A**Gemeinschaftsgeschmacksmuster**

Schutzumfang eines eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters RR 331

Gen-Diät RR 176**Genehmigung**

Genehmigungspflicht für Beförderung von Patienten mit multi-resistenten Keimen RR 471

Generalvorsatz RR 392**Generika**

Schutzbereich von Second Medical Use-Patenten II 449 A

Generikum 249 A, 250 A**genetische Stoffwechselanalyse** RR 156**Geografische Angaben**

Abschließende Schutzregelung der Verordnung von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben 89 E

Anforderungen an unzulässige „Anspielung“ auf geografische Angaben 843 E

Freihaltebedürfnis für Zeichenkombination mit Wortbestandteil mit geografischem Herkunftshinweis RR 249

Irrführungsvorwurf im Hinblick auf Herkunft eines Bieres RR 381

„Neuschwansteiner“ oder die Mär vom schlosskundigen Verbraucher RR 324

Verletzungstatbestände bei geschützten geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnung 784 A

Geordnete Rechnungslegung RR 272**Gepäckpresse** 492 A**Geprüfter Massagepraktiker** RR 257**Geräteabgabe** RR 6**Geräteimport** RR 6**Gerichtliche Zuständigkeit**

Urheberrechtsstreit nur bei Notwendigkeit spezialisierten Sachverständigen RR 405

Gerichtsstand

Negative Feststellungsklagen und Torpedos 893 A

Germania 3 679 A**Gerolsteiner Brunnen** 52 ZR, 53 ZR**Gesamtbezeichnung**

EuGH-Vorlage zur Erstreckung einer Gesamtbezeichnung als g. g. A. auf einzelne nicht geografische Begriffe 848 E

Gesamtgläubigerschaft

SEP-Lizenzen – ein Fall für die Gesamtgläubigerschaft 666 A

Gesamtvertrag 343 A**Gesamtvertrag PCs** 241 A, 342 A, 343 A, 345 A, 346 A, 347 A**Geschäftliche Handlung** RR 49, RR 155

Die Tätigkeit der öffentlichen Hand als geschäftliche Handlung im UWG 791 A

Zulässige Übertragung von Bestattungen durch Gemeinde auf Eigenbetrieb 196 E

Geschäftsbezeichnung RR 197**Geschäftsführerhaftung** 11 A

Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Patent- und andere Immaterialgüterrechte 8 A

Geschmacksmuster

Beurteilung der Gestaltungsfreiheit zur Bestimmung der Eigenart und des Schutzzumfangs eines Designs oder Gemeinschaftsgeschmacksmusters RR 441

Eingeschränkter Schutzzumfang eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters 832 E

Geschmacksmusterschutz RR 143**Geschützte Werke** RR 140**Gestattungsanordnung** RR 392**Gestörter Musikvertrieb** 47 A**Gestricktes Schuhoberteil** 978 A**Gesundheitsbezogene Angaben** RR 89, RR 166, RR 167

EuGH-Vorlage zur Frage des „Beifügens“ von Verweisen auf gesundheitsbezogene Angaben 959 E

Unzulässige gesundheitsbezogene Werbung für alkoholisches Getränk 1266 E

Gesundheitszustand von Prinz Ernst August 480 A**Getarnte Link-Werbung** 1213 A, 1214 A**Getränkieförderungen am Sonntag** RR 52**Gewährleistungsmarke**

Der EuGH schnürt Paket zur Gewährleistungsmarke: Gedanken zur „Baumwollblüte“ in „Darjeeling“ 53 ZR

Gewerblicher Rechtsschutz

Münchener Anwalts-Handbuch Gewerblicher Rechtsschutz, 5. überarb. Aufl. 169 BB

Prozesskommentar zum Gewerblichen Rechtsschutz, ZPO mit spezieller Berücksichtigung des Marken-, Patent-, Gebrauchsmuster-, Design-, Urheber- und Lauterkeitsrechts sowie des UKlaG, 2. erw. Aufl. 1230 BB

Gewerkschaftsführer 1288 (Ls.), RR 532**Gewinn-Zertifikat** 257 A**Gewinnabschöpfung** RR 57

– bei unzulässig überhöhten Schadenspauschalen RR 431

Berechnung der Höhe des Gewinnabschöpfungsanspruchs 1071 E

Rechtsmissbrauch durch von Prozessfinanzierer finanzierte Gewinnabschöpfungsklage trotz Zustimmung des Bundesamts 1166 E

Gewinne aus Rücklastschriften RR 57**Gewinnherausgabe**

Kontrolle oder nachlaufender Rechtsschutz – wohin bewegt sich das Urheberrecht 21 A

Gewinnspiel 258 A**Gewohnt gute Qualität** 740 E**Gillette Company/LA-Laboratories** 1105 A, 1106 A**Girls Mütze Isha** RR 490, RR 491, RR 494, RR 498, RR 504**Girobest** RR 166**Girokonto**

Irrführende Werbung für Gebührenfreiheit eines Girokontos RR 434

Glasfasern I 977 A**Glasfasern II** 8 A, 11 A, 449 A, 450 A, 983 A**Glasmagnetboard** 695 A, 696 A**Glatirameracetattherapie** RR 403

- Glen Buchenbach 784 A, 785 A, 786 A, 787 A, 788 A, 843 E, 1198 A
- Gliedermaßstäbe 897 A
- Glockenpackung 259 A
- Glücksball-Festival 258 A
- Glückskäse 42 A, 43 A
- Gözze 34 A, 41 A, 53 ZR, 54 ZR, RR 490
- goFit 935 E, 1110 A, 1185 A, 1190 A, 1197 A
- Goldbären 5 A
- Goldene Sterne RR 54
- Goldhase mit rotem Band 566 A, 567 A
- Goldkehlchen 473 A
- Goldschmied RR 181
- GOOD NEWS I 1224 A
- GOOD NEWS II 114 A, 156 A, 158 A
- Good News II 1214 A
- GOOD NEWS II 1217 A, 1219 A
- Google und Google France 1121 ZR
- Google-Textausschnitt 353 A, 355 A
- Google-Snippets 356 A
- Gothaer Allgemeine Versicherung 894 A
- GPL-Lizenz RR 184
- GPL-Verstoß RR 4
- GPLv2 RR 11
- GPRS-Zwangslizenz 669 A
- Green-IT 866 A, 873 A, 876 A, 879 A
- Grilled Steaks-Kartoffelsnacks RR 292
- Große Sonderverlosung 1214 A
- Großhandelszuschläge 120 A, 127 A
- Gründungsaufwurf CDSU RR 219
- Grüne Woche II 121 A, 943 E
- Grundpreisangabe RR 297
- Fehlende Grundpreisangabe bei fertigverpackten Kaffeekapseln RR 424
- GS Media 21 A, 23 A, 226 A, 227 A, 231 A, 232 A, 353 A, 997 A, 998 A, 999 A, 1001 A
- GSM-Standard 667 A
- Gubisch 895 A, 897 A
- Günther Wildanger (Nachruf) 58 MT
- gummielastische Masse I 670 A
- gummielastische Masse II 670 A, 671 A
- Gurtstraffer 1128 E
- Gussteile 896 A
- Gute Sitten RR 146
- Gutschein
- Zugabe von Gutscheinen beim Verkauf rezeptpflichtiger Arzneimittel 208 E
- GWB-Novelle
- Die 9. GWB-Novelle 508 BB
- H**
- Haftetikett 674 A
- Haftung
- des Anschlussinhabers für Urheberrechtsverletzungen über ungesichertes WLAN 1044 E
- eines Reisebüros für unzureichende Preisangaben in Reiseprospekt RR 351
- Die Haftung allgemeiner Zugangsprovider auf Website-Sperren 1016 ZR
- Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Patent- und andere Immaterialgüterrechte 8 A
- EuGH-Vorlage zur Haftung einer Internetvideoplattform für Urheberrechtsverletzungen 1132 E
- EuGH-Vorlage zur Haftung eines Sharehosting-Dienstes für urheberrechtsverletzende Inhalte 1239 E
- Fortentwicklung der Haftung für Internetanschlüsse 16 A
- Keine Haftungsbefreiung für Familienmitglieder bei Filesharing 1234 E
- Störerhaftung des Accessproviders bei Urheberrechtsverletzungen 1050 E
- Störerhaftung für Access-Provider reloaded 1012 ZR
- Half Life 2 868 A
- Halzband 16 A, 18 A
- Handfugenspistole 311 E
- Handover 763 A
- Handtaschen 6 A
- Hang-Tag Think Green RR 446, RR 491, RR 503
- Hansson 26 A, 27 A, 47 A, 1114 A
- Hard Rock Cafe 2 A
- Hartplatzhelden.de 5 A, 260 A
- Hashtag 153 A, 158 A, 1213 A
- Haubenstreichautomat RR 395, RR 402
- Hauck/Stokke (Kinderstuhl) 3 A, 566 A, 567 A, 569 A, 570 A
- Hauck/Tripp Trapp RR 489
- Haus der Jugend 792 A
- Haustürgeschäft RR 73
- HBV Familien- und Wohnungsrechtsschutz 259 A
- Health-Claim-VO
- Anwendbarkeit der Übergangsregelung der Health-Claim-VO auf Bach-Blüten-Produkte 206 E
- Hecht Pharma 484 A, 487 A, 488 A
- Heidelberger Bauchemie 3 A
- Heilmittel RR 31, RR 85
- Heilpraktiker für Psychotherapie RR 54
- Heimliches romantisches Treffen RR 487
- Heizkessel RR 396, RR 397
- Heizstrahler 695 A
- Hejduk 164 ZR
- Hemdblusenkleid 7 A
- Henkel 567 A, 898 ZR
- Herkunftstäuschung RR 43
- Nachschaffende Leistungsübernahme technischer Merkmale eines Konsumguts RR 473
- „Neuschwansteiner“ oder die Mär vom schlosskundigen Verbraucher RR 324
- Herrenreiter 477 A, 478 A, 480 A
- Herrnhuter Stern 4 A
- Herstellerangaben auf Kopfhörer 119 A, RR 53
- Herzklappen 988 A, 991 A, 993 A
- Hexavalenter Impfstoff 719 E
- Hhole (for Mannheim) RR 179
- Hi-Hotel I 362 A, 1108 A
- Hi-Hotel II 1108 A

- Hinterbliebenenrente 380 ZR
Hintergrundmusik in Zahnarztpraxen 608 E
Hirschkuss RR 494, RR 499, RR 503
HMB-Sportlernahrung RR 89
Hobbythek I 1216 A
Hochfrequenzanteil 766 A, 767 A
Hochzeitsrabatte 381 ZR
Hörbuch-AGB 868 A, 869 A, 876 A, 877 A
Hörfunkprogramm RR 133
Hörgeräteausstellung 119 A, 120 A, 891 A
Hörzentrum RR 197
Hohlfasermembranspinnanlage II 1161 E
Home Company RR 345
Homebase RR 491, RR 493, RR 495
HomeCompany RR 493, RR 494, RR 499
Homeserver RR 24
Hooligan-Tätowierung RR 171
Host-Provider RR 168
Hot Sox 23 A, 25 A, 44 A, 126 A, 374 ZR
HOTEL MARITIME 1109 A, 1112 A
Hotelgutschein 258 A
HSA FREI RR 27
Huawei Technologie 28 A, 128 A, 132 A, 140 A, 145 A, 147 A, 582 A, 666 A, 668 A, 669 A, 761 A, 763 A, 764 A, 765 A, 766 A, 767 A, 768 A, 770 A, 771 A, 987 A, 993 A, 994 A, RR 273
Hudson RR 339, RR 490, RR 491, RR 497, RR 499
Hummel Holding 47 A
Hunde-Gentest 1098 A
Hundebild 685 A
Hydroxyridin 456 A, 458 A
Hygienesiegel RR 52
- I**
- ICE 1103 A, 1104 A
Ichthyl II RR 492
ICON 3 A, 5 A, 6 A
Idarubikin I 659 A
Ideal Standard II 1122 ZR
Identität
Eine Frage der rechtserhaltenden Benutzung und die Identität der Unterscheidungskraft der Marke 264 ZR
Identitätsdiebstahl 1118 A
Imidazoline 777 A
Imitationswerbung 4 A
Immateriälgüterrecht
Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Patent- und andere Immaterialgüterrechte 8 A
– in der Welt von Blockchain und Smart Contract 1089 A
Künstliche Intelligenz – Herausforderungen für das Immaterialgüterrecht 574 A
Immobilienanzeige
Energieverbrauchsangaben in Immobilienanzeige von Maklern als wesentliche Informationen 438 E
Impfstoff III 162 ZR
IMS 762 A
IMS Health 880 A
Incyte Corporation/Amt 602 E
Influencer
– Marketing – Rechtlicher Rahmen und Regulierungsbedürfnis (Teil 2) 1218 A
– Marketing – Regulierung und Konsequenzen seiner Anwendung (Teil 1) 1211 A
Schleichwerbung durch Influencer Marketing 1206 A
Influencer Marketing
Kennzeichnung von werblichen Beiträgen im Online-Marketing 153 A
Infopaq 21 A, 490 A, 896 A
Information
Der derivative Informationsschutz nach § 9 S. 2 Nr. 3 PatG 1096 A
EuGH-Vorlage zur Frage der elektronisch weiterverarbeitbaren Bereitstellung von Kfz-Teile-Daten für unabhängige Marktteilnehmer 955 E
Keine irreführende Unterlassung bei fehlenden Informationen über Testbedingungen auf Produktetikett 940 E
Kfz-Werbung auf nicht audiovisuellem Mediendienst ohne erforderliche Pflichtangaben nach Pkw-EnVKV 1258 E
Informationsanspruch
Aktuelle Rechtsprechung zum Schutz des Urheberrechts bei Informationsansprüchen 780 A
Informationsaufzeichnungsmedium 145 A, 766 A, 768 A, 769 A
Informationsdefizit RR 299
Informationspflicht
– bei Garantieangaben RR 352
Die wesentliche Information in § 5a II UWG 886 A
Notwendige Darstellung der Kostenfaktoren in Ankündigung einer Preisänderung RR 454
Inkasso
Keine aggressive geschäftliche Handlung durch Schreiben eines Inkassounternehmens 1063 E
Innensohle 695 A, 696 A
Innoweb 579 A
Insichgeschäft
Missbrauch der Vertretungsmacht des GmbH-Geschäftsführers beim Insichgeschäft 297 E
Instagram-Auftritt RR 155
INTER CONTROL RR 411, RR 504
interaktive Kinderwerbung 1214 A
INTERCONNECT 267 ZR
INTERCONTRAL RR 499
Interessenabwägung bei Eingreifen des Zitatrechts RR 62
Internationale Zuständigkeit RR 149
Internationales Automobilunternehmen RR 222
Internationales Baumwollzeichen 40 A, RR 193, RR 490
Internet RR 122
Internet-Versteigerung I 376 ZR, 1118 A, 1119 A
Internet-Versteigerung II 376 ZR, 1118 A, 1119 A, RR 183
Internet-Versteigerung III 376 ZR, 450 A, 453 A
Internet-Videorekorder I RR 180, 231 A, 235 A, 367 A
Internet-Videorekorder II RR 180
Internet-Werbung
Notwendiger Inhalt eines Vertrags über Internet-Werbung RR 385
Internetanschluss
Fortentwicklung der Haftung für Internetanschlüsse 16 A
Internetforum 642 E, 1214 A, RR 168
Internethandel
Anforderungen an den Begriff des „Gewerbetreibenden“ 1154 E

- Bestimmung der internationalen Zuständigkeit bei rechtsverletzenden Warenverkäufen über Internetseite 84 E
- Verwendung von Marken innerhalb einer in Internethandelsplattform eingebetteten Suchfunktion 924 E
- Verwendung von Unternehmenskennzeichen innerhalb einer in Internethandelsplattform eingebetteten Suchfunktion 935 E
- Zulässigkeit eines pauschalen Internet-Plattformverbots im selektiven Vertrieb 1171 E
- Internetnutzungsberechtigung** RR 187
- Internetportal** RR 140, RR 304
- Internetpranger II** RR 528
- Internetspiel** RR 115
- Internetsuchmaschine**
- Umfang der Prüfungspflicht des Betreibers einer Internetsuchmaschine bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen 642 E
- Internettauschbörse**
- Abmahnkosten gegen nichtverantwortlichen Anschlussinhaber als ersatzfähiger Schaden 914 E
- Erstreckung des Leistungsschutzrechts des Filmherstellers auf Dateifragmente 400 E
- Internetverkaufsplattform** RR 151
- Internetversandhandel**
- Kein „direkter“ Verkauf an Endverbraucher 745 E
- Intrakardiale Pumpvorrichtung** 563 A
- IP-Gesamtstrategie der Europäischen Kommission** 58 R
- Irbesartan** 660 A
- Irina Nikolajeva** 27 A
- irische general partnership** RR 394, RR 401, RR 403
- Irreführende geschäftliche Handlungen** RR 23, RR 24, RR 53, RR 75, RR 81, RR 156, RR 159, RR 163, RR 166, RR 197, RR 246, RR 251, RR 257, RR 292, RR 295
- Anforderungen an Bestimmung des Klagegrunds bei Unterlassungsantrag 203 E
- Anforderungen für Annahme einer Mogelverpackung 431 E
- Bewerbung eines homöopathischen Arzneimittels mit seit langem bekannten Wirkstoff als neues Produkt RR 372
- Blickfangmäßig beworbene Rabattaktion für Möbelkategorien RR 367
- Irreführende Blickfangangaben bei wirtschaftlich bedeutsamen Erwerbsvorgang 320 E
- Irreführende Werbung für Gebührenfreiheit eines Girokontos RR 434
- Irreführung über Zugehörigkeit einer Produktkategorie als wesentliches Merkmal einer Ware 1263 E
- Irreführungsvorwurf im Hinblick auf Herkunft eines Bieres RR 381
- Rückzahlungspflichten von Pauschalbeträgen für Pfändungsbearbeitung RR 428
- Veröffentlichung einer Rezeptsammlung als „Extra Heft“ einer Illustrierten RR 520
- Werbung für Rechtsanwaltsmandate mit Kostenfreistellungserklärung eines Dritten RR 356
- Werbung für Zahnarztpraxis mit Bezeichnung „Praxisklinik“ RR 365
- Werbung mit Testergebnis der Stiftung Warentest im Rahmen eines Nassrasierer-Test 1066 E
- Irreführung** RR 34
- Irreführung durch Unterlassen** RR 55, RR 106, RR 120, RR 259, RR 299
- Anforderungen an für Verbraucher wesentliche Informationen in Angebot 324 E
- Energieverbrauchsangaben in Immobilienanzeige von Maklern als wesentliche Informationen 438 E
- Falsche Namensnennung eines für den Unternehmer anrufenden Mitarbeiters 950 E
- Informationspflichten bei Garantieangaben RR 352
- Irreführender Preisnachlass in Arzneimittelwerbung 199 E
- Isentress II** 803 E
- Isha** RR 492
- isolierte Kostenbeschwerde** RR 402
- ITM** 125 A
- ITV Broadcasting** 232 A, 234 A
- IWG**
- Informationsweiterverwendungsgesetz: IWG. Kommentar 715 BB

J

- Japanischer Kosmetik Hersteller** RR 335, RR 497
- Jeanshose mit V-Naht** RR 207
- Jetzt große Neueröffnung** RR 55
- Jugendgefährdende Medien** RR 3
- Junek Europ-Vertrieb/Lohmann & Rauscher International (Debrisoft)** 736 E

K

- Kabelanschlussentgelt** RR 181
- Kabelfernsehanlage Redifussion I** 233 A
- Kälte- und Klimatechnik** RR 500
- Kaffeekapsel** RR 424
- Kaffeekapseln** RR 297
- Kameramann** RR 225
- Kamin und Grill Shop** 122 A
- Kapazitätsberechnung** 575 A
- Kartellrecht**
- Abgrenzung der Zuständigkeit der Kartellsenate RR 312
- Änderung des Verbreitungswegs eines werbefreien Hörfunkprogramms RR 133
- Beschränkung des Plattformvertriebs bei selektivem Vertriebssystem für Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika 750 E
- BKartA zelebriert 60-jähriges Bestehen 381 R
- Kartellrecht Bd. 1: Deutsches Kartellrecht, Bd. 2: Europäisches Kartellrecht, Kommentar, 13. Aufl. 1029 BB
- Kartellrechtsneutrale Preisdifferenzierung zwischen Universitäten und anderen Forschungseinheiten RR 265
- Plattform Industrie 4.0 veröffentlicht Ergebnisse zum Kartellrecht 705 R
- Schiedsstellenanrufung auch bei auf Kartellrecht gestützten Einwendungen gegen Vergütungsforderungen 1277 E
- Spitzenstellungsabhängigkeit durch hohe Distributionsrate 441 E
- Unzulässige Vereinbarung eines Mindestverkaufspreises RR 131
- Zulässiges Verbot der Einschaltung von nicht autorisierten Drittunternehmen im Internet 211 E
- Zulässigkeit eines pauschalen Internet-Plattformverbots im selektiven Vertrieb 1171 E
- Kartenlesegerät** 792 A
- Katheterwechsel** RR 27
- Kaufscheinwerbung** 256 A
- kausale Therapie** RR 479
- KEA/GEA** RR 243
- Kein Vollgas** 350 A, 352 A, 354 A, 356 A, RR 177, RR 178
- Keksstangen** RR 395

Kennzeichen

Markenmäßige Benutzung eines Kennzeichens im Bekleidungssektor RR 409

Markenmäßige Benutzung eines selbstständigen Zweitkennzeichens im Bekleidungssektor RR 339

Kennzeichnung RR 246

Anforderungen an unzulässige „Anspielung“ auf geografische Angaben 843 E

EuGH-Vorlage zur Erstreckung einer Gesamtbezeichnung als g. g. A. auf einzelne nicht geografische Begriffe 848 E

Werblicher Überschuss von Angaben auf Umverpackung von Arzneimitteln RR 374

Kennzeichnungsfrei RR 55, 1085 E, 1196 A**Kennzeichnungskraft**

Durchschnittliche Kennzeichnungskraft im Inland durch Registrierung einer schutzunfähigen Unionsmarke 79 E

Geringe Kennzeichnungskraft eines Firmenschlagworts für Regelungstechnik RR 411

Keine Beeinflussung der Verwechslungsgefahr durch erhöhte Kennzeichnungskraft des prioritätsjüngeren Zeichens RR 453

Kenzo 1193 A, 1199 A

KERRYGOLD 50 ZR

KfV/Kamenova 1154 E

Kfz-Ersatzteile RR 312

Kieler Woche RR 186

Kinderbett 716 E

Kinderhochstühle im Internet 11 A

Kinderstube 34 A, 35 A, 46 A, 47 A, 49 A

Kinderwagen II 688 A, RR 323

Kinderzeitschrift 1214 A

Kindeswohlgefährdung 757 E

Kinesiologie Tape Original RR 51

Kinox.to 1016 ZR, 1017 ZR, 1018 ZR, 1019 ZR, 1021 ZR, 1050 E

Kirchen- und Schulgebrauch 24 A

KitKat 1189 A, RR 489

KitKat 4 Finger 1141 E, 1190 A

KIUG RR 502

Klagebefugnis RR 262

Klagemöglichkeiten

– juristischer Personen nach Persönlichkeitsrechtsverletzung im Internet 163 ZR

Klassenfahrten Magazin 1215 A

Klassenlotterie RR 5

Klauselersetzung 374 ZR, 375 ZR, 378 ZR, 380 ZR, 423 E, 1007 A

Kleid Isha RR 491

Kleinanzeigen RR 304

Klement 42 A

Klemmbausteine I 7 A, 258 A

Klemmbausteine II 7 A, 258 A

Klemmbausteine III 6 A, 7 A, 258 A

klimbewertungen.de 229 A, 239 A

Klinische Versuche 578 A, 987 A

KNEIPP 529 E

knipping 47 A

Knoblauch-Extrakt-Pulver-Kapseln 486 A, 487 A, 488 A

Knoblauchwürste 701 A

Knochenzement I 535 E

Knochenzement II 541 E

Knox.to 1014 ZR

Koala-Bären 42 A

Kochrezepte für Gewerbetreibende RR 57

Königshof 236 A

Kohl Protokolle 1081 (Ls.)

Kohl-Protokolle 1021 ZR, 1022 ZR, 1024 ZR, 1025 ZR

Kollagenese I 456 A, 457 A

Kollisionsbestimmung 575 A

Kombinationszusammensetzung RR 403

Kommunalversicherer 799 A

Kommunikationsdienstleistung RR 23

Kommunikationskanal 564 A, 979 A

Kommunikationsvorrichtung 766 A, 767 A, 768 A, 770 A

Komplettküchen 124 A, 127 A, 891 A, 892 A

Konferenz der Tiere 400 E

Konsumgetreide 114 A, 122 A

Kontaktaufnahme

Wirksame Verbrauchereinwilligung in Kontaktaufnahme zu Werbezwecken 545 E

Kontobelastung bei Pfändung RR 428

Kontrastmittel RR 397, RR 404

Konturflasche Coca-Cola 901 ZR

Kopien

Unzulässiges Zurverfügungstellen von in „Cloud“ gespeicherten Kopien von Fernsehprogrammen 68 E

Kopplung im Kaffeehandel 259 A

Kopplungsangebot 257 A, 259 A

Kopplungsangebot II 259 A

Kosmetikprodukt RR 166

Kosten

Erstattungsfähigkeit tatsächlich angefallender Reisekosten bis zur höchstmöglichen Entfernung im Gerichtsbezirk 969 E

Notwendige Darstellung der Kostenfaktoren in Ankündigung einer Preisänderung RR 454

Kosten bei Erledigung der Hauptsache RR 47

Kosten für Abschlusschreiben 49 A

Kostenauferlegung bei Verzicht aus Streitpatent 562 A

Kostenerstattung RR 72

Kostenfreiheitsvereinbarung RR 356

Kostenfreistellung

Werbung für Rechtsanwaltsmandate mit Kostenfreistellungserklärung eines Dritten RR 356

Kostenlos Bußgeld los RR 81

Kostenlose Passbilder 792 A

Kostenloser Pen RR 50

kostenloses Blutzuckermessgerät RR 218

Kostenquotelung 586 A, 587 A

Kostenrecht

Mehrfaches Anfallen der Gebühren bei mehreren Gestattungsanordnungen in einem Antrag RR 392

Kostenwiderspruch

Erfolgreicher Kostenwiderspruch wegen unterbliebener Abmahnung RR 392

Kraftfahrzeugfelgen 691 A

Kraftfahrzeugfelgen II 1246 E

Kraftfahrzeugwerbung 324 E

Krankenhausradio 608 E

- Krankentransporte** 793 A, 794 A
Krebsmedikament RR 394
Kreiskliniken Calw 800 A
Kreuzbodenventilsäcke III 992 A
Kreuzgestänge 772 A, 773 A
Kriminelle Organisation RR 236
Kritik am verkürzten Versorgungsweg RR 49, RR 53
Krone Hit 233 A
KTM RR 500
KTM II RR 489, RR 492
Küchenmesser RR 322, RR 323, RR 331, RR 441
 Schutzgegenstand und Schutzzumfang eines Designs RR 321
 Schutzzumfang eines eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacks-
 musters RR 331
Küchentiefpreis-Garantie 261 A
Künstliche Intelligenz
 Herausforderungen für das Immaterialgüterrecht 574 A
Kugelleuchte 683 A, 685 A, 689 A, 692 A, 693 A
Kulturchampignons 104 E
Kulturschutz
 Kulturschutzgesetz. Kommentar 600 BB
Kunden werben Kunden 259 A
Kunden-Einkaufsdienst 256 A
Kunden-Einzelbeförderung 258 A, 260 A
Kundenzufriedenheitsbefragung 1178 E
Kunstfreiheit
 – und Persönlichkeitsschutz bei Zurschaustellung einer Straßen-
 fotografie 633 E
Kunstkritik 366 A
Kunststoffrohrteil 248 A
Kupplung für optische Geräte 11 A
Kupplungs-Brems-Kombinationen RR 493, RR 494, RR 496,
 RR 502
Kupplungsvorrichtung RR 400
- L**
- La Mafia SE SIENTA A LA MESA** RR 236
LA VALENCIO RR 491, RR 495, RR 503, RR 504
Ladungsträgergenerator 670 A
Länsförsäkringar 40 A
Lagerkorn RR 47
Laienwerbung für Kreditkarten 259 A
Laienwerbung für Makleraufträge 259 A
Lamborghini-Türbewegungsablauf 566 A
Land NordrheinWestfalen/Dirk Renckhoff 911 E
Landwirtschaft
 EuGH-Vorlage zu Ursprungsangabe von Lebensmitteln 104 E
Langenscheidt Gelb 1201 A
Laserschneideanlagen RR 396, RR 397
Laukranz 981 A
Le Corbusier Fauteuil 227 A
Le Corbusier Möbel 782 A
Le Pliage aus Frankreich RR 166
Leben außer Kontrolle RR 140, RR 184
Lebensmittel RR 40, RR 89, RR 166, RR 292
 Anwendbarkeit der Übergangsregelung der Health-Claim-VO auf
 Bach-Blüten-Produkte 206 E
**Bewerbung eines Lebensmittels zur diätischen Behandlung von
 Blasenentzündungen** RR 385
**EuGH-Vorlage zur Frage des „Beifügens“ von Verweisen auf
 gesundheitsbezogene Angaben** 959 E
EuGH-Vorlage zu Ursprungsangabe von Lebensmitteln 104 E
Irreführungsvorwurf im Hinblick auf Herkunft eines Bieres RR
 381
Kein „direkter“ Verkauf an Endverbraucher 745 E
**Kennzeichnung von Lebensmitteln mit Zutaten von g. U. und
 g. g. A.** 327 E
**Möglichkeiten der Vermarktung von Botanicals aus Sicht des
 Lebensmittelrechts** 482 A
**Unzulässige gesundheitsbezogene Werbung für alkoholisches Ge-
 tränk** 1266 E
LED-Lampen RR 52
Lederrundecke RR 52
Leflunomid 578 A, 777 A
Legal Highs 486 A, 488 A
Lego 2 A, 3 A, 460 A
Legosteine 3 A, 30 A
Leichenaufbewahrung 799 A
Leistungsabrechnung
 Zulässige kritische Äußerungen einer Handwerksinnung zur Lei-
 stungsabrechnung 622 E
Leistungsschutz RR 207
 Neuere Entwicklungen im wettbewerbsrechtlichen Leistungs-
 schutz 1 A
 Verschärfte Vorschläge zum europäischen Leistungsschutzrecht
 der Presseverleger 493 R
 Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz für Lippenpflegepro-
 dukt RR 417
 Zum weiteren Schicksal einer problematischen BGH-Rechtspre-
 chung in ihrer praktischen Umsetzung durch die Tatsachen-
 instanz 697 A
Leistungsschutzrecht des Presseverlegers RR 178
Les-Paul Gitarren 6 A
Lesering 572 A
Lettische Autorenvereinigung 241 A
Leuchtballon 1 A, 2 A, 122 A, 123 A, 700 A, 704 A
Leuchte Macaron 687 A, 694 A
LGA tested 41 A, 891 A
Lichdi-Center 258 A
Lichtbild
 Erforderliche Verbreitung von Lichtbildern mit Personenbildnis-
 sen zu Zwecken der Rechtsverteidigung 757 E
Lichtbild in Fernsehsendung 225 A
Lichtbilder RR 184
Lichtbildschutz RR 178
Lichtbildwerk RR 97
Lichtschutzfolie 982 A
Lieferservice-Portal RR 53
Liffers 26 A
Ligaspieler 477 A
LIKEaBIKE 1 A, 4 A, 698 A
Link zur OS-Plattform RR 52
Linux RR 2
Linux-Kernel RR 1, RR 11
Lippenstiftkugel RR 417
Lissabonner Abkommen 225 A
Lizenzen RR 1, RR 16
 Berechnung der Zwangslizenzgebühr 803 E

SEP-Lizenzen – ein Fall für die Gesamtgläubigerschaft 666 A
 Systematik und Anwendung des kartellrechtlichen Zwangslizenz-
 einwands nach „Huawei/ZTE“ und „Orange Book“ 761 A

Lloyd's 360 A

Logikverifikation 575 A

L'Oreal 25 A, 28 A, 1013 ZR, 1014 ZR, 1103 A

Loterie Nationale 114 A, 115 A

Louboutin/Van Haren 899 ZR, 900 ZR

Auf roten Sohlen – Formal Form oder Position 898 ZR

Loud 16 A, 17 A, 237 A, 238 A, 239 A, 240 A

Loulou RR 97

LP-E 6 Akku RR 497

LTE-Standard 666 A

Luc Vanderborght 115 A

LÜNEGAS RR 249

Luftentfeuchter 23 A, 25 A, 44 A, 125 A, 126 A, 127 A, 374 ZR,
 377 ZR, 379 ZR, 380 ZR

Luftfilter 670 A

Luftliege 688 A, 689 A, 692 A, RR 143

Luftverteiler 564 A

Lungenheilmittel RR 31

Luxusparfüm im Internet II 1171 E

Lyrica 449 A

M

M2 Trade 585 A

Märchensuppe 118 A

Magill 880 A

Magill TV Guide 146 A, 765 A

Mampe Halb und Halb 795 A

Mandat

Werbung für Rechtsanwaltsmandate mit Kostenfreistellungs-
 erklärung eines Dritten RR 356

Marcel Breuer Möbel 1112 A

Marin 31 A

MARINA BLEU 37 A

MARK TWAIN 465 A

Marke

Abschließende Schutzregelung der Verordnung von Ursprungs-
 bezeichnungen und geografischen Angaben 89 E

Bestimmung der internationalen Zuständigkeit bei rechtsverlet-
 zenden Warenverkäufen über Internetseite 84 E

Circle of European Trade Mark Judges (CET-J) 166 MT

Durchschnittliche Kennzeichnungskraft im Inland durch Regis-
 trierung einer schutzunfähigen Unionsmarke 79 E

Eine Frage der rechtserhaltenden Benutzung und die Identität der
 Unterscheidungskraft der Marke 264 ZR

Erschöpfung des Markenrechts bei Förderung eines Gesamt-
 erscheinungsbilds für Flaschen 191 E

Fehlende markenmäßige Verwendung eines Zeichens auf Hang-
 Tag RR 446

Kein Eintragungshindernis für auf Schuhsohle aufgebraute
 Farbe als Marke 842 E

Markenentfernung als rechtsverletzende Benutzung? 1120 ZR

Rechtshängigkeitssperre bei Klagen aus parallelen nationalen
 Marken und Unionsmarken 160 ZR

Reichweite eines Unterlassungstitels 292 E

Übertragung einer für Agenten des Markeninhabers eingetragenen
 Marke 78 E

Markenanmeldung

Keine missbräuchliche Markenanmeldung eines mit einer Marke
 kollidierenden Zeichens nach Markenschutzende RR 515

Markenheftchen I 4 A

Markenmäßige Benutzung einer Domainadresse mit beschreiben-
 dem Anklang RR 70

Markennutzung RR 498, RR 70

Markenrecht

Auf roten Sohlen – Formal Form oder Position 898 ZR

Aus der Rechtsprechung des BPatG im Jahr 2017 460 A

Der EuGH schnürt Paket zur Gewährleistungsmarke: Gedanken
 zur „Baumwollblüte“ in „Darjeeling“ 53 ZR

Die „Parfummarken“-Entscheidung des BGH 358 A

Die Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Markenrecht
 seit dem Jahr 2016 30 A

Marken und andere Kennzeichen. Handbuch für die Praxis,
 4. Aufl. 802 BB

Markengesetz. Kommentar, 12 Aufl. 714 BB

Nachträgliche Feststellung der Ungültigkeit von nationalen Mar-
 ken 616 E

Zweite Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesminis-
 teriums der Justiz und für Verbraucherschutz als Gesetz zur
 Umsetzung der RL 2015/2436/EU des Europäischen Par-
 laments und des Rates vom 16.12.2015 zur Angleichung der
 Rechtsvorschriften der Mitgliedschaft über die Marken –
 Markenrechtsmodernisierungsgesetz (MaMoG) – Stand:
 15.3.2017 385 MT

Markenrückübertragung RR 73

Markenschöpfung

– durch Überkleben eines Medizinprodukts 736 E

Markenschutz

– für Schlossname als Fantasiebezeichnung für Sehenswürdigkei-
 ten 1146 E

Notwendige Warenverpackungsform mit technischer Funktion
 522 E

Unionsmarkenschutz bei Koexistenz in Teilen der Union 50 ZR

Markenschutzende

Keine missbräuchliche Markenanmeldung eines mit einer Marke
 kollidierenden Zeichens nach Markenschutzende RR 515

Markenverletzung

Einfuhr als strafbare Verletzung von Gemeinschaftsmarken 520 E

Keine Markenverletzung durch Suchergebnisse anderer Marken-
 produkte des gleichen Markeninhabers RR 512

Markt & Leute 477 A

markt intern Verlag 480 A

Marktverhaltensregel RR 108

Ausschluss von Zahlungen mittels Lastschrift auf im EU-Ausland
 belegenes Konto RR 249

Marlene Dietrich 476 A, 477 A, 478 A, 1023 ZR, 1024 ZR, RR
 178

Marlene Dietrich Bildnis I 1188 A

Marlene-Dietrich-Fernsehspot 477 A, 479 A

Mart-Stam-Stuhl 125 A, 226 A, 227 A, 240 A, RR 395

Maskensystem RR 403

Maskottchen Mo RR 490, RR 494, RR 498

Massenspektrometer RR 402

Matratzenwerbung 971 E

Mauersteinsatz 561 A

McFadden 17 A, 19 A, 21 A, 117 A, 1012 ZR, 1014 ZR

Medeva 556 A, 657 A, 658 A

media control 297 E, 1197 A

Medicon-Apotheke 35 A, 36 A, 37 A, 38 A, 39 A

Medikamentenrückruf 1196 A, RR 395

Medizinprodukt

- Erschöpfung bei parallelimportierten Medizinprodukten mit PZN-Aufklebern 1151 E
- Markenschöpfung durch Überkleben eines Medizinprodukts 736 E
- Software zur Vereinfachung verschreibungspflichtiger Arzneimittel als Medizinprodukt 333 E
- Zulässige Werbung mit ärztlicher Empfehlung für bioresorbierbaren Stent 627 E

MEGA SALE RR 5

„Mehr Luft von Anfang an“ RR 85

mehrere Werbekanäle 545 E

Mehrschichtlager 561 A, 984 A

Meilensteine der Psychologie 234 A

MeinPaket.de II 124 A, 127 A

Meissen Keramik 38 A, 46 A

Meißner Dekor 1118 A, 1119 A

Meldepflicht RR 6

Memantin 977 A

Merchandising-Artikel RR 491, RR 495, RR 496, RR 503

Merci 474 A

Merck 48 A, 160 ZR, 161 ZR, 162 ZR

Merck KGaA 44 A, 48 A

Merck KGaA/Merck & Co. Inc. 160 ZR

Merkel-Selfie 368 A

Messe

- Rechtsschutz von Produktfälschungen unter dem Zeitdruck von Messelaufzeiten 1115 A

Messestand

- Einordnung eines Messestands unter den Begriff „Geschäftsräume“ 943 E

Metall auf Metall 24 A, 578 A, 675 A, 680 A, 681 A**Metall auf Metall II** 578 A, 675 A**Metall auf Metall III** 225 A, 233 A, 235 A, 236 A, 578 A, 675 A**Methylenblau** 1099 A, 1101 A**Metro III** 256 A**Metro Last Light** RR 187**Metronidazol** 248 A**Michael Schumacher** 164 ZR**MICRO COTTON** 31 A, 34 A, 39 A**Microsoft** 131 A, 344 A, 345 A, 348 A**Michael Jackson Double** 478 A**Michael Jackson Kalenderfofo** 478 A**Mikrobiom**

- Anwendbarkeit des Übereinkommens über biologische Vielfalt und des Nagoya-Protokolls auf das humane Mikrobiom? 881 A

Milchschnitte 567 A, 568 A**Mild Thing** RR 52**Min Liu** 694 A**Minderjährigenschutz** 379 ZR**Mindestverkaufspreis** RR 131**Minigalerie** RR 526**Mio Calvino** 520 E, 1201 A**Missbräuchliche Mehrfachverfolgungen** RR 5**Mitbewerberschutz** RR 21, RR 27, RR 53, RR 207, RR 248, RR 302

- Beschäftigungsverbot für unlauter abgeworbene Arbeitnehmer RR 477

- Darlegungs- und Beweislastverteilung beim wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz 311 E

Mitbewerberbehinderung durch Erwirkung unberechtigter Rufnummernportierung 317 E

Nachschaffende Leistungsübernahme technischer Merkmale eines Konsumguts RR 473

Nachschaffende Nachahmung eines Lifestyleproduktes durch Luxusartikelhersteller RR 524

Nachschöpfende Nachahmung eines Küchengeräts RR 360

Rückzahlungspflichten von Pauschalbeträgen für Pfändungsbearbeitung RR 428

Unzulässige Privilegierung einer Tourismusgesellschaft durch Gemeinde RR 466

Vorliegen einer Überraschungsentscheidung 740 E

Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz für Lippenpflegeprodukt RR 417

Miterfindung

Rechtsprobleme einer Miterfindung nach dem Arbeitnehmererfindungsgesetz 670 A

Mitgliederversammlung

Ergebnisprotokoll der Mitgliederversammlung am 29. 9. 2017 in Hamburg 495 MT

Mitmach-Tour 258 A**Mitsubishi ua/Duma ua** 917 E, 1120 ZR, 1121 ZR, 1122 ZR, 1123 ZR, 1124 ZR, 1192 A, RR 496**Mittäterschaft**

Gesamtwirkung von Erfüllungsleistungen durch Mittäter in File-sharing-Fällen RR 444

Mitteilungen

Beständeübersicht zum 31. 12. 2016 507

Circle of European Trade Mark Judges (CET-J) 166

Ergebnisprotokoll der Mitgliederversammlung am 29. 9. 2017 in Hamburg 494

Nachruf auf Dr. phil. Klaus Jasper Utermann 384

Nachruf auf Günther Wildanger 58

Protokoll der Sitzung des GRUR-Fachausschusses für den Schutz von Pflanzenzüchtungen am 27. 10. 2017 in Bonn 592

Protokoll der Sitzung des GRUR-Fachausschusses für Wettbewerbs- und Markenrecht zum Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) am 25. 4. 2018 in Berlin 705

Stellungnahme der GRUR zu dem EuGH-Vorlageverfahren „AMS Neve/Heritage Audio“ (C-172/18) 595

Stellungnahme der GRUR zur Verfassungsbeschwerde des Dr. Ingeve Börn Stjerna gegen das Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19. 2. 2013 über ein Einheitliches Patentgericht 269

Stellungnahme des GRUR-Fachausschusses für Urheber- und Verlagsrecht zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie 713

Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der RL 2016/943/EU zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung 708

Tagungsbericht: Circle of European Trademark Judges 2017 58

Zweite Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz als Gesetz zur Umsetzung der RL 2015/2436/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 12. 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedschaft über die Marken – Markenrechtsmodernisierungsgesetz (MaMoG) – Stand: 15.3.2017 385

Mitteilungen an Handelsvertreter 794 A**mobile.de** 1199 A**Mobiles Kommunikationssystem** 136 A, 137 A, 138 A, 140 A, 141 A, 145 A, 666 A, 667 A, 668 A, 669 A, 766 A, 767 A, 770 A, 993 A, RR 397**Mobilstationen** 766 A, 767 A, 768 A**Mode-Blog** 153 A, 156 A, 158 A, 1213 A, 1224 A, RR 55

Modell: SAM RR 102, RR 491, RR 493, RR 499, RR 502, RR 504
 Modeneuheit 7 A, 257 A
 modulamaster 473 A
 Modulgerüst 2 A, 258 A
 Möbelgestaltung RR 159
 Möbelgriff 493 A, RR 323
 Möbelkatalog 1103 A
 Mogelverpackung
 Anforderungen für Annahme einer Moge Verpackung 431 E
 monumente-reisen.de RR 70, RR 500
 Morpheus 16 A, 17 A, 29 A, 238 A, 1014 ZR
 Motivkontaktlinsen 116 A
 Motorboot-Fachzeitschrift 261 A
 Motorkettensäge 670 A, 671 A
 Mouse-Over RR 184
 Movement Raelien Suisse 480 A
 MP3-Player Import 450 A, 453 A
 MPEG 2-Standard 1098 A
 MPEG-2-Videosignalcodierung 577 A, 1099 A
 MRSA-Krankentransporte RR 471
 MSD/Comptroller 388 E
 Mundspüllösung III 486 A, 487 A
 Musik-Handys 342 A, 343 A, 344 A, 345 A, 349 A
 Musikwerk RR 61
 My Lai 1280 E
 Mythos H. RR 406

N

Nachahmung

- und Pirateriebericht 2017 1225 R
- Nachschaffende Nachahmung eines Lifestyleproduktes durch Luxusartikelhersteller RR 524
- Nachschöpfende Nachahmung eines Küchengeräts RR 360

Nachahmungsschutz RR 166

Nachrichtensendung RR 286

Nachruf

- auf Dr. phil. Klaus Jasper Utermann 384 MT

Nachtragserklärung 963 E

Näherungsschalter RR 394

Nähgarn-Sortiment 682 A, 683 A, 686 A, 693 A, 694 A, 697 A

Nagoya-Protokoll

- Anwendbarkeit des Übereinkommens über biologische Vielfalt und des Nagoya-Protokolls auf das humane Mikrobiom? 881 A

Nahrungsergänzungsmittel RR 40, RR 89, RR 167

- Beschränkung des Plattformvertriebs bei selektivem Vertriebssystem für Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika 750 E

Namensangabe 950 E

Namensklau im Internet 1119 A

Native Advertising 684 A

- Kennzeichnung von werblichen Beiträgen im Online-Marketing 153 A

Natursteinpflaster RR 53

Nena 476 A

Nervenschmerzen RR 372

Nespresso-Kaffeekapseln 460 A, 522 E

Nestlé 266 ZR, 1141 E, 1190 A

Nestle/Cadbury (Kit Kat) 2 A, 1189 A

Neu in Bielefeld I RR 5

Neue Personenkraftwagen II 119 A

Neue Sicht auf Charlottenburg 633 E

NEUSCHWANSTEIN 1146 E, 1189 A, 1190 A

Neuschwansteiner RR 324

NEUSCHWANSTEINER RR 381

New Media Online 154 A, 1215 A, 1222 A

NEW WAVE 44 A

New-Aggregatoren 353 A, 354 A, 355 A

Nichtangriffsabrede RR 68

Nichtigkeitsverfahren RR 272, RR 283

Nichtnutzungsgebühr 1071 E

Nichtrauchergesetz

- Verstoß gegen Nichtrauchergesetz des Saarlandes 742 E

Nichtvorlage RR 197

Nichtzulassungsbeschwerde

- Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren 655 E
- Auswirkungen der Erledigungserklärung im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde 335 E

nickelfreie Edelstahlschließen 1196 A, RR 122

Nike 360 A

Nikefootball 476 A

Nintendo 45 A, 48 A, 359 A, 691 A, 692 A, 693 A, 1104 A, 1105 A, 1106 A, 1107 A, 1200 A

Noria Distribution/Frankreich RR 40

„Notariat & Kanzlei“ 1082 E

notebookbilliger.de RR 18, RR 493, RR 495, RR 502

Notice-and-Take-Down-Verfahren RR 140

NRW/Renckhoff 997 A, 998 A, 999 A, 1000 A, 1003 A

Nukleinsäure 1098 A

Nutzersperre

- Unionsrechtskonformität der neuen TMG-Regelungen zur Nutzersperre 721 E

Nutzung von Markenlizenzen RR 16

Nutzungsrecht

- Kein Zwang zum Framingschutz für digitale Bibliotheken 1055 E

O

O2 573 A

Oberfläche mit schwarzen Punkten 899 ZR

Objektive Schadensberechnung 27 A

Occluder RR 393

Ochsenbrot RR 493, RR 494

Öffentliche Hand

- Die Tätigkeit der öffentlichen Hand als geschäftliche Handlung im UWG 791 A

Öffentliche Wiedergabe

- von Hörfunksendungen in Patientenzimmern eines Krankenhauses 608 E
- Separates Hochladen einer Fotografie in Referat auf Webseite einer Schule 911 E

- Unmittelbare und mittelbare Verletzung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe nach dem „Cordoba“-Urteil des EuGH 996 A
- Öffentliche Zugänglichmachung**
Aufsichtspflicht bei Filesharing durch minderjährige Kinder RR 505
- ÖKO-TEST-Label** 617 E
- ÖKOTEST** 57 ZR
- OEM Version** 868 A, 877 A
- Österreichische PZN** RR 497
- Östrogenblocker** 449 A, 450 A, 452 A, 456 A, 457 A, 458 A, 459 A
- Offenend-Spinnmaschine** 8 A, 9 A, 14 A
- Ohne 19 % Mehrwertsteuer** 259 A
- ohne chemische Zusätze** 1214 A, 1215 A
- Ohne Funktionseinschränkung kostenlos** RR 57
- Okklusionsvorrichtung** 243 A, 247 A, 249 A, 664 A
- Olanzapin** 243 A, 564 A, 978 A
- Olympiasiegerin** 126 A
- Olympische Spiele** RR 242
- Online-Firma**
Klage von Online-Firmen auf Schadensersatz im Schadensland 108 E
- Online-Games** 225 A
- Online-Identifizierungsverfahren** RR 393, RR 403
- Online-Marketing**
Kennzeichnung von werblichen Beiträgen im Online-Marketing 153 A
- Online-Vidorekorder** RR 180, RR 181
- Onlineplattform**
Fehlende Erschöpfung bei Vertrieb von Luxuswaren über Onlineplattform und SB-Kaufhaus RR 335
- Open Source-Lizenz** RR 1
- Open-LIMS** RR 453, RR 495
- Openbar Ministry** 226 A
- Optiker Qualität** 116 A, 124 A, 126 A
- Orange-Book** 761 A, 762 A, 763 A, 766 A
- Orange-Book II** 762 A
- Orange-Book-Standard** 995 A
- Ordnungsmittel** RR 271
- Ordnungsmittellandrohung durch Schuldner** 973 E
- Original Ettaler Kloster Glühwein** RR 325
- Ornuu** 38 A, 39 A, 50 ZR
- Ornuu/T & S** 1106 A
- ORTLIEB** 924 E, 1185 A, 1191 A, 1196 A, 1197 A
- Ortlieb** RR 502
- Ortlieb-Tasche** RR 151, RR 502
- OS-Plattform** RR 51
- OS-Plattform-Link** RR 52
- OSCAR** 1108 A, 1109 A, 1110 A, 1112 A
- OTK** 23 A, 26 A, 27 A
- Ottos's Burger** RR 498, RR 500
- OXFORD** 469 A
- OXFORD/Oxford Club** 79 E, 1192 A, 1201 A
- Padawan** 27 A, 343 A, 345 A, 346 A, 347 A, 348 A, 676 A, 896 A
- Painer** 21 A
- Palettenbehälter I** 981 A
- Palettenbehälter II** 263 ZR, 981 A
- Paliperidonpalmitat** 557 A
- Palmolive** 572 A
- Pannenhilfe** RR 21
- Paperboy** 351 A, 353 A
- Papierumhüllung** RR 394, RR 396, RR 400, RR 403
- Parallelverfahren I** 895 A
- Parallelverfahren II** 895 A, 896 A
- Parfumflakon** 361 A, 1105 A
- Parfummarke**
Die „Parfummarken“-Entscheidung des BGH 358 A
- Parfummarken** 84 E, 359 A, 362 A, 363 A, RR 503
- PARKWAY** 1189 A
- Parmesan** 784 A, 787 A, 788 A
- Parteiname** RR 219
- Parteiveranstaltung** RR 179
- Parteizustellung** RR 173
- Partikel-Auffangvorrichtung** 249 A, 253 A
- Partnerbörse** RR 369
- Passionsblume** RR 50
- Passivlegitimation**
Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 393
- Pastiche 2.0**
Remixing im Lichte des Unionsrechts 675 A
- Patent**
Durchsetzung des Auskunftsanspruchs auch nach Ablauf des Patents 1295 E
EPO hat Industrie 4.0 Patente zusammengestellt 268 R
Erteilung eines ergänzenden Schutzzertifikats bei nationaler Zulassung einer Medizinprodukt-Arzneimittel-Kombination 1232 E
Geltung des Abmeldezeitpunkts des Grundpatents für Besonderen/Speziellen Mechanismus 904 E
Heranziehung einer bestimmten technischen Lösung durch Fachmann 509 E
Heranziehung eines zum allgemeinen Fachwissen zählenden Lösungsmittels 716 E
Wirkung von Zweck- und Funktionsangaben in Sachanspruch 1128 E
- Patent pending** RR 55
- Patentanmeldung**
Kein Schutz bei Fehlen eines ursprünglich offenbarten Merkmals 175 E
- Patentauslegung**
Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 393
- Patentrecht**
Abgrenzung von Wiederaufbereitung und Neuherstellung 262 ZR
Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung zur Äquivalenz in Deutschland und im Vereinigten Königreich 247 A
Anwendbarkeit des Übereinkommens über biologische Vielfalt und des Nagoya-Protokolls auf das humane Mikrobiom? 881 A
Aus der Rechtsprechung des BPatG im Jahr 2017 553 A
Berechnung der Zwangslizenzgebühr 803 E
Derivative Informationsschutz nach § 9 S. 2 Nr. 3 PatG 1096 A
- P**
- P & C Hamburg/P & C Düsseldorf (PUK)** 616 E, 1195 A
- Paclitaxel freisetzender Stent** 64 E, 1232 E

- Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers für Patent- und andere Immaterialgüterrechte 8 A
- Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 393
- Die Rechtsprechung des BGH in Patentsachen im Jahr 2017 977 A
- EuGH-Vorlage zur Erteilung eines ESZ bei nationaler Zulassung einer Medizinprodukt-Arzneimittel-Kombination 64 E
- Law to be applied to a European Patent after an opt out according to Art. 83 (3) UPCA 337 A
- Nachträglicher Korrektur des Ablaufsatums eines ESZ 602 E
- Patentrecht (Heymanns Einführungen zum gewerblichen Rechtsschutz), 4. Aufl. 1127 BB
- Patentvertragsrecht. Grundprinzipien, Vertragsformen, Rechtsgestaltung (Wirtschaftsrecht), 6. neu bearb. Aufl. 63 BB
- „Pemetrexed“: Grundstein einer einheitlichen europäischen Äquivalenzdoktrin 241 A
- Sachlicher Umfang eines Vorbenutzungsrechts 814 E
- Schützt ein Wirkstoffpatent vor „Prodrugs“? 772 A
- Schutzbereich von Second Medical Use-Patenten II 449 A
- Verfahren zum wasserdichten Imprägnieren von Leder 395 E
- Verletzungshandlungen bei zweckgebundenem Stoffschutz 456 A
- Voraussetzungen zur Erteilung eines ESZ 388 E
- Vorliegen einer Patentstreitsache RR 317
- Wer bestimmt, was FRAND ist? 582 A
- Zum Gebot der Verhältnismäßigkeit beim patentrechtlichen Unterlassungsanspruch 985 A
- Zweckbestimmung der Definition des Fachmanns 390 E
- Patentverletzung**
- Abgrenzung zwischen bestimmungsgemäßen Gebrauch und Neuerstellung 170 E
- Patentvindikation** RR 400
- Patienten-Broschüren** 1212 A
- Paul Dahlke** 477 A, 478 A, 479 A
- Pauschalbetrag** RR 354
- pauschales „Mark up“** RR 401
- PC als Bild- und Tonaufzeichnungsgerät** 343 A, 344 A, 346 A
- PC III** 344 A, 348 A
- PC mit Festplatte I** 342 A, 343 A, 344 A, 345 A, 347 A, 349 A
- PC mit Festplatte II** 241 A, 342 A, 343 A, 345 A
- PC mit Festplatte III** 1277 E
- P & C Werbebeileger** RR 501
- PCs** 344 A
- Pearl** RR 497, RR 498
- Pechstein Gemälde** RR 185
- Peek & Cloppenburg IV** 45 A
- Pelikan** 11 A
- Pemetrexed** 241 A, 243 A, 247 A, 250 A, 251 A, 254 A, 449 A, 450 A, 456 A, 457 A, 458 A, 459 A, 773 A, 776 A, 778 A, 779 A, RR 394
- Pendelleuchte** 683 A, 688 A, 690 A
- PepsiCo/Grupo Promer** RR 322
- Persönlichkeitsrecht**
- Anforderungen an Beanstandung von Forumsbeiträgen gegenüber Host-Provider RR 168
- Anforderungen an einen „Nachtrag“ zu rechtmäßiger Verdachtsberichterstattung 963 E
- Anspruch auf Gegendarstellung trotz unterlassener Stellungnahme vor Berichterstattung 851 E
- Besichtigungsanspruch eines Films vor dessen Veröffentlichung 1280 E
- Drittunterwerfung bei Verletzung von Persönlichkeitsrechten RR 487
- Eingriff in Persönlichkeitsrecht durch Direktmailing 1178 E
- Erforderliche Verbreitung von Lichtbildern mit Personenbildnissen zu Zwecken der Rechtsverteidigung 757 E
- Keine Vererblichkeit des Geldentschädigungsanspruchs bei Persönlichkeitsrechtsverletzung 1081 (Ls.)
- Keine Vollstreckbarerklärung einer ausländischen Entscheidung wegen Verstoß gegen Meinungsfreiheit 1074 E
- Klage von Online-Firmen auf Schadensersatz im Schadensland 108 E
- Klagemöglichkeiten juristischer Personen nach Persönlichkeitsrechtsverletzung im Internet 163 ZR
- Kunsthfreiheit und Persönlichkeitsschutz bei Zurschaustellung einer Straßenfotografie 633 E
- Nutzung eines Facebook-Bildes für Internet-Pranger RR 528
- Rechtsverfolgung gegen Verletzungen des Persönlichkeitsrechts durch Spam-Werbung RR 78
- Rechtsdurchsetzung von Persönlichkeitsrechten 365 A
- Reichweite zulässiger Berichterstattung nach Selbstbegebung 1077 E
- Sorgfaltspflichtverletzung bei identifizierender Verdachtsberichterstattung RR 488
- Speicherung und Übermittlung personenbezogener Daten im Rahmen einer Arztsuche 636 E
- Statt Genugtuung für das Opfer Frohlocken des Täters? 1021 ZR
- Umfang der Prüfungspflicht des Betreibers einer Internetsuchmaschine bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen 642 E
- Ungerechtfertigte Verpflichtung zum Abdruck einer Gegendarstellung und Pressefreiheit 631 E
- Verbreitung ungenehmigter Filmaufnahmen 648 E
- Veröffentlichung des Bildes eines Gewerkschaftsführers zu Werbezwecken RR 532, 1288 (Ls.)
- Werbung mit Abbildungen von Personen des öffentlichen Interesses im Spannungsfeld von Individual- und Allgemeininteresse 476 A
- Zulässige Bildveröffentlichung des früheren Bundespräsidenten 549 E
- Zulässige Verlinkung zu Presseartikel mit Gesundheitsdaten 1283 E
- Personenbeförderung** RR 199
- Abweichender Persönlichkeitsrechtsschutz zwischen Wort- und Bildberichterstattung 964 E
- Ahnung rechtswidriger Ausübung von Beförderungstätigkeiten ohne Mitteilung an Kommission 739 E
- Petra** 1214 A, 1215 A
- Peugeot Deutschland/Deutsche Umwelthilfe (YouTube-Werbe-kanal)** 621 E, 1215 A, 1222 A
- PFE/Airgest** 1014 ZR
- Pfefferspray MK-3** RR 490, RR 498, RR 499, RR 515
- Pferdebürste** RR 473
- Pfizer/Orifarm** 904 E
- Pharma-Vertriebsbereiche** RR 251
- Pharmagroßhändlerabbatt** RR 50
- pharmazeutische Lösung** RR 396, RR 403, RR 404
- Philips und Nokia** 362 A, 1122 ZR
- Phonographic Performance** 997 A
- Phosphatylcholin** 979 A
- Photokatalytische Titandioxidschicht** 563 A
- Pi-Design ua** 30 A
- Piadina-Rückruf** 374 ZR
- Pinckney** 164 ZR, 363 A

Pipettensystem 263 ZR, 981 A
 Pippi-Langstrumpf-Kostüm 476 A
 Pippi-Langstrumpf-Kostüm II 4 A, 5 A, 6 A, 7 A, 260 A, 697 A
 Neuere Entwicklungen im wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz 1 A
 Pippi-Langstrumpf-Marke 301 E, 1188 A
 Piraterie
 Nachahmung- und Pirateriebericht 2017 1225 R
 Pirelli 696 A
 Pizzafoto 1294 E
 Planfreigabesystem RR 3, RR 4
 Plattformhaftung
 Kontrolle oder nachlaufender Rechtsschutz – wohin bewegt sich das Urheberrecht 21 A
 Plattformvertrieb
 Beschränkung des Plattformvertriebs bei selektivem Vertriebssystem für Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika 750 E
 Playboy am Sonntag 477 A, 479 A, 480 A
 PLOMBIR 111 E, 1199 A
 Plus Warenhandelsgesellschaft 257 A
 POC RR 317, RR 401, RR 402
 Polysiliziumschicht RR 393, RR 395, RR 400, RR 402
 Porsche Boxter 568 A
 PORT CHARLOTTE 46 A, 89 E, 785 A, 786 A
 Portierungsauftrag 317 E
 Positiv in Haft 480 A
 post-hoc-Analyse RR 212
 Post-Marketing-Surveillance-Studie RR 436
 Posterlounge 48 A
 Posterversandkosten 655 E
 Postmaxx-Ersatzzylinder RR 450, RR 496
 Postmortaler Persönlichkeitsschutz 1022 ZR
 Poststreik RR 268
 Prägung RR 243
 Pränatale Diagnostik 775 A, 778 A
 Praktiker 41 A
 Pralinenform II RR 395
 Praxisklinik RR 365
 Preisänderung
 Notwendige Darstellung der Kostenfaktoren in Ankündigung einer Preisänderung RR 454
 Preisangabe RR 297
 Anwendbarkeit der PAngV für Minigaleriebild bei einem auf Ebay eingestellten Verkaufsangebot RR 526
 Fehlende Grundpreisangabe bei fertigverpackten Kaffeekapseln RR 424
 Haftung eines Reisebüros für unzureichende Preisangaben in Reiseprospekt RR 351
 Preisausschreiben 257 A, 258 A
 Preise RR 113
 Preiserhöhung RR 23
 Preisnachlass
 Irreführender Preisnachlass in Arzneimittelwerbung 199 E
 Preisportal 124 A, 127 A, 891 A
 Preisrätselgewinnauslobung I 1212 A, 1215 A, 1217 A
 Preisrätselgewinnauslobung II 1212 A
 Preisrätselgewinnauslobung III 1217 A

Preisrätselgewinnauslobung V 1217 A
 Preissuchmaschine RR 97
 Prepaid-Telefonkarte 775 A
 Pressefreiheit
 Ungerechtfertigte Verpflichtung zum Abdruck einer Gegendarstellung und Pressefreiheit 631 E
 Preußische Gärten und Parkanlagen RR 180
 Preußische Kunstwerke RR 180
 Prioritätsgrundsatz
 Geltung des Prioritätsgrundsatzes auch nach Neufassung des Art. 127 III UMV 516 E
 Prodrug
 Schützt ein Wirkstoffpatent vor „Prodrugs“? 772 A
 Product Key RR 180, RR 181, RR 182, RR 183
 Produktaufmachung RR 292
 Produkte zur Wundversorgung 292 E, 374 ZR, 378 ZR, 380 ZR, 381 ZR, 1196 A, RR 395, RR 504
 Produktetikett
 Keine irreführende Unterlassung bei fehlenden Informationen über Testbedingungen auf Produktetikett 940 E
 Produktfälschung
 Rechtsschutz von Produktfälschungen unter dem Zeitdruck von Messelaufzeiten 1115 A
 Produktinformation II 1212 A, 1215 A
 Produktschlüssel RR 106
 Projektunterlagen 222 E
 Promusicae 21 A, 22 A, 25 A, 989 A
 PROTI II 265 ZR
 Provisionsabgabeverbot RR 52
 ProVITA RR 500
 Prozessfinanzierer 1166 E
 Prozesskostensicherheit RR 401
 Prüfautomat RR 186
 Prüfung des Ansprechpartners RR 56
 publizierender Rechtsanwalt RR 56
 PUK 43 A, 616 E, 1195 A
 Pulverbehälter 698 A

Q

Quadratische Tafelchokoladenverpackung 404 E, 566 A, 567 A, 568 A, 1186 A, 1198 A, 1201 A
 Der Schutz dreidimensionaler Registermarken 565 A
 Qualitätskennzeichen RR 193
 Quarantäne Buchung 44 A, 374 ZR, 378 ZR, RR 504
 Quarantäne-Buchung II 976 E
 Quecksilberhaltige Leuchtstofflampen 119 A
 Queisser 118 A
 Quelle 1014 ZR
 QUILAPAYUN RR 189

R

Rabattaktion RR 299
 Blickfangmäßig beworbene Rabattaktion für Möbelkategorien RR 367
 Kein Verstoß gegen Tarifpflicht bei Rabattaktion eines Taxivermittlers 946 E

- Rabattvertrag 449 A, 451 A, 454 A
- Räumschild 246 A
- Raimund 48 A
- Raltegravir 766 A, 982 A
- Ramses 232 A
- Randsortiment 794 A
- Rangierkatze 774 A
- Ranibizumab 659 A
- Rasierklingen RR 393, RR 403
- Rasierklingeneinheit 855 E
- Rasierklingeneinheiten RR 395
- Ratschenschlüssel I 216 E, 984 A
- Ratschenschlüssel II 654 E
- Rauchverbot in Gaststätten 742 E
- Re-Export RR 6
- Rebuild-Pumpen 264 ZR
- Rechnungslegung RR 272
- Recht am eigenen Bild
Nutzung eines Facebook-Bildes für Internet-Pranger RR 528
Veröffentlichung des Bildes eines Gewerkschaftsführers zu Werbezwecken RR 532
- Recht der öffentlichen Zugänglichmachung RR 140
- Rechtanwalt im Nichtigkeitverfahren 563 A
- recht§ billig 374 ZR, 375 ZR, 376 ZR, 379 ZR
- Rechte aus Unionsmarke RR 16
- Rechtsanwalt
Werbung für Rechtsanwaltsmandate mit Kostenfreistellungserklärung eines Dritten RR 356
- Rechtsbeschwerdeverfahren
Gegenstandswert der anwaltlichen Tätigkeit im patentrechtlichen Rechtsbeschwerdeverfahren 654 E
Keine willkürliche Nichtzurückverweisung durch BGH in markenrechtlichem Rechtsbeschwerdeverfahren 403 E
- Rechtsbruch RR 31, RR 34, RR 36, RR 50, RR 73, RR 85, RR 86, RR 108, RR 113, RR 115, RR 163, RR 199, RR 200, RR 203, RR 214, RR 243, RR 292, RR 297
Anforderungen für den Schutz als Betriebsgeheimnis nach UWG 1161 E
Angaben zur Therapiesicherheit eines Arzneimittels RR 479
Ausschluss von Zahlungen mittels Lastschrift auf im EU-Ausland belegenes Konto RR 249
Beseitigungsanspruch von Verbraucherverbänden gegen Verwenden der unwirksamer AGB 423 E
Energieverbrauchsangaben in Immobilienanzeige von Maklern als wesentliche Informationen 438 E
Falsche Namensnennung eines für den Unternehmer anrufenden Mitarbeiters 950 E
Fehlende Grundpreisangabe bei fertigverpackten Kaffeekapseln RR 424
Genehmigungspflicht für Beförderung von Patienten mit multi-resistenten Keimen RR 471
Haftung eines Reisebüros für unzureichende Preisangaben in Reiseprospekt RR 351
Herausgeber einer kostenlosen WarnWetterApp durch DWD RR 461
Kfz-Werbung auf nicht audiovisuellem Mediendienst ohne erforderliche Pflichtangaben nach Pkw-EnVKV 1258 E
Kostenlose Abgabe eines Produktkoffers mit Arzneimitteln an Apotheker RR 377
Nachweis der Wirksamkeit eines Arzneimittels durch wissenschaftliche Studie RR 436
Reichweite des Unterlassungsanspruchs wegen Verbots der Fruchtzüchtung aus Verletzung von Betriebsgeheimnissen 535 E
Unzulässige Werbung mit durch Verletzung von Betriebsgeheimnissen erlangter Marktführerschaft 541 E
Unzulässiger Rückkaufhandel bei gebrauchten Pkws RR 422
Verstoß gegen Nichtrauchergesetz des Saarlandes 742 E
Werblicher Überschuss von Angaben auf Umverpackung von Arzneimitteln RR 374
Werbung für Rechtsanwaltsmandate mit Kostenfreistellungserklärung eines Dritten RR 356
Zugabe von Gutscheinen beim Verkauf rezeptpflichtiger Arzneimittel 208 E
Zulässige Werbung mit ärztlicher Empfehlung für bioresorbierbaren Stent 627 E
- Rechtsdienstleistung RR 81
- Rechtshängigkeitssperre
– bei Klagen aus parallelen nationalen Marken und Unionsmarken 160 ZR
- Rechtsinhaberschaft
Rechtswidrige Nutzung von Videosequenzen in TV-Sendung RR 326
- Rechtskraft des Zwangsmittelbeschlusses 128 A, 219 E
- Rechtsmissbrauch
– durch von Prozessfinanzierer finanzierte Gewinnabschöpfungsklage trotz Zustimmung des Bundesamts 1166 E
- Rechtsprechungsanmerkung
BGH, GRUR 2018, 178 – Vorschaubilder III 187
BGH, GRUR 2018, 431 – Tiegelgröße 436
BGH, GRUR 2018, 535 – Knochenzement I 539
BGH, GRUR 2018, 636 – Ärztebewertung III 640
BGH, GRUR 2018, 924 – ORTLIEB 930
BGH, GRUR 2018, 1132 – YouTube 1139
EuGH, GRUR 2018, 68 – VCAT/RTI 70
EuGH, GRUR 2018, 211 – Coty Germany/Parfümerie Akzente 215
EuGH, GRUR 2018, 284 – Acacia/Audi ua und Acacia ua/Porsche 290
EuGH, GRUR 2018, 327 – CIVIC/Aldi (Champagner Sorbet) 331
EuGH, GRUR 2018, 612 – DOCERAM/CeramTec (Zentrierstifte) 614 E
EuGH, GRUR 2018, 1146 – NEUSCHWANSTEIN 1150
EuGH, GRUR 2018, 1234 – Bastei Lübbe/Strotzer 1237
KG, GRUR 2018, 1055 -Framingschutz 1058
LG München I, GRUR-RR 2018, 6 – Geräteabgabe RR 10
OLG Dresden, GRUR-RR 2018, 532 – Gewerkschaftsführer RR 536
OLG Düsseldorf, GRUR 2018, 855 – Rasierklingeneinheit 861
- Rechtsprechungsbericht
Aus der Rechtsprechung des BPatG im Jahr 2017 460 A, 553 A
Aus der Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Lauterkeitsrecht seit Ende 2016 113 A
Die Entwicklung der unter- und obergerichtlichen Rechtsprechung zum Urheberrecht im Jahr 2017 RR 177
Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 393, RR 395
Die Rechtsprechung der Instanzgerichte zum Markenrecht seit 2017 RR 489
Die Rechtsprechung der Instanzgerichte zum Recht des unlauteren Wettbewerbs XVIII RR 49
Die Rechtsprechung des BGH in Patentsachen im Jahr 2017 977 A
Die Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Markenrecht seit dem Jahr 2016 30 A

- Die Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Markenrecht seit dem Jahr 2017 1185 A
- Die Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Urheberrecht und den verwandten Schtzrechten im Jahr 2017 225 A
- Die Rechtsprechung zum Designrecht in den Jahren 2016 und 2017 682 A
- Rechtsschutz**
- Kontrolle oder nachlaufender Rechtsschutz – wohin bewegt sich das Urheberrecht 21 A
- Red Bull** 471 A
- REDBUBBLE** RR 491, RR 492, RR 495, RR 496, RR 501, RR 502
- Redemption** RR 408
- Referentenentwurf**
- Referentenentwurf zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Richtlinienentwurf zum Schutz von Whistleblowern 589 R
- Referenzarzneimittel**
- Prüfung der Unterlagenschutzfrist des Referenzarzneimittels im dezentralisierten Genehmigungsverfahren 747 E
- REFLEX BIKEDISGN** 474 A
- Reformistischer Aufbruch** 225 A, 226 A, 235 A
- Regalsystem** 1 A, 2 A, 4 A, 698 A
- Regelventil** 979 A
- Registermarke**
- Der Schutz dreidimensionaler Registermarken 565 A
- Reha Training** 227 A
- Reifenabdichtmittel** 979 A
- Reinigungssystem** RR 403
- Reisekatalog**
- Haftung eines Reisebüros für unzureichende Preisangaben in Reiseprospekt RR 351
- Reisekosten**
- Erstattungsfähigkeit tatsächlich angefallener Reisekosten bis zur höchstmöglichen Entfernung im Gerichtsbezirk 969 E
- Reisewecker** RR 248
- Reisewerte** 124 A, 127 A
- Reiss-Engelhorn- Museen** RR 178, RR 180
- REMITTITE** RR 490
- Remixing**
- Pastiche 2.0: Remixing im Lichte des Unionsrechts 675 A
- RENNIE** 39 A
- „Reparaturklausel“**
- Voraussetzungen für Vorliegen der „Reparaturklausel“ in der GGV 1246 E
- Reparaturversicherung** 379 ZR
- Report**
- BKartA zelebriert 60-jähriges Bestehen 381
- EPO hat Industrie 4.0 Patente zusammengestellt 268
- EUIO: Audiovisueller Jahresrückblick 2017 online 801
- IP-Gesamtstrategie der Europäischen Kommission 58
- Kommission plant Verbraucher-Sammelklagen 590
- Kooperation mit China zum Schutz geistigen Eigentums 268
- Nutzerforum des DPMA und Präsentation des WIPO Global Innovation Index 382
- Plattform Industrie 4.0 veröffentlicht Ergebnisse zum Kartellrecht 705
- Referentenentwurf zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Richtlinienentwurf zum Schutz von Whistleblowern 589
- TLD.eu soll elastischer werden 590
- Verschärfte Vorschläge zum europäischen Leistungsschutzrecht der Presseverleger 493
- RESCUE-Produkte** 44 A
- RESCUE-Produkte II** 117 A, 118 A, 206 E
- RESCUE-Tropfen** 374 ZR
- Resistograph** 417 E
- Resostograph** 1190 A
- Restaurantbezeichnung** RR 154
- Retina-Implantat** RR 214
- Reuegeld** RR 54
- Rexona** 1214 A
- Rezeptortyrosinkinase** 774 A, 776 A, 1098 A
- Rezeptortyrosinkinase II** 577 A, 1096 A, 1098 A, 1099 A, 1100 A, 1101 A
- Rheinmetall-Borsig** 264 ZR
- Ribarivin** 456 A
- Rimova** 441 E
- ringtaxi** RR 390
- Riptide** 914 E
- Risikoabschlag** RR 137
- Ritter Sport** 567 A, 571 A, 573 A
- RLvS Verlagsgesellschaft** 114 A, 1224 A
- Robinson-Liste** 125 A
- robots.de** 350 A
- Roche** 1113 A
- ROCHER-Kugel** 567 A, 568 A, 899 ZR
- Röhm Enzyme** 894 A
- Röntgeneinrichtung** 575 A
- Rohrleitungsprüfung** 1030 E, RR 400, RR 401
- Rohrschweißverfahren** RR 399
- Rolex-Internet-Versteigerung** 1119 A
- Rollenantriebseinheit** 670 A, 671 A
- Rollenetiketten** 684 A, 685 A, 694 A
- Romanfigur (Marke)**
- Unterscheidungskraft einer fiktiven Romanfigur-Wortmarke für Beherbungsdienstleistungen 301 E
- Rosenball in Monaco** 480 A
- „Rote Sohle“**
- Auf roten Sohlen – Formal Form oder Position 898 ZR
- Roter Streifen im Schuhabsatz** 901 ZR
- Rotierendes Schaftwerkzeug** 673 A, 674 A
- roundMedia** 475 A
- Royal Oak** 689 A
- Rubbelaktion** 257 A, 260 A
- Rubrik's Cube** 566 A
- Rückkaufhandel**
- Unzulässiger Rückkaufhandel bei gebrauchten Pkws RR 422
- Rücklastschrift**
- Unzulässige Pauschalierung von Rücklastschriftkosten bei Telekommunikationsverträgen RR 354
- Rücknahme der Lizenzbereitschaftserklärung** 559 A
- Rückruf**
- Kein vom Unterlassungsgebot umfasster Rückrufanspruch im Eilverfahren 855 E
- Zu Risiken und Nebenwirkungen kontaktieren Sie Ihren Anwalt oder Richter 378 ZR
- Rückruf von RESCUE-Produkten** 44 A, 125 A, 126 A, 374 ZR, 379 ZR, 380 ZR, 1007 A
- Rückrufpflicht** RR 319
- Rückrufsystem** 100 E, 121 A
- rückstrahlende Folie** RR 395, RR 402

Rücktritt des Finanzministers 476 A, 477 A, 480 A
 Rühland 682 A, 683 A, 684 A
 Rufnummernportierung
 Mitbewerberbehinderung durch Erwirkung unberechtigter Rufnummernportierung 317 E
 Rufumleitung 7 A
 RUMCHATA RR 493, RR 495
 Runes of Magi 489 A
 Rustikale Brettchen 259 A

S

S-Cross limited RR 51, RR 55
 SABAM 21 A, 25 A, 344 A, 349 A
 Sabine Christiansen 480 A
 Saints Row IV RR 444
 Sammelmeldung 685 A, 686 A
 Sammelklage
 Kommission plant Verbraucher-Sammelklagen 590 R
 Sanoma Media Finland Oy 1216 A
 Saustarke Angebote 259 A
 SB-Beschriftung 1123 ZR, 1191 A
 Scarlet/SABAM 1014 ZR, 1017 ZR
 Schadensberechnung
 – beim Download von Dateifragmenten RR 408
 Schadensersatz RR 62, RR 140, RR 187
 Abmahnkosten gegen nichtverantwortlichen Anschlussinhaber als ersatzfähiger Schaden 914 E
 Fehlende markenmäßige Verwendung eines Zeichens auf Hang-Tag RR 446
 Klage von Online-Firmen auf Schadensersatz im Schadensland 108 E
 Kontrolle oder nachlaufender Rechtsschutz – wohin bewegt sich das Urheberrecht 21 A
 Schadensersatz beim Umpacken von Arzneimitteln RR 498
 Schadenspauschale
 Gewinnabschöpfung bei unzulässig überhöhten Schadenspauschalen RR 431
 Schadenspauschale für Mahnung RR 431
 Schanzenviertel-Video RR 62
 Schautermann Tillies Jazzband 474 A
 Schiedsgericht
 Einschaltung von Schiedsgerichten zur Bestimmung der FRAND-Konditionen 145 A
 Schiedsspruch
 Verletzung rechtlichen Gehörs durch Schiedsgericht 974 E
 Schiedsstellenanrufung
 – auch bei auf Kartellrecht gestützte Einwendungen gegen Vergütungsforderungen 1277 E
 Schienengebundenes Verkehrssystem 575 A
 Schiffsreisenkatalog RR 351
 Schilderverkauf 795 A, 797 A
 Schilderwald 255 A
 Schleichwerbung 851 E
 – durch Influencer Marketing 1206 A
 – Marketing – Regulierung und Konsequenzen seiner Anwendung (Teil 1) 1211 A
 Influencer Marketing – Rechtlicher Rahmen und Regulierungsbedürfnis (Teil 2) 1218 A

Schleppfahrzeug 671 A
 Schlüsselkräfte RR 477
 Schmerzlinderung im Fitnessstudio RR 54
 Schmitt 117 A
 Schneeballseminare 114 A
 Schneidmesser I 243 A, 248 A, 252 A, 253 A, 664 A, 773 A, 779 A
 Schneidmesser II 248 A, 252 A, 253 A
 Schnellwechsel- und Bohrkernauswerfspindel RR 395
 „Schnipp, Schnapp – Gebühren ab“ RR 434
 Schnittstelle zum Ersatzteiledatenaustausch RR 51, RR 52
 Schönheitsoperation RR 217
 Schokoladenmaus 566 A
 Schokoladenstäbchen II 3 A
 Schokoladenstäbchen III 30 A, 31 A, 32 A
 Schottelius 896 A
 Schreibgeräte 692 A
 Schriftsatznachlass
 Gewährung von Schriftsatznachlass bei gerichtlichem Hinweis in mündlicher Verhandlung 111 E
 Schuhsohle 689 A, 690 A, 692 A
 Schuhsohlenmuster
 Fehlende Unterscheidungskraft eines Schuhsohlenmusters RR 507
 Schul-Homepage RR 185
 Schutzbereich
 – von Second Medical Use-Patenten II 449 A
 Wirkung von Zweck- und Funktionsangaben in Sachanspruch 1128 E
 Schutzbereich (Patentrecht)
 Verfahren zum wasserdichten Imprägnieren von Leder 395 E
 Schutzbriefversicherung RR 21
 Schutzfähigkeit RR 236
 – der Quadratform einer verpackten Tafelschokolade 404 E
 – wegen haptischen Sinneseindrucks eines wesentlichen Formmerkmals 411 E
 Schutzgegenstand RR 11
 – und einheitliche Erscheinungsform eines Designs 725 E
 Bestimmung des Schutzgegenstands bei unterschiedlichen Einzelabbildungen 725 E
 Schutzhindernis
 Schutzfähigkeit der Quadratform einer verpackten Tafelschokolade 404 E
 Schutzhülle 688 A, 690 A, 692 A, 694 A
 Schutzhülle für Tablet-Computer 853 E
 Schutzkleidung für funktechnische Anlagen RR 399, RR 402
 Schutzmantel RR 394
 Schutzrecht
 Der europäische Deliktsgerichtsstand und die gewerblichen Schutzrechte 1107 A
 Schutzregelung
 Abschließende Schutzregelung der Verordnung von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben 89 E
 Schutzzumfang
 Eingeschränkter Schutzzumfang eines Gemeinschaftsgeschmacksmusters 832 E
 Schutzunfähigkeit RR 146
 Schutzverkleidung für funktechnische Anlagen 814 E
 Schutzzertifikat
 Auslegung der Bestimmung über ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel 908 E

- Ergänzendes Schutzzertifikat für durch Formulierungspatent geschützte Wirkstoffzusammensetzung 719 E
- Erteilung eines ergänzenden Schutzzertifikats bei nationaler Zulassung einer Medizinprodukt-Arzneimittel-Kombination 1232 E
- EuGH-Vorlage zu ergänzenden Schutzzertifikaten für Arzneimittel 281 E
- EuGH-Vorlage zur Erteilung eines ESZ bei nationaler Zulassung einer Medizinprodukt-Arzneimittel-Kombination 64 E
- Kein Schutzzertifikat für Äquivalente? 657 A
- Schwarzwaldmarie RR 43
- schwebender Leuchtkörper RR 53
- Schweißheizung für Kunststoffrohrratten 670 A
- Schweppes/Red Paralela 191 E, 1194 A
- Schwermetalloxidationskatalysator 243 A
- Scotch Whiskey Association/Klotz (Glen Buchenbach) 784 A, 843 E, 1198 A
- Second Medical Use-Patent
- Schutzbereich von Second Medical Use-Patenten II 449 A
- Sedativum RR 394
- Seeing is Believing 763 A
- Segmentstruktur 3 A, 5 A, 6 A, 7 A, 698 A, 702 A
- Neuere Entwicklungen im wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz 1 A
- Segmentstruktut 258 A
- Schenswürdigkeit
- Markenschutz für Schlossname als Fantasiebezeichnung für Sehenswürdigkeiten 1146 E
- Sehtest RR 305
- Seilzirkus 1 A, 4 A, 698 A
- Seitenspiegel 774 A
- Sektionaltor II 982 A, 984 A
- Sektionaltorantrieb 670 A
- Sekundärstation 669 A
- Selbstwiderlegung im Beschwerdeverfahren RR 57
- Senile-Plaque-Ablagerungen RR 167
- Senioren Pflegeheim RR 243
- Senioren-Paß 259 A
- Sensai und Kanebo RR 497
- SEP
- Die Bestimmung des FRAND-Lizenzsatzes für SEP 136 A
- SEP-Lizenzen
- ein Fall für die Gesamtgläubigerschaft 666 A
- Servicepauschale 120 A, 121 A
- Servicewelt RR 23
- Servoprax 116 A
- Session-ID 1003 A
- SGAE 24 A
- Sharehosting-Dienst
- EuGH-Vorlage zur Haftung eines Sharehosting-Dienstes für urheberrechtsverletzende Inhalte 1239 E
- Shevill 164 ZR
- SIA 126 A, 127 A
- Sicheres Zeckenmittel RR 124
- Sicherung der Drittauskunft 45 A, 240 A
- Sieckmann 265 ZR
- Sierpinski-Dreieck 34 A
- Signalfolge 1098 A
- Silhouette 1123 ZR
- Silver Linings Playbook 18 A, 1014 ZR
- silverline.de RR 501
- Simba Toys/EUIPO 2 A, 3 A, 30 A, 566 A
- Simmental 1014 ZR
- Simulationsvorrichtung zur Roboteranwendung 575 A
- Sistierung von Aufträgen 261 A
- Sitagliptin III 281 E, 556 A, 663 A, 664 A, 665 A
- skai-cubana RR 178
- Slim Fit Hose SAM RR 492, RR 493, RR 495, RR 499, RR 502
- Smart Contract
- Immaterialgüterrechte in der Welt von Blockchain und Smart Contract 1089 A
- Smartphone-Applikation
- Verbindung einer Verkehrsdienstleistung mit einem Vermittlungsdienst 308 E
- Smiles Plus Partnerprogramm RR 50
- SMS-Charity RR 56
- SNB-REACT/Deepak Mehta 921 E, 1196 A, 1200 A
- Snitem ua/Premierminister, Frankreich 333 E
- Softwaremodul 974 E
- Solarinitiative 11 A, 259 A, 798 A, 799 A
- Sommer unseres Lebens 16 A, 18 A, 19 A, 1013 ZR
- Sonderkündigungsrecht bei Umzug RR 295
- Soulier und Doke 1002 A
- Soziales Netzwerk RR 372
- Space Fidelity Peep-Show 260 A
- Spam-Krokodil RR 78
- Spam-Mails RR 304
- Spam-Werbung RR 78
- Spannschraube 774 A, 778 A, 987 A
- Spantenmontagevorrichtung RR 137, RR 401
- Sparkassen-Rot 32 A, 33 A, 35 A, 572 A, 1199 A
- Specsaver 265 ZR, 266 ZR, 267 ZR, 573 A
- Speichermedienimport RR 6
- Spezialist für Erbrecht 115 A
- spickmich.de 373 A
- Spielplatzgestaltung RR 203
- Spinfrequenz 509 E, 978 A
- Spiralschneider RR 360
- Sponsorenlogo P & C RR 500
- Sportbrille 725 E
- Sporthelm 725 E
- Sporthosen 11 A
- Sportzubehör RR 173
- Sprachwerk RR 177
- Spreizdübel 559 A
- Spritzgußmaschine 261 A
- Stabtaschenlampe 567 A
- Stadtrundfahrten RR 466
- Stadtwerke Augsburg 464 A
- Stadtwerke Braunschweig 464 A
- Stadtwerke Bremen 31 A, 33 A, 464 A
- Stadtwerke Bremerhafen 464 A
- stadtwerke hamburg 464 A
- Städtisches Krematorium 800 A
- Stambuk 480 A
- Steckdübel 2 A, 699 A
- Stellenanzeige RR 177

- Sterbedrama** 631 E
Steuereinrichtung II 992 A
Steuerkanal 766 A, 768 A
Steuersparmodell eines Fernsehmoderators 1291 E
Steuervorrichtung 581 A
Stichting Brein 21 A, 226 A, 227 A, 228 A, 229 A, 230 A, 231 A, 233 A, 234 A, 345 A, 996 A, 999 A, 1000 A, 1019 ZR, 1020 ZR
Stiftparfüm 369 A
Stochastisches Rauschen 766 A, 767 A, 768 A, RR 398
Störerhaftung des Accessproviders 19 A, 1013 ZR, 1014 ZR, 1017 ZR, 1018 ZR, 1019 ZR, 1020 ZR
Stofffähnchen 267 ZR
Stoffschutz
 Verletzungshandlungen bei zweckgebundenem Stoffschutz 456 A
Stolper Jungchen 673 A
Storck 566 A
Stornogebühr
 Missbrauch von Stornierungsgebühr seitens eines Luftfahrtunternehmens 305 E
Stowarzyszenie 27 A
Streaming Plattform RR 185
Streitwertbegünstigung 588 A
 Ist die Streitwertbegünstigung mit dem Verfassungs- und dem Unionsrecht zu vereinbaren? 585 A
Strom Basic RR 52
Strompreise RR 454
Studentenversicherung 792 A
Studie RR 212
Stumme Verkäufer 257 A
Stumme Verkäufer II 261 A
Suchfunktion
 Verwendung von Unternehmenskennzeichen innerhalb einer in Internethandelsplattform eingebetteten Suchfunktion 935 E
Suchmaschine
 How to Do Things with Code 350 A
 Keine Markenverletzung durch Suchergebnisse anderer Markenprodukte des gleichen Markeninhabers RR 512
 Keine Urheberrechtsverletzung bei Bildersuche durch Suchmaschine 178 E
 Verwendung von Marken innerhalb einer in Internethandelsplattform eingebetteten Suchfunktion 924 E
SUMO 6 A
Surfen im schnellsten Netz der Stadt RR 55
Svensson 23 A, 353 A, 996 A, 997 A, 998 A, 1001 A
- T**
- Tabaktopf** 696 A
Tabakwerbung im Internet 117 A
Tablet 684 A, 688 A
Tactical Polo RR 491, RR 493, RR 494
Tagesschau-App 1224 A
Tagungsbericht
 Circle of European Trademark Judges 2017 58 MT
 Junge Wissenschaft – Kolloquium zum Gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Medienrecht 1028 MT
Take Five 585 A
Tannöd 1013 ZR, RR 185
- Tariffpflicht**
 Kein Verstoß gegen Tariffpflicht bei Rabattaktion eines Taxivermittlers 946 E
Tastatur 687 A, 690 A, 691 A, 693 A
Tatry 895 A, 896 A, 897 A
Tattoo-Apotheke RR 50, RR 55
Tauchcomputer 575 A
Tauschbörse
 Aufsichtspflicht bei Filesharing durch minderjährige Kinder RR 505
Tauschbörse II 17 A, 1014 ZR
Tauschbörse III 16 A, 17 A, 237 A
Tauschbörsensoftware RR 187
Taxameter RR 397
Taxigenossenschaft 993 A
Taxirabattgutschein RR 51
Taxivermittlung
 Kein Verstoß gegen Tariffpflicht bei Rabattaktion eines Taxivermittlers 946 E
Tchibo 570 A
Teddybär 4 A
Teilerledigung (Kosten) RR 47
Teilreflektierende Folie 564 A
Teleaustria und Telefonadress 137 A
Telefonwerbung für „Individualverträge“ RR 163
Telekommunikationsvorrichtung 563 A
Telekommunikation RR 75
 EuGH-Vorlage zu möglichen Kommunikationsmitteln bei Abschluss von Fernabsatzverträgen 100 E
 EuGH-Vorlage zu Anforderungen an Einwilligung bei Cookie-Setzung 96 E
Telekommunikationsvertrag RR 295
 Unzulässige Pauschalierung von Rücklastschriftkosten bei Telekommunikationsverträgen RR 354
Testbedingungen
 Keine irreführende Unterlassung bei fehlenden Informationen über Testbedingungen auf Produktetikett 940 E
Testbestellung 260 A
Testkauf im Internet 128 A
Testpreis-Angebot 256 A
Testsiegel
 EuGH-Vorlage zur Frage der missbräuchlichen Nutzung eines Testsiegels 617 E
Testsiegelwerbung 127 A
Teststreifen zur Blutzuckerkontrolle II 116 A, 117 A
Teva UK ua/Gilead 908 E
THE HOME STORE 45 A
The Tea Board/EUIPO
 Der EuGH schnürt Paket zur Gewährleistungsmarke: Gedanken zur „Baumwollblüte“ in „Darjeeling“ 53 ZR
The Tratry 162 ZR
Therapiesicherheit
 Angaben zur Therapiesicherheit eines Arzneimittels RR 479
Thermo-Mann-Test 799 A
Thomas Murphy 682 A, 683 A, 684 A, 685 A, 692 A
Thomas Philipps 48 A, 687 A
Thumbnails 352 A
Thun 686 A
Tiegelgröße 431 E
tierärztlicher Notdienst 1215 A

Tierarzneimittel RR 124
 Tintenpatrone I 674 A
 Tischbeine RR 186
 Titelexklusivität 260 A
 Titelschuldner im Zwangsvollstreckungsverfahren 15 A
 TLD
 TLD.eu soll elastischer werden 590 R
 TMG-Reform
 Fortentwicklung der Haftung für Internetanschlüsse 16 A
 TMG-Regelung
 Unionsrechtskonformität der neuen TMG-Regelungen zur Nutzersperre 721 E
 Tochter von Caroline von Hannover 1023 ZR, 1024 ZR
 Tochter von Prinzessin Madeleine 964 E
 Toilettendeckel RR 322
 Tolle Rolle RR 489, RR 491, RR 493, RR 495
 Tollwutvirus 1099 A
 Tommy Hilfiger 25 A, 28 A, 1119 A
 Tonbandvervielfältigungen 344 A
 TOOOR! 1188 A
 TOP-Logistics ua/Bacardi 1121 ZR
 TORO 471 A
 Torpedoklage
 Negative Feststellungsklagen und Torpedos 893 A
 Totenmaske II 1202 A, 1204 A, 1205 A
 Toughbooks 342 A, 343 A, 344 A, 345 A
 Trachtenjanker 257 A
 Trägermaterial für Kartenformulare 893 A
 Traktionshilfe 775 A, 777 A
 Trassennutzungsänderung 138 A
 Traubenzuckertäfelchen 411 E, 472 A, 569 A, 571 A, 1187 A, 1198 A
 Der Schutz dreidimensionaler Registermarken 564 A
 Travomed 468 A
 Trinkbehälteranordnung RR 396
 Tripp-Trapp-Stuhl 669 A
 Trockenrasierer 895 A
 Trockenrasierer III 261 A
 Trommleinheit 170 E, 262 ZR, 263 ZR, 980 A, 981 A, 982 A
 Trostpreis der Apotheke RR 54, RR 55
 TRUVADA RR 403
 TUPPERCABINET RR 149, RR 493, RR 495, RR 498, RR 502, RR 503
 Tupperware RR 492, RR 503
 Turner 894 A
 TV Pannenshow RR 326
 TV-Digital 1215 A
 TV-Werbespot RR 24
 Tweet RR 177

U

Über Black 122 A
 Über France 739 E
 UBER POP RR 51
 Überkompensation
 Gesamtwirkung von Erfüllungsleistungen durch Mittäter in File-sharing-Fällen RR 444

Überraschungsentscheidung
 Vorliegen einer Überraschungsentscheidung 740 E
 Übertragung
 Übertragung einer für Agenten des Markeninhabers eingetragenen Marke 78 E
 Übertragungssystem 668 A
 Uhrenkauf im Internet 34 A, RR 494
 Uhrenziffernblätter RR 324
 Umsäumter Winkel 1188 A
 Umsatzsteuer
 Umsatzsteuerpflicht bei Erstattung von Abmahnkosten RR 371
 Umsatzsteuer auf Abmahnkosten RR 371
 umsatzsteuerbare Leistung 49 A, 127 A
 Umsatzsteuererstattungsmodell 259 A
 Umverpackung
 Werblicher Überschuss von Angaben auf Umverpackung von Arzneimitteln RR 374
 Unberechtigte Schutzrechtsverwarnung 43 A
 Unberechtigte Schutzrechtsverwarnung II 983 A
 unbeschwertere Atmung RR 374
 Unentgeltliche Partnervermittlung 258 A
 Ungesichertes WLAN 18 A
 Unionsmarke RR 68, RR 149
 Die „Parfummarken“-Entscheidung des BGH 358 A
 Durchschnittliche Kennzeichnungskraft im Inland durch Registrierung einer schutzunfähigen Unionsmarke 79 E
 Fehlende markenmäßige Verwendung eines Zeichens auf Hang-Tag RR 446
 Geltung des Prioritätsgrundsatzes auch nach Neufassung des Art. 127 III UMGV 516 E
 Keine Markenverletzung durch Suchergebnisse anderer Markenprodukte des gleichen Markeninhabers RR 512
 Markenschöpfung durch Überkleben eines Medizinprodukts 736 E
 Rechtshängigkeitssperre bei Klagen aus parallelen nationalen Marken und Unionsmarken 160 ZR
 Übertragung einer für Agenten des Markeninhabers eingetragenen Marke 78 E
 Unionsmarkenschutz bei Koexistenz in Teilen der Union 50 ZR
 Universalbox 688 A
 Unlautere Geschäftspraktiken
 Unvereinbarkeit eines verbraucherschützenden Verbots des Verlustkaufs mit UGP-Richtlinie 303 E
 „Unsere 6 gegen Erkältung“ RR 377
 Unterbliebene Rabattberücksichtigung RR 49, RR 54, RR 55
 Unterkapitalisierter Abmahner RR 57
 Unterkieferprotrusionsschienen RR 105
 Unterlassung RR 23, RR 34, RR 36, RR 62, RR 140, RR 163, RR 187
 Fehlende markenmäßige Verwendung eines Zeichens auf Hang-Tag RR 446
 Folgenbeseitigungsverpflichtung des Unterlassungsschuldners 1085 E
 Haftung eines Reisebüros für unzureichende Preisangaben in Reiseprospekt RR 351
 Kontrolle oder nachlaufender Rechtsschutz – wohin bewegt sich das Urheberrecht 21 A
 Reichweite des Unterlassungsanspruchs wegen Verbots der Fruchtzüchtung aus Verletzung von Betriebsgeheimnissen 535 E
 Verstoß gegen Nichtrauchergesetz des Saarlandes 742 E
 Zulässige Werbung mit ärztlicher Empfehlung für bioresorbierbaren Stent 627 E

- Zum Gebot der Verhältnismäßigkeit beim patentrechtlichen Unterlassungsanspruch 985 A
- Unterlassungsansprüche bei GPLv2-Software** RR 11
- Unterlassungsantrag**
- Anforderungen an Bestimmung des Klagegrunds bei Unterlassungsantrag 203 E
- Unterlassungsgebot**
- Kein vom Unterlassungsgebot umfasster Rückrufanspruch im Eilverfahren 855 E
- Unterlassungstitel** RR 176
- Beseitigung kraft Unterlassungstitels 374 ZR
- Kernbereich eines Unterlassungstitels 863 E
- Reichweite eines Unterlassungstitels 292 E, 976 E
- Unterlassungsverpflichtung** RR 46, RR 122, RR 223
- Unternehmenskennzeichen**
- Verwendung von Unternehmenskennzeichen innerhalb einer in Internethandelsplattform eingebetteten Suchfunktion 935 E
- Unterscheidungskraft** RR 193
- einer fiktiven Romanfigur-Wortmarke für Beherbungsdienstleistungen 301 E
- Fehlende Unterscheidungskraft eines Schuhsohlenmusters RR 507
- Untersetzer** RR 323
- Unübertroffene Wirksamkeit im 10. Jahr** RR 54
- Unzulässiger Betrieb einer Versandapotheke** RR 128
- Unzulässigkeit irreführender Werbung** RR 34, RR 85, RR 86, RR 214, RR 218
- Angaben zur Therapiesicherheit eines Arzneimittels RR 479
- Bewerbung eines homöopathischen Arzneimittels mit seit langem bekannten Wirkstoff als neues Produkt RR 372
- Nachweis der Wirksamkeit eines Arzneimittels durch wissenschaftliche Studie RR 436
- Werblicher Überschuss von Angaben auf Umverpackung von Arzneimitteln RR 374
- Werbung gegenüber Fachkreisen mit Verträglichkeit eines Arzneimittels RR 486
- Wissenschaftliche Absicherung von Werbeaussagen für neuartige Behandlungsmethoden RR 483
- Unzumutbare Belästigungen** RR 27, RR 56, RR 200
- E-Mail-Versendung an kostenlos registrierte Partnerschaftsbörsenmitglieder RR 369
- Wirksame Verbrauchereinstimmung in Kontaktaufnahme zu werbezwecken 545 E
- UPC-Telekabel** 17 A, 18 A, 19 A, 21 A, 25 A, 371 A, 990 A, 1014 ZR, 1017 ZR, 1019 ZR
- uploaded** 1239 E, RR 185
- Urgu Tül** 1151 E, RR 497
- Urheberbeteiligung**
- Urheberrechtsstreit nur bei Notwendigkeit spezialisierten Sachverständigen RR 405
- Urheberpersönlichkeitsrecht** RR 179
- Urheberpersönlichkeitsrechtsverletzung** RR 61
- Urheberrecht** RR 1
- Aktuelle Rechtsprechung zum Schutz des Urheberrechts bei Informationsansprüchen 780 A
- Das Zugangsrecht nach § 25 UrhG 1202 A
- Die Haftung allgemeiner Zugangsprovider auf Website-Sperren 1016 ZR
- Die Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Urheberrecht und den verwandten Schutzrechten im Jahr 2017 225 A
- How to Do Things with Code 350 A
- Kontrolle der digitalen Werknutzung zwischen Vertrag und Erschöpfung 865 A
- Kontrolle oder nachlaufender Rechtsschutz – wohin bewegt sich das Urheberrecht 21 A
- MPI: erster Ergebnisbericht zur Verbraucherumfrage über Online-Nutzungen und Urheberrecht 269 R
- Pastiche 2.0: Remixing im Lichte des Unionsrechts 675 A
- Störerhaftung für Access-Provider reloaded 1012 ZR
- Unmittelbare und mittelbare Verletzung des Rechts der öffentlichen Wiedergabe nach dem „Cordoba“-Urteil des EuGH 996 A
- Urheberrechtsgesetz. Verwertungsgesellschaftengesetz, Kunsturhebergesetz. Kommentar, 6. Aufl. 1229 BB
- Urheberrechtsschutz vs. Zugänglichkeit von DIN-Normen** RR 58
- Urheberrechtsverletzung** RR 187, RR 189
- durch im Ausland ansässigen Händler RR 142
- EuGH-Vorlage zur Haftung einer Internetvideoplattform für Urheberrechtsverletzungen 1132 E
- EuGH-Vorlage zur Haftung eines Sharehosting-Dienstes für urheberrechtsverletzende Inhalte 1239 E
- Haftung des Anschlussinhabers für Urheberrechtsverletzungen über ungesichertes WLAN 1044 E
- Keine Urheberrechtsverletzung bei Bildersuche durch Suchmaschine 178 E
- Störerhaftung des Accessproviders bei Urheberrechtsverletzungen 1050 E
- Urheberschaft**
- Rechtswidrige Nutzung von Videosequenzen in TV-Sendung RR 326
- Urhebervergütung**
- und gerechter Ausgleich 342 A
- Urhebervertragsrecht** RR 183
- Ursprungsangabe**
- EuGH-Vorlage zu Ursprungsangabe von Lebensmitteln 104 E
- Ursprungsbezeichnung**
- Abschließende Schutzregelung der Verordnung von Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben 89 E
- Verletzungstatbestände bei geschützten geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnung 784 A
- USB-Stick** 235 A, 342 A, 344 A, 345 A, 346 A
- UsedSoft** 23 A, 24 A, 865 A, 866 A, 868 A, 869 A, 872 A, 873 A, 874 A

V

- V-förmige Führungsanordnung** 247 A, 251 A, 252 A, RR 394
- Vakuumgefäße** 1096 A, 1097 A, 1098 A
- Vakuumtransportsystem** 984 A
- Van Bennekom** 486 A
- Variobeitrag** RR 54
- VCAST** 68 E, 226 A, 228 A, 229 A, 230 A, 232 A, 234 A, 235 A, RR 181
- Ventileinrichtung** 979 A
- Verbandsstoff** RR 497
- Verbessertes Bioresonanzgerät** RR 51, RR 57
- Verblindung von Warentests** 1066 E
- Verbot unlauterer geschäftlicher Handlungen** RR 23, RR 34, RR 73, RR 106, RR 163, RR 197, RR 243, RR 246, RR 292, RR 295
- Anforderungen an Bestimmung des Klagegrunds bei Unterlassungsantrag 203 E
- Anforderungen für Annahme einer Mogelverpackung 431 E
- Beseitigungsanspruch von Verbraucherverbänden gegen Verwenden unwirksamer AGB 423 E

- Falsche Namensnennung eines für den Unternehmer anrufenden Mitarbeiters 950 E
- Informationspflichten bei Garantieangaben RR 352
- Reichweite des Unterlassungsanspruchs wegen Verbots der Fruchtziehung aus Verletzung von Betriebsgeheimnissen 535 E
- Unzulässige Pauschalierung von Rücklastschriftkosten bei Telekommunikationsverträgen RR 354
- Unzulässige Privilegierung einer Tourismusgesellschaft durch Gemeinde RR 466
- Unzulässige Werbung mit durch Verletzung von Betriebsgeheimnissen erlangter Marktführerschaft 541 E
- Veröffentlichung einer Rezeptsammlung als „Extra Heft“ einer Illustrierten RR 520
- Verstoß gegen Nichtrauchergesetz des Saarlandes 742 E
- Werbung für Rechtsanwaltsmandate mit Kostenfreistellungserklärung eines Dritten RR 356
- Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz für Lippenpflegeprodukt RR 417
- Wissenschaftliche Absicherung von Werbeaussagen für neuartige Behandlungsmethoden RR 483
- Zulässige Werbung mit ärztlicher Empfehlung für bioresorbierbaren Stent 627 E
- Verbot von Werbegaben** RR 217, RR 305, RR 308
- Herausgabe einer kostenlosen WarnWetterApp durch DWD RR 461
- Kostenlose Abgabe eines Produktkoffers mit Arzneimitteln an Apotheker RR 377
- Zugabe von Gutscheinen beim Verkauf rezeptpflichtiger Arzneimittel 208 E
- Verbotenes Verhalten von Unternehmen**
- Spitzenstellungsabhängigkeit durch hohe Distributionsrate 441 E
- Verbraucher**
- Die Durchsetzung des Verbraucherrechts: Das BKartA als UWG-Behörde? 1004 A
- Verbraucherschutz**
- Die wesentliche Information in § 5a II UWG 886 A
- Verbraucherzentrale/Unimatic** 943 E
- Verbreitung** RR 133
- Verdachtberichtserstattung**
- Anforderungen an einen „Nachtrag“ zu rechtmäßiger Verdachtsberichterstattung 963 E
- Verdeckte Laienwerbung** 259 A
- Verein für lauterer Wettbewerb/Princesport** 1061 E
- Verfahrensaussetzung**
- Keine Verfahrensaussetzung bis zur Zustellung der Streitverkündung in Asien 853 E
- Verfahrensrecht**
- Auswirkungen der Erledigungserklärung im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde 335 E
- Berechtigtes Einsprechen im Einspruchsverfahren 216 E
- Beweiserleichterungen für den Vollstreckungsgläubiger RR 387
- Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 401
- Erfüllungseinwand bei Vollstreckungsabwehrklage 219 E
- Gewährung von Schriftsatznachlass bei gerichtlichem Hinweis in mündlicher Verhandlung 111 E
- Herausgabevollstreckung bei Daten und Sachverständigenbeteiligung 222 E
- Keine Angaben einer ladungsfähigen Anschrift als Voraussetzung für zulässige Berufung 971 E
- Keine Verfahrensaussetzung bis zur Zustellung der Streitverkündung in Asien 853 E
- Ladungsfähige Anschrift bei juristischer Person des Privatrechts 1181 E
- Prozessuale Waffengleichheit bei Geltendmachung eines Gegenstellungsanspruchs 1291 E
- Reichweite der Unterlassungspflicht einer Rundfunkanstalt 1183 E
- Reichweite eines gerichtlichen Verbots der Suchwortverwendung für Google-Anzeigen RR 390
- Verletzung prozessualer Waffengleichheit in Pressesachen 1288 E
- Verfall** RR 68, RR 194
- Vergleichende Werbung** RR 75
- Vergranzungsverfahren** 670 A
- Vergütung** RR 6, RR 137, RR 225
- Kontrolle oder nachlaufender Rechtsschutz – wohin bewegt sich das Urheberrecht 21 A
- Pauschale Beteiligung von Verlagen an den Einnahmen der VG-Wort 829 E
- Schiedsstellenanrufung auch bei auf Kartellrecht gestützte Einwendungen gegen Vergütungsforderungen 1277 E
- Urhebervergütung und gerechter Ausgleich 342 A
- Vergütungsanpassung** RR 183
- Verhandlungspflicht** 236 A
- Verjährung** RR 57
- Verkehrsdienstleistung**
- Ahndung rechtswidriger Ausübung von Beförderungstätigkeiten ohne Mitteilung an Kommission 739 E
- Verbindung einer Verkehrsdienstleistung mit einem Vermittlungsdienst 308 E
- Verkehrsdurchsetzung**
- Erforderliche Verkehrsdurchsetzung von dreidimensionalen Marken in der gesamten EU 1141 E
- Verkehrserwartung** RR 159
- Verkehrsschild-Einrichtung** 561 A
- Verkürzter Versorgungsweg II** 622 E
- Verlados** 784 A
- Verlagssonderseite** 1214 A
- Verlegeranteil** 829 E
- „verleiht keine Flügel, wozu auch?“ RR 495, RR 496
- Verletzungstatbestände**
- Die Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte zum Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit dem Jahr 2017 RR 394
- Verlinkung**
- Markenrechtsverletzende Anzeige bei Verlinkung auf Angebotsliste mit auch fremden Produkten RR 151
- Zulässige Verlinkung zu Presseartikel mit Gesundheitsdaten 1283 E
- Verlinkung in den Handyshop** RR 54
- Verlustkauf**
- Unvereinbarkeit eines verbraucherschützenden Verbots des Verlustkaufs mit UGP-Richtlinie 303 E
- Vermittlungsdienst**
- Verbindung einer Verkehrsdienstleistung mit einem Vermittlungsdienst 308 E
- Vermutung der Urheber- oder Rechtsinhaberschaft** RR 140
- Verpackung**
- Notwendige Warenverpackungsform mit technischer Funktion 522 E
- Verpackungsindustrie II** 896 A
- Verpackungsmaschine II** 893 A, 894 A
- Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen**
- Anforderungen für den Schutz als Betriebsgeheimnis nach UWG 1161 E

- Versand durch Amazon** RR 492
- Versand durch X** RR 492, RR 498, RR 502, RR 503, RR 504
- Versand von Amazon** RR 498
- Versandapotheke** RR 128
- Lieferung von Applikationsarzneimitteln an Ärzte durch in der EU ansässige Versandapotheke 1271 E
- Verschreibungspflicht** RR 124
- Versicherungsvergleichsportal** RR 108
- Versorgungsbedingungen** RR 113
- Versteckte Gaspreiserhöhung** RR 52
- Verstellbarer Lufteinlauf** 671 A
- Verstoß gegen Beratungspflicht** RR 108
- Verstoß gegen Prüfungspflicht** RR 108
- Verstoß gegen urheberrechtliche Meldepflicht** RR 6
- Verteileranlage im Krankenhaus** 12 A
- Verteileranlagen** 367 A
- Vertrag**
- Notwendiger Inhalt eines Vertrags über Internet-Werbung RR 385
- Vertrag von Marrakesch** 225 A, 226 A, 234 A
- Vertragsrecht**
- Einordnung eines Vertrags über Platzierung von Werbemaßnahmen als Werkvertrag 755 E
- Vertragsstrafe**
- Anwendbarkeit der PAngV für Minigaleriebild bei einem auf Ebay eingestellten Verkaufsangebot RR 526
- Vertragsstrafklausel** 126 A, 378 ZR, 379 ZR
- Vertretung**
- Missbrauch der Vertretungsmacht des GmbH-Geschäftsführers beim Insichgeschäft 297 E
- Vertrieb** RR 251, RR 271
- Fehlende Erschöpfung bei Vertrieb von Luxuswaren über Onlineplattform und SB-Kaufhaus RR 335
- Zulässigkeit eines pauschalen Internet-Plattformverbots im selektiven Vertrieb 1171 E
- Vertriebssystem**
- Beschränkung des Plattformvertriebs bei selektivem Vertriebssystem für Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika 750 E
- Vervielfältigung** RR 6
- Verwechslungsgefahr** RR 18, RR 219, RR 242
- eines Wortzeichens mit beschreibendem Anklang für Wohnraumvermittlung RR 345
- zwischen Wortmarken für Bohrwiderstandsmessgeräte 417 E
- Keine Beeinflussung der Verwechslungsgefahr durch erhöhte Kennzeichnungskraft des prioritätsjüngeren Zeichens RR 453
- Keine Verwechslungsgefahr zwischen Wort- und Wortkombinationsmarke für Gesundheitspflege 529 E
- Verweisung**
- an zuständiges Rechtsmittelgericht nach Konzentrationsregelung 1294 E
- Verwendungsform (Marke)**
- EuGH-Vorlage zur Frage der Verwendungsform einer Marke 932 E
- Verwendungspatent** 449 A, 450 A, 451 A, 452 A, 456 A
- Verwertungsgesellschaft**
- Effektive Rechtsdurchsetzung geistigen Eigentums durch Verwertungsgesellschaften 921 E
- Kein Zwang zum Framingschutz für digitale Bibliotheken 1055 E
- Verwertungsgesellschaft Rundfunk** 229 A, 236 A
- Verwertungsrecht** RR 140, RR 180
- Verwirkung**
- Keine missbräuchliche Marken Anmeldung eines mit einer Marke kollidierenden Zeichens nach Markenschutzzende RR 515
- verzögertes Anerkenntnis** RR 171
- VG Media** 355 A, RR 179
- VG Wort** 344 A, 357 A
- Pauschale Beteiligung von Verlagen an den Einnahmen der VG-Wort 829 E
- Videolizenzvertrag** 762 A
- Videosequenz**
- Rechtswidrige Nutzung von Videosequenzen in TV-Sendung RR 326
- Videosignalcodierung** 1098 A
- Videospiel-Konsolen II** 11 A
- Videospiel-Konsolen III** 35 A, 43 A, 237 A, RR 182
- Vielfachabmahner** RR 5
- Vier Ringe über Audi** RR 496
- Viiniverla** 787 A, 788 A, 789 A, 790 A
- Viking Gas** 1121 ZR
- Vitalkost-Aktion** RR 131
- Viva Home** 473 A
- VOB** 234 A, 868 A
- VOLKSWAGEN** 45 A, 469 A
- Vollstreckbarerklärung**
- Verletzung rechtlichen Gehörs durch Schiedsgericht 974 E
- Vollstreckung** RR 95, RR 223
- aus einer Unterlassungsverpflichtung 656 (Ls.)
- Beweiserleichterungen für den Vollstreckungsgläubiger RR 387
- Herausgabevollstreckung bei Daten und Sachverständigenbeteiligung 222 E
- Zwangsvollstreckung aus auf die konkrete Verletzungsform bezogenen Unterlassungstitel RR 392
- Vollstreckungsabwehrklage**
- Erfüllungseinwand bei Vollstreckungsabwehrklage 219 E
- Vollstreckungssicherheit** RR 397, RR 404
- Vollsynthetisches Motorenöl** 1263 E
- Vollziehung** RR 173, RR 176, RR 268
- Vollziehung einer einstweiligen Verfügung an den zustellungsbevollmächtigten Verfahrensbevollmächtigten 444 E
- Vollziehung im Verhandlungstermin** 444 E
- von Hannover** 367 A
- von Jette Joop** RR 491, RR 495, RR 496
- Vorbenutzung**
- im Designrecht 489 A
- Vorbenutzungsrecht**
- Sachlicher Umfang eines Vorbenutzungsrechts 814 E
- Voraussetzungen eines Vorbenutzungsrechts 72 E
- Vorgerichtliche Legitimation** RR 262
- Vorgeschobene Marktberreinigung** RR 56
- vorgeschobene Marktberreinigung II** RR 57
- Vorschaubilder** 350 A, 352 A, 354 A, 355 A, 357 A, 999 A, 1002 A
- Vorschaubilder II** 355 A
- Vorschaubilder III** 178 E, 226 A, 230 A, 231 A, 232 A, 237 A, 239 A, 350 A, 354 A, 1001 A
- Vorspannangebot** 259 A
- Vorsprung durch Technik** 31 A
- Vortragsabend** 5 A, 259 A
- Vrijheidsfond** 21 A, 233 A, 676 A, 679 A
- VSW** 124 A

W

- Wärmeenergieverwaltung** 390 E
- Wärmetauscher** 22 A, 247 A, 250 A, 987 A, 988 A, 991 A, 993 A, 994 A, RR 394
- Wagenfeld-Lampe** RR 142
- Wagenfeld-Leuchte** 362 A
- Wahlkampf** RR 61
- Wahlkampfmusik** 226 A, 240 A, RR 179
- Walzenformgebungsmaschine** 769 A
- Wareneinfuhr**
Einfuhr als strafbare Verletzung von Gemeinschaftsmarken 520 E
- Warenproben in Apotheken** 794 A
- Warentest**
Werbung mit Testergebnis der Stiftung Warentest im Rahmen eines Nassrasierer-Test 1066 E
- Warenverkauf**
Bestimmung der internationalen Zuständigkeit bei rechtsverletzenden Warenverkäufen über Internetseite 84 E
- WarnWetter-App** 791 A, 797 A
- WarnWetterApp** RR 461
- Waschball** 48 A
- Waschkugel** 258 A
- Wasserdichter Lederschuh** 395 E
- Wasserpreise Calw II** 139 A, 140 A, 141 A
- Wathelet** 896 A
- WC-Sitzgelenk** 249 A
- Webseite**
Separates Hochladen einer Fotografie in Referat auf Webseite einer Schule 911 E
- Webseitenanzeige** 553 A
- Weide-Milch** RR 51
- Weihrauch-Extrakt-Kapseln I** 1014 ZR
- Weihrauch-Extrakt-Kapseln II** 116 A
- Weihrauchextrakt H15** 1199 A, 1201 A, RR 197
- Weinbergssrolle** 380 ZR
- Weinkaraffe** 689 A, RR 324
- Wenn 1 & 1 sich streiten** RR 492
- Wer erschoss Boro?** 1212 A, 1216 A, 1217 A
- Wer wird Millionär?** 477 A
- Werbeanfragen im Reisebuchungssystem** RR 56
- Werbeangabe** RR 159
- Werbeaufdrucke auf Anwaltsrobe** 115 A
- Werbeblocker** 261 A
- Werbeblocker II** 1251 E
- Werbebotschaft**
Werbung mit Abbildungen von Personen des öffentlichen Interesses im Spannungsfeld von Individual- und Allgemeininteresse 476 A
- Werbefinanzierte Telefongespräche** 259 A
- Werbegaben** RR 217, RR 218, RR 305, RR 308
Kostenlose Abgabe eines Produktkoffers mit Arzneimitteln an Apotheker RR 377
Zugabe von Gutscheinen beim Verkauf rezeptpflichtiger Arzneimittel 208 E
- Werbemaßnahme**
Einordnung eines Vertrags über Platzierung von Werbemaßnahmen als Werkvertrag 755 E
- Werbeprospekt mit Bestellpostkarte** 121 A
- Werbeslogan** RR 85
- Werbeverbot** RR 124
- Werbeverbot für zulassungspflichtige Arzneimittel** RR 36, RR 86
- Werbewirksamkeit** RR 385
- werbliche Kontaktaufnahme** RR 56
- Werbung**
Werbung mit Abbildungen von Personen des öffentlichen Interesses im Spannungsfeld von Individual- und Allgemeininteresse 476 A
- Werbung für Arzneimittel auf Internetseite** RR 36
- Werbung für Fremdprodukte** 114 A
- Werbung für homöopathische Arzneimittel** RR 86
- Werbung im Programm** 792 A
- Werk** RR 177
- Werknutzung**
Kontrolle der digitalen Werknutzung zwischen Vertrag und Erschöpfung 865 A
- Werktitel Tagesschau** RR 286, RR 492, RR 501
- Werktitelschutz** RR 286
- Werkvertrag**
Einordnung eines Vertrags über Platzierung von Werbemaßnahmen als Werkvertrag 755 E
Notwendiger Inhalt eines Vertrags über Internet-Werbung RR 385
- Werkzeuggriff** 1295 E
- Westfalen-Blatt** 257 A
- Wettbewerbsbezug** 114 A, RR 105
- Wettbewerbsrecht**
Aus der Rechtsprechung des EuGH und des BGH zum Lauterkeitsrecht seit Ende 2016 113 A
China: Neue Administration von geistigem Eigentum und Wettbewerb 1126 R
Die Durchsetzung des Verbraucherrechts: Das BKartA als UWG-Behörde? 1004 A
Die Rechtsprechung der Instanzgerichte zum Recht des unlauteren Wettbewerbs XVIII RR 49
Die Tätigkeit der öffentlichen Hand als geschäftliche Handlung im UWG 791 A
Die wesentliche Information in § 5a II UWG 886 A
Lauterkeitsrecht gestern, heute und morgen 255 A
Neuere Entwicklungen im wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz 1 A
- Wettbewerbsrechtliche Eigenart** RR 248
- Wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz**
Darlegungs- und Beweislastverteilung 311 E
- Wettbewerbsverstoß**
Ausschluss von Zahlungen mittels Lastschrift auf im EU-Ausland belegenes Konto RR 249
- wetteronline.de** 7 A
- Whitelisting-Funktion**
Keine aggressive geschäftliche Handlung durch Werbeblocker mit Whitelisting-Funktion 1251 E
- Widerrufsbelehrung** RR 304
- Widerrufsrecht** RR 73
- Wiedergabe topografischer Informationen** 553 A
- Wiedergabetarif** RR 186
- Wikimedia** RR 178
- Willy-Bandt-Abschiedsmedaille** 479 A
- Windows** RR 189

Windturbinenschaufel RR 395, RR 396
 Winkelmesseinrichtung 979 A
 Winnetou RR 500
 Wintersteiger 164 ZR, 165 ZR, 363 A
 Wintersteiger/Products 4U 1109 A, 1111 A, 1112 A, 1113 A, 1200 A
 Winterurlaub 367 A
 wir-sind-afd.de RR 501
 Wirbel um Bauschutt 1183 E, RR 46
 Wirksamkeit
 Nachweis der Wirksamkeit eines Arzneimittels durch wissenschaftliche Studie RR 436
 Wirkstoff Idebenon RR 394, RR 400
 Wirkstoffpatent
 Schützt ein Wirkstoffpatent vor „Prodrugs“? 772 A
 WIRTSCHAFT IST GESELLSCHAFT RR 292
 Wirtschaftsanzeigen 1214 A, 1215 A
 WLAN-Hotspot 1012 ZR
 WLAN-Schlüssel 18 A, 239 A, 240 A, 1013 ZR
 WM-Marken 5 A, 7 A
 Wohnungsbesichtigungsgebühr RR 52, RR 54
 World of Warcraft I 43 A, RR 183
 World of Warcraft II 35 A, 39 A, 43 A, 45 A, 114 A, 123 A, 126 A, 366 A
 Wortfolge RR 292
 Wortmarke RR 102, RR 154
 Keine Verwechslungsgefahr zwischen Wort- und Wortkombinationsmarke für Gesundheitspflege 529 E
 Unterscheidungskraft einer fiktiven Romanfigur-Wortmarke für Beherbungsdienstleistungen 301 E
 Verwechslungsgefahr zwischen Wortmarken für Bohrwiderstandsmessgeräte 417 E
 Wortzeichen
 Verwechslungsgefahr eines Wortzeichens mit beschreibendem Anklang für Wohnraumvermittlung RR 345
 Wundbehandlungsvorrichtung 979 A
 Wunderbaum II 36 A
 Wunderbaum III 38 A
 Wunderwurzel 1024 ZR
 www.jameda.de 365 A
 www.rainbow.at 1110 A
 www.rainbow.at II 163 ZR

X

XKing 36 A

Y

Yoshida 30 A, 460 A, 566 A
 YouTube 1132 E
 YouTube-Werbekanal 119 A, 621 E, 1215 A
 YouTube-WerbeKanal II 1258 E
 YouTV 231 A
 Yves Rocher 255 A

Z

Zahlungsaufforderung 1063 E
 Zahnfarbschlüssel RR 53, RR 54
 Zahnimplantat RR 402
 Zeitschriftenbeileger P & C RR 500
 Zeitung zum Sonntag 257 A
 Zentrale 121 A
 Zentrierstifte 612 E, 684 A, 896 A
 Zeolith RR 50
 Zerknitterte Zigarettenschachtel 480 A
 Zertifizierung RR 257
 Zeugnisaktion 259 A
 Zimtkapseln 485 A
 Zitat
 Rechtswidrige Nutzung von Videosequenzen in TV-Sendung RR 326
 Zitatrecht RR 62
 ZLR 487 A
 Zolllagerverfahren
 Paralleleinfuhr von in das Zolllagerverfahren überführte Gabelstapler 917 E
 „Zu Demonstrationszwecken“ RR 50
 Zuckerzerstörer RR 52
 Zugänglichmachung RR 97
 Erstreckung des Leistungsschutzrechts des Filmherstellers auf Dateifragmente 400 E
 Öffentliche Zugänglichmachung in geschlossener Facebook-Gruppe RR 406
 Zugangsrecht
 – nach § 25 UrhG 1202 A
 Zugriffsschwellenwert 763 A
 Zurückverweisung
 Keine willkürliche Nichtzurückverweisung durch BGH in markenrechtlichem Rechtsbeschwerdeverfahren 403 E
 Zuständigkeit RR 149, RR 312
 Bestimmung der internationalen Zuständigkeit bei rechtsverletzenden Warenverkäufen über Internetseite 84 E
 Zuständigkeit bei Vertragsstrafansprüchen 47 A
 Zustellungsbevollmächtigter 1115 A
 Zustimmungspflichtige Handlungen RR 11
 Zuwendung RR 243
 Zuzahlungsquittung RR 50
 Zuzahlungsverzicht bei Hilfsmittel 115 A, 116 A
 Zwangslizenzinwand 766 A, 767 A
 Systematik und Anwendung des kartellrechtlichen Zwangslizenzinwands nach „Huawei/ZTE“ und „Orange Book“ 761 A
 Zwangslizenzgebühr
 Berechnung der Zwangslizenzgebühr 803 E
 Zwangsvollstreckung
 Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung im Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren 655 E
 Gläubigerdisposition im Vollstreckungsverfahren 973 E
 Zweibettzimmer im Krankenhaus 367 A
 Zweitabmahnung RR 72
 Zweite Zahnarztmeinung II 578 A, 579 A
 Zweitkennzeichen
 Markenmäßige Benutzung eines selbstständigen Zweitkennzeichens im Bekleidungssektor RR 339
 Zylinderrohr 671 A

FUNDSTELLENVERZEICHNIS

der in GRUR Jahrgang 2018 abgedruckten Entscheidungen des Bundesgerichtshofs

unter Angabe der Stellen, wo diese Entscheidungen in der Amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (BGHZ), in dem Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs vom Lindenmaier-Möhring (LMK), in der Neuen Juristischen Wochenschrift (NJW), im NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (NJW-RR), in MultiMedia und Rechr (MMR), in Wettbewerb in Recht und Praxis (WRP), im Betrieb (DB) und in der Monatsschrift des deutschen Rechts (MDR) abgedruckt sind.

Datum	Aktenzeichen	Stichwort	Sachgebiet	GRUR	BGHZ	LMK	NJW	NJW-RR	MMR	WRP	DB	MDR
2017												
29.6	IZR 9/16	Bergstell	DesignR	18, 72						18, 91		18, 688
6.7	IZB 59/16	PLOMBIR	VerfR	18, 111						18, 197		18, 222
13.7	IZR 193/16	Benutzerkennung	UrRhR	18, 189		18, 403212	18, 781		18, 313	18, 210		18, 104
13.7	IZR 64/16	Rechtskraft des Zwangsmittelbeschlusses	VerfR	18, 219			18, 235 *)		18, 168	18, 217		18, 229 **)
27.7	IZR 162/15	Eigenbetrieb Friedhöfe	UmlW	18, 196						18, 186		18, 877
27.7	IZR 153/16	19 % MwSt. GESCHENKT	UmlW	18, 199					18, 237	18, 182		18, 354
29.8	X ZB 3/15	Ratschenschlüssel	VerfR	18, 216								
21.9	IZR 74/16	Kulturkampagnons	LebensmR	18, 104						18, 56		
21.9	IZR 11/16	Vorschaubilder III	UrRhR	18, 178 *)			18, 772 *)		18, 463	18, 201		18, 292
21.9	IZR 29/13	RESCUE-Produkte II	LebensmR	18, 206						18, 193		18, 294
21.9	IZB 8/17	Projektunterlagen	VerfR	18, 222		18, 403330				18, 221		18, 227
21.9	IZR 53/16	Festzins Plus	UmlW	18, 320					18, 467	18, 328		18, 353
26.9	X ZR 109/15	Spinfrequenz	PatR	18, 509								18, 612 **)
5.10	IZR 7/16	Cookie-Einwilligung	UmlW	18, 96					18, 90	18, 87		18, 610
5.10	IZR 163/16	Rückrufsystem	UmlW	18, 100					18, 268 **)	18, 72		18, 687 **)
5.10	IZR 184/16	Betriebspsychologe	UmlW	18, 203						18, 190		18, 291
5.10	IZB 97/16	Pippi-Langstrumpf-Mark	MarkR	18, 301						18, 459		
5.10	IZR 232/16	Energieausweis	UmlW	18, 438				18, 424		18, 420		18, 482
11.10	IZB 96/16	Produkte zur Wundversorgung	MarkR	18, 292			18, 1317			18, 473		
11.10	IZR 210/16	Portierungsauftrag	UmlW	18, 317				18, 620	18, 230 *)	18, 324		18, 814 **)
11.10	IZR 78/16	Tiegelgröße	UmlW	18, 431 *)						18, 413		18, 758
18.10	IZR 6/16	media control	MarkR	18, 297				18, 222		18, 551	18, 436	18, 413
18.10	IZR 84/16	Kraftfahrzeugwerbung	UmlW	18, 324		18, 405139		18, 554		18, 320		18, 948

*) mit Anmerkung

**) nur Leitsatz

Datum	Akrenzzeichen	Stichwort	Sachgebiet	GRUR	BGHZ	LMK	NJW	NJW-RR	MMR	WRP	DB	MDR
18.10	I ZB 105/16	Quadratische Tafelschokoladenverpackung	MarkR	18, 404						18, 451		
18.10	I ZB 3/17	Traubenzuckerföhlchen	MarkR	18, 411						18, 445		
24.10	X ZR 55/16	Trommeleinheit	PatR	18, 170								
7.11	X ZR 63/15	Digitales Buch	PatR	18, 175								18, 168 **)
9.11	I ZB 45/16	OXFORD/Oxford Club	MarkR	18, 79						18, 82		18, 220 **)
9.11	I ZR 164/16	Parfummarken	MarkR	18, 84					18, 382	18, 77		18, 167 **)
9.11	I ZR 134/16	Resistograph	MarkR	18, 417					18, 306 *)	18, 466		18, 814 **)
9.11	I ZR 110/16	form-strip II	MarkR	18, 516						18, 461		18, 686
16.11	I ZR 91/16	Handfugerpistole	UmlW	18, 311						18, 332		18, 482 **)
16.11	I ZR 161/16	Knochenzement I	UmlW	18, 535 *)						18, 424		18, 417
16.11	I ZR 160/16	Knochenzement II	UmlW	18, 541						18, 429		18, 419
6.12	I ZR 186/16	Konferenz der Tiere	UrhR	18, 400			18, 784		18, 303 *)	18, 480		18, 416
12.12	KZR 50/15	Rimowa	KarrR	18, 441				18, 367		18, 340		
14.12	I ZR 184/15	Klauselersetzung	UmlW	18, 423						18, 434		18, 609
15.12	I ZR 258/14	Aquaflam	VerfR	18, 335						18, 478		18, 423
2018												
9.1	X ZR 14/16	Wärmeenergieverwaltung	PatR	18, 390								
11.1	I ZR 85/17	Krankenhausradio	UrhR	18, 608				18, 877		18, 701		18, 813
11.1	I ZR 187/16	Ballernaschuh	DesignR	18, 832					18, 561 **)	18, 950		18, 1073 **)
23.1	5 SR 554/17	Mio Calvino	MarkR	18, 520			18, 801			18, 831		
30.1	X ZR 27/16	Wasserdichter Lederschuh	PatR	18, 395								
1.2	III ZR 196/17	mehrere Werbekanäle	UmlW	18, 545				18, 486	18, 460	18, 442	18, 498	18, 756
1.2	I ZR 82/17	Gefäßgerüst	Arzn. + Heilm.R	18, 627				18, 805		18, 827		
6.2	VI ZR 76/17	Christian Wulff im Supermarkt	Persönl.R	18, 549		18, 406414	18, 1820 *)					18, 472
14.2	X ZR 110/17	Akteneinsicht XXIII	VerfR	18, 444								
15.2	I ZR 243/16	Gewohnt gute Qualität	UmlW	18, 740				18, 1003		18, 824		18, 953
15.2	I ZR 138/16	ORTLIEB	Marken+KennzR	18, 924 *)					18, 667 *)	18, 1074		18, 1011
15.2	I ZR 201/16	goFit	Marken+KennzR	18, 935					18, 673 *)	18, 1081		18, 1012
20.2	VI ZR 30/17	Ärztewertung III	Pers. + MedienR	18, 636 *)			18, 1884 *)		18, 456	18, 688		18, 865
27.2	VI ZR 489/16	Internetforum	Pers. + MedienR	18, 642		18, 412408	18, 2324		18, 449	18, 694		18, 592

*) mit Anmerkung

**) nur Leitsatz

Datum	Akrenzzeichen	Stichwort	Sachgebiet	GRUR	BGHZ	LMK	NJW	NJW-RR	MMR	WRP	DB	MDR
27.2	VI ZR 86/16	Kindeswohlgefährdung	Personl.R	18, 757			18, 2489 *)					18, 736
1.3	I ZR 264/16	Verkürzter Versorgungsweg II	UmlW	18, 622						18, 682		18, 1137
22.3	I ZR 25/17	Zahlungsaufforderung	UmlW	18, 1063				18, 1442		18, 1193	18, 2430	18, 1264
22.3	I ZR 118/16	Hohlfasermembranspinnanlage II	UmlW	18, 1161						18, 1329	18, 2495	18, 1330
22.3	VII ZR 72/17	elektronische Werbeanzeige	VertragsR	18, 755				18, 826				
22.3	I ZR 76/17	Schutzhülle für Tablet-Computer	VerfR	18, 853						18, 961		18, 1144
22.3	I ZR 265/16	Riptide	UrhR	18, 914			18, 2891		18, 822	18, 1087		
27.3	X ZB 18/16	Feldmausbekämpfung	GebmR	18, 605								18, 811
27.3	X ZB 3/15	Ratschenschlüssel II	Verf.+KostenR	18, 654								18, 828
27.3	X ZR 59/16	Kinderbett	PatR	18, 716								
29.3	I ZR 11/18	Posterversandkosten	Verf.+KostenR	18, 655								
29.3	I ZR 243/14	Bio-Gewürze II	LebensmR	18, 745				18, 940	18, 609	18, 822		
29.3	I ZR 34/17	Bonusaktion für Taxi App	UmlW	18, 946			18, 2484 *)		18, 664	18, 932		18, 1202
10.4	VI ZR 396/16	Filmaufnahmen aus Bio-Hühnerställen	Pers. + MedienR	18, 648			18, 2877 *)			18, 833		18, 735
12.4	I ZR 253/16	Deutscher Balsamico	KennzR	18, 848						18, 947		18, 1455
19.4	I ZR 154/16	Werbeblocker II	UmlW	18, 1251			18, 3640		18, 817 *)	18, 1322		18, 1390
19.4	I ZR 244/16	Namensangabe	UmlW	18, 950			18, 3242		18, 704 **)	18, 1069		18, 1071
23.4	NotZ (Brig) 6/17	„Notariat & Kanzlei“	BerufsR	18, 1082			18, 2567 *)			18, 937	18, 1664 **)	18, 959
24.4	X ZR 50/16	Gurtsraffer	PatR	18, 1128								18, 1329 **)
26.4	I ZR 121/17	Applikationsarzneimittel	ArzneiMR	18, 1271						19, 61		19, 49
9.5	I ZB 62/17	Auswärtiger Rechtsanwalt IX	Verf.+KostenR	18, 969			18, 2572 *)			18, 964		18, 1022
17.5	I ZR 252/16	Bekömmliches Bier	LebensmR	18, 1266				18, 31	18, 847 **)	18, 1461 *)		18, 1453
29.5	VI ZR 56/17	Tochter von Prinzessin Madeleine	Pers. + MedienR	18, 964				18, 1063				18, 1243
7.6	I ZB 48/17	Pizzafoto	VerfR	18, 1294			18, 3720					
7.6	I ZB 57/17	Matratzenwerbung	Verf. + KostenR	18, 971			18, 2894 *)					18, 1142
7.6	I ZB 117/17	Ordnungsmittellanddrohung durch Schuldner	Verf. + KostenR	18, 973				18, 960		18, 1066 *)		18, 1018
7.6	I ZB 70/17	Softwaremodul	Verf. + KostenR	18, 974								18, 1146
12.6	VI ZR 284/17	Begegnung mit dem verlorenen Bruder	Pers. + MedienR	18, 1077			18, 3509 *)					18, 1242
21.6	I ZR 157/16	Vollsynthetisches Motorenöl	UmlW	18, 1263						18, 1458	18, 2753	18, 1513
21.6	I ZB 61/17	#darferdas?	Marken+KennzR	18, 932						18, 1196		

*) mit Anmerkung

**) nur Leitsatz

Datum	Akrenzeichen	Stichwort	Sachgebiet	GRUR	BGHZ	LMK	NJW	NJW-RR	MMR	WRP	DB	MDR
21.6	IZR 40/17	Ersatzteilinformation	UrhW	18, 955						18, 1189		18, 1200
28.6	IZR 257/16	Anschrift des Klägers	VerfR	18, 1181					19, 61	18, 1348		18, 1400
10.7	VI ZR 225/17	Kundenzufriedenheitsbefragung	Persönl.R	18, 1178			18, 3506 *)			18, 1335	18, 2300	18, 1311
12.7	IZB 86/17	„Wirbel um Bauschutt“	VerfR	18, 1183			19, 56 *)			18, 1346		18, 1328
12.7	IZR 162/16	B-Vitamine	LebensmR	18, 959						18, 1062		
19.7	IX ZB 10/18	Deutsche Vernichtungslager in Polen	Pers. + MedienR	18, 1074		18, 412876	18, 3254 *)					18, 1526
20.7	V ZR 130/17	My Lai	Pers. + MedienR	18, 1280								
26.7	IZR 64/17	Dead Island	UrhR	18, 1044			18, 3779		18, 811	18, 1202		18, 1263
26.7	IZR 20/17	Davidoff Hot Water III	MarkR	18, 1059						18, 1200		18, 1199
26.7	IZR 226/14	Kraftfahrzeugfolgen II	DesignR	18, 1246						19, 82		19, 48
13.9	IZR 140/15	YouTube	UrhR	18, 1132 *)						18, 1338		18, 1389
13.9	IZR 26/17	Prozessfinanzierer	UrhW	18, 1166			18, 3581 *)			18, 1452		18, 1451
13.9	IZR 117/15	YouTube-Werbekanal III	UrhW	18, 1258						18, 1476		
20.9	IZR 53/17	uploaded	UrhR	18, 1239						18, 1480		18, 1388 **)
25.9	X ZR 76/18	Werkzeuggriff	VerfR	18, 1295						18, 1539 **)		19, 58
9.10	KZR 47/15	PC mit Festplatte III	KartR	18, 1277					19, 27			

*) mit Anmerkung

**) nur Leitsatz

STICHWORTVERZEICHNIS

(zum Fundstellenverzeichnis 2018)

Stichwort	Sachgebiet	GRUR	BGHZ
#darferdas?	Marken+KennzR	2018, 932	
19 % MwSt. GESCHENKT	UnlW	2018, 199	
Akteneinsicht XXIII	VerfR	2018, 444	
Anschrift des Klägers	VerfR	2018, 1181	
Applikationsarzneimittel	ArzneiMR	2018, 1271	
Aquaflam	VerfR	2018, 335	
Ärztebewertung III *)	Pers. + MedienR	2018, 636	
Auswärtiger Rechtsanwalt IX	Verf.+KostenR	2018, 969	
Ballerinaschuh	DesignR	2018, 832	
Begegnung mit dem verlorenen Bruder	Pers. + MedienR	2018, 1077	
Bekömmliches Bier	LebensmR	2018, 1266	
Benutzerkennung	UrhR	2018, 189	
Betriebspsychologe	UnlW	2018, 203	
Bettgestell	DesignR	2018, 72	
Bio-Gewürze II	LebensmR	2018, 745	
Bonusaktion für Taxi App	UnlW	2018, 946	
B-Vitamine	LebensmR	2018, 959	
Christian Wulff im Supermarkt	Persönl.R	2018, 549	
Cookie-Einwilligung	UnlW	2018, 96	
Davidoff Hot Water III	MarkR	2018, 1059	
Dead Island	UrhR	2018, 1044	
Deutsche Vernichtungslager in Polen	Pers. + MedienR	2018, 1074	
Deutscher Balsamico	KennzR	2018, 848	
Digitales Buch	PatR	2018, 175	
Eigenbetrieb Friedhöfe	UnlW	2018, 196	
elektronische Werbeanzeige	VertragsR	2018, 755	
Energieausweis	UnlW	2018, 438	
Ersatzteilminformation	UnlW	2018, 955	
Feldmausbekämpfung	GebmR	2018, 605	
Festzins Plus	UnlW	2018, 320	
Filmaufnahmen aus Bio-Hühnerställen	Pers. + MedienR	2018, 648	
form-strip II	MarkR	2018, 516	
Gefäßgerüst	Arzn.+Heilm.R	2018, 627	
Gewohnt gute Qualität	UnlW	2018, 740	
goFit	Marken+KennzR	2018, 935	
Gurtstraffer	PatR	2018, 1128	
Handfugenspistole	UnlW	2018, 311	
Hohlfasermembranspinnanlage II	UnlW	2018, 1161	
Internetforum	Pers. + MedienR	2018, 642	
Kinderbett	PatR	2018, 716	
Kindeswohlgefährdung	Persönl.R	2018, 757	
Klauselersetzung	UnlW	2018, 423	
Knochenzement I	UnlW	2018, 535	
Knochenzement II	UnlW	2018, 541	
Konferenz der Tiere	UrhR	2018, 400	
Kraftfahrzeugfelgen II	DesignR	2018, 1246	
Kraftfahrzeugwerbung	UnlW	2018, 324	
Krankenhausradio	UrhR	2018, 608	
Kulturchampignons	LebensmR	2018, 104	
Kundenzufriedenheitsbefragung	Persönl.R	2018, 1178	
Matratzenwerbung	Verf.+KostenR	2018, 971	
media control	MarkR	2018, 297	
mehrere Werbekanäle	UnlW	2018, 545	
Mio Calvino	MarkR	2018, 520	
My Lai	Pers. + MedienR	2018, 1280	

*) mit Anmerkung

**) nur Leitsatz

Stichwort	Sachgebiet	GRUR	BGHZ
Namensangabe „Notariat & Kanzlei“	UnlW BerufsR	2018, 950 2018, 1082	
Ordnungsmittellandrohung durch Schuldner ORTLIEB *) OXFORD/Oxford Club	Verf.+KostenR Marken+KennzR MarkR	2018, 973 2018, 924 2018, 79	
Parfummarken PC mit Festplatte III Pippi-Langstrumpf-Marke Pizzafoto PLOMBIR Portierungsauftrag Posterversandkosten Produkte zur Wundversorgung Projektunterlagen Prozessfinanzierer	MarkR KartR MarkR VerfR VerfR UnlW Verf.+KostenR MarkR VerfR UnlW	2018, 84 2018, 1277 2018, 301 2018, 1294 2018, 111 2018, 317 2018, 655 2018, 292 2018, 222 2018, 1166	
Quadratische Tafelschokoladenverpackung	MarkR	2018, 404	
Ratschenschlüssel Ratschenschlüssel II Rechtskraft des Zwangsmittelbeschlusses RESCUE-Produkte II Resistograph Rimowa Riptide Rückrufsystem	VerfR Verf.+KostenR VerfR LebensmR MarkR KartR UrhR UnlW	2018, 216 2018, 654 2018, 219 2018, 206 2018, 417 2018, 441 2018, 914 2018, 100	
Schutzhülle für Tablet-Computer Softwaremodul Spinfrequenz	VerfR Verf.+KostenR PatR	2018, 853 2018, 974 2018, 509	
Tiegelgröße *) Tochter von Prinzessin Madeleine Traubenzuckertäfelchen Trommleinheit	UnlW Pers. + MedienR MarkR PatR	2018, 431 2018, 964 2018, 411 2018, 170	
Uploaded	UrhR	2018, 1239	
Verkürzter Versorgungsweg II Vollsynthetisches Motorenöl Vorschäbilder III *)	UnlW UnlW UrhR	2018, 622 2018, 1263 2018, 178	
Wärmeenergieverwaltung Wasserdichter Lederschuh Werbeblocker II Werkzeuggriff „Wirbel um Bauschutt“	PatR PatR UnlW VerfR VerfR	2018, 390 2018, 395 2018, 1251 2018, 1295 2018, 1183	
YouTube *) YouTube-Werbekanal II	UrhR UnlW	2018, 1132 2018, 1258	
Zahlungsaufforderung	UnlW	2018, 1063	

*) mit Anmerkung

**) nur Leitsatz